

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E V)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen	Seiten E 1 – E 25
--	--------------------------

- 01) Klima-Erziehung: ZDF-Meteorologe spricht nicht mehr von „schönem Wetter“
- 02) Putin auf Shanghaier Gipfel: Streben nach unipolarer Welt „dreht ins Hässliche“
- 03) Linker Hass aus 174 sozialistischen Jahren. Von ELMAR FORSTER
- 04) APPELL AN DIE FÜHRENDEN POLITIKER DER WELT UND UN-GENERALSEKRETÄR
- 05) Erneuter Antrag auf BRICS Mitgliedschaft – diesmal Argentinien
- 06) Das Ende der Offenen Gesellschaft! Von REDAKTION
- 07) USA plant „chinesischen Angriff auf Taiwan“ sehr zu erschweren
- 08) Alfred de Zayas: „Chinafeindlichkeit ist Markenzeichen gewisser UN Agenturen!“

E. b) 2 Sonderthema Corona-Pandemie	Seiten E 26 – E 27
--	---------------------------

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

E. c) Wanderungen und Einwanderungen	Seite E 28
---	-------------------

Keine Berichte

E. d) Länder weltweit – im Überblick	Seiten E 29 – E 41
---	---------------------------

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 20.09.2022
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 17.09.2022

E. e) Europa, Europa und die Welt	Seite E 42
--	-------------------

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft N A T O

(Seiten E 42)

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seite E 42)

Keine Berichte

E. f) Mitteleuropa

Seite E 43

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 44 – E 94

BENELUX-LÄNDER (Seite E 44)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 45 – E 77)

- 01) Kein Interesse am Grundeinkommen. Von Ed Koch
- 02) „Kampfpanzer“ u.ä. - Warten auf Deutschland. Von Ed Koch
- 03) Traumabewältigung - „positive Anreize durch Bürgergeld“. Von Ed Koch
- 04) Linke Verleumdungskampagne von „Correctiv“ gegen „UM“ und unsere MEDIENKOOPERATION angelaufen
- 05) Lauterbach ist nichts mehr peinlich – Anzeige gegen AFD-Abgeordnete Von Storch
- 06) Paukschlag: Bystron siegt auf ganzer Linie im „Hitlergruß-Verfahren“
- 07) Uran aus Russland nicht sanktioniert – was versucht man zu verheimlichen?
- 08) Die aktuelle Folge der Wochenschau von Sarah Wagenknecht
- 09) CSU fordert „Scholz muss Habeck den Stecker ziehen“
- 10) Die bunte Welt des Fernsehens. Von Ed Koch
- 11) Scholz gegen Grundgesetz: Demonstrationsrecht nicht mehr für regierungskritische und besorgte Bürger. Von DAVID BERGER
- 12) Auch Telegram verrät nun seine Nutzer – Daten an deutsche Behörden weitergegeben
- 13) Zum Glück zwingen – Zur Frauenquote in den Parteien. Von Ed Koch
- 14) Renaissance der Atomkraft: Slowakei und Ungarn ignorieren grüne Panik-Öko-Ideologie. Von ELMAR FORSTER
- 15) Grüne Meinungsfreiheit: 120 kritische Tweets einfach ausgeblendet
- 16) Eigentlich ... Zu Bundestag und RBB. Von Ed Koch
- 17) Nur Österreich und Dänemark würden Deutschland bei Gasausfall helfen
- 18) Alice Weidel rechnet in fulminanter Rede mit den Deutschland-Zerstörern ab
- 19) Skandalurteil: Michael Stürzenberger zu 6 Monaten Haft ohne Bewährung (!) verurteilt

B e r l i n u n d L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 78 - E 89)

- 01) Spandauer enttäuscht von Saleh.
Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch

- 02) Drachen über Tempelhof. Von Ed Koch
- 03) Berlin übt Bullerbü.
Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
- 04) Tempelhofer Feld: Festival der Riesendrachen. Von Ed Koch
- 05) Populistischer Unsinn. Von Ed Koch
- 06) Vor Ort: Lars Rauchfuß MdA (SPD) in seinem Wahlkreis unterwegs.
Von Ed Koch
- 07) Ungebremster Trend in der Elektromobilität. Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 90 – E 93)

- 08) Österreich – Bundespräsidenten-Wahl: Aufdeckerbuch über VdB erschienen
- 09) ZurZeit-Podcast Österreich: Mehr islamische „schuttsuchende“ junge Männer als im Rekordjahr 2015
- 10) Österreich: Streit um 500 Euro Klimabonus auch für voll versorgte Asylwerber

Südtirol (Seite E 94)

- 11) Buchpräsentation am 23. September in Bozen
Siehe Seite A xxx und Seiten C xxx bis C xxx

E. h) Ostmitteleuropa	Seiten E 95 – E 110
------------------------------	----------------------------

Tschechien (Seiten E 95 – E 96)

- 01) Neues Image: Traditionspartei will sich umbenennen

Ungarn (Seiten E 97 – E 107)

- 02) Ungarische Justizministerin: „EU wird nicht zufrieden sein, bis es eine liberale Regierung in Ungarn gibt“.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
- 03) 7 Jahre nach 2015: Flüchtlingskrise eskaliert erneut
Von ELMAR FORSTER
- 04) Financial Times: Trotz Kritik hat Orbán die niedrigsten Gaspreise in Europa erzielt. Von ELMAR FORSTER
- 05) Orban: Europa geht die Energie wegen Grün-Fundamentalisten und Bürokraten aus. Von Elmar Forster
- 06) Deutscher öffentlich-rechtlicher Rundfunk mobbt unabhängiges deutschsprachiges Nachrichtenportal in Budapest

S l o w e n i e n (Seiten E 108 - E 110)

- 07) Slowenien: Ex-Herausgeber der Zeitschrift Demokracija und externer Mitarbeiter wegen satirischer Schriften verurteilt! Von PETER TRUDEN

E. i) Osteuropa

Seiten E 111 – E 171

U k r a i n e (Seiten E 111 – E 125)

- 01) Grenze zu Rumänien Wo Männer aus der Ukraine fliehen.
Reportage von Florian Barth und Ahmet Şenyurt, SWR,
mit Zuarbeit von Anca Titorov
- 02) Verteidigungsminister Resnikow "Gebt uns die Werkzeuge, wir erledigen den Job". Interview
- 03) "Angefangen, alles Ukrainische zu unterdrücken"

R u s s l a n d (Seiten E 126– E 171)

- 04) Stellungnahme von Putin zur Teilmobilisierung und Lage in der Ukraine
- 05) Putin kündigt Teilmobilisierung an - Warnung an Westen vor „nuklearer Erpressung“
- 06) Russlands Krieg in der Ukraine Was ist eine Mobilmachung?
- 07) Medwedew droht mit apokalyptischer militärischer Reaktion
- 08) Russland vor Generalmobilmachung?
- 09) Putin mit Rede und Antwort am Eastern Economic Forum in Wladiwostok
- 10) Antworten aus Wladiwostok von Präsident Wladimir Putin auf brennende Fragen

E. j) Kaukasusgebiet

Seite E 172

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 173

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 174 – E 176

F r a n k r e i c h (Seiten E 89 - E 91)

- 01) Testläufe im Gange – Frankreichs Steuerfahndung mit Hilfe von KI

E. I) Northwest- und Nordeuropa

Seiten E 177 – E 184

Großbritannien (Seiten E 177 - E 182)

- 01)** Finaler Abschied. Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
- 02)** Royaler Glanz - europäische Königshäuser. Von Ed Koch
- 03)** Charles III.: König des „Great Reset“ und Verfechter der „Neuen Weltordnung“
- 04)** BREAKING NEWS: Queen Elizabeth II. ist tot

Finnland (Seiten E 183 - E 184)

- 05)** Finnische Studie: Anti-Russland-Embargo kontraproduktiv

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite E 185
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite E 186
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite E 187
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite E 188
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite E 189
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite E 190

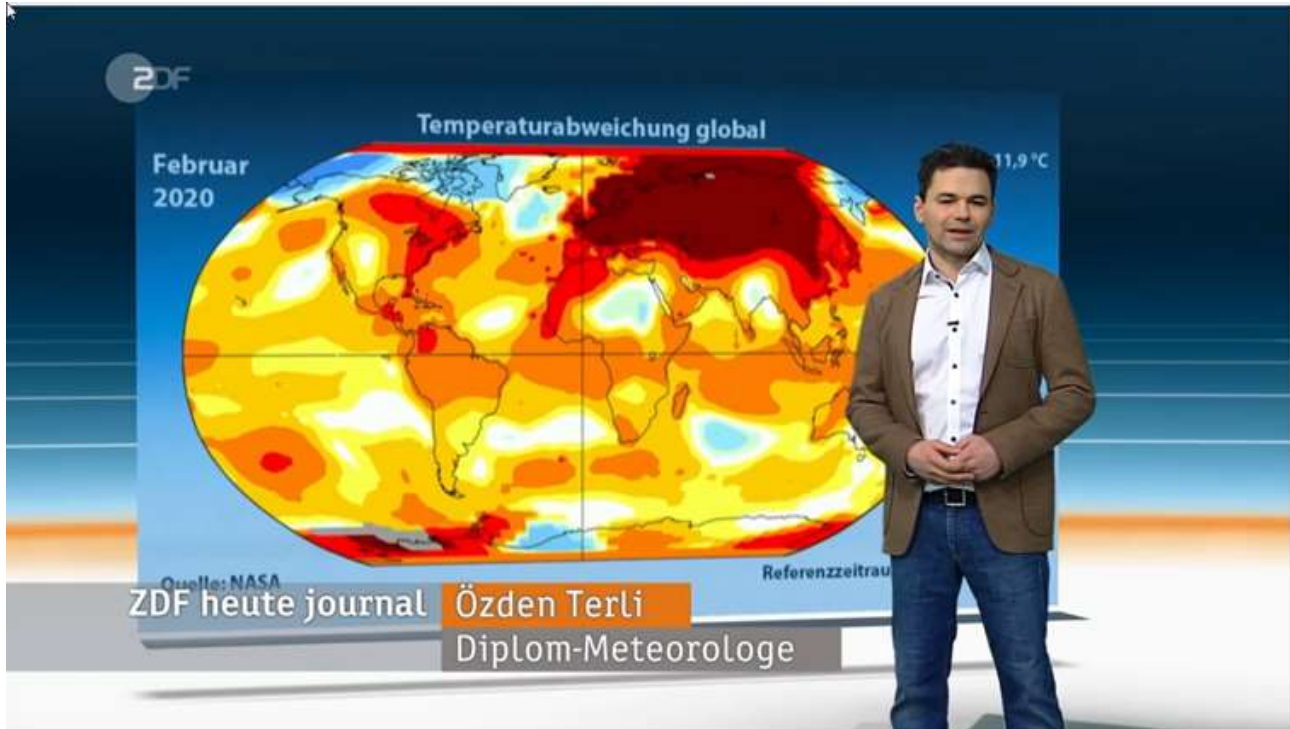
Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1 – E 25

01) Klima-Erziehung: ZDF-Meteorologe spricht nicht mehr von „schönem Wetter“

21. 09. 2022



Özden Terli ist Moderator und Meteorologe beim ZDF. In seinen Wettervorhersagen erklärt er regelmäßig den Klimawandel. „Ich bin Journalist und Wissenschaftler“ – kein Aktivist, sagt er.

„Sturm ist erst, wenn die Schafe keine Locken mehr haben“ und „Nirgends strahlt der Himmel so schön grau wie in Hamburg“ sind alte norddeutsche Weisheiten. Während für viele Norddeutsche „Schietwetter“ erst bei Sturm und Regen von der Seite beginnt und der Himmel sogar grau strahlt, kennen Menschen in Freiburg solch ein Wetter kaum und sehen die Sonne [durchschnittlich 1.794 Stunden im Jahr](#) – in Hamburg sind es [1.596 Stunden](#).

Allgemein wird schönes Wetter mit viel Sonnenschein und Trockenheit [beschrieben](#), sodass Freizeitaktivitäten im Freien stattfinden können. Für den ZDF-Moderator und Meteorologen Özden Terli gibt es allerdings einen Grund, nicht mehr von „schönem Wetter“ zu sprechen: Der [Klimawandel](#).

Schönes Wetter? Nein, Klimawandel.

„Was ist denn schön daran, wenn draußen alles gelb ist vor Trockenheit und die Bäume leiden?“, fragt Terli in einem [Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ \(SZ\)](#). Daher spreche er in seinen Wettervorhersagen nicht mehr von „schönem Wetter“. Dafür möchte der Meteorologe die Wetterphänomene „kontextualisieren“ und sie angesichts der Evidenz des menschengemachten Klimawandels in einen größeren Zusammenhang stellen.

In einigen Sendungen hat Terli bereits auf die Klimakrise verwiesen. [Im August begann er](#) eine Wettervorhersage: „Extreme Dürre, Hitze, Waldbrände – Die Klimakrise ist in diesem Sommer hautnah zu spüren.“ Oder: „Mit der Klimakrise nehmen die Hitzetage zu. Das ist der Trend der letzten Jahrzehnte. Und einige solcher Hitzetage stehen uns bevor.“ Ist er Aktivist? Nein, betont Terli im Interview mit der SZ. „Ich bin Journalist und Wissenschaftler. Meine Rolle ist es, aufzuklären, durch Fakten.“

Dennoch habe er eine gewisse Verantwortung, wenn er via Fernsehen vor Millionen Menschen stehe, [erklärt er „Politico“](#). Weiter sagte er: „Gerade nach dem Pariser Abkommen war mir klar, dass die Wetterberichterstattung in diese Richtung gehen muss.“

Das Klimaabkommen von Paris setzt das völkerrechtlich [verbindliche Ziel](#), die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, möglichst sogar auf unter 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Dazu soll in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität erreicht werden. Das macht eine globale Energiewende nötig. Außerdem sollen die [weltweiten Finanzflüsse am Ziel einer klimafreundlichen Entwicklung ausgerichtet](#) werden.

Potenzial als Fernsehmeteorologe nutzen

Laut Terli können Fernsehmeteorologen im Gegensatz zu Nachrichtenreportern den Zusammenhang von Klimawandel, Hitzewellen und Überschwemmungen auf zugänglichere Weise demonstrieren als Nachrichtenreporter. „Es gibt eine Dürre, und ich zeige die Grafik mit dem fehlenden Regen, die Änderung der Niederschlagswerte. Der Kontext ist genau da, die Verbindung ist unmittelbar“, sagte er. Den Zusammenhang zwischen Extremwetter und Klimawandel nicht zu erwähnen, käme einer bewussten Auslassung gleich, meint Terli. In seiner Arbeit sei er nicht politisch motiviert.

Kritiker meinen jedoch, dass Terli Panikmache und linksgrüne Propaganda betreibe. So schrieb die „Bild“ vergangenen Sommer einen Artikel unter dem Titel „Machen Wetterfrösche Wahlkampf mit Klima?“ und kritisierte die Moderation von Terli und Karsten Schwanke. Sie würden „immer öfter ausführlich die Temperaturkurven der letzten Jahre und den Klimawandel“ erklären, anstatt das Wetter der nächsten Tage vorherzusagen.

Seit einer Sommersendung Ende 2014 im Morgenmagazin habe sich Terli entschieden, „mehr zu machen“. Er zeigte in einem Jahresrückblick, dass die Temperaturen immer weiter gestiegen sind und habe sich daraufhin immer ausführlicher mit dem menschengemachten Klimawandel beschäftigt.

Die Kritik über von ihm betriebene linksgrüne Politik weist Terli zurück: „Wissenschaftliche Fakten sind nicht politisch. Der Klimawandel ist Realität. Das ist unsere Lebensgrundlage, die sich da gerade verändert.“

Der ehemalige ZDF-Intendant Thomas Bellut positionierte sich im vergangenen Jahr [in einer Podiumsdiskussion](#) gegen die Politisierung des Themas „Klima“ und riet davon ab, eine Sendung „Klima vor acht“ einzuführen. „Ich würde es nicht machen“, sagt er. „Klima ist wichtig, aber danach kommt das nächste Thema. Themen ändern sich ständig. Ich finde es falsch, so etwas vorzugeben, denn damit macht man Politik. Ist das unsere Aufgabe? Nein. Wir sollen informieren. Aber das ist schon eine Bewertung.“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [THE EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Putin auf Shanghaier Gipfel: Streben nach unipolarer Welt „dreht ins Hässliche“

15. 09. 2022



screenshot twitter

Laut dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin hätten „die derzeitigen Versuche, eine unipolare Welt zu schaffen, in letzter Zeit eine absolut hässliche Wendung genommen, welche die überwiegende Mehrheit der Nationen des Planeten für inakzeptabel hält“ – wie er heute Donnerstag mitteilte.

Diese Äußerung fiel im Rahmen des Gipfeltreffens der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ) in Samarkand, Usbekistan, an welchem auch dessen chinesischer Amtskollegen Xi Jinping teilnahm.

Gegenseitiger Dank für Unterstützung

Putin dankte Xi für Chinas ausgewogene Haltung in der Ukraine-Krise. China hatte zwar Russland für den Angriff auf das Land kritisiert, beschuldigte jedoch die USA, die Eskalation durch ihren Vorstoß zur NATO-Erweiterung ausgelöst zu haben.

Putin bekräftigte auch die „Ein-China-Politik“ Pekings und dessen Anspruch auf die Souveränität über die Insel Taiwan. Die chinesische Regierung beschuldigt die USA, ihre territoriale Integrität zu untergraben, indem sie Taipeh zunehmend als eigenständige Nation und nicht als selbstverwalteten Teil Chinas betrachtet.

SOZ ist „Forum für konstruktive und kreative Zusammenarbeit“

Zwar hätten die Mitglieder der SOZ-Gruppe unterschiedliche kulturelle Traditionen, Wirtschaftsmodelle und außenpolitische Prioritäten. Doch würde ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit als gleichberechtigte Partner und des gegenseitigen Respekts dazu beigetragen, das Profil der SOZ in relativ kurzer Zeit zu schärfen, so der russische Staatschef.

„Größte regionale Organisation der Welt...

...die ein riesiges geographisches Gebiet und etwa die Hälfte der Bevölkerung unseres Planeten vereint“ – so Putin weiter.

Die SOZ ist eine Organisation zur wirtschaftlichen Integration und Vertrauensbildung, in der eine Reihe eurasischer Länder, darunter Russland und China, zusammengeschlossen sind. Weitere ständige Mitglieder sind Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan. Auch der Iran hat sich nun verpflichtet, seinen Beobachterstatus in eine Vollmitgliedschaft umzuwandeln.

Russisch-chinesische Pipeline erörtert

Dabei wurde zwischen Putin, Xi und dem Präsidenten der Mongolei auch der Bau einer zukünftigen Pipeline zwischen Russland und China diskutiert. ([vadhaitasak](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Linker Hass aus 174 sozialistischen Jahren

Von ELMAR FORSTER

13. 09. 2022



Rede Lenins auf dem Roten Platz in Moskau

„Wirklich – das einzige Mittel gegen die Angst ist der Hass.“

Dieser Satz stammt von der 68er-Gewalt-Heiligen Ulrike Meinhof, einer Terroristin der linksradikalen Roten-Armee-Fraktion (RAF). Hass als Mittel gegen die Angst – nicht Religion, nicht Sinnsuche, nicht Kunst, nicht Liebe, sondern: Hass. Doch hinter diesem „Mythos der guten Terroristin“ sickert durch: „*Sie rechtfertigt Morde, ihre Pamphlete sind ideologisch, terroristisch.*“ (deren Tochter, Bettina [Röhl](#), im Spiegel-Interview)

Hass als linke Ideologie seit Marx

Dieser blindwütig-undifferenzierte Hass versteckte sich 172 Jahre lang erfolgreich (seit Marxens „Kommunistischem Manifest“, 1848) hinter der Gutmenschen-Maske eines linken

Übermenschentums, das sich so als Gottersatz selbstherrlich sakrosanktisierte: *„Es rettet uns kein höh'res Wesen... Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!“* (Arbeiterkampflied, 1871) – Dabei war die größte Lüge, die dieses Übermenschentum verbreitete: Dass es für Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit, Demokratie zu kämpfen vorschob – in Wirklichkeit aber wollte es einen obskuren, bolschewistischen Neuen Menschen aus der Retorte eines links-sozialistischen Totalitarismus an die Macht putschen.

Verherrlichung der linken „Diktatur des Proletariats“

Seit 172 Jahren war diese Hass-Linke von der „Diktatur des Proletariats“ (Marx) geradezu besessen: Die radikal-revolutionären russischen Bolschewiki bezeichneten sich zwar selber als „Mehrheitler“, obwohl es aber in Wirklichkeit gerade die gemäßigten Menschiwiki („Minderheitler“) waren. Ein typisches Beispiel für Orwell'schen Neusprech. Lenin usurpierte nur mittels der kommunistischen Oktoberrevolution 1917 die Macht, indem er die post-zaristische Kerensky-Regierung wegputschte, um so eine geplante demokratische Wahl zur Duma (russisches Parlament) zu verhindern: *„Massenerschießungen sind ein legitimes Mittel der Revolution.“* (Lenin) Demokratie war insofern nur Mittel zum Zwecke der Errichtung einer bolschewistischen Übermenschen-Diktatur: *„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“* (Walter Ulbricht, 1945, KPD-Führer und späterer DDR-Generalsekretär des DDR-SED)

Hass als Mittel zur Zerstörung von Tradition und Werten

Dieser Hass hatte ein einziges Ziel: Zuerst wird Tabula rasa mit der Tradition gemacht, um dann ewig auf die Ankunft des neuen linken Übermenschen zu warten. Vor ihrem Niedergang in die Unterwelt (1969) des Hass-Hades feierte Meinhof ihren letzten Heiligabend *„ohne Baum, ohne Geschenke, in einer chaotischen Wohnung“* mit sinnloser Selbstbespiegelung, dass *„Weihnachten ... bei den Kindern ein falsches Gefühl von Gemeinsamkeit erzeugen“* (Spiegel) könnte. Schließlich zündeten die Berliner Kommunarden auch noch den Weihnachtsbaum an...

Ursprung für Ulrike Meinhofs Hass: Eine betrogene Ehefrau

Und weil sich dieser Hass gegen alles bisher Überkommene, das Traditionelle schlechthin, richtete, war diese Zorn-Todsünde sehr bequem: Als Entschuldigung für das Eigen- oder schicksalhaft-verschuldete Versagen in der uralten Geworfenheit des Seins. Solcherart reduziert sich aber auch Geschichte auf biographische Banalitäten: *„Hätte es die RAF nicht gegeben, wenn (die Meinhof) nicht so gekränkt vom Ehebruch gewesen wäre und sie sich in ihrer Mutterrolle wohler gefühlt hätte?“* (Spiegel)

Immerhin hat sie ja selbst einmal ihren Ex-Mann Röhl mit dem Parade-Hass-Objekt der Linken, den amerikanischen Soldaten, gleichgesetzt: *„Mein GI ist der Röhl. Und meine Angst.“* – *„Ulrike Meinhof hat sich in einen Hass hineingesteigert. Die Ideologie der Kulturrevolution dehnte sie bis ins Privatleben aus.“* (ihre Tochter, Spiegel)

Linkes Übermenschentum: Kommunistischer Massenmord als gesellschaftliches Purgatorium

Dieser neue linke Übermensch war aber von Anfang an eine Schimäre: *„Der vietnamesische Revolutionär Ho Chi Minh, der chinesische KP-Vorsitzende Mao Zedong war(en) ... Massenmörder. Und trotzdem haben die (68er) auf den Straßen diese Namen geschrien.“*

Sie haben sich zu sehr an dieser Idee vom Neuen Menschen orientiert, der Kulturrevolution. Aber was ist der Neue Mensch? Niemand kannte ihn, niemand wusste, wie man ein Neuer Mensch wird.“ (Röhl)

Und in diesem ahistorischen Albtraumstadium waren selbst abartigste Methoden erlaubt: *„Revolutionäre Maßnahmen können ... hart sein, die Jakobiner waren nicht zimperlich, die Bolschewiki auch nicht. Wir ... lebten in einer Diktatur, der Diktatur des Proletariats. Eine Übergangszeit, eine Inkubationszeit für den neuen Menschen.“* (DDR-Schriftstellerin [Christa Wolf](#), 2010)

Kollaps des linken Hasses – Ursache: Selbsthass

Jetzt, nach 172 Jahren, wo das Scheitern dieser diktatur-affinen linken Ideologen sich selbst persifliert, können sie ihren Hass nicht mehr im Zaume halten – und lassen sie ihre Gutmenschen-Masken sinken. So richten sie ihren Hass wie immer schon gegen alles nur Erdenklich-Beliebige – als Projektion ihres Selbsthasses auf einen erfundenen Hass, den sie allen anderen unterstellen, die noch an Werten wie Familie, Tradition, Heimat, Nation festhalten.

„Was bleibt, wenn sie (die Wertkonservativen) diesen Hass beseitigen ...: Nicht-Ungarn, andere, Migranten, Roma, Nicht-Wissenschaftler, dann wird es eine schreckliche Formation in der Mitte geben, diese weißen, christlichen, heterosexuellen Männer – und unter ihnen sind Frauen. Es ist ein Familienkonzept. Das ist schrecklich, ... die sogenannten weißen Nationalisten auf der ganzen Welt...“

In solch wirrem Hate-Speak manifestiert sich jener pervertierte Orwell'sche Neusprech: *„Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke.“* Das zuvor genannte Hass-Zitat stammt aus dem Munde des Vizepräsidenten der sozialistischen DK-Fraktion (des ungarischen Ex-Lügen-Ministerpräsidenten Gyurcsany), Péter Niedermüller, Bürgermeister des VII-Budapester Bezirks Erzsébetváros. Insofern begreift sich die globalistische Linke als große Internationale des Hasses mit Endzeit-Wahnvorstellungen: *„Auf zum letzten Gefecht!“* (Kampflied, 1871)

Doch *„Niedermüllers düstere, erschreckende Aussagen enthüllen, was er wirklich von seiner neobolschewistischen, internationalistischen Kultur hält.“* ([Pesti sracok](#)) Jetzt, wo die links-radikalen Gutmenschen-Masken fallen, läuft ein links-rassistischer (Selbst)hass auf die eigene Kultur Amok. Weiße, christliche, heterosexuelle Männer und Frauen werden von der linken Hass-Paria ausgegrenzt und mit einem Kainsmal entmenschlicht: Insofern versteckt sich hinter dem Gut-/Übermenschen-Sozialismus ein linker Retro-Faschismus:

„Erinnern wir uns an die Vergangenheit! Denn all jene, die aufgrund ihrer Hautfarbe ausgeschlossen wurden, waren schon immer ein schweres Verbrechen innerhalb der Geschichte... Vor diesem Hintergrund ist dieser ausschließende Rassismus noch schrecklicher... Er stigmatisiert Menschen, weil sie christlich, weiß und heterosexuell sind, indem er sie nicht einmal mehr als Menschen bezeichnet, sondern nur mehr als ein Konzept.“ ([Fidesz-Gegendemonstration](#))

Amok-Lauf des linken Hasses

Jetzt, wo die Hass-Linke und ihre bössartige Gut-/Übermenschen-Ideologie einem gewaltigen Rollback unterliegen, kennen beide Furien kein Halten mehr:

Wenn etwa eine frustrierte amerikanische Femo-Hasserin (aus dem Lager der Post-Obama-Clinton-Demokraten) einfach eine Trump-Rede wie eine beleidigt-eifersüchtige, böse Stiefmutter-Königin zerreißt. Oder wenn eine Frust-Hass-Linke im Thüringer Parlament einem demokratisch gewählten FDP-Ministerpräsidenten einen Blumenstrauß vor die Fe schmeißt. Oder wenn der (in einer demokratischen Abstimmung) gescheiterte linke Ex-Ministerpräsident Ramelow freimütig sich als linker Neuer Mann, als wehleidige Heulsuse, outet: *„Wir haben alle geheult.“* ([Spiegel](#)) – Ein traditioneller Mnnlichkeitsentwurf sah einmal so aus: *„Schweige und habe gelitten, sammle dich und sei groß!“* (G. Benn)

„Der Hass ist mein Motor.“(Elfriede Jelinek – sterr. Literatur-Nobelpreisträgerin)

Und dabei war diese Hass-Linke immer noch stolz auf ihren ungebändigten Zorn – wie etwa die sterreichische Femo-Literaturnobelpreistrgerin Jelinek: *„Der Hass ist mein Motor... Meine Kreativität kommt aus dem Negativen. Ich kann nichts Positives beschreiben. ... Ja, ich bin jeden Tag froh, dass meine Mutter tot ist.“* ([Profil-Interview](#) 2004)

Diese menschenverachtende Hass-Litanei ließe sich beliebig fortsetzen... Auf die Frage, warum die Beliebtheit der wertkonservativen ungarischen Regierungspartei Fidesz immer noch steige, während die der Sozialisten sinkt, antwortete eine sozialistische ungarische Politikerin: *„In Ungarn gibt es viele Ratten... Dies sollte gestoppt werden, einschließlich der Ratteninvasion, da sie in der jüngeren Vergangenheit in Ungarn großen Schaden angerichtet hat.“* (Frau [Bangone](#))

Die Enkel der 68er: „Das hier ist alles falsch !“ (Greta)

In Wirklichkeit nämlich waren aber etwa schon die bolschewistischen 68er-Krakeeler nichts anderes als die heillos verlorenste Wohlstandsverwahrlosten-Generation, seitdem sich der Australopithecus vor mehr als 4,5 Millionen Jahren auf zwei Beinen über die restliche Welt erhob... Zwei Generationen später kotzen die Fridays-for-Future-Freizeit-Revolutionäre denselben irr- und widersinnigen Wohlstands-berdruss als Selbstmitleids-Hass gegen ihre eigene 68er-(Groß)Eltern-Generation aus: *„Das hier ist alles falsch! ... Wie konntet Ihr es wagen, meine Träume und meine Kindheit zu stehlen mit euren leeren Worten? ... Ihr lasst uns im Stich... Wir werden Euch das nicht durchgehen lassen!“* (Thunberg-Rede)

Der groteske Widerspruch heute wie damals: *„Die 68er Generation (war) vielmehr die erste Nutznieerin der neuen Freiheiten“* mit *„eine® unpolitische(n), glückliche(n) Jugend in einer Wohlstandsgesellschaft mit wachsender Liberalität. Sie waren Nutznießer der Pille, einem Plattenspieler zu Hause. Geknallt hat es, weil es ... plötzlich eine neue Lässigkeit, ein Aufbruchsgefhl gab. Die älteren, die den Krieg erlebt hatten, denen Sparen, Ordnung und auch Autorität etwas bedeutete, kamen ihnen spieig vor.“* (B. Rhl – Tochter von Meinhof)

Die Alt-68er: Wehleidig-selbstgerechte Nutznießer des Wohlstands-Kapitalismus

So aber hatte in Wirklichkeit gerade „der Kapitalismus eine Generation erschaffen, die dann gegen den Kapitalismus auf die Straße ging.“ (Spiegel) – *„Ihre selbstempfundene Leere haben die 68er mit Ideologien gefllt, mit Karl Marx und Mao Zedong... Junge Leute wünschen sich Sinn. Und dann ist die Revolution zur Mode, zum Phantasma geworden.“* – Heute lamentiert ein 19-Jähriger fff-[Möchtegern-Schnsel-Revolutionär](#) von einer zweiten maoistischen Kulturrevolution (wo Kinder ihre ehemaligen geistigen Eliten denunzierten und liquidierten): *„Die Zeit ist gekommen, dass wir Anführer werden.“*

„Die Krankheit der Leere.“ (Alexander Solschenizyn)

Die Ursache all dieses Selbstkulturhasses erkannte der russische Dissident Alexander Solschenizyn in einem spätkulturell- dekadenten Europa, das „die Intelligenz ausgeschlossen hat.... Ihr seid krank. Ihr habt die Krankheit der Leere... Eure gesamten Eliten haben den Sinn höherer Werte verloren. Sie haben vergessen, dass das erste Recht des Menschen darin besteht, seine Seele n i c h t mit Nichtigkeiten vollzustopfen.“

Ganz tief in ihrem Unterbewusstsein mag die fff-Wohlstands-Göre Thunberg wohl durch die Sehnsucht von Solschenizyn getrieben sein: „Wir werden euch nie vergeben“ (Thunberg), dass ihr nicht zu diesen post-linken Menschen gehört: Die „sich erheben werden im Namen der Wahrheit, der Natur, des Lebens.“ (Solschenizyn) ...Nicht zu jenen Menschen gehört habt, die „ihren Kindern beibringen werden, anders zu denken, den Geist über das Materielle zu stellen. Sie werden die Spirale des Niedergangs der Tapferkeit durchbrechen. So wird es zu einem Aufbrechen des dressierten Gewissens kommen. Heute sind die Dissidenten im Osten, sie werden bald im Westen sein.“ (Solschenizyn)

Dieser Artikel ist Teil des Buches von Elmar Forster: „Ungarn – Freiheit und Liebe: Plädoyer für eine verleumdete Nation und ihren Kampf um Wahrheit“



Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter [<ungarn_buch@yahoo.com>](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**04) APPELL AN DIE FÜHRENDEN POLITIKER DER WELT UND UN-
GENERALSEKRETÄR**

13. 09. 2022



**ANLÄSSLICH DER GENERALDEBATTE DER 77. TAGUNG DER UN-
GENERALVERSAMMLUNG**

**von den nachstehend unterzeichnenden ehemaligen Mitarbeitern der UN-
Organisation**

In wenigen Wochen wird die 77. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen eröffnet, und die Staats- und Regierungschefs der Welt strömen nach New York, um an der „Generaldebatte“ auf hoher Ebene teilzunehmen. Da die militärische Konfrontation in der

Ukraine nun schon den siebten Monat andauert und ein Ende der Zerstörung, des Tötens und des Leids nicht in Sicht ist, ist zu erwarten, dass die Staats- und Regierungschefs in ihren Reden darauf Bezug nehmen werden.

Wir appellieren, diese Gelegenheit produktiv zu nutzen, um neben der Bekräftigung der Werte der UN-Charta, der Grundsätze des Nichtangriffs und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten auch die Bemühungen um eine Beendigung der Kämpfe und die Einleitung eines Verhandlungsprozesses voranzutreiben. Ein solcher Prozess könnte schrittweise eine friedliche Beilegung des Konflikts im breiteren Kontext des regionalen und globalen Friedens und der Sicherheit ermöglichen.

Die Verfasser dieses Appells, ehemalige UN-Beamte aus vielen Teilen der Welt, die sich stets von der UN-Charta und ihrer Vision einer friedlichen, wohlhabenden und gerechten Welt inspirieren lassen, erwarten von den Vereinten Nationen, dass sie mehr tun, um die Parteien bei der Beendigung des Krieges und der Suche nach einer friedlichen, gerechten und dauerhaften Lösung ihrer Streitigkeiten zu unterstützen. Wir sind ermutigt durch den Erfolg der von den Vereinten Nationen geführten Verhandlungen, die die Wiederaufnahme der Ausfuhren von ukrainischem Getreide ermöglicht und die Ausfuhr von russischem Getreide und Düngemitteln erleichtert haben, so dass eine größere Hungersnot, insbesondere in den ärmsten Ländern, abgewendet werden kann. Ermutigend ist auch das Engagement der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bei der Abwendung einer Katastrophe im Kernkraftwerk Saporischschja. Die Vereinten Nationen und ihr Generalsekretär müssen diese funktionalen Vereinbarungen nutzen und parallel dazu politische Kommunikationskanäle verfolgen, um einen Waffenstillstand zu sichern und einen Verhandlungsprozess so schnell wie möglich in Gang zu setzen.

Da die Interessen Russlands sowie die der Hauptunterstützer der Ukraine, nämlich der USA und EU, weit über diesen Konflikt hinausgehen und geopolitische Dimensionen haben, fordern wir dringend die Schaffung eines Verhandlungsmechanismus, um die damit verbundenen Anliegen aller Seiten zu berücksichtigen. Wir fordern daher UN-Generalsekretär Guterres auf, mit Unterstützung der Staats- und Regierungschefs der Welt eine internationale Kontaktgruppe der wichtigsten Länder einzuberufen und einen Sonderbeauftragten zu ernennen, um die Erörterung dieser divergierenden Interessen zu erleichtern und ihre Überwindung durch Kompromisse und gegenseitige Garantien zu ermöglichen.

Die an diesem Konflikt beteiligten Länder sind Mitglieder der Vereinten Nationen und damit dem Grundprinzip der UN-Charta verpflichtet, internationale Konflikte mit friedlichen Mitteln (Kapitel VI der UN-Charta) oder, falls dies nicht gelingt, durch kollektives Handeln unter Leitung des Sicherheitsrats (Kapitel VII) beizulegen. Durch die Mitgliedschaft in regionalen Organisationen und/oder Militärbündnissen werden die oben genannten Grundsätze nicht außer Kraft gesetzt. Was einseitige Maßnahmen ständiger Mitglieder des Sicherheitsrats zur Blockierung von Beschlüssen angeht, so zeigt die Veto-Initiative Liechtensteins oder die Anwendung von Artikel 27.3 der Charta den Weg für solche Situationen in der Zukunft auf.

Wir erwarten vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, dass er das oben Gesagte umsetzt, und fordern alle, die in Ländern und internationalen Organisationen hohe Ämter bekleiden und somit die Macht haben, den Lauf der Dinge zu ändern, auf, unverzüglich in diesem Sinne zu handeln. Dies würde dem diesjährigen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Welt in New York einen echten Sinn und Nutzen verleihen. Wir können die Vergangenheit nicht umschreiben, aber wir können die Zukunft für eine Welt schreiben,

in der alle Menschen ein anständiges Leben in Frieden führen können, frei von Angst und Not. Der wirtschaftliche und technologische Wettbewerb kann weitergehen, das Gleiche gilt für politische Interessen und Anliegen. Aber der Krieg muss ein Ende haben, wenn wir vermeiden wollen, dass es bei den Versuchen, alles auf eine Karte zu setzen, am Ende oft nur Verlierer gibt.

7. September 2022

Liste	der	Unterzeichner	nachfolgend:
1	ABU-NUWAR	Abdul Muniem	65 JOSEPH Carol
2	AGUILAR	Pilar	66 KAHANE Matthew
3	AKOPYAN	David	67 KAHNLOH Himmlet
4	AMODEO	Margherita	68 KAKUCSKA Peter
5	ANDERSEN	Terje	69 KANNINEN Tapio
6	ANGELO	J.Victor	70 KLECKNER Simone
7	ASKWITH	Michael	71 KOEHLER Gabriele
8	BÁEZ	Julio A	72 KOLLIES Ute
9	BANERJEE	Ajit M	73 KOSTAKOS Georgios
10	BEIGBEDER	Yves	74 KRONFOL Fouad
11	BERLINGHOF	Barbara	75 LANDON Carole
12	BETTELLI	Paola	76 LECOMTE DU NOUY Patricia
13	BHALLA	Karunesh	77 LEE Donald
14	BIELLIK	Robin	78 LEITNER Kerstin
15	BODDEN	Vernett	79 LEWIS Gary
16	BORCHARDT	Katharina	80 MALDONADO Maria Delia
17	BREINES	Ingeborg	81 MALHOTRA Kamal
18	BURBIDGE	Robert	82 MANUEL Susan
19	BURLEY	John	83 MARTIN Mary
20	CAILLIEZ	Elize	84 MARTINEZ Theresa
21	CARRASCO-BATTIN	Lucia	85 MENON Saraswathi
22	CHATURVEDI	Suvira	86 MEYLAHN Angela
23	CHAVEZ	Maria-Luisa	87 MIMICOPOULOS Michael
24	CLAYCOMB	Paula	88 MOLINIER Cécile
25	COHEN	Robert	89 MOUSOURIS Sotiris
26	COOK MAUDE	Denise	90 MURRAY Gillian
27	COPPENS	Bertrand	91 NELSON Janet
28	COSTA-ESNARD	Aurora Lola	92 NILAND Norah
29	DAHL	Arthur	93 NORTON Christine
30	DAMEN	Conradus	94 OCKWELL Ron
31	DAVIS	Gary E	95 OLVER Richard
32	DE LA FUENTE	Brenda	96 OSORIO Maria Clara
33	DE VITA	Maria Gabriella	97 PÉREZ DEL CASTILLO Gonzalo

34	DE ZAYAS	Alfred	98	REYNOLDS	Phil
35	DICK	Alain	99	RICKARD-MARTIN	Loraine
36	DJIBO	Boubacar	100	RIDDLE	Margaret
37	DONINI	Antonio	101	ROBERFROID	Andre
38	EVANGELISTA	Douglas	102	RUSSELL	Andrew
39	FLORES	Gilberto	103	RYAN	Jordan
40	FOX-PRZEWORSKI	Joanne	104	SACKSTEIN	Edward
41	FRANCAIS	Ariel	105	SCHUMANN	Peter
42	FREEMAN	Carl	106	SEVAN	Benon
43	GANIATSOS	Thomas	107	SIERRA	Enrique
44	GARCIA MENDEZ	Emilio	108	SKURATOWICZ	Jerzy
45	GARDNER	Douglas	109	SLUTKIN	Gary
46	GELDOF	Lynn	110	SUZUKI	Rie
47	GIBBONS	Elizabeth	111	SWIETERING	Jan
48	GORLICK	Brian	112	SZAL	Richard
49	GRANT	Elizabeth	113	TABLANTE	Zenaida
50	GRIEGER	Wolfgang	114	TAKASE	Chikako
51	GROSE	Kevin	115	TAMAGNINI	Andrea
52	GUINDO	Adama	116	THALMANN	Anne-Marie
53	GULUMA	Esther	117	TOLMIE	Ellen
54	GURNEY	Michael	118	TORTORA	Manuela
55	GURUN	Sema	119	TOSO	Francesca
56	HADJ-HAMMOU	Nadir	120	URSINO	Steven
57	HALLIDAY	Denis J.	121	VAN DRUNEN	Jiddo
58	HARRISON	Richard	122	VANDEMOORTELE	Jan
59	HEYN	Michael	123	VANDEWEERD	Veerle
60	HIGHAM	Andrew	124	VAZQUEZ	Lilia
61	HIJAB	Nadia	125	WEISBROT	Barada
62	HOEFFEL	Paul	126	WILLIAMS	Michael
63	INGRAM	Joseph	127	ZHAGORA	Vladimir
64	JENSEN	Tomas	128	ZVEKIC	Ugljesa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Erneuter Antrag auf BRICS Mitgliedschaft – diesmal Argentinien

13. 09. 2022



Immer mehr Staaten drängen auf Aufnahme in BRICS

Mehrere Staaten tragen sich augenblicklich mit dem Gedanken eines Beitrittes zur Vereinigung BRICS, die von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gebildet wird.

Nun hat Argentinien einen Antrag an China gestellt. Russland dämpft jedoch zu hohe Erwartungen mit den Worten, „eine BRICS-Erweiterung stehe derzeit nicht auf der Agenda“.

Offizieller Antrag Argentiniens an Xi Jinping

Argentiniens Präsident Alberto Fernández hat Xi Jinping einen Brief geschickt, in dem er bei seinem chinesischen Amtskollegen offiziell eine Mitgliedschaft in der Staatenvereinigung BRICS beantragte. Laut Sabino Vaca Narvaja, dem argentinischen Botschafter in Peking, geschah dies noch in der vergangenen Woche.

Wie der Diplomat bei einer Veranstaltung in der chinesischen Stadt Xiamen sagte, sei die Staatengruppe von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika eine „ausgezeichnete Kooperationsalternative“ in einer Weltordnung, die bewiesenermaßen für den Vorteil einiger weniger Staaten geschaffen worden sei.

Vaca Narvaja teilte mit, dass die Öffnung der BRICS-Gruppe für andere Mitglieder eine historische Möglichkeit sei, um eine „wahre gemeinsame Strategie zu entwickeln, die diesem komplizierten globalen Szenario die Stirn bieten könnte“. Der Diplomat knüpfte an die Aussage von Fernández an, der diese Vereinigung zuletzt als die „Gruppe mit dem größten wirtschaftlichen und politischen Einfluss“ in der internationalen Arena definiert hatte.

Der argentinische Botschafter in China wurde von der Nachrichtenagentur *Télam* mit den Worten zitiert, „ich bedanke mich zutiefst für die Unterstützungsbekundungen, die wir

erhalten haben und die ein übriger Beweis für den Grad der Übereinstimmung sind, die momentan in Bezug auf unseren Beitritt herrscht.“

Indien ist für Argentinischen Beitritt

Nach Angaben von [Télam](#) hatte sich das indische Außenministerium schon für eine Mitgliedschaft des südamerikanischen Landes in der Staatenvereinigung ausgesprochen. Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar unterstützte diese Initiative bereits während seines jüngsten Besuchs in Argentinien.

Vor diesem Hintergrund wirkte allerdings die jüngste Erklärung des russischen Außenministeriums wie eine kalte Dusche. Vizeaußenminister Sergei Rjabkow teilte dem Magazin *Meschedunarodnaja Schisn* (Internationales Leben) mit, dass eine Erweiterung der BRICS-Gruppe bislang nicht auf der Agenda stehe, obwohl Moskau das internationale Interesse dafür begrüße.

Dem Diplomaten zufolge verfüge die Vereinigung bislang grundsätzlich über kein Erweiterungsprozedere. Es sei auch zu früh, über eine Änderung des Kürzels BRICS zu reden. Es gebe jedoch Formate, in denen eine Zusammenarbeit von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika mit anderen Ländern möglich sei.

Angeblich hätten auch bereits Saudi-Arabien, Ägypten, Algerien wie auch die Türkei Beitrittsinteresse bekundet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Das Ende der Offenen Gesellschaft!

Von REDAKTION

12. 09. 2022



Das westliche System der Politik betrachtet sich als freiheitlich, liberal und natürlich demokratisch. Diese Attribute benutzen die westlichen Eliten immer noch recht erfolgreich bei Menschen, die das westliche System nicht von innen her kennen.

Eine Art philosophische Basis für das westliche System lieferte Karl Popper mit seiner Beschreibung dieses Systems als eine „Offene Gesellschaft“. Offen wäre sie nach Popper deshalb, weil der politische Diskurs in ihr ergebnisoffen sei und nicht durch irgendwelche ideologischen Zielsetzungen, oder behaupteten historischen Gesetzmäßigkeiten (Historizismus), oder Traditionen bestimmt sei. In dem Gesellschaftsideal der „offenen Gesellschaft“ gibt es demnach auch keine absolute Wahrheit:

Beispielsweise kann man nach Popper aus der Beobachtung von noch so vielen weißen Schwänen nicht schlussfolgern, dass alle Schwäne weiß sind. Ein einziger schwarzer Schwan widerlegt diese Aussage. Solche Spitzfindigkeiten sind brandgefährlich. Genauso kann man jetzt behaupten, dass aus der Beobachtung von Milliarden und Abermilliarden von Menschen, die sich in Mann und Frau unterteilen, nicht schlussfolgern kann, dass es nur zwei Geschlechter gibt. Jeder Irre, der jetzt behauptet, er gehöre irgend einem anderen Geschlecht an, sollte also die Feststellung von zwei Geschlechtern widerlegen.

Die „Offene Gesellschaft“ hat das Ziel, die kritischen Fähigkeiten des Menschen freizusetzen. Die Gewalt des Staates soll dabei so weit wie möglich geteilt werden, um Machtmissbrauch zu verhindern. Der politische Diskurs in der „Offenen Gesellschaft“ sei selbstredend demokratisch, was er allerdings nicht als Herrschaft der Mehrheit versteht, sondern als die Möglichkeit, die Regierung gewaltfrei abzuwählen.

Damit unterscheide sich die „Offene Gesellschaft“ vom Faschismus, Kommunismus, Nationalismus und irgend einem Gottesstaat.

Zweifellos offeriert dieses politische Konzept attraktive Aspekte, vor allem für alle Arten von Freidenkern, die sich nicht in irgend ein ideologisches Konzept zwängen (lassen) wollen. Auf der anderen Seite hat dieses Konzept auch gefährliche Schwachstellen (wie das Beispiel oben zeigt), da es einerseits überhaupt keine wie immer geartete langfristige Perspektiven für eine Gesellschaft bietet und auf der anderen Seite auch die Tradition ablehnt. In der Tradition schlummern aber oft jahrhunderte-, oder sogar jahrtausendealte Erfahrungen über das Leben und seine Gesetzmäßigkeiten. Popper lehnt solche Gesetzmäßigkeiten explizit als Historizismus ab. Diese Gesetzmäßigkeiten zu ignorieren wird für eine Gesellschaft jedoch früher oder später zur Todesfalle.

Damit wird das Tor für alle möglichen Unsinnigkeiten, wie zum Beispiel der Genderwahn, die Verherrlichung aller möglicher sexuellen Abartigkeiten oder irgendwelcher alternativen Lebensformen aufgestoßen, die letztendlich den sicheren Niedergang und Tod der betreffenden Gesellschaft bedeuten. Popper entwickelte seine Ideen während des Zweiten Weltkrieges, als es naturgemäß andere Prioritäten gab, wie heute.

Durch das Fehlen jeder, wie immer gearteter Richtlinien für die Gestaltung des Lebens werden viele Menschen orientierungslos und daher besonders empfänglich für zeitgeistige Propaganda durch Medien, die von den Machteliten im Hintergrund gesteuert werden. Aus diesem Grund ist auch George Soros ein Anhänger dieser Philosophie, der dies auch durch die Gründung seiner „Open Society Foundation“ zum Ausdruck brachte.

An diesem Punkt werden die Ideen der „Offenen Gesellschaft“ durch die Praxis konterkariert:

Der Diskurs über die momentanen Zielsetzungen der westlichen Gesellschaft findet längst nicht mehr in der Öffentlichkeit, sondern in irgend welchen Machtzirkeln statt, die sich von der Öffentlichkeit abschotten. Dabei geht es einzig und allein um die Interessen der, in diesen Machtzirkeln vertretenen Akteure. Die Ergebnisse dieses Diskurses wird für die breite Öffentlichkeit in irgendwelche gutmenschliche Narrative verpackt, die über die Medien dann kommuniziert werden. Ein ergebnisoffener Diskurs sieht anders aus.

Die westliche Gesellschaft ist daher alles andere als offen und sie ist offen antidemokratisch, weil diese Medien nur noch Ansichten zulassen, die den Interessen der Machteliten im Hintergrund nicht widersprechen.

Die Intoleranz der Medien gegenüber Andersdenkender wurde in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren immer unerträglicher. Der Hintergrund dazu ist ganz einfach: Seit der Finanzkrise 2008 befindet sich die westliche Welt in einem Dauerkrisenbewältigungsmodus.

Der tiefere Hintergrund der Dauerkrise liegt in weltweiten tektonischen Machtverschiebungen, zum Nachteil der westlichen Eliten.

Da vor dem Fall des Eisernen Vorhangs das westliche System jedem anderen politischen System vorzuziehen war, konnten die westlichen Eliten mit Kritik, auch fundamentaler Kritik, gut umgehen. Insofern war man „liberal“ im Sinne Poppers. Der Zerfall des Warschauer Paktes markierte den Zenit der Macht des Westens. Die Niederlage der Sowjetunion wurde als eine Art Ende der Geschichte wahrgenommen. Die westlichen Eliten wähten sich dauerhaft als die Herren der Welt. Danach ging es langsam aber sicher bergab. Das spürten

auch die Normalbürger in ihren Geldbörsen. In der Folge entstanden „populistische“ Bewegungen, die die Macht der Eliten in Frage stellten. Von nun an wurden die gesteuerten Massenmedien immer illiberaler gegenüber Andersdenkenden.

Der Ukraine krieg ist für die westlichen Eliten eine Art Erdbeben, das auf die oben erwähnten tektonischen Machtverschiebungen folgte. Ihre Hegemonie steht ab nun zur Disposition. Mit der Vormachtstellung auf diesen Planeten sind aber auch alle wirtschaftlichen Vorteile, die sie daraus lukrieren, bald passee. Dabei geht es nicht nur um die Möglichkeit, sich durch Gelddrucken Vorteile zu verschaffen. Wichtig sind beispielsweise auch die weltweite Durchsetzung von Patentrechten, was letztlich nur ein Hegemon kann

In dieser Situation dulden die Eliten keinerlei Widerspruch. Ab jetzt haben sie die liberale Maske endgültig von ihrer Fratze gerissen und versuchen Abweichler auszumerzen. Was Putin-Freunden so alles widerfahren kann, hat beispielsweise der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder oder die ehemalige österreichische Außenministerin Karin Kneissl zu berichten.

Popper würde sich jedenfalls im Grab umdrehen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) USA plant „chinesischen Angriff auf Taiwan“ sehr zu erschweren

12. 09. 2022



US-Generäle fest entschlossen auch in Taiwan "mit zu mischen"

Offiziell verfolgt Washington bezüglich der Frage, ob es bei einem möglichen militärischen Konflikt zwischen Festlandchina und der Insel Taiwan eingreifen wird, einen Kurs der strategischen Mehrdeutigkeit.

Nun aber sprechen sich immer mehr Stimmen für eine offene Verteidigung der Insel aus.

USA Werden Offensivmanöver sehr erschweren

Der US-General und stellvertretende Stabschef für die Zukunft der Luftwaffe, Clinton Hinote, hat auf einem Panel des Atlantic Council über die Zukunft der Luftkriegsführung erklärt, „das Pentagon sei darauf vorbereitet, Chinas wichtigste logistische Unterstützung ins Visier zu nehmen, sollte es „Aggressionen“ gegenüber Taiwan zeigen.

Der US-General warnte weiter, „wir werden Offensivmanöver gegen unsere Freunde sehr erschweren, und ich hoffe, dass unser potenzieller Gegner China darüber nachdenkt, wenn er die Schwierigkeit in Betracht zieht, eine 90 Meilen lange Meerenge zu überwinden und gegen Taiwan vorzugehen. Ich hoffe, dass sie erkennen, dass wir ihre Logistik nicht einfach laufen lassen werden.“

Der General war auf das Thema eines möglichen Krieges mit China zu sprechen gekommen, nachdem er nach der „einen Lehre“ gefragt worden war, die das US-Militär aus dem Krieg in der Ukraine ziehen könnte. Dieser Konflikt stand im Mittelpunkt der Veranstaltung der Denkfabrik Scowcroft Center for Strategy and Security.

Hinote antwortete, „wir sollten die Logistik im Ukraine-Konflikt besser verstehen, es ist schwierig, einen Krieg dieser Intensität logistisch zu unterstützen. Ich glaube nicht, dass er im Pazifik weniger intensiv sein würde.“

USA für Aufrechterhaltung des „Kräfteverhältnisses“

Er brachte auch die Bedrohung einer Invasion Taiwans ins Spiel, um zu verdeutlichen, dass sich der strategische Ansatz der USA auf die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses konzentrieren müsse, anstatt dessen Zentren zu stürzen oder zu stören. Hinote argumentierte, „wir wollen, dass der Status quo erhalten bleibt! Wir wollen nicht, dass China die Straße von Taiwan überquert und in Taiwan einmarschiert, dass es Raketen nach Japan schickt oder dass Russland einen NATO-Verbündeten angreift.“

Zudem fühlt er sich bemüßigt zu betonen, „unsere militärischen Fähigkeiten sollten das widerspiegeln.“

Der General fordert seit langem, dass das Pentagon der Bedrohung durch den militärischen Aufstieg Chinas Aufmerksamkeit schenkt. Er betont, dass Peking schnell zu Washington aufschließe. Bei einer Anhörung im Kongress im vergangenen Jahr erklärte Hinote, dass die USA in Kriegsspiel-Simulationen regelmäßig gegen China verlieren, und er forderte die Gesetzgeber auf, Pekings Überlegenheit nicht als „zukünftiges Problem“, sondern als „aktuelles Problem“ zu betrachten.

Offenbar, so scheint es, gehen in den USA die „Kriegshetzer“ und „vorausschauenden“ Politstrategen eben nie aus.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Alfred de Zayas: „Chinafeindlichkeit ist Markenzeichen gewisser UN Agenturen!“

08. 09. 2022



Mängel im „Bewertungsbericht“ des UN Hohen Kommissars für Menschenrechte zu China

Von ALFRED DE ZAYAS | Am 31. August 2022, dem letzten Tag von Michelle Bachelets vierjähriger Amtszeit als UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, veröffentlichte das Büro ein 46-seitiges Dokument, das meines Erachtens als propagandistisch, voreingenommen und methodisch fehlerhaft verworfen werden sollte. Dieses Dokument, das nicht vom Menschenrechtsrat in Auftrag gegeben wurde, doch nur auf Druck Washingtons und Brüssels auf das OHCHR zustande kam, trägt den oberflächlich neutralen Titel „*Bewertung der Menschenrechtslage in der Autonomen Region Xinjiang Uigur*“ [\[1\]](#) .

Bereits im Juni 2022, zu Beginn der 50. Sitzung des Menschenrechtsrates, bedauerte Chinas Botschafter Chen Xu die zunehmende „Politisierung“ des Rates und erinnerte die Mitglieder daran, dass „Desinformation weit verbreitet ist, was dem ursprünglichen Zweck des Menschenrechtsrates ernsthaft zuwiderläuft.“

Hochkommissarin Bachelet tat gut daran, noch vor Veröffentlichung der Xinjiang-„Bewertung“ nach Chile zurückgekehrt zu sein, bevor die ungünstigen und unproduktiven Debatten im Zuge der bevorstehenden 51. Sitzung des Rates vom 12. September bis 7. Oktober 2022 losgingen. Die chinesische Mission hat besagte „Bewertung“ bereits als

unprofessionell und unvereinbar mit der ursprünglichen Erklärung zum Abschluss der Mission, die Michelle Bachelet nach ihrer erfolgreichen Mission in China und Xinjiang im Mai 2022 abgegeben hatte, zurückgewiesen [2]. Auch ich folge einer solchen Beurteilung und halte sie für ausgewogen, detailliert und konstruktiv [3]. Leider gelang es Bachelet nach ihrem gut vorbereiteten Besuch mit ihrer Erklärung nicht, die Kritiker aus Washington und Brüssel, welche die Situation in Xinjiang systematisch falsch darstellen und für ihren geopolitischen Hybridkrieg gegen China missbrauchen, verstummen zu lassen. Bachelets besonnene Erklärung hingegen, wurde mit Anfeindungen, Medienmobbing und Rücktrittsforderungen beantwortet.

„Bewertung“ aufgrund Schuldvermutung & Desinformationen

Die Hauptprobleme mit der „Bewertung“ ergeben sich aus der Methodik und Quellen. Wie die Ständige Vertretung Chinas in Genf feststellte, basiert die so genannte Bewertung „auf einer Schuldvermutung und verwendet als Hauptquellen Desinformationen und Lügen, die von chinafeindlichen Kräften fabriziert wurden. Die „Bewertung“ ignoriert vorsätzlich maßgebliche Informationen und objektive Materialien, die von der chinesischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden. Sie verzerrt die Gesetze und die Politik Chinas auf bösartige Weise und verunglimpft den Kampf gegen Terrorismus und Extremismus in Xinjiang. Sie verschließt die Augen vor den enormen Errungenschaften im Bereich der Menschenrechte, die Menschen aller ethnischen Gruppen in Xinjiang gemeinsam erreicht haben.“ [4]

Natürlich wurde der Bericht nicht von Michelle Bachelet persönlich verfasst, weil sie bestimmt nicht ihren Worten widersprochen hätte, wie sie bereits in Guangzhou und vor der 50. Sitzung des Menschenrechtsrates im Juni 2022 gesagt hatte. Doch OHCHR-Berichte werden immer von OHCHR-Mitarbeitern und/oder Beratern verfasst, die nicht immer unparteiisch und frei von Vorurteilen sind und nicht immer alle Seiten des Geschehens ausgewogen widerspiegeln. Sie können durchaus persönliche Tendenzen ausweisen, indem sie auch gegen die Grundregel „audiatur et altera pars“ – alle Seiten anzuhören – verstoßen.

Inakzeptabler Druck durch das UN Büro

Als langjähriger Mitarbeiter des OHCHR, ehemaliger Sekretär des Menschenrechtsausschusses und Leiter der Petitionsabteilung (Registrar) habe ich in Jahrzehnten hingebungsvollen Dienstes für das Büro sowohl Gutes als auch Schlechtes sehen und erleben müssen. Als unabhängiger UN-Experte für internationale Ordnung (2012–18) war ich persönlich inakzeptablem Druck des Büros ausgesetzt, mit dem Versuch mich in eine gewünschte „Matrix“ zu zwingen, wodurch meine Rechte und Pflichten verletzt wurden, unabhängiger Forschung nachzugehen und zu meinen eigenen Schlussfolgerungen zu gelangen, doch nicht zu jenen, die mir von OHCHR-Mitarbeitern oder bestimmten militanten NGOs nahegelegt worden waren.

Bevor ich die erste UN-Mission nach 21 Jahren in Venezuela antrat, las ich alle einschlägigen Berichte von OHCHR, Amnesty International und Human Rights Watch. Als ich diese Berichte vor Ort überprüfte und nachdem ich Professoren, Kirchenvertreter, Oppositionelle, Minister und Staatsanwälte der Regierung sowie Nichtregierungsorganisationen aller Seiten des Spektrums mit gezielten Fragen konfrontiert hatte, ergab sich ein grundlegend anderes Bild, dass sich radikal von den OHCHR-„Berichten“ unterschied, welche Ideologen verfasst hatten, die nicht in Venezuela gewesen und auch nicht der Methode der Faktenerhebung gefolgt waren, wie ich es tat. Schlimmer noch, ich musste feststellen, dass das OHCHR in seinen Berichten entscheidende

Informationen unterdrückt hatte, die zuvor von unabhängigen venezolanischen Nichtregierungsorganisationen wie Fundalatin, der Grupo Sures oder dem Red Nacional de Derechos Humanos zur Verfügung gestellt worden waren. Vor, während und nach meiner Mission in Venezuela erlebte ich gegenüber meinem Mandat eine ausgeprägte Feindseligkeit des OHCHR, die dahin resultierte, dass mir keine angemessene logistische und inhaltliche Unterstützung gewährt wurde und jede Bereitschaft fehlte, meine Ehre oder meinen Ruf zu verteidigen, wenn immer ich vor, während oder nach besagter Mission Einschüchterungen, Mobbing und Verleumdungen ausgesetzt worden war. [\[5\]](#)

Informationskrieg und anhaltende Sinophobie

Es mag sein, dass die westlichen Mächte einen kurzfristigen Sieg über China erringen und das OHCHR davon überzeugen konnten, eine „Bewertung“ abzugeben, die dem anhaltenden Informationskrieg und der Sinophobie Vorschub leistet und zum Markenzeichen bestimmter UN-Organisationen geworden ist. Die Andeutung, dass in Xinjiang „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ oder gar „Völkermord“ begangen worden sein könnten, ist eine unverantwortliche Übertreibung, Hetze und verstößt gegen Artikel 20 des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte*, der Kriegspropaganda und Aufstachelung zu Rassenhass und Gewalt verbietet.

Die Mission der Hohen Kommissarin Bachelet im Mai 2022 in China führte zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die den weiteren Dialog und die Zusammenarbeit zwischen OHCHR und chinesischen Behörden erleichtern sollte. Dies ähnelt meinem konstruktiven Vorschlag aus dem Jahr 2018, wonach das OHCHR in Venezuela für eine „Präsenz“ sorgen sollte, um professionelle und eben nicht propagandistische Bewertungen und Überwachungen durchzuführen. Ziel in China und in Venezuela sollte es sein, Opfern von Menschenrechtsverletzungen im Geiste internationaler Zusammenarbeit und Solidarität konkrete Hilfe angedeihen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwieweit das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte und der Menschenrechtsrat im Dienste westlicher Interessen tätig sind, inwieweit die Menschenrechtsanliegen der übrigen Menschheit berücksichtigt werden und inwieweit der Hohe Kommissar im Rahmen seines Mandats handelt, das in der Resolution 48/141 der Generalversammlung vom 20. Dezember 1993 [\[6\]](#) festgelegt ist.

Der Zwecke des Amtes des Hohen Kommissars

Das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte wurde nicht zum Zweck geschaffen, um „Namen zu beschädigen oder zu beschämen“, Spannungen zwischen Ländern zu schüren oder Desinformationen über Menschenrechtsverletzungen zu verbreiten. Der Hauptzweck des Hohen Kommissars besteht darin, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte zu fördern, alle Menschenrechtsaktivitäten der Organisationen der Vereinten Nationen zu koordinieren, die Vertrauensbildung zu verbessern und die Menschenrechte in einer Atmosphäre gegenseitigen Respekts, rechtlich verankert, einklagbar und durchsetzbar zu machen, gemäß den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta.

Es ist wichtig, an die Satzung des Amtes des Hohen Kommissars zu erinnern, die folgendermaßen lautet:

1. a) im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer internationaler Menschenrechtsübereinkünfte und des Völkerrechts tätig zu sein, einschließlich der Verpflichtungen, innerhalb dieses Rahmens die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit und die innerstaatliche Rechtsprechung der Staaten zu achten und die allgemeine Achtung und Einhaltung aller Menschenrechte zu fördern, in der Erkenntnis, dass die Förderung und der Schutz aller Menschenrechte im Rahmen der Ziele und Grundsätze der Charta ein legitimes Anliegen der internationalen Gemeinschaft ist;

(b) sich von der Erkenntnis leiten lassen, dass alle Menschenrechte – bürgerliche, kulturelle, wirtschaftliche, politische und soziale – universell, unteilbar, voneinander abhängig und miteinander verknüpft sind und dass es, auch wenn die Bedeutung nationaler und regionaler Besonderheiten und verschiedener historischer, kultureller und religiöser Hintergründe berücksichtigt werden muss, die Pflicht der Staaten ist, unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systemen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen;

© anerkennen, wie wichtig es ist, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung für alle Menschen zu fördern und die Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung zu gewährleisten, wie es in der Erklärung über das Recht auf Entwicklung festgelegt ist“ [\[7\]](#).

Die Verantwortlichkeiten des Hohen Kommissars

Gemäß der Resolution sind Verantwortlichkeiten des Hohen Kommissars festgelegt:

(a) die tatsächliche Wahrnehmung aller bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte durch alle zu fördern und zu schützen;

(b) die ihm/ihr von den zuständigen Organen des Systems der Vereinten Nationen im Bereich der Menschenrechte übertragenen Aufgaben auszuführen und Empfehlungen an diese Organe zu richten, um die Förderung und den Schutz aller Menschenrechte zu verbessern;

© die Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung zu fördern und zu schützen und zu diesem Zweck die Unterstützung durch die zuständigen Organe des Systems der Vereinten Nationen zu verstärken;

1. d) auf Ersuchen des betreffenden Staates und gegebenenfalls der regionalen Menschenrechtsorganisationen über das Menschenrechtszentrum des Sekretariats und andere geeignete Einrichtungen Beratungsdienste sowie technische und finanzielle Hilfe zu leisten, um Maßnahmen und Programme im Bereich der Menschenrechte zu unterstützen;

(f) eine aktive Rolle bei der Beseitigung der gegenwärtigen Hindernisse und der Bewältigung der Herausforderungen zu spielen, die der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte entgegenstehen, und zu verhindern, dass Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt fortgesetzt werden, wie dies in der Wiener Erklärung und dem Aktionsprogramm zum Ausdruck kommt;

(g) einen Dialog mit allen Regierungen bei der Umsetzung seines/ihres Mandats zu führen, um die Achtung aller Menschenrechte sicherzustellen;

- (h) die internationale Zusammenarbeit zur Förderung und zum Schutz aller Menschenrechte zu verstärken;
- (i) die Aktivitäten zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte im gesamten System der Vereinten Nationen zu koordinieren“.

Menschenrechte als Waffe sind inakzeptabel

Nirgendwo in der Resolution wird vorgeschlagen, dass der Hohe Kommissar seine/ihre Autorität nutzen sollte, um ein bestimmtes „Modell“ der Demokratie durchzusetzen, um „Namen zu beschädigen und zu beschämen“, zu tolerieren die Menschenrechte zur Waffe werden zu lassen, um geopolitische Agenden voranzutreiben oder um Sanktionen, Embargos oder Finanzblockaden zu befürworten. Im Gegenteil, die Funktion des Hohen Kommissars muss konstruktiv und nicht konfrontativ sein – sie muss Brücken bauen, den Dialog erleichtern, Maßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen erarbeiten und die Ursachen von Menschenrechtsverletzungen untersuchen. Dementsprechend muss der Hohe Kommissar die Menschenrechte durch Beratung und technische Hilfe fördern und sich aktiv für eine „Kultur des Friedens“ dank Menschenrechten einsetzen, wie es in den Programmen der UNESCO für eine Kultur des Friedens vorgesehen ist [\[8\]](#).

Es liegt im Interesse der gesamten Menschheit, dass der Hohe Kommissar und der Menschenrechtsrat streng unparteiisch und professionell arbeiten und nicht dem Druck der „Geber“ nachgeben oder sich Erpressung beugen, wie es von zahlreichen Ländern regelmäßig praktiziert wird.

Natürlich wissen wir in der realen Welt, dass die Vereinten Nationen, der Sicherheitsrat, die Generalversammlung und das Economic and Social Council (ECOSOC) alle politisch sind. In welchem „Niemandland“ könnten das OHCHR und der Menschenrechtsrat völlig „unpolitisch“ sein? Und doch, wenn das OHCHR und der Menschenrechtsrat Autorität und Glaubwürdigkeit haben sollen, müssen sie sich nach einem ethischen Kodex verhalten, einem Kodex der Unvoreingenommenheit, mit der einzigen Verpflichtung, die Menschenrechte und die Entwicklung für alle Mitglieder der Menschheitsfamilie voranzubringen.

Bald wird ein neuer Hoher Kommissar für Menschenrechte ernannt werden. Für die Zukunft des OHCHR und des Menschenrechtsrats ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein echter Experte dafür ernannt wird, der das in der Resolution 48/141 der Generalversammlung festgelegte Mandat strikt einhält. Es wäre sehr schade für die Menschenrechte und Welt, wenn der neue Hochkommissar den Interessen bestimmter Länder dienen würde und die Gleichheit der Würde aller Menschen und den legitimen Anspruch aller Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf Solidarität und Resozialisierung vergessen würde.

Zum Autor: *Alfred de Zayas ist Rechtsprofessor an der Geneva School of Diplomacy und diente von 2012 bis 2018 als unabhängiger UN-Experte für internationale Ordnung. Er ist Autor von zehn Büchern, darunter „[Building a Just World Order](#)“, Clarity Press, 2021.*

Übersetzung von Unser Mitteleuropa aus dem Englischen Original: [Hier](#)

Quellen

[1] www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ohchr-assessment-human-rights-concerns-xinjiang-uyghur-autonomous-region

[2] www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/2022-08-31/ANNEX_A.pdf

[3] www.ohchr.org/en/statements/2022/05/statement-un-high-commissioner-human-rights-michelle-bachelet-after-official

[4] geneva.china-mission.gov.cn/eng/ryrbt/202209/t20220901_10758786.htm

[5] undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FHRC%2F39%2F47%2FAdd.1&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False

[6] undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FRES%2F48%2F141&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False

[7] www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/declaration-right-development

[8] en.unesco.org/themes/building-peace-programmes

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. b) Sonderthema Corona-Pandemie

Seiten E 26 – E 27

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New			Network			Communications
IBAN:	PL52	1020	2472	0000	6602	0609 1252
BIC:	BPKOPLPW					

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mitteuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier](#).

<https://unser-mitteuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPFZWANG“
runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

30 stk.  **€ 19,⁹⁰** inkl. Porto

Limitierte Auflage

Jetzt mit einem **Klick** bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

Keine Berichte



Telldenkmäl mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xprousa / Wikimedia CC 3.0

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 20.09.2022

20. 09. 2022

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

China – China hat beschlossen, Sanktionen gegen leitende Angestellte amerikanischer Firmen zu verhängen, die an den jüngsten US-Waffenverkäufen an Taiwan beteiligt waren, um Chinas Sicherheitsinteressen zu verteidigen. CGTN.cn

Deutschland – „Ozapft ist“. Das erste Fass Bier wird gezapft. Der mit einem Holzhammer bewaffnete Oberbürgermeister von München führte am 17. führte die traditionelle Zeremonie durch und sprach die Zauberformel aus. Das 187. Oktoberfest ist offiziell eröffnet. Nach zweijähriger Pause wegen Covid-19 darf die grösste Party der Welt wieder stattfinden. Bis zum 3. Oktober werden in der bayerischen Landeshauptstadt sechs Millionen Besucher erwartet. Heute Morgen stellten sich viele von ihnen in ihren traditionellen Kostümen auf und rannten los, sobald sich die Tore des Geländes öffneten, um sich in einem der vielen Zelte niederzulassen. Ein Liter Bier kostet in diesem Jahr ab 12,60 Euro. 2019 wurden 7,5 Millionen Liter getrunken und mehr als 400.000 Hähnchen verzehrt. Es bleibt eine Hypothek, das Covid-19-Virus, das nicht verschwunden ist. Einschränkungen vor Ort sind nicht geplant, aber die Verantwortlichen wollen nicht alarmieren. RFI.fr

- Deutsche Regierung übernimmt Kontrolle über Rosneft-Raffinerie. Der Betreiber Rosneft wird in Deutschland unter Treuhandverwaltung gestellt – 2023 kommt ein Ölembargo gegen Russland. SRF.ch

Europäische Union – Die EU-Kommission hat den Entwurf für ein Medienfreiheitsgesetz vorgelegt. Sie will damit die europäische Medienlandschaft stärken und für mehr Transparenz und Unabhängigkeit sorgen. Nun müssen die EU-Staaten und das Europaparlament über das Paket verhandeln. «Wir sehen viele besorgniserregende Trends in Bezug auf die Medien in Europa», sagt Vera Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission. Dies sei nicht nur in ein oder zwei Ländern so. Die Gesetzesvorlage will mehr Transparenz und Unabhängigkeit. Die EU-Staaten müssen demnach die redaktionelle Freiheit von Medien respektieren, Medienunternehmen selbst müssen Informationen zu ihren Besitzverhältnissen öffentlich machen. Zudem sind Massnahmen gegen das Ausspähen von Journalisten vorgesehen. Öffentlich-rechtliche Medien müssten ausreichend finanziert und staatliche Werbung transparent vergeben werden. Als nächsten Schritt müssen die EU-Mitgliedstaaten und das Europaparlament über den Gesetzesentwurf verhandeln. Widerstand hat sich bereits formiert. So kritisierte etwa der deutsche Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger und der Medienverband der freien Presse, dass die Medien durch das Gesetz unter eine weitreichende Aufsicht gestellt würden. «Das Gesetz fördert die Pressefreiheit nicht, es untergräbt sie», heisst es. SRF.ch

Haiti – Nach der Ankündigung einer Erhöhung der Treibstoffpreise durch Premierminister Ariel Henry explodierten die Haitianer. Sie müssen sich bereits dem Würgegriff der Banden stellen. Sie müssen sich mit einer Inflation auf Lebensmitteln von über 30 % und einem spektakulären Anstieg der Preise für Grundprodukte wie Reis oder Öl abfinden. In diesem Zusammenhang ist die Erhöhung der Preise an der Zapfsäule für Benzin oder Diesel der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. RFI.fr

Indien – Indien siedelt wieder Geparden an. ORF.at

Israel – Israel ist wieder im Wahlkampfmodus. Dabei hat sich Influencerin Hadar Muchtar einen Namen gemacht. Am 1. November wird in Israel ein neues Parlament gewählt – zum fünften Mal in drei Jahren. Erwartet wird ein Dreikampf zwischen dem rechten Ex-Premier Benjamin Netanyahu, dem liberalen Übergangspremier Yair Lapid und dem Verteidigungsminister Benny Ganz. Dabei sorgt auch eine junge Frau für viel Wirbel: Die Influencerin greift auf Tiktok die etablierten Politiker scharf an. «Man weiss nicht allzu viel über sie», «Man weiss, dass sie 20 Jahre alt ist, aus Kirjat Ono stammt, einem kleinen Ort in der Nähe von Tel Aviv, und dass sie sich sehr gut vor der Kamera inszenieren kann.» Ausserdem habe sie eine neue Partei gegründet, «Die feurige Jugend». «Es hat damit angefangen, dass sie die hohen Lebenskosten in Israel kritisiert hat», sagt die Journalistin. Sie habe verglichen, was eine Hose zum Beispiel in Frankfurt kostet. Sie filmte sich dabei, wie sie im Laden steht und auf die Preise zeigt. «Das kam auf die Dauer nicht so gut an»,. Deshalb habe sie damit aufgehört. «Aber sie wettert weiter gegen hohe Preise und vor allem gegen die etablierten Politiker, die sich, wie sie sagt, eigentlich nur für sich selber interessierten. Sie setzt sich für eine bessere Zukunft für die Jungen ein.» Wieso ist Muchtar so erfolgreich? Der Wahlkampf – das war auch die letzten Male schon so – findet zum Grossteil in den sozialen Medien statt, wie Dachs feststellt. «Und Hadar Muchtar ist ein Champion der Generation Tiktok.» Dadurch, dass man in Israel innerhalb von dreieinhalb Jahren zum fünften Mal wähle, gebe es 21-Jährige, die jetzt schon zum fünften Mal wählen können. «Da ist wirklich die Jugend entdeckt worden, auch als Wählerpotenzial. Und an ihr ist sie am nächsten dran. Das ist eine ganze Generation, die am Handy hängt und Tiktok schaut wie verrückt.» Wie reagieren die Medien auf sie? Weil Hadar Muchtar aus dem Nichts

kam und plötzlich 68'000 Followers hatte und mehrere 100'000 Views auf Tiktok, ist die Frage irgendwann aufgetaucht: «Wer steckt eigentlich dahinter? Ist es irgendjemand anders? Oder wird sie gesponsert von vielleicht Netanjahu, von einer anderen Partei?» SRF.ch

Italien – Überschwemmungen in Ancona fordern mehrere Tote. Mindestens zehn Menschen sind nach heftigen Regenfällen an der Adriaküste in Italien ums Leben gekommen. SRF.ch

Kirgistan – Kirgistan wirft Tadschikistan Bruch der Waffenruhe vor. Nach einer Feuerpause an der Grenze von Kirgistan und Tadschikistan sind am Freitag wieder «intensive Kämpfe» ausgebrochen. Beide Länder beschuldigen sich gegenseitig, die Kämpfe im Grenzgebiet trotz eines Waffenstillstandsabkommens wieder aufgenommen zu haben. Mittlerweile sind rund 19'500 Menschen aus der Region geflohen. In der kirgisischen Grenzregion Batken wurden am Freitag etwa 120'000 Menschen evakuiert. Die heftigen Kämpfe im Grenzstreit zwischen den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien spitzen sich zu. Auf kirgisischer Seite gebe es sowohl unter Soldaten als auch unter Zivilisten Todesopfer, hiess es aus dem nationalen Sicherheitsrat in der Hauptstadt Bischkek. Kirgisische Behörden gehen von 24 Toten aus. Aus der Grenzregion Batken wurden nach Angaben der kirgisischen Behörden rund 120'000 Menschen in Sicherheit gebracht. Fast 20'000 Menschen sind aus der Region bereits geflohen, berichtete die russische Nachrichtenagentur RIA unter Berufung auf die Rothalbmond-Organisation. Für Freitagabend war eine Krisensitzung des kirgisischen Parlaments angesetzt worden. Es sei nicht ausgeschlossen, dass das Land den Kriegszustand verhängt, sagte der Abgeordnete Dastan Bekeschew. Die jüngsten Gefechte ereigneten sich während eines internationalen Gipfeltreffens im Nachbarland Usbekistan. Am Treffen nahmen neben den Präsidenten Russlands und Chinas, Wladimir Putin und Xi Jinping, auch die Staatschefs von Kirgisistan und Tadschikistan teil. Am Rande des Treffens der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) kam es auch zu einer Aussprache zwischen den Präsidenten der beiden Staaten. Der kirgisische Präsident Sadyr Dschaparow und der tadschikische Staatschef Emomali Rachmon vereinbarten dabei eine Waffenruhe ab Freitagmittag, wie das kirgisische Präsidialamt mitgeteilt hatte. Den beiderseitigen Truppenrückzug bestätigte auch Tadschikistan. Die Waffenruhe sollte nach kirgisischen Angaben am Freitagmittag in Kraft treten und einen Truppenrückzug umfassen. Tadschikistan hatte diese Angaben bestätigt. Anschliessend jedoch erklärte der kirgisische Grenzschutz, tadschikische Kräfte hätten erneut zwei Dörfer auf der kirgisischen Seite beschossen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor mehr als 30 Jahren streiten die beiden Länder bis heute über den Verlauf der rund 1000 km langen Grenze an zahlreichen Stellen. Auch in anderen Regionen an den Rändern der ehemaligen Sowjetunion eskalieren Konflikte. So griff vor einigen Tagen Aserbaidschan Armenien an. Russland zählt diese ehemaligen Sowjetrepubliken ebenso zu seinem Einflussbereich. SRF.ch

Niederlande – Das Mindesthaltbarkeitsdatum von haltbaren Produkten wie Nudeln oder Reis muss von der Verpackung entfernt werden. Dafür plädiert Geertje Zeegers von Too Good to Go. Sie denkt, dass dadurch weniger Produkte unnötig weggeworfen werden.

- Die Bedeutung von sauberem Wasser ist gross. Aber das Wasser wird durch die intensive Nutzung von Industrie und Landwirtschaft zunehmend verschmutzt. „Wir belasten unser kleines Land immer mehr“, erklärt Renske Diek. Sie arbeitet als Ökologin bei Naturmonumenten. Beispielsweise ist Phosphat ein grosses Problem für die Pflanzen, die in Flüssen, Bächen und Gräben wachsen. Dieser Rohstoff wird unter anderem in der Landwirtschaft produziert. Wir finden ihn in Kuhdung und Dünger. „Während Stickstoff ein grosses Problem für Pflanzen an Land ist, ist Phosphat ein grosses Problem für die Natur unter Wasser.“ NPO.nl

Österreich – Das Land wählt am 9. Oktober das Staatsoberhaupt. Amtsinhaber Alexander van der Bellen schafft 62% Zustimmung, FPÖ-Kandidat Rosenkranz schafft 13%, Krone-Kolumnist Dr. Wallentin schafft 8%. ORF.at

Russland – Die Bilder triumphierender ukrainischer Soldaten sorgen in Russland für Unverständnis und immer unverhohlene Kritik. In den letzten Tagen mehren sich aus politischen Kreisen Stimmen, welche die Kriegsführung des Kremlchefs bemängeln. Unweit vom St. Petersburger Smolny Palast hat einst der junge Wladimir Putin gewohnt. Und ausgerechnet kommunale Abgeordnete aus diesem Stadtteil verlangen nun offiziell den Rücktritt des russischen Präsidenten. Nikita Juferew hat das entsprechende Schreiben an das russische Parlament auch gutgeheissen. Die militärische Spezialoperation schade Russland und der Ukraine massiv, betont der Abgeordnete. Da sprächen die offiziellen Zahlen der UNO aus der Ukraine für sich. «Sechs Millionen Menschen mussten ihr Heim verlassen und können nicht zurück. Und es gibt bereits über 5000 tote Zivilisten, darunter über 300 Kinder. Darum haben meine Kollegen und ich entschieden, offiziell den Rücktritt Putins zu fordern – wegen Hochverrats», sagt Nikita Juferew. Für seine Aussagen wurde der Abgeordnete in St. Petersburg bereits zu einer Geldstrafe verurteilt. Öffentlich den Frieden verlangen – das ist inzwischen gefährlich in Russland. Eine Mehrheit der Russen wolle mit dem Krieg in der Ukraine so wenig wie möglich zu tun haben, sagen Soziologen. Die einen wollen Frieden, die anderen mehr Krieg. Doch Juferew betont: «Wir müssen andere Formen des Protestes finden. Je mehr Menschen solche Aktionen unterstützen, desto schneller verstehen Putin und die Gesellschaft, dass jetzt Schluss sein muss.» Nationalistisch und imperialistisch gesinnte Russen verlangen: Russland müsse viel mehr für den Sieg tun, etwa mehr Waffen und mehr Soldaten einsetzen. Dass sich der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski als Sieger feiern lässt, versetzt die Russen in Rage. Man kämpfe eigentlich nicht gegen die Ukrainer, sondern vor allem gegen den Westen, schreibt Frontberichterstatte Alexander Kots von der regierungsnahen Boulevardzeitung «Komsomolskaja Prawda». «Ob ich wirklich glaube, dass wir gegen die Nato kämpfen? Ja, das glaube ich. Dieser Konflikt hat eine existenzielle Phase erreicht, einen Kampf ums Überleben. Entweder wir gewinnen oder es gibt uns nicht mehr.» So klingt es aus dem nationalistisch-imperialistischen Lager. Ihnen ist die russische Militärführung zu zurückhaltend. Fast schon den «totalen Krieg» verlangt der bekannte und berühmte russische Publizist Igor Girkin. «Jetzt geht es nicht mehr ohne Kriebsrecht, ohne eine zumindest teilweise Mobilmachung, ohne auf den Krieg ausgerichtete Industrie und Transportsysteme. Die Spezialoperation haben wir schon verbockt. Wir riskieren, auch den Krieg zu verlieren», betont Girkin. Sichtbar sind die Proteste in Russland nicht. Sie finden fast ausschliesslich in den sozialen Netzwerken statt. Wladimir Putin und seine Entourage scheinen fest im Sattel zu sitzen.

- Seit einigen Jahren stammen die Diamanten auf Luxusuhren, Eheringen, Halsketten oder Ohrringen zu einem grossen Teil aus Russland, aus den Minen des Alrosa-Konzerns in Sibirien. Der russische Staat ist Hauptaktionär von Alrosa, der die englisch dominierte De-Beers-Gruppe als Marktführer abgelöst hat. Die USA haben am 11. März den Import von russischen Rohdiamanten verboten. Die EU und die Schweiz haben die Sanktionen bis heute nicht übernommen. Der Import bleibt legal. Trotzdem wollen die wichtigsten Schweizer Uhren- und Schmuckkonzerne jetzt auf russische Diamanten verzichten, wie die Richemont-Gruppe (Hauptmarke Cartier), die Swatch-Gruppe und Rolex gegenüber der Rundschau erklären. Die Konzerne würden aus ethischen Gründen handeln. Und wohl auch, um ihr Geschäft mit den USA nicht zu gefährden, dem wichtigsten Exportmarkt der Schweizer Luxusgüterindustrie. Die drei Konzerne wollten sich nicht zu den Kontrollmechanismen äussern, mit denen sie sicherstellen, dass Alrosa-Diamanten nicht mehr in die Lieferkette gelangen. Der frühere Präsident des Branchenverbands Responsible Jewellery Council, Charles Chaussepied, ein Brancheninsider, erklärte in der Rundschau, dass die grossen Schweizer Konzerne von ihren Diamantlieferanten entsprechende

Garantien verlangen: «Sie müssen auf der Rechnung unterschreiben, dass die geschliffenen Diamanten nicht von Rohdiamanten stammen, die nach dem 11. März aus Russland eingeführt wurden.» Die Verantwortung den Lieferanten zu übertragen, genüge nicht, sagt Hans Merket von der NGO International Peace Information Service IPIS in der Diamantenstadt Antwerpen: «Es geht um das Kundenvertrauen in ein emotionales Produkt. Man kann kein Vertrauen schaffen mit Gutgläubigkeit allein.» Den Weltmarktführer Alrosa aus der Lieferkette zu verbannen, sei keine einfache Aufgabe. International gelten russische Diamanten nicht als Blut- oder Konfliktdiamanten. So bezeichnet der Kimberley Prozess (KP), eine UNO-Organisation mit 80 Mitgliedsstaaten, bislang nur Diamanten, die von Rebellenbewegungen geschürft werden. An der Plenarsitzung im Juni stellte die Delegation der USA den Antrag, den Begriff Konfliktdiamanten auch auf Russland auszuweiten. Die Schweiz unterstützte den Antrag, der aber am Widerstand von Russland und China scheiterte. Der KP zertifiziert russische Diamanten weiter als konfliktfrei und Staaten wie Indien importieren sie in grossen Mengen, wie Industriedaten zeigen. Einmal in der Handelskette, können die russischen Steine zwischen den wichtigen Umschlagplätzen wie Mumbai, Dubai und Antwerpen hin- und hergeschickt werden. Die Steine werden dabei sortiert und mit Diamanten gleicher Grösse, aber anderer Herkunft zu neuen Paketen geschnürt. So verliert sich die Spur der Alrosa-Diamanten. In den Schleifwerkstätten in Indien, wo 90 Prozent der weltweit geschürften Rohdiamanten verarbeitet werden, verliert sich die Spur weiter. Die Uhrenindustrie braucht kleine und kleinste Brillanten. Sie werden nach dem Schleifen nach Grösse sortiert und nicht nach Herkunft. Es dürfte den Schweizer Uhrenkonzernen nicht leicht fallen, die bisherige Praxis zu ändern, sagt Diamantaire Walter Muff, früherer Leiter des Diamantverkaufs bei Gübelin: «Bei den kleinen Steinen ist es aus praktischen Gründen fast nicht möglich, einwandfrei eine saubere Herkunftsbestimmung zu machen. Die werden im Verarbeitungsprozess gemischt, wie die Äpfel verschiedener Bauern, die Most machen. Unmöglich zu sagen, von welchem Bauern die Äpfel im Most stammen.» SRF.ch

- Das Vertrauen der russischen Bürger in Präsident Wladimir Putin ist innerhalb einer Woche um 1,2 Prozentpunkte auf 81,5 Prozent gestiegen, so das Allrussische Zentrum für öffentliche Meinungsforschung, das am Freitag die Ergebnisse einer vom 5. bis 11. September durchgeführten Umfrage veröffentlicht hat unter 1.600 Befragten über 18 Jahren. VESTI.ru

Schweiz – Durch den Rücktritt von Roger Federer verliert Swiss Tennis sein ganz grosses Aushängeschild. Verbandspräsident René Stambach blickt auf die gemeinsame Zeit mit dem 41-jährigen Baselbieter zurück. Mit SRF sprach er über seine Reaktion auf Federers Rücktritt: «Ich habe die Nachricht mit einem lachenden und einem weinenden Auge aufgenommen. Lachend, weil er jetzt mehr Zeit für sich hat. Lachend, wenn man zurückdenkt an all seine ausserordentlichen Leistungen. Weinend, weil man ihn nicht mehr spielen sieht. Für uns geht eine Ära zu Ende. Diese Ära hat uns viel mehr Junioren gebracht, das konnte man messen anhand der verkauften Lizenzen.» «Es hängt immer davon ab, wie populär ein Sport ist. Da wird man sehen, dass die Popularität weniger werden wird. Das kann man aber ausgleichen, indem man ein gutes Marketing betreibt. Wir haben schon vor ein paar Jahren mit dem Projekt «Kids Tennis» angefangen, heute sind 25'000 bis 30'000 bei diesem Projekt dabei. Es ist unsere Aufgabe, die Lücke mit guten Ideen und gutem Marketing zu füllen.» Über den Davis-Cup-Triumph 2014 dank dem Finalsieg gegen Frankreich: «Das ist mein absolutes Highlight. Es war eine riesige Spannung, die in dieser Woche damals aufgebaut wurde, als er verletzt aus London nach Lille angereist ist. Beim Nachtessen am ersten Abend konnte er fast nicht auf seinem Stuhl sitzen. Ein paar Tage später war er dann so fit, dass wir den Davis Cup gewinnen konnten. Es waren wahnsinnige Emotionen bei mir, den Spielern und den Fans.»

- Pilzboom in der Schweiz. Wetterumschwung lässt Pilze nun doch spriessen. Der heisse und trockene Sommer hielt die Pilze lange im Boden. Dank des Wetterwechsels tauchen sie jetzt auf.
- Die Stadt Zürich kennt seit 35 Jahren ein Freiraumkonzept. Dieses regelt, was die Stadt gegen die zunehmende Hitze tun kann. Das Pionierpapier stammt von Landschaftsarchitekt Hanspeter Rüdüsli. Rüdüsli war von 1982 bis 1989 selbst bei der Stadt Zürich angestellt und hat in deren Auftrag das erste Freiraumkonzept der Schweiz erarbeitet. Darin wurde aufgezeigt, wie man mit Bäumen, Durchlüftungskorridore, der Freilegung von Bächen etc. die Stadt kühlen kann. Nur sei bisher kaum was davon umgesetzt worden, bedauert Rüdüsli, der heute als selbständiger Landschaftsarchitekt tätig ist.
- Energiedirektoren-Präsident Roberto Schmidt hat im Interview mit Tamedia-Zeitungen für die Ausrufung der Strommangellage plädiert. Nur so könnten vorsorglich «relativ schmerzfreie» Sparmassnahmen verfügt werden, wie etwa die Abschaltung von Schaufensterbeleuchtungen. Beim Gas lägen Verordnungsentwürfe vor, beim «viel komplexeren» Strom hingegen nicht. Dabei gehe es um die Frage, was als erstes abgeschaltet und wie lebenserhaltende Infrastruktur aufrechterhalten würde. «Anders als Corona ist das eine planbare Krise. Wir müssen sie darum planen – jetzt.» Im Blick hat er auch die Folgeprobleme von Abschaltungen. Es gehe darum, wie die Bevölkerung reagiere, wenn Internet und Mobilfunk nicht mehr funktionierten, wie die Kommunikation der Behörden funktionierte – und wie Einbrüche und Plünderungen verhindert werden könnten. «Doch von Bundesebene hören wir dazu nichts», sagte Schmidt.
- Auf das Stichwort «Lohnungleichheit» reagierte SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr. Als Arbeitgeberin sehe sie das Problem auch bei den Frauen selbst: «Sie fordern nicht den Lohn, den sie sich eigentlich erarbeitet haben.» Branchenspezifische Probleme in puncto Lohn müssten in Gesamtarbeitsverträgen gelöst werden. Statt immer nur Gleichberechtigung zu fordern, solle diese auch gelebt werden. «Das könnte man hier, indem man dem einheitlichen Rentenalter 65 zustimmt», sagt Gutjahr. Das letzte Wort darüber, ob das Rentenalter der Frau von 64 auf 65 erhöht werden soll, hat die Stimmbevölkerung am 25. September. Laut der zweiten SRG-Umfrage spricht sich derzeit eine Mehrheit für die AHV-Reform aus. Allerdings hat die Zustimmung im Vergleich zur ersten Umfrage signifikant abgenommen.
- Viele Solaranlagen-Besitzer wiegen sich in falscher Sicherheit: Bei einem Stromengpass oder einem Stromausfall produziert die Photovoltaik-Anlage nämlich keinen Strom mehr. «Solaranlagen sind mit dem Stromnetz fest verbunden», sagt Christof Bucher, Professor für Solartechnologie an der Berner Fachhochschule, «wenn nun das Stromnetz ausfällt, müsste die Anlage gleich für die ganze Umgebung Strom produzieren, und das kann sie nicht.» SRF.ch

Syrien – Das syrische Gesundheitsministerium meldete am Donnerstag sieben Cholera-Tote und mehr als 50 Infizierte. Der grösste Teil der Angesteckten wird aus der Provinz Aleppo gemeldet. Der Vertreter der UNO, Imran Riza, hat am Mittwoch bekannt gegeben, dass der Ausbruch eine ernsthafte Bedrohung darstelle und es dringend Massnahmen brauche, um weitere Infektionen und Todesfälle zu verhindern. Die Weltgesundheitsorganisation WHO spricht sogar von einem «sehr hohen Risiko», dass sich Cholera in ganz Syrien ausbreiten könnte. Es könnte gar noch schlimmer kommen: Auch im Irak gibt es bereits Fälle von Cholera. SRF-Auslandredaktorin Susanne Brunner, bis vor kurzem Nahost-Korrespondentin, sagt: «Verunreinigtes Trinkwasser dürfte auch in Syrien einer der Hauptgründe für den Choleraausbruch sein. Rund die Hälfte der syrischen Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Und: Rund 70 Prozent des Abwassers wird nicht gereinigt.» Der Krieg, der bereits elf Jahre andauert, habe die Kläranlagen und die Wasserinfrastruktur beschädigt oder zerstört. «Das Abwasser fliesst ungereinigt in die Umwelt, z.B. in die Landwirtschaft. Damit werden Gemüse und Früchte verunreinigt. Auch das ist eine Ursache. SRF.ch

Türkei – Die Einwanderungsdebatte ist Tagesgespräch, über die riesige Gruppe syrischer Flüchtlinge, die in den letzten Jahren in das Land gekommen sind, um dort zu leben. „2011, als der Zustrom von Flüchtlingen begann, war die Situation ganz anders“. „Damals wurden Flüchtlinge noch mit offenen Armen und herzlich aufgenommen. Das hat sich schnell geändert“. „Nirgendwo auf der Welt werden so viele Syrer aufgenommen wie in der Türkei. Die Menschen in den Grenzstädten haben also gesehen, wie sich die demografische Entwicklung schnell verändert hat. Plötzlich wanderten Tausende Syrer ein. Es gab immer mehr Arbeitslosigkeit unter den Türken. Aufgrund dieser angehäuften Probleme hat sich die Stimmung im Land geändert.“ NPO.nl

Ukraine – Nach ukrainischen Angaben wurden in der zurückeroberten Stadt Isjum im Osten des Landes mehr als 440 Gräber entdeckt. Die meisten Toten wiesen Spuren eines gewaltsamen Todes auf, RBB.de

Ungarn – Ministerpräsident Orbán erhielt am 16.9. den Orden 1. Klasse der Republik Serbien. Die höchste Auszeichnung wurde ihm vom serbischen Präsidenten Vucic überreicht. Der sprach von „echten Freunden, die in schwierigen Zeiten einander helfen“. Orbán drängte erneut auf eine Korrektur der EU-Sanktionspolitik, die auf eine vernünftige Basis gestellt werden sollte. „Es liegt in der Natur von Sanktionen, dass diese an sicheren Orten getroffen werden. Aus Paris, Brüssel und Madrid, aber vielleicht auch aus Berlin lässt sich eine Sanktionspolitik leichter betreiben, wir aber sind näher an dem sanktionierten Land, zu Russland“, erläuterte der Geehrte. Mit der Nähe steigen die Leiden, kein Wunder, dass Ungarn die Dinge radikal anders sieht, als Brüssel. „Im Übrigen pflegen starke Staaten Sanktionen gegen schwächere Staaten zu verhängen. Wir Europäer aber sind ein Energie-Zwerg, der Sanktionen über einen Energie-Riesen verhängt.“ Das sei in der Geschichte ohnegleichen. MR.hu

USA – Nach der Einsetzung eines neutralen Prüfers im Fall der beschlagnahmten Dokumente bei Ex-Präsident Donald Trump geht das US-Justizministerium gegen Teile der Entscheidung vor.

Das Ministerium beantragte am Freitagabend bei einem Berufungsgericht, die Dokumente auch während der Überprüfung durch den Sonderbeauftragten weiter einsehen zu dürfen.

Donald Trump: Welcher Vorwurf birgt am meisten Gefahr? Die Regierung und die Öffentlichkeit würden einen irreparablen Schaden erleiden, wenn der Zugriff auf die Dokumente verzögert würde, hiess es in dem Antrag. Die Entscheidung behindere die Ermittlungen und die Bemühungen der Regierung, die Sicherheit der Nation zu schützen. Eine Richterin hatte am Donnerstag einen neutralen Experten für die Prüfung der beschlagnahmten Unterlagen ernannt. Trump und seine Anwälte kritisieren das Vorgehen der Justiz immer wieder als politisch motiviert. Deshalb forderten sie die Einsetzung des neutralen Prüfers und reichten eine entsprechende Klage ein. Dieser wurde stattgegeben. Nun hat der Sonderbeauftragte bis Ende November Zeit, die Dokumente zu prüfen. Bis dahin hat das Justizministerium keinen richtigen Zugriff mehr auf sie – dagegen geht es vor. Für kommenden Dienstag hat der Prüfer, der New Yorker Jurist Raymond Dearie, ein erstes Treffen mit Trumps Anwälten und dem Justizministerium einberufen. Anfang August hatte die Bundespolizei FBI Trumps Villa in Florida durchsucht. Das FBI beschlagnahmte diverse Verschlusssachen, einige mit höchster Geheimhaltungsstufe. Dieses Material hätte dem Gesetz nach eigentlich an das Nationalarchiv gegeben werden müssen. Da Trump nach seiner Amtszeit die Unterlagen in seinem privaten Anwesen aufbewahrte, könnte er gegen das Gesetz verstossen haben. Dies wird nun untersucht. Das Justizministerium hatte moniert, dass die Einsetzung des Sonderbeauftragten die Ermittlungen verzögern würde.

Die Berufung gegen die Entscheidung von Donnerstag war erwartet worden. Das Ministerium argumentiert nun, dass eine weitere Sichtung der Dokumente durch die Behörden die Arbeit des neutralen Prüfers nicht behindern würde. «Die gerichtliche Anordnung lähmt diese Untersuchung», hiess es in dem Antrag. Die Sperre müsse sofort aufgehoben werden, damit die Ermittlungen wieder aufgenommen werden könnten. Unterdessen werden immer weitere Details über den Fall rund um die beschlagnahmten Dokumente bekannt. Die «Washington Post» berichtete, dass Trumps Team das Nationalarchiv über die vermissten Unterlagen in die Irre geführt haben solle. Dem Nationalarchiv soll im September 2021 in einem Gespräch mitgeteilt worden sein, dass es sich bei den Unterlagen nur um Zeitungsausschnitte handele, schrieb die Zeitung unter Berufung auf nicht namentlich genannte Personen. SRF.ch

- Laut einem am Freitag von der russischen Botschaft in Washington veröffentlichten Kommentar sollten die Vereinigten Staaten besorgt sein, die Transparenz ihrer eigenen Wahlprozesse sicherzustellen, anstatt sich in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen. VESTI.ru 20220918

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 17.09.2022

17. 09. 2022

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Armenien – Armeniens Schutzmacht Russland ist anderweitig beschäftigt: Russland ist traditionell die Schutzmacht Armeniens und unterhält dort eine Militärbasis. Doch gerade hat die russische Armee im Ukraine-Krieg eine Niederlage erlitten. «Aserbaidschans Staatschef Ilham Aliyev weiss, dass er zurzeit kaum mit russischer Gegenwehr zu rechnen hat, wenn er Armenien jetzt angreift. Der bewaffnete Konflikt um die Region Berg-Karabach im Südkaukasus ist vor zwei Tagen im Schatten des Ukraine-Kriegs wieder aufgebrochen. Die Nachbarländer Aserbaidschan und Armenien beschuldigten sich gegenseitig, für den Gewaltausbruch verantwortlich zu sein. Es kamen auf armenischer Seite mehr als 100 Menschen ums Leben. Aserbaidschan meldet rund 50 Todesopfer. Erst seit Donnerstag früh ist eine Waffenruhe vereinbart worden. SRF.ch

China – Xi sagte, China wolle zu globaler Stabilität beitragen. Sein Land sei bereit, gemeinsam mit Russland die Rolle einer Grossmacht auszuüben. RBB.de

Deutschland – Bundesverteidigungsministerin Lambrecht hat weitere Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt. Es handele sich um zwei zusätzliche Mehrfach-Raketenwerfer vom Typ Mars-Zwei inklusive 200 Raketen, sagte die SPD-Politikerin in Berlin. Darüber hinaus erhalte die Ukraine 50 Transport-Fahrzeuge des Typs Dingo. Die ukrainische Regierung fordert seit längerem, dass Deutschland auch Schützen- und Kampfpanzer liefert. Grüne und FDP sprechen sich dafür aus. Die SPD lehnt es ab. RBB.de

Frankreich – Corsage ist ein Spielfilm von Marie Kreutzer aus dem Jahr 2022. Das Historiendrama stellt die gealterte Kaiserin Elisabeth von Österreich-Ungarn (gespielt von Vicky Krieps) in den Mittelpunkt, die ihre Vorbildfunktion als Schönheitssymbol und Modeikone zu verlieren droht. Daraufhin stürzt sie in eine tiefe Sinnkrise. Die europäische

Koproduktion zwischen Österreich, Luxemburg, Deutschland und Frankreich wurde im Mai 2022 beim 75. Filmfestival von Cannes uraufgeführt. Am 13. September 2022 wurde der Film als österreichischer Kandidat für die Oscarverleihung 2023 ausgewählt. NPO.nl

Grossbritannien – Der Reichtum der Royal Family. Ein substanzieller Teil dieses Reichtums, der auf 28 Milliarden Pfund geschätzt wird, ist im Zusammenhang mit Versklavung, Seehandel, kolonialer Ausbeutung oder kolonialen Geschäften erwirtschaftet worden. Das heisst, auch als Privatpersonen profitierten die Mitglieder des Königshauses vom Empire, vom Kolonialismus. Die Queen hat die Neutralität zur Kunst erhoben, niemanden auf die Füsse zu treten. Und auch als Privatperson hat sie es versäumt, ein Zeichen zu setzen und zum Beispiel die Hälfte ihres Vermögens in eine Stiftung zu überführen, die Stipendien für Studierende aus ehemaligen Kolonien auszahlen könnte.

- Malaria ist eine der schlimmsten Infektionskrankheiten. 2020 forderte die Infektion 627'000 Todesopfer, die meisten davon Kinder unter fünf Jahren in Afrika. Nun weckt ein Impfversuch neue Hoffnungen. Der erste klinische Versuch einer Malaria-Impfung fand schon in den 1940er-Jahren statt. Seither wurden über 100 weitere Impfstoff-Kandidaten getestet. Die allermeisten sind gescheitert, einer ist seit kurzem im Einsatz – mit mässigem Erfolg. Nun warten die Universität Oxford und Partner mit einem Impfstoff auf, der in klinischen Versuchen mit über 75 Prozent Wirksamkeit abschneidet. Er schützt also drei Viertel der Geimpften vor einer Infektion mit dem Malariaerreger. Vor allem aber schaffen diese 75 Prozent auch die von der WHO definierte Schwelle, um Malaria langfristig auszurotten. SRF.ch

- Elizabeth II. war am Donnerstag vergangener Woche im Alter von 96 Jahren in ihrer schottischen Residenz Balmoral gestorben. Die Trauerfeier für die Queen mit Staatsgästen aus aller Welt findet am Montag in der Westminster Abbey statt. Russland, Belarus, Nordkorea und Myanmar erhielten keine Einladung. Die Beziehungen zwischen Russland und Grossbritannien sind schon seit Jahren extrem angespannt. Für Spannungen sorgte insbesondere die Vergiftung des früheren russischen Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter im Jahr 2018 in England. ORF.at

Irak – Vor 2003 kannte ich den Unterschied zwischen Assyriern und Chaldäern nicht – das waren für mich Völker aus den Geschichtsbüchern. Ich wusste nur, ich war Christin», sagt die Bürgermeisterin Lara Yussif Zara. Der Hass, den Extremisten und politische Mächte – die sie nicht namentlich nennt – in die irakische Gesellschaft gebracht hätten, sei eine Tragödie, ein Desaster, sagt sie. «Es geht nur um Machtpolitik und Gier,» sagt die Bürgermeisterin von Alqosh, die letztes Jahr knapp einem Anschlag entkam. Juden, Christen, Jesiden – der Irak verliere eine nach der anderen seiner religiösen Minderheiten. Zara sagt: «Die Minderheiten im Irak sind wie Düfte oder Farben. Verschwindet eine Farbe nach der anderen, gibt es das Gemälde, das der Irak einmal war, nicht mehr.» Ausser im kurdischen Norden kommt das Judentum im Irak nicht mehr als offizielle Religion vor. Die womöglich letzte Jüdin in Bagdad betet alleine in der Synagoge, von der man nicht wissen darf, wo sie sich befindet. Es ist ein Gebet für die Verstorbenen. Sie sitzt auf einer der mit weissen Tüchern bedeckten Bänke. Ihren Namen will sie nicht nennen: die wenigsten wissen, dass sie Jüdin ist. Der Christ und die beiden Muslime, die mit ihr zur Synagoge gekommen sind, hüten ihr Geheimnis. Sie helfen ihr auch, den Zerfall des Gotteshauses, so gut wie's geht, aufzuhalten. Möge Frieden mit euch sein, so endet das Gebet. Der Christ und die beiden Muslime senken respektvoll ihre Köpfe. «Das ist der echte Irak, so wie er vor 2003 war. Wir konnten miteinander leben,» sagt einer der beiden Muslime. Aber so wie vorher, werde es nie mehr, sagt der Christ. «Die womöglich letzte Jüdin in Bagdad weiss nicht einmal, ob sie überhaupt im Irak bleiben kann. Die Behörden in Bagdad machen es ihr schwer, ihren irakischen Pass zu erneuern: «Die Beamtin sagte: Du bist Jüdin. Du bist nicht Irakerin.» SRF.ch

Japan – Yakuza-Gangsterbanden sterben aus. Einst bildeten die Yakuza die mächtigsten und reichsten Verbrechersyndikate der Welt. Auch Japans Politik und Wirtschaft zollten ihnen Respekt. Doch scharfe Gesetze schränkten die kriminellen Machenschaften der Yakuza ein. Nun droht ihre Subkultur auszusterben. Den Höhepunkt von Macht und Reichtum erreichten die Yakuza Mitte der Achtziger Jahre. Damals galten sie als das am besten organisierte Verbrecher-Syndikat der Welt. Doch die Milliarden schweren Einnahmen aus illegalem Glücksspiel, Schutzgeld und Aktiengeschäften führten 1985 zu einem blutigen Krieg zwischen konkurrierenden Yakuza-Banden. Mit den Schiessereien auf offener Strasse brachen die Gangster damals ein stillschweigendes Abkommen: Japans Gesellschaft hatte die Yakuza lange als eine Art ehrenwerte Verbrecher akzeptiert. Doch das Blutvergiessen führte zu einem Umdenken. Die Yakuza gerieten ins Visier der Justiz. Die Einkommensquellen der Yakuza sind grösstenteils versiegt. Die Digitalisierung haben die alternden Gangster verpasst. Und die grossflächigen Tätowierungen, welche sie einst als Zeichen ihrer Zunft stolz trugen, stigmatisieren heute jene, die zurückfinden wollen in ein geordnetes Leben. SRF.ch

Luxemburg -Das Gericht der Europäischen Union hat den Techkonzern Google am Mittwoch zu einer Rekordstrafe von 4.1 Milliarden Euro verdonnert. Somit ist die Klage von Google gegen die EU-Kommission weitgehend gescheitert, wenn auch die Busse um 200 Millionen Euro gesenkt wurde. Somit bestätigte das Gericht eine Entscheidung der EU-Kommission aus dem Jahr 2018. Diese hatte dem Konzern vorgeworfen, Smartphone-Herstellern und Mobilfunknetzbetreiberin unzulässige Vorschriften für die Verwendung von Android gemacht zu haben. Bestimmte Google-Apps mussten vorinstalliert werden. «Auf diese Weise hat Google Android dazu verwendet, die marktbeherrschende Stellung seiner Suchmaschine zu festigen», begründete EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager die Entscheidung damals. Das überarbeitete Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig: Beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) kann der Konzern Einspruch einlegen. SRF.ch

Polen – Russland muss wie Deutschland Reparationen an Polen für die im Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden zahlen, sagte Präsident Andrzej Duda in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Wprost. „Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg begonnen und Polen angegriffen. Russland schloss sich diesem Krieg später an, daher glaube ich, dass wir auch von Russland Reparationen fordern sollten“, erklärte er und fügte hinzu, dass er keinen Grund sehe, dies zu verhindern. In Polen wurde vor einigen Jahren die Frage nach der Zahlung von Reparationen Deutschlands an die Republik für Schäden im Zweiten Weltkrieg gestellt. In diesem Jahr forderten die lokalen Behörden 6,2 Billionen Złoty (etwa 1,3 Billionen US-Dollar) von Berlin. In Deutschland wiederum haben sie wiederholt erklärt, dass sie Polens Forderungen nicht erfüllen wollen: Sie glauben, dass sie bereits ziemlich hohe Summen gezahlt haben und dass es keinen Grund gibt, Polens Verweigerung von Reparationen im Jahr 1953 in Frage zu stellen. PR.pl

Russland – Präsident Wladimir Putin informierte seine Kollegen aus China und der Mongolei über den Fortschritt der Arbeiten am Bau der Sojus-Wostok-Gaspipeline. Derzeit schliesst Gazprom die Details des Projekts mit der chinesischen und der mongolischen Seite ab“, sagte er. Nach Angaben des russischen Staatschefs hält Moskau es für vielversprechend, die Zusammenarbeit mit Peking und Ulaanbaatar im Energiesektor zu entwickeln. Daher, fügte Putin hinzu, gebe es gute Möglichkeiten, die grenzüberschreitenden Stromlieferungen nach China und in die Mongolei zu erhöhen.

- Europa hat Russland offiziell beschuldigt, seine Zukunft zu bedrohen und einen hybriden Krieg zu führen, und versprochen, unser Land zu vernichten. Einen neuen Schritt in der Eskalation des Konflikts machte die De-facto-Führerin eines geeinten Europas – die Chefin

der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Die „Premierministerin“ der Europäischen Union erklärte es in ihrer Rede an das Europäische Parlament ausdrücklich: VESTI.ru

Schweden – Schweden steht vor einer Zeitenwende. Auf den nordischen Wohlfahrtsstaat wartet erstmals eine klar rechtsbürgerliche Regierung – samt Schwedendemokraten. «Es ist eine sehr knappe Mehrheit, aber es ist eine Mehrheit», erklärte Premierministerin Magdalena Andersson am Morgen, nachdem sie beim Parlamentspräsidenten ihr Rücktrittsgesuch eingereicht hatte. Sie gratulierte dem bisherigen konservativen Oppositionsführer Ulf Kristersson zum Wahlsieg. Schweden hat in den letzten hundert Jahren immer wieder demokratisch gewollte Machtwechsel erlebt. So soll es auch diesmal sein. Und doch nagen Zweifel und Ängste an der neuen Konstellation, die nun in Stockholm die Macht übernimmt. Denn sie ist historisch beispiellos und trägt einen Namen: die Schwedendemokraten. Diese vor 30 Jahren als rechtsextreme Gruppierung gegründete Partei hat bei den Wahlen einen guten Fünftel der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Das ist mehr, als die drei anderen bürgerlichen Parteien erhalten haben. Zusammen hat die neue rechtsbürgerliche Koalition eine knappe Mehrheit von 176 der 349 Sitze im Reichstag. In den letzten acht Jahren war Schweden von den Sozialdemokraten und bis vor einem Jahr auch von den Grünen regiert worden. Beide gewannen bei den Wahlen Sitze hinzu und müssen nun trotzdem in die Opposition. Schweden steht vor neuen Zeiten: Zum ersten Mal soll nun der nordischen Wohlfahrtsstaat von einer dezidiert rechtsbürgerlichen Koalition regiert werden. Sie hat versprochen, die Einwanderung auf ein Minimum zu beschränken und der Atomkraft zu einer Renaissance zu verhelfen. Die Steuern möchte die neue Regierung massiv senken und bedeutend mehr Geld in die Polizei und in die Armee investieren. Den Schwedendemokraten als stärkste Kraft im neuen Lager schweben zudem weitergehende Veränderungen in der Kultur- und Medienpolitik vor. Ihr diesbezügliches Vorbild ist Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban. Hinzu kommt die Zeitenwende in der Sicherheitspolitik: Zum nächsten Jahr gibt Schweden seine über 200 Jahre lang geführte Neutralitätspolitik auf und tritt der Nato bei. Am 1. Januar übernimmt Stockholm dann auch den Ratsvorsitz der Europäischen Union. Spätestens dann wird sich zeigen, wie politisch neu aufgestellt Schweden tatsächlich wird. SRF.ch

Schweiz – 6'035 Millionen Franken. So viel kosten die 36 neuen Kampffjets F-35A aus den USA, welche die Schweiz nun kaufen wird. Es ist das teuerste Rüstungsgeschäft, das dieses Land je getätigt hat. 102'664. So viele Menschen haben eine gültige Unterschrift unter die Volksinitiative «Stop F-35» gesetzt, die den Kauf verhindern möchte. Die Initiative ist formell zustande gekommen, wie die Bundeskanzlei Ende August festgestellt hat. Im nächsten Jahr findet die Volksabstimmung statt. Doch der Urnengang wird nach dem heutigen Entscheid des Nationalrats zur Farce. Denn wie zuvor der Ständerat hat die Grosse Kammer den Bundesrat verpflichtet, die Unterschrift schon vor der Abstimmung unter den Kaufvertrag zu setzen. Mit dem Argument, die Offerte der USA sei nur bis Ende März des nächsten Jahres gültig.

● Der eidgenössische Fast-Papst. Kardinal Matthäus Schiner (1465–1522) muss ein Gespür für die Strömungen der Zeit gehabt haben, er steht mit den Grossen seiner Zeit in Kontakt, auch mit Reformator Martin Luther. Schiner sieht in ihm vor allem ein politisches Phänomen. «Dass mit ihm eine ganz neue Kirche in der Entstehung ist, hat Schiner nicht gesehen». 1521 hat Kardinal Schiner einen weiteren wichtigen Auftritt: Nach dem Tod von Papst Leo X. eilt er nach Rom, ist Teil des Konklaves. Schiner wollte selbst Oberhaupt der katholischen Kirche werden, erklärt Reinhardt, der die Geschichte der Päpste seit Jahrzehnten erforscht. Aber die Eidgenossen – und zu denen wird Schiner als Walliser gezählt – gelten als wilde Naturmenschen. Man sieht in ihnen grosse Kämpfer, die Fähigkeit zu regieren spricht man ihnen hingegen ab. Einen «Schweizer» zum Papst zu machen, habe die Bildungsarroganz

der humanistisch geprägten Italiener nicht zugelassen, sagt Reinhardt. Gewählt wird schliesslich ein unpolitischer Aussenseiter, der Niederländer Hadrian VI. Der grosse Stratege und Ränkeschmiede Schiner stirbt noch im selben Jahr – am 1. Oktober 1522, wohl an der Pest, vielleicht auch an Syphilis.

- Der Ständerat will einen Solarzwang für neue Gebäude und erleichterte Bewilligungen für Fotovoltaik-Grossanlagen auf freien Flächen in den Bergen. Dazu schuf er auf Antrag von Beat Rieder (Mitte/VS) eine zusätzliche Vorlage. Die Mehrheit wollte das Momentum zugunsten von mehr inländischem Winterstrom nutzen. Dieses ohne Gegenstimme verabschiedete «Gesetz über dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter» sollen die Räte nach dem Willen des Ständerats getrennt vom indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative behandeln, in der laufenden Session bereinigen und für dringlich erklären.
- Schweizer Städte wollen keine automatische Gesichtserkennung. St. Gallen will automatische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verbieten. Auch andere Städte.
- Am 25.9. Abstimmung über die Anhebung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65. SRF.ch

Serbien – Der örtliche Organisator einer LGBT-Pride-Parade, die diese Woche von den serbischen Behörden auf Druck von religiösen und rechten Gruppen verboten wurde, sagt, dass EuroPride-Anhänger trotz des Verbots am 17. September auf die Strassen Belgrads gehen werden. [RFE.us](https://www.rfe.us)

Slowenien – In Slowenien sind zwei Patienten verwechselt worden, woraufhin einer von ihnen unter einer falschen Identitätsangabe eingäschert wurde. Gesundheitsminister Danijel Besic Loredan sprach heute von einem „völlig inakzeptablen“ Vorfall. Jemand habe seinen Vater einäschern lassen und am Tag darauf erfahren, dass er lebe, sagte der Minister. Eine andere Familie habe dann erfahren, dass ihr Verwandter tot sei. Die beiden Männer im Rollstuhl hatten dasselbe Alter und lebten in demselben Altersheim. Sie wurden aus Gesundheitsgründen mit einem Krankentransport in das Krankenhaus von Celje gebracht. ORF.at

Spanien – Nächstes Jahr steht in Spanien ein Super-Wahljahr, mit Regional-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Die Wirtschaft, die gestiegenen Strompreise und die zunehmende Polarisierung der Politik werden das Super-Wahljahr prägen. Beobachter erwarten einen stark polarisierten Wahlkampf. Hintergrund ist eine Personalrochade bei den Konservativen: Noch im Frühjahr löste Alberto Núñez Feijóo den bis dahin amtierenden Parteichef Pablo Casado nach internen Streitigkeiten über die Ausrichtung der Partei ab. Mit Feijóo vollziehen die Konservativen nun einen Strategiewechsel: Anders als sein Amtsvorgänger schliesst Feijóo ein Bündnis mit der rechtsextremen Vox nicht aus. Noch lieber würde er Vox allerdings die Wähler abjagen und alleine regieren. SRF.ch

Türkei – Turkish Airlines übertrifft ihre Rekorde aus der Vorkrisenzeit. Im Juli und August wurde die Fluggesellschaft mit je 7,8 Millionen internationalen Passagieren der „weltweit grösste Netzwerk-Carrier“. TRT.tr

Ukraine – Die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die am 15. September in Kiew ankam und sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj traf, sagte, die Fortschritte der Ukraine auf dem Weg zum Beitritt zur Europäischen Union seien „auf gutem Weg“. [RFE.us](https://www.rfe.us)

Ungarn – Die Sanktionen gegen Russland müssen überdacht werden, erklärte Balázs Orbán, politischer Direktor des Ministerpräsidenten. Es sei nicht gelungen, mit den

Sanktionen die Russen in die Knie zu zwingen, demgegenüber gehe es mit Europa immer weiter bergab. MR.hu

USA – Vizepräsidentin Kamala Harris, die von Präsident Joe Biden zur Grenzgarin ernannt wurde, brüskierte Grenzgänger, die am Donnerstag aus Texas in ihrer Residenz in Washington, DC, ankamen. Die Grenzgänger wurden im Rahmen der Operation des texanischen Gouverneurs Greg Abbott ® in Migrantenbussen geschickt, die Tausende von Menschen, die an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ankamen, in Zufluchtsorte wie New York City, Chicago und Washington, DC, geschickt hat. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Usbekistan – Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin sind im usbekischen Samarkand zusammengetroffen. Die beiden Präsidenten bekräftigten bei dem Treffen die gegenseitige Zusammenarbeit. Das Treffen am Rande des zweitägigen Gipfels der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) ist die erste Begegnung der beiden Staatsführer seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Der chinesische Präsident versicherte seinem russischen Amtskollegen, dass China seine Rolle als «Grossmacht» mit seinem Nachbarn Russland wahrnehmen wolle. «China ist bereit, mit Russland zusammenzuarbeiten, um seiner Verantwortung als Grossmacht gerecht zu werden, eine führende Rolle zu spielen und Stabilität und positive Energie in eine von Chaos durchzogene Welt zu bringen», sagte Xi am Rande des Gipfeltreffens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO). SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft N A T O

(Seite E 42)

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seite E 42)

Keine Berichte

Keine Berichte

BENELUX-LÄNDER (Seite E 44)

Keine Berichte

BR Deutschland (Seiten E 45 – E 77) (siehe auch nächsten Abschnitt für Berlin und Brandenburg)

01) Kein Interesse am Grundeinkommen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-21

20. September 2022

47. Jahrgang



Kein Interesse am Grundeinkommen

So ist das. Da will man Gutes tun für die Menschen, und sie wollen das gar nicht. Der Verein „Vertrauensgesellschaft e.V.“ wollte über ein Gesetz abstimmen lassen, dessen Ziel „die Erforschung der Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit verschiedener Varianten des bedingungslosen Grundeinkommens bezogen auf die Bevölkerung des Landes Berlin im Rahmen eines wissenschaftlichen Modellversuchs“ sein sollte.

Daraus wird nun nichts. „Heute hat die Landesabstimmungsleiterin das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens über die Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens im Land Berlin („Expedition Grundeinkommen“) festgestellt.

Demnach waren am letzten Tag der Eintragsfrist, am 5. September 2022, 2.440.421 Personen stimmberechtigt. Für ein Zustandekommen mussten sieben Prozent von ihnen, also 170.829 Personen, dem Volksbegehren zustimmen.

Insgesamt haben die Berliner Bezirksämter 126.125 Unterschriften zur Prüfung erhalten. Davon wurden am Tag des Ablaufens der Eintragsfrist, nach Angaben der Trägerin, insgesamt etwa 70.000 Unterschriften eingereicht. Da die insgesamt eingereichte Anzahl der Unterschriften die benötigte Anzahl unterschreitet, waren die bis dato noch nicht geprüften Unterschriften lediglich zu zählen.

In Summe wurden 53.036 Unterschriften geprüft. Von den geprüften Unterschriften wurden 39.189 als gültig und 13.847 als ungültig klassifiziert. Der Anteil der ungültigen Unterschriften liegt bei 26,1%. 73.089 Unterschriften wurden lediglich gezählt.“

Die Landesabstimmungsleiterin, **Ulrike Rockmann**: „Ich stelle fest, dass das Volksbegehren der Trägerin „Vertrauensgesellschaft e.V.“ über einen Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzes durch den Senat zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens im Land Berlin nicht zustande gekommen ist. Die für das Volksbegehren geltenden Vorschriften wurden beachtet. Ganz besonders danke ich den Bezirkswahlämtern und Bezirksabstimmungsleitungen, die mehr als 126.000 Unterschriften ausgezählt bzw. geprüft haben.“

Weitere Informationen: <https://www.berlin.de/wahlen/abstimmungen/volksbegehren-grundeinkommen/allgemeine-informationen/artikel.1170874.php>

„Die Wirkung, Akzeptanz und die Umsetzbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens sind umstritten.“, gibt die Trägerin des Volksbegehrens unumwunden zu, erforschen wollte man die Möglichkeiten dennoch.

Wir leben in einer Welt, in der nichts bedingungslos ist, das fängt schon beim Gehorsam an. Geld, also Einkommen, muss man sich verdienen. Und dafür wiederum muss man arbeiten. Wer dies, aus welchem Grunde auch immer nicht kann oder unverschuldet in Not gerät, dem hilft die Solidargemeinschaft, also alle, die Steuern bezahlen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde dieses bewährte System zerstören.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde jeden Anreiz, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen, verhindern. Nicht erst nach den Berechnungen von **Thilo Sarrazin** haben viele Menschen herausgefunden, wie viel Geld man zum Überleben braucht. Es gibt Menschen, die sich bescheiden einzurichten verstehen, um den Luxuspreis, dafür nicht arbeiten gehen zu müssen. So funktioniert unsere Gesellschaft aber zum Glück nicht. Die Milliarden schweren „Entlastungspakete“ können nur geschnürt werden, weil die Mehrheit der Menschen in diesem Land arbeiten geht und Steuern zahlt. Es ist gut, dass keine Steuergeld für dieses Forschungs-Projekt ausgegeben werden müssen.

Ed Koch

Quelle: Landeswahlleitung Berlin

02) „Kampfpanzer“ u.ä. - Warten auf Deutschland. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-18

19. September 2022

47. Jahrgang

Warten auf Deutschland

In **Samuel Becketts** Theaterstück „Warten auf Godot“ wird bis zum Ende des Stückes nicht klar, wer Godot eigentlich ist und warum die beiden Protagonisten auf ihn warten. Godot wird zum Symbol für das Warten und das Ungewisse schlechthin. Die Zeit vertreiben sich die beiden Protagonisten mit Belanglosigkeiten und dem Diskurs über ihre Situation, ohne jemals Klärung zu erlangen. Wikipedia

Denken an Godot musste man gestern Abend bei **Anne Will**. Die Welt wartet auf Deutschland, aber es kommt nicht. Mit Belanglosigkeiten haben sich die Talk-Gäste, Außenministerin **Annalena Baerbock** (Grüne), die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses **Michael Müller** (SPD) und **Roderich Kiesewetter** (CDU) sowie Ex-NATO-General **Egon Ramms** und die amerikanisch-polnische Historikerin und Journalistin **Anne Applebaum** nicht beschäftigt, ging es doch um den Angriffskrieg auf die Ukraine, aber um „den Diskurs über ihre Situation“ und vor allem „ohne jemals Klärung zu erlangen.“

Kaum eine Sendung zu diesem Thema habe ich versäumt, bedauerlicher Weise aber nichts verstanden, wenn es um die Waffenlieferungen geht. **Anne Wills** Sonntagsabendplausch hat mich kein Stück klüger gemacht. Das Konzept der Sendung ist erst einmal in einem Punkt zu kritisieren. Es kann ja nicht sein, dass die Außenministerin fünfzehn Minuten interviewt wird, sich danach verabschiedet und der Diskussion mit den anderen Gästen der Sendung entzieht. Es wäre sehr wohl interessant gewesen, mit Baerbock zu diskutieren. So hat sie nur ihre bekannten Ansichten vertreten, aber vermieden, eine allzu klare Aussage zu der Lieferung von „schweren Waffen“ zu machen.

Kevin Kühnert hatte am Abend bei „Berlin direkt“ im ZDF erklärt, dass die Frage der Waffenlieferungen nicht in Talk-Shows entschieden werde. Entschieden nicht, aber diskutiert, und zwar anders als dies im Bundestag möglich ist. Kühnert ist in die Kritik geraten, weil er vor „irrationalen“ Reaktionen Putins gewarnt hatte, wenn es Lieferungen von „schweren Waffen“ gäbe. Wann hat Putin in diesem von ihm angezettelten Konflikt jemals rationale gehandelt. **Michael Müller** meint allerdings, dass die Getreidelieferungen aus der Ukraine, von Odessa übers Schwarze Meer, ausgehandelt von Putin, Erdogan und Guterres ein Zeichen dafür seien, dass man mit Diplomatie etwas erreichen könne. Die Telefonate von Scholz mit Putin haben bislang wenig gebracht. Und angesichts der offenkundigen Gräueltaten russi-

scher Soldaten in der Ukraine, die auch von Seiten der Vereinten Nationen aufgeklärt werden müssen, ist es derzeit völlig undenkbar, dass sich Selenskyj mit Putin an einen Verhandlungstisch setzt.

Während sich die beiden Exsoldaten Kiesewetter und Ramms für die Lieferung von Kampfpanzern aussprechen, vertritt Müller voll und ganz die Ansicht von Bundeskanzler Scholz. Müller weist darauf hin, dass die Erfolge, die die Ukraine in den letzten Tagen erzielt hat, nur möglich mit dem Gerät war, das bislang geliefert wurde. Ist diese Haltung vielleicht zu kurz gegriffen? Müsste in dieser Phase des Krieges nicht schnell und unverzüglich Nachschub geliefert werden, und zwar mit Waffen, die die russische Armee an ihrem Eroberungsfeldzug hindert?

Der Krieg befindet sich in einer Phase, in der die ukrainischen Soldaten höchst motiviert sind, ihr Land zu verteidigen, während die russischen Soldaten die Schnauze voll haben von diesem Unsinn und lieber weglaufen als zu kämpfen.

Sind **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP) und **Anton Hofreiter** (Grüne) Kriegstreiber, wenn sie die Lieferung von Kampfpanzern fordern? „Die Stimmung innerhalb der Ampel ist bei diesem heiklen Thema schlecht bis genervt.“, kommentiert **Corinna Emundts** in der „tagesschau.“

Man kann es nicht mehr hören, dass es keine deutschen Alleingänge geben wird, sondern nur in Abstimmung mit den Verbündeten. Doch der größte Verbündete, die USA, vertritt die Ansicht, dass jedes Land über Waffenlieferungen allein entscheiden kann. Wer wartet hier eigentlich auf wen?

Michael Roth (SPD), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, hat sich nach einer Auszeit zurückgemeldet. Roth schlägt eine europäische Initiative für die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine vor. „Wir haben 13 europäische Staaten, die verfügen über insgesamt 2000 Leopard-2-Panzer“, sagte Roth dem MDR. Er schlägt vor, dass „wir gemeinsam ein Kontingent von Leopard-2-Panzern zusammenstellen, die wir dann möglichst rasch der Ukraine liefern“. Quelle: tagesschau

Das klingt doch vernünftig. Einer müsste aber die Initiative ergreifen, warum nicht die stärkste Nation in Europa? „Wer Führung bestellt, bekommt sie auch“, sagte einst **Olaf Scholz**. Warum überhört er die Bestellungen aus der Ukraine und der westlichen Welt? Wenn schon in Talk-Shows nichts entschieden wird, dann doch aber bitte in der Regierung und im Bundestag.

Ed Koch

03) Traumabewältigung - „positive Anreize durch Bürgergeld“. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-19

19. September 2022

47. Jahrgang

Traumabewältigung

Während Union und Liberale nach wie vor von **Gerhard Schröders Hartz IV** begeistert sind, liegt dieses Gesetz wie ein Hinkelstein seit 20 Jahren auf der sozialen Seele der SPD. Der Begriff **Hartz IV** ist verbrannt, nicht nur, weil sich der Name auf **Peter Hartz**, einem früheren VW-Manager bezieht, der 2007 wegen Untreue rechtskräftig verurteilt wurde. Alternativ könnte man auch **Arbeitslosengeld II** sagen, aber ALG II ist natürlich auch ein Reizbegriff. Die SPD, die **Hartz IV** dafür verantwortlich macht, dass sie nach 2002 ziemlich abstürzte, mit Schröder 2005 die Wahl verlor und **Angela Merkel** damit ihre 16-jährige Kanzlerschaft ermöglichte, musste bis jetzt warten, ehe sie die Traumabewältigung abschließen konnte. Und wie gelingt das am besten? Indem man dem Kind einen neuen Namen gibt. **Bürgergeld**. Darauf muss man kommen.



Hubertus Heil (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, ist der Architekt der „zentralen Sozialreform der Ampel-Koalition.“ „Mit dem Bürgergeld werden wir **Hartz IV** überwinden.“, sagt Grünen-Fraktionsvize **Andreas**

Audretsch. „Die Regelsätze des Bürgergelds, das am 1. Januar das bestehende Hartz-IV-System ablösen soll, sollen um etwa 50 Euro im Vergleich zu heute steigen. Zugleich soll der Umgang des Jobcenter mit den Beziehenden von Grundsicherung spürbar milder werden.“ Quelle: ZDF – Foto: Ed Koch

Schauen wir uns das **Bürgergeld** einmal genauer an:

Sanktionen

Wer nicht mit dem Jobcenter kooperiert, muss den Plänen zufolge weniger Sanktionen fürchten. Solche Sanktionen waren bereits im Vorfeld gesetzlich ausgesetzt worden. Nun sollen die Möglichkeiten zur Kürzung der Leistungen generell stark eingeschränkt werden. So sollen künftig im ersten halben Jahr nur eingeschränkt Leistungsminderungen möglich sein, wenn jemand Termine beim Jobcenter versäumt hat. Bei sogenannten Pflichtverletzungen hingegen, wenn also eine zumutbare Arbeit nicht angenommen wurde, soll es im ersten halben Jahr gar keine

Sanktionen mehr geben. Ehrlich gesagt ist mir der Löffel in mein Müsli gefallen, als ich diese Sätze zum ersten Mal las. Als langjähriger, sozialpädagogisch mit Jugendlichen Beschäftigter, sagt mir meine Berufserfahrung, dass man sehr viel mit Zuneigung und Verständnis erreichen kann, wenn aber jemand nicht bereit ist, darauf zu reagieren, müssen andere Instrumente angewandt werden. Manchmal muss man Menschen auch zu ihrem Glück zwingen. Ich kenne viele, die sich im Nachhinein bei mir dafür bedankt haben.

Es gibt keinen Grund, außer ein gesundheitlicher, beim JobCenter einen Termin zu versäumen. Und es gibt auch keinen Grund, eine zumutbare Arbeit nicht anzunehmen. Die einzige Sanktion, die Wirkung zeigt, ist die Kürzung der finanziellen Leistungen des Staates.

Anreize

„Statt auf demotivierende, häufig kontraproduktive Sanktionen, setzt das Bürgergeld auf positive Anreize. Geplant ist etwa eine Weiterbildungsprämie von 150 Euro.“ Sorry, jetzt ist meine Müslischüssel umgekippt. Wer keine Weiterbildungsmaßnahme annimmt, sollte sanktioniert werden. Belohnung für etwas Selbstverständliches ist ein schlechter Witz. Vielmehr sollte sich die Agentur für Arbeit anstrengen, sinnvollere Weiterbildungsmaßnahmen zu veranstalten als diese albern Computerkurse, an denen sich nur die mit der Durchführung beauftragten freien Träger eine goldene Nase verdienen.

„Heil hatte in Interviews die Bedeutung solcher Anreize betont und gesagt, dass zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung hätten. Nur durch Qualifizierung könne der Weg aus der Bedürftigkeit in Arbeit eröffnet werden.“ Das ist vollkommen richtig. Der Anreiz muss aber darin bestehen, einen festen Arbeitsplatz bekommen und sein Leben selbst gestalten und finanzieren zu können. Während der Qualifizierungsmaßnahme sollte man den Betroffenen ein kostenloses ÖPNV-Ticket geben, damit der Weg zur Ausbildungsstätte nicht an den Fahrtkosten scheitert.

Vermögen

„Zwei Jahre lang soll man bis zu 60.000 Euro Vermögen haben dürfen, auch wenn man Bürgergeld bezieht. Zudem können Leistungsbezieher in dieser Zeit in ihrer Wohnung bleiben, auch wenn sie eigentlich als zu groß gilt. Nach 24 Monaten Bürgergeldbezug sollen Vermögen und Angemessenheit der Wohnung überprüft werden können. Dabei soll mehr Vermögen als bisher unangetastet bleiben.“ Es ist in



Berlin unrealistisch, jemand aus einer „zu großen“ Wohnung rauswerfen zu wollen, denn es gibt keine „kleineren“ auf dem Markt. Am „Vermögen“ scheiden sich allerdings die Geister. Einerseits sollte man jedem zugestehen, sich etwas für das Alter auf die Seite legen zu können, andererseits darf man fragen, ob nicht erst das eigene Geld aufgebraucht werden müsste, ehe staatliche Leistungen in Anspruch genommen werden können.

Die **BILD-Zeitung** weist darauf hin, dass diese Regelungen nicht nur Bedürftigen zugutekommen, sondern auch „den berüchtigten Clan-Familien in Großstädten wie Berlin und Köln.“ Davor warnt die Vorsitzende der Mittelstandsunion, **Gitta Connemann**: „Dieses Bürgergeld macht Clans noch reicher.“

„Tatsache ist“, so BILD, „Das sogenannte Schonvermögen, das trotz staatlicher Hilfe zwei Jahre lang nicht angetastet wird, wurde drastisch erhöht, von 10.000 auf 60.000 Euro für den Haushaltsvorstand, weitere 30.000 für jedes weitere Familienmitglied! Problem: Eine vierköpfige Familie käme damit auf 150.000 Euro Schonvermögen – und dürfte dank neuer Grenzen bei der Wohnungsgröße ein 180 Quadratmeter großes Haus bewohnen. Dazu: zwei Autos – eines pro Erwerbsfähigem.“ Rechnet das in Heils Ministerium nicht Irgendwer mal vorher durch? CDU-Sozialexperte **Stephan Stracke** zu BILD: „Mit dem Bürgergeld wird Nichtarbeit attraktiver.“ Und schiebt eine Binsenweisheit hinterher: „Wer arbeitet, muss immer mehr haben als derjenige, der nicht arbeiten geht.“

Kooperation

„Wichtig ist den Koalitionären, dass Jobcenter den Betroffenen ‚auf Augenhöhe‘ begegnen sollen, wie sie es schon in ihrem Koalitionsvertrag geschrieben haben.“ Wie sich halt Antragsteller und Antragbewilliger so in die Augen blicken, wenn der eine vor und der andere hinterm Schreibtisch sitzt.

„Am Anfang soll ein Kooperationsplan erarbeitet werden. Was wünscht sich der oder die Arbeitslose für den weiteren Werdegang? Besser als bisher sollen diese Wünsche berücksichtigt werden.“ Natürlich soll auf Wünsche eingegangen werden. Angesichts des Zustands auf dem Arbeitsmarkt werden überall händeringend Mitarbeitende gesucht. Die Angebotspalette für Fachkräfte ist natürlich deutlich größer als die für Ungelernte. Wenn ein Wunsch nicht erfüllt werden kann, muss man nehmen, was möglich ist. Traumjobs gibt es wenige. Die meisten Menschen arbeiten nicht, weil sie sich damit ihre Kindheitsträume erfüllen oder aus Langeweile, sondern weil sie Geld

zum Leben verdienen wollen, ohne auf staatliche Leistungen angewiesen zu sein.

Andreas Audretsch macht auf eine sensationelle „andere geplante Neuerung aufmerksam: „Künftig werden alle von den Jobcentern in freundlichen, klaren Sätzen angeschrieben.“ Was war bisher? Unfreundlich? Unklar geschriebene Sätze? Wie auch immer, der Regelsatz soll um 50 Euro auf 502 Euro für Alleinstehende erhöht werden. Das sei zu wenig sagt die Linke-Fraktionsvize **Susanne Ferschl** und nennt das Bürgergeld trotz einiger Verbesserungen „Armut per Gesetz“. „Die geplante Erhöhung gleiche nur inflationsbedingte Mehrkosten aus, sagte sie der ‚Augsburger Allgemeinen‘. Der Regelsatz müsse mindestens um 200 Euro zuzüglich Stromkosten steigen, betonte Ferschl.“

Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert deutlich höhere Regelsätze beim geplanten Bürgergeld. „Der Regelsatz müsste auf 678 Euro angehoben werden, um den Leuten eine Chance zu geben, über den Monat zu kommen“, so Hauptgeschäftsführer **Ulrich Schneider**.

Die Union, die seit Beginn mit Hartz IV recht zufrieden war, sieht im Bürgergeld einen „Fehlreiz.“ „CSU-Landesgruppenchef **Alexander Dobrindt** kritisierte in der ‚Augsburger Allgemeinen‘, der Grundsatz des Forderns und Förderns werde durch das Bürgergeld weiter eingeschränkt.“ „Das kann gerade dazu führen, dass der Leistungsbezug zementiert wird und Demotivation statt Arbeitsaufnahme gefördert wird.“ Und der sozialpolitische Sprecher der Unionsfraktion, **Stephan Stracke**, ergänzt in der „Rheinischen Post“: „Mit dem Bürgergeld wird Nichtarbeit deutlich attraktiver.“

Falsche Anreize beim Bürgergeld sieht der Handwerksverband. „Es sorgt für Demotivation bei denjenigen, die mit einem geringen Gehalt regulär arbeiten. Am unteren Ende verschwimmen immer mehr die Grenzen zwischen regulärer Arbeit und dem Bürgergeld“, sagte der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), **Hans Peter Wollseifer**, der Düsseldorfer „Rheinischen Post“.

Wer, aus welchem Grunde auch immer, nicht arbeiten kann, muss die Möglichkeit erhalten, ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Dazu gehört auch die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Wer allerdings in der Lage ist, eine Arbeit auszuführen, dem muss unmissverständlich deutlich gemacht werden, dass er dies zu tun hat.

Ed Koch
Quelle: ZDF

04) Linke Verleumdungskampagne von „Correctiv“ gegen „UM“ und unsere MEDIENKOOPERATION angelaufen

18. 09. 2022



Erfolgreiche internationale Medienkooperation

Gewisse ultra-linke deutsche Journaillen sind ob unserer erfolgreichen EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION (mit Partnern aus E, SI, CH, F, A, D, I, PL, HR) sichtlich beunruhigt. Und zwar so sehr, dass sie nun eine ihrer dümmlichen „Nazi“-Verleumdungs- und Einschüchterungs-Kampagnen auffahren. Besonders verunsichert sie aber eines: Unsere exzellenten Verbindungen zu ungarischen Qualitätsmedien wie [Magyar Nemzet](#), [Magyar Hirlap](#), [Mandiner](#), [Budapester Zeitung](#), sowie zum deutsch-ungarischen Blog [Ungarn Real -Ungarn aus erster Hand](#)

In Vernetzung mit anderen deutschsprachigen Bloggern ([zurZeit](#), [Compact](#), [Philosophia Perennis](#)) erreicht unsere Medienkooperation eine Millionen-Leserschaft...

Schwerpunkt Ungarn

Somit aber versorgt doch „Unser Mitteleuropa“ den (sonst gleichgeschalteten) deutschen Medienraum mit unabhängigen und sonst zensurierten Informationen über Ungarn und Viktor Orban sowie zum Ukrainekrieg. „Unser Mitteleuropa“ unterhält zudem eine Ungarn-Redaktion (etwa „[Orban-Sieg und die Folgen](#)“). Diese wird von einem profunden Ungarn-Kenner, dem Exilösterreicher in Ungarn seit 1992, Dr. Elmar Forster, betrieben. Er ist Autor eines amazon-Bestellers („*Ungarn: Freiheit und Liebe – Plädoyer für eine verleumdete Nation und ihren Kampf um Wahrheit*“) und ist mittlerweile im deutschsprachigen Raum, aber auch in Ungarn, nachgefragter Journalist. Morddrohungen von den üblichen Soros-Hass-Trolls lassen ihn unbeeindruckt.



Das Buch ist zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

Beängstigend für links-totalitäre deutsche Zensur-Journalisten ist nämlich: Dass das wert- und national-konservative Programm von Orban längst als sogenannte Orbanisierung in der breiten Bevölkerung verfangen hat, was sich an den rechts-konservativen Wahlerfolgen etwa in Schweden (und bald wohl auch in Italien) zeigt...

Erfolgreiche „Budapester Zeitung“ unter Beschuss



Ganz besonders aber ist das Erscheinen der deutschsprachigen „Budapester Zeitung“ ([BZ](#)) ein Affront für die deutsche Links-Journaille. Somit geriet das Medium in das Verleumdungs-Visier des „freien“ Journalisten Silvio Duwe ([Silvio Duwe – Journalist | Facebook](#)), dessen Überzeugung es ist, „dass alle, die keine Linksradikalen sind, nur Nazis sein können“ ([achgut](#)).

Die BZ erscheint nämlich als deutschsprachige Tageszeitung und auch als Wochenmagazin in ganz Ungarn (hier zum [Abonnement](#) und zum [Probeabonnement](#)) dient v.a. als unabhängige Informationsquelle der deutschen Exilszene sowie für deutsche Manager, aber auch für Ungarninteressierte im Ausland allgemein.

Verfolgen Sie auch die Debatte unter den BZ-social-media-Kanälen (Twitter: twitter.com/jan_mainka FB: www.facebook.com/jan.mainka/ GETTR: gettr.com/user/jan_mainka Telegram: t.me/jan_mainka)

„Correctiv“ führt Hass- und Einschüchterungs-Kampagne

Nun weitet sich die linke Verleumdungs-Hass-Kampagne aus. Denn das (u.a. von Soros mit-finanzierte) „Correctiv“ (ein selbsternanntes Inquisitorisches Fakten-Checker-Magazin aus dem geistigen Umkreis der links-radikalen Political Correctness) hat nun mehreren unserer Medienkooperationspartnern einen Einschüchterungsbrief geschrieben.

Und zwar mit dümmlichen, inquisitorischen Fragen wie diesen: „Es gibt mehrere öffentliche Berichte, die 'Unser Mitteleuropa' in den Ursprüngen eine Verbindung zur rechtsextremen Szene nachweisen. War Ihnen diese Verbindung bekannt?“ Urheberin dieser allein schon dilettantischen Pseudo- „Recherche“ (auf die „[Correctiv](#)“ so stolz ist) ist eine gewisse [Alice Echtermann](#), deren einzige journalistische Praxis ein Volontariat bei einem deutschen Regionalblatt, dem „Weser Kurier“, ist.

UM weist alle von „Correctiv“ erhobenen Vorwürfe als mutwillige Verleumdung zurück. Wir bereiten bereits rechtliche Schritte gegen Echtermann vor.

Diffamierungskampagne war (kontra)produktiv

Je nach dem für wen... Denn die dümmliche Verleumdungskampagne hat bereits ein riesiges Medienecho in deutschen und ungarischen Medien verursacht. Sodass auch die Zugriffszahlen auf das Medienportal der BZ exorbitant gestiegen sind. Außerdem nehmen wir die linke Hass-Kampagne zum Anlass, unsere Medienkooperation auch auf andere Länder auszuweiten.

UM als demokratisches Informations-Medium im Sinne von Joseph Pulitzer

„Es gibt kein Verbrechen, keinen Kniff, keinen Trick, keinen Schwindel, kein Laster, das nicht von der Geheimhaltung lebt. Bringt diese Heimlichkeiten ans Tageslicht, macht sie vor aller Augen lächerlich. Und früher oder später wird die öffentliche Meinung sie hinauswerfen. Bekanntmachung allein genügt vielleicht nicht. Aber es ist das einzige Mittel ohne das alle anderen versagen.“ (Joseph Pulitzer, Begründer des Pulitzer-Journalistenpreises)

David Berger („Philosophia Perennis“) antwortet auf „Correctiv“-Einschüchterung durch Alice Echtermann

„Meine Antwort, die ich seinerseits auf eine Anfrage ihrer Propagandastelle auf PP veröffentlicht habe, ist nach wie vor aktuell: 'Suchen Sie sich einen Beruf, mit dem Sie auf anständige Weise Geld verdienen können. Sexworker tun dies auf ehrlichere Weise als Journalunken und Presstituierte.' (Hier ein PP-Artikel zu „Correctiv“: [„Wenn Faktenprüfer Fakenews produzieren.“](#) und [„Warum ich mit ‚Correctiv‘ kein Interview führen werde“](#) und [„Alles Wichtige zur neuen Fake-NewsPolizei ‚Correctiv‘“](#))

Wir werden unsere Leser über die weitere Entwicklung dieser Sache am Laufenden halten!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Lauterbach ist nichts mehr peinlich – Anzeige gegen AfD-Abgeordnete Von Storch

18. 09. 2022



Lauterbach macht sich erneut lächerlich - diesmal mit Anzeige

Weil die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch dem Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach während einer Debatte im Bundestag angeblich „den Vogel gezeigt“ haben soll, klagt dieser nun gegen die AfD-Politikerin.

Nur „konsequentes Anzeigen“ helfe gegen Beleidigungen und Bedrohungen, meint Lauterbach.

„Lauterbachs Welt – „Vogel zeigen“ muss vor Gericht

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch angezeigt. Das bestätigte auch das Bundesgesundheitsministerium am 15. September. Zuvor hatte der *Spiegel* berichtet, der SPD-Politiker habe von Storch wegen Beleidigung bei der Polizei angezeigt.

Es geht demnach um einen Vorfall im Bundestag in der vergangenen Woche. Lauterbach selbst twitterte am 15. September, „immer wieder Beleidigungen und Bedrohungen durch Mitglieder und Abgeordnete der #NoAfD. Beides gehört zum Politikstil der Partei. Nur konsequentes Anzeigen kann hier helfen“, und verlinkte den *Spiegel*-Bericht unter seinem Tweet.

Darin beruft sich das Nachrichtenmagazin auf die ihm vorliegende Anzeige. Demnach soll von Storch nach Lauterbachs Rede zum Infektionsschutzgesetz in Richtung Regierungsbank geschaut, Augenkontakt zum Minister gesucht und laut vernehmlich die Worte „Sie sind völlig irre!“ geäußert haben.

Begleitet sei das gewesen von einer kreisrunden Fingerbewegung am Rande ihrer Stirn, was Lauterbach als „einen Vogel zeigen“ interpretiert habe.

Als Zeugen seien von Lauterbach, in der Anzeige bei der Polizei Berlin Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) und die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Soziales, Annette Kramme (SPD), angegeben worden. Die Polizei konnte den Vorgang auf Nachfrage zunächst nicht bestätigen.

Beatrix von Storch sagte gegenüber der *Deutschen Presse-Agentur* (dpa):

„Lauterbach hat jeden Bezug zur Realität verloren. Das bekräftige ich gern auch nochmal. Seine Corona-Panik ist irrational und zeigt Züge von Besessenheit. Dass er den Meinungsstreit um seine Politik jetzt mit Anzeigen austragen will, zeigt, dass er die Nerven verliert.“

Dazu fügen wir von unserer Seite einzig hinzu, die Feststellungen von Frau von Storch sind im Vergleich zur „Volksmeinung“ allerdings noch äußerst höflich gewählt. Aber wer weiß was da noch kommt von Seiten Lauterbachs „gegen das Volk“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Paukenschlag: Bystron siegt auf ganzer Linie im „Hitlergruß-Verfahren“

17. 09. 2022



Blamage total für die Staatsanwaltschaft München I und die Gruppenleiterin Diplich – diese sind mit ihrem Versuch, dem Bundestagsabgeordneten Petr Bystron einen

Hitlergruß anzuhängen, kläglich gescheitert. Als letzte Instanz entschied nun das Landgericht München I, was jeder normale Mensch zuvor schon gesehen hatte: Bystron winkte lediglich in die Menge, die Geste hatte nichts mit einem Hitlergruß zu tun.

Das Landgericht bestätigte damit auch schon die Entscheidung des Amtsgerichts München, welches bereits in erster die Staatsanwaltschaft abgewatscht hatte, indem es ihren Antrag auf Strafverfolgung Bystrons mangels Substanz gar nicht erst befasst hatte. Die Staatsanwaltschaft München I wollte oder musste jedoch an der Beschädigung des Abgeordneten weiterarbeiten und legte Beschwerde ein. Mit dem Entscheid des Landgerichts ist sie nun mit ihrem Anliegen endgültig gescheitert.

Das Urteil wurde zuerst von Alexander Wallasch veröffentlicht. Während die ersten Leser jubeln, zeigt sich der Abgeordnete Bystron eher zurückhaltend: „Das Landgericht hat mit seinem Urteil lediglich das völlig Offensichtliche bestätigt – es gab nie einen Hitlergruß von mir. Das war jedem unvoreingenommenen Betrachter von Anfang an klar“, stellt er in einer Pressemitteilung fest.

Die Staatsanwaltschaft München I erlitt bereits zum wiederholten Mal eine Niederlage bei dem Versuch, Bystron wegen des §86 des StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) anzuklagen. Im Jahr 2017 beanstandete es einen Facebook-Post von Bystron, in dem er die Methoden der Antifa mit der SA gleichsetzte. Damals ließ sie bei dem AfD-Politiker sogar eine Hausdurchsuchung durchführen, die in Anwesenheit seiner Frau und zwei kleiner Kinder im Morgengrauen durchgeführt wurde. Diese wurde anschließend gerichtlich für illegal erklärt, gefunden wurde ohnehin lediglich eine Festplatte mit den Kinderfilmen mit „Kleinem Maulwurf“.

Bystron will jetzt Staatsanwaltschaft verklagen

Offenbar reicht es jetzt Bystron mit den Übergriffen gegen ihn und seine Familie. Für ihn müsse nun die Frage beantwortet werden, warum die Staatsanwaltschaft wiederholt so viel Mühe in von vorne herein unhaltbare Verfahren investiert habe. „Beim geringsten Hinweis auf Amtsmissbrauch werden wir eine Dienstaufsichtsbeschwerde stellen und eventuell auch weitere rechtliche Schritte gegen die Behörden einleiten“, so Bystron.

Ebenfalls bleibe zu klären, warum wegen eines vermeidlichen Hitlergrußes nur gegen AfD-Politiker Ermittlungsverfahren eröffnet werden, obwohl eine ganze Reihe von Politikern anderer Parteien in gleicher Pose gefilmt und fotografiert wurden. In Baden Württemberg wird sogar in zwei Verfahren gegen den früheren AFD-Landtagsabgeordneten Dr. Fiechtner wegen eines angeblichen Hitlergrußes ermittelt. Dies ist besonders kurios, denn Herr Fiechtner hat von Geburt an keinen rechten Arm, mit dem er salutieren könnte. Diese Ungleichbehandlung stelle die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Staatsanwaltschaft in Frage.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Uran aus Russland nicht sanktioniert – was versucht man zu verheimlichen?

17. 09. 2022



Russisches Uran ist seitens der EU von Sanktionen ausgenommen

Andreas Kübler, Sprecher des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, hatte am 12. September auf einer Pressekonferenz in Berlin eingeräumt, dass Deutschland weiterhin den Import von Kernbrennstoff aus Russland dulden würde.

EU-„Schlupfloch“ für Kernbrennstoffe

Auf die Frage eines Journalisten, ob die Lieferung und Aufbereitung von russischem Uran in Deutschland, also am Standort Lingen, vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges zulässig seien, erklärte Kübler, dass die derzeitigen Sanktionen nicht dagegen sprechen würden.

Die EU habe die Einfuhr von Kernbrennstoffen von den Sanktionen ausgenommen, so Kübler.

Die Anlage in Lingen befindet sich außerdem mehrheitlich im Besitz des französischen Energieversorgers EDF, an dem die französische Regierung eine Mehrheitsbeteiligung hält.

Deutschland hält theoretisch weiter daran fest, die letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke bis Ende des Jahres abzuschalten. Die nun jedoch zu Tage getretenen „Erkenntnisse“

schlagen wohl eher in die Kerbe der „entscheidungs-elastischen“ Links/Grün-Regierenden, die sich offenbar alle Optionen, wider jegliche „grün-tradierte“ Polit-Anschauungen, offen lassen.

Konsequenz in Anschauungen und Handlungen ist in Zeiten des politischen Linksrucks einer ganz klar neue Definition zugeführt worden, was dem althergebrachten Respekt gegenüber europäischen Regierenden allerdings in bisher ungeahnte Niederungen transportiert.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die aktuelle Folge der Wochenschau von Sarah Wagenknecht

16. 09. 2022



Bild: screenshot YouTube

Einmal mehr bringt Sarah Wagenknecht die dramatischen Folgen der unüberlegten Sanktionen gegen Russland auf den Punkt.

Sarah Wagenknecht:

„Die hohen Energiepreise sind nicht nur für die meisten Menschen kaum zu stemmen, sie haben auch das Potential, beachtliche Teile unserer Industrie in den Ruin oder ins Ausland zu treiben. In vielen Branchen ist die Produktion in den letzten Monaten ziemlich eingebrochen, das Handwerk leidet und für das nächste Jahr wird mit einer Rezession und weiter steigenden Preisen gerechnet.

Die Ampel will uns weis machen, dass Putins Krieg für diese Probleme verantwortlich ist. Aber so stimmt das nicht. Der russische Krieg gegen die Ukraine ist ein Verbrechen, aber

es war Entscheidung der EU und auch der deutschen Regierung, auf diesen Krieg mit beispiellosen Sanktionen zu reagieren, die die Preise für viele Güter zum Explodieren brachten. Die Energiekrise wurde noch dramatischer, als Russland, in Revanche für die Sanktionen, die Gaslieferungen nach Deutschland kappte.

Inzwischen ist klar: Der Wirtschaftskrieg schadet Deutschland ungleich mehr als Russland. „Niemandem ist damit gedient, wenn wir sehenden Auges unsere wirtschaftliche Substanz aufs Spiel setzen“, erklärte Kanzler Scholz noch im März. Ja – warum tun wir es dann? Bislang haben die Energiesanktionen Putin noch nicht mal unter Druck gesetzt, im Gegenteil: Gazprom macht Rekordgewinne und wird mit den Mehreinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft nun den Bau von Gaspipelines nach China finanzieren. Andere westliche Regierungen scheren längst aus dem Sanktionsregime aus, außerhalb der westlichen Welt beteiligt sich ohnehin kein Land.

Wer mit Russland über die Wiederaufnahme von Gaslieferungen verhandelt, macht sich noch lange nicht zum Komplizen des Ukraine-Kriegs. Wenn das so wäre, wären wir Komplizen unglaublich vieler Kriege auf dieser Welt. Mein Video der Woche über die Folgen des Sanktionskriegs für unsere Wirtschaft, über verlogene Doppelmoral und warum ich es richtig fände, wenn Deutschland wieder preiswerte Energie aus Russland beziehen würde – andere Länder (darunter Frankreich, Japan, die Türkei oder Ungarn) tun es schließlich auch.“

Sehen sie hier das Video der aktuellen Folge von „Wagenknecht Wochenschau“:

<https://www.youtube.com/watch?v=U3JlnRxTJek&t=3s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) CSU fordert „Scholz muss Habeck den Stecker ziehen“

16. 09. 2022



Ist der Plan von Wirtschaftsminister Habeck realisierbar, zwei Atomkraftwerke nach dem Abschalten noch eine Weile in Reserve zu halten? Der Betreiber zweifelt daran.

Nun hat der CSU-Politiker Dobrindt, Habeck indessen scharf kritisiert und fordert „den vollen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke“.

CSU versucht sich auf der „derben Schiene“

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nun aufgefordert, die Pläne für eine Atomkraft-Reserve zu stoppen.

Dobrindt betonte dabei gegenüber der *Augsburger Allgemeinen*, „der Bundeskanzler muss jetzt reagieren und die Entscheidung umgehend zurücknehmen und den vollen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen.“

Der CSU-Politiker legte dann noch nach, „der Bundeskanzler sollte bei (Wirtschaftsminister) Robert Habeck den Stecker ziehen.“

Scholz hatte sich letzte Woche angesichts losgebrochener Kritik hinter Habecks Pläne gestellt. Dieser will zwei der drei noch Strom produzierenden Atomkraftwerke nach der gesetzlich festgelegten Abschaltung zum Jahresende bis Mitte April 2023 weiter in Reserve halten.

Sie sollen wieder in Betrieb gehen, falls sich mittelfristig eine Situation abzeichnet, die die Stabilität des Stromnetzes gefährden könnte. Vorgesehen sind dafür die bayerische Anlage Isar 2 und das AKW im baden-württembergischen Neckarwestheim.

Betreiber erklärt Habeck Plan für undurchführbar

Der Isar-2-Betreiber, die Eon-Tochter Preussenelektra, hat in einem Brief an Habeck nun aber angegeben, ein Hoch- und Runterfahren sei technisch gar nicht möglich.

Dies gilt nun als Aufhänger für Dobrindts Forderung an Scholz, doch noch beizudrehen. Nun hatte Habeck also versucht deutlich zu machen, dass ein mehrfaches Hoch- und Runterfahren gar nicht geplant sei, lediglich eine einmalige Entscheidung über den Bedarf und dann ein Wiederanfahren. Zudem hatte er erklärt, das Unternehmen hätte für den Fall eines mehrmonatigen Streckbetriebs über den Jahreswechsel hinaus, selbst einen kurzzeitigen Stillstand für nötig gehalten.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter springt freilich für Habeck in die Presche und vermutet daher ein anderes Motiv hinter dem Brief des Preussenelektra-Chefs zur geplanten Reserve.

„Der hat natürlich ein total hohes Interesse, das so nicht zu machen, weil, die Atomkraftwerke sind abgeschrieben und der verdient unglaublich viel Geld damit, wenn er in den automatischen Streckbetrieb kommt“, sagte Hofreiter gegenüber dem Fernsehsender *Welt*.

Der Präsident des Verbands der chemischen Industrie (VCI), Evonik-Chef Christian Kullmann, forderte Habeck auf, alle drei AKWs weiter laufen zu lassen. Gegenüber der Rheinischen Post argumentiert er, „in der aktuellen Lage dürfen wir es uns nicht erlauben, Kapazitäten zur Stromerzeugung vom Netz zu nehmen.“

Der, von Habeck initiierte Stresstest für die Strominfrastruktur habe gezeigt, dass es durchaus Risiken für großflächige Stromausfälle gebe.

Wäre die, von der Regierung herbei geführte Energie-Krisensituation nicht so ernst für die Bevölkerung, könnte man durchaus Verständnis für derlei lächerliches Politgeplänkel über Parteigrenzen hinweg, entwickeln.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Die bunte Welt des Fernsehens. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-12

15. September 2022

47. Jahrgang

Die bunte Welt des Fernsehens

Quantitativ war das Angebot an Fernsehunterhaltung gestern Abend üppig wie immer, qualitativ sprach mich nichts an, so dass ich mehr aus langer Weile das ZDF einschaltete, um zu sehen, wer in diesem Jahr den Deutschen Fernsehpreis gewonnen hat.

Ich habe lange überlegt, ob ich mir das antue, denn die Moderatorin, die ich jetzt nur noch **Barbara Charlottenburger** nenne, weil ich nicht möchte, dass sie den Namen meinen Heimatbezirks trägt, ist die größte Nervensäge, die es jemals im Deutschen Fernsehen gab. Sorry, liebe Barbara-Fans, ich finde die Frau unerträglich, weiß aber von anderen, die sie ganz toll finden. Sie hat zweifelsohne ihren Platz in dieser bunten Welt des Fernsehens.

Ich sehe relativ viel fern, überwiegend öffentlich-rechtlich, und das scheint ein Fehler zu sein, oder? Wie ungebildet ich bin, erfuhr ich gestern Abend, denn viele der preisgekrönten Sendungen und Menschen kannte ich überhaupt nicht. „Kampf der Realitystars“ (RTL2), „Wer stiehlt mir die Show?“ (Pro7) oder „Oh Hell“ (Magenta). Die Jury war ganz begeistert von diesen Produktionen.

„LOL“ (Amazon) habe ich mir ein paar Minuten angeschaut und wieder abgeschaltet. Ist es komisch, darauf zu warten, bis Promis, vor denen alle möglichen Faxen aufgeführt werden, anfangen zu lachen, um dann vom Schiedsrichter **„Bully“ Herbig** rausgeschmissen zu werden?

Ausgezeichnet wurde auch der ZDF-Film über die „Wannseekonferenz“. Das Drama um die „Endlösung der Judenfrage“ ist offenbar für das ZDF ein Exportschlager. Weltweit wurde der Film bisher gesehen. Der Regisseur konnte bei der Preisverleihung nicht anwesend sein, weil er gerade in Buenos Aires den Film vorstellte. Der Film ist zweifelsohne wichtig, bleibt aber hinter der Erstfassung von 1984 zurück. Am 24. Januar 2022 schrieb ich über die Neuverfilmung: „1984 gab es den ersten Spielfilm zur Wannseekonferenz, der, wie ich meine, die Charaktere der Protagonisten besser darstellte als die Neuverfilmung, auch wenn sich der Film den Vorwurf „televisiöner Fabulier- und Kombinationslust hinzugeben“, gefallen lassen musste, wie es DER SPIEGEL beschrieb. Das ändert jedoch nichts am wahren Inhalt der Geschehnisse. Vor allem ist die Besetzung des „Gastgebers“ der Konferenz, Reinhard Heydrich, 1984 mit Dietrich Mattausch, wesentlich besser gelungen als mit Philipp Hochmair, dessen Tonlage nicht der der Dramatik des Ereignisses entspricht.“

Der Film von 1984 ist im Internet noch verfügbar, allerdings leider mit Werbeunterbrechungen.

Apropos Werbeunterbrechungen. Das war der Grund, weshalb ich mir gestern Abend bei VOX nicht die drei Folgen der „Miniserie“ „Faking Hitler“ angeschaut habe. Zum Glück habe ich sie aufgezeichnet und kann beim Abspielen die Werbung durch Vorspulen überwinden. Denn: In der Kategorie „Beste Drama Serie“ wurde der Dreiteiler ausgezeichnet, und nicht nur das, **Moritz Bleibtreu** erhielt den Preis als bester Schauspieler. Dass die Serie von VOX parallel zur Preisverleihung in Köln ausgestrahlt wurde, kann ja wohl kaum ein Zufall sein, oder?

Mit zwei Preisvergaben bin ich äußerst einverstanden, und zum Glück habe ich die Filme auch gesehen, liefen doch beide in der ARD. „Konfrontation“ mit **Markus Feldenkirchen**. Leider gab es bislang davon nur zwei Folgen, mit **Robert Habeck** und **Karl Lauterbach**. Mit **Olaf Scholz**, **Friedrich Merz** und **Markus Söder** muss es unbedingt weitere Folgen geben.

Eine richtig gute Entscheidung ist auch die Preisvergabe an die NDR-Doku über **Kevin Kühnert**. Neun Stunden in sechs Folgen SPD von innen, das gab es in dieser Form noch nie.

Probleme bereitete mir die Kategorie „Beste Moderation/Einzelleistung Information“. Nicht, weil den Preis die hervorragende **Katrin Eigendorf** (ZDF) bekommen hat, sondern weil es diese Kategorie überhaupt gab, dazu noch mit dem Thema Krieg in der Ukraine. Kriegsberichterstattungen gehören meines Erachtens nicht in die Fernsehunterhaltung. Auch die Mitnominierten **Kavita Sharma** (RTL/N-tv) und **Steffen Schwarzkopf** (WELT) hätten allein für ihren Mut, aus einem Kriegsgebiet zu berichten, einen Preis verdient. Man kann über BILD TV sagen, was man will, aber auch die Ukraine-Reportagen von **Paul Ronzheimer**, der sich mehr als viele andere an die Front wagt, sind zu würdigen. Ronzheimer war aber nicht einmal nominiert.

Iris Berben bekam einen Ehrenpreis und den Förderpreis erhielt das von „Radio Fritz“ kommende 26-jährige Kreuzberger Nachwuchstalente **Salwa Homsi** (ZDF-Kultur), die sich schon mehrfach, unter anderem als Moderatorin von „aspekte“ auf dem Bildschirm bewiesen hat. Im Gegensatz zu allen anderen Preisen ist der Förderpreis mit 15.000 Euro dotiert. Alle Preisträger und Nominierungen unter:

https://www.deutscher-fernsehpreis.de/preistraeger_innen/



Herr Merz macht sich lustig

Bleiben wir noch bei der bunten Welt des Fernsehens. **Friedrich Merz** machte sich sowohl auf dem CDU-Parteitag am letzten Wochenende in Hannover als auch am Dienstag bei **Markus Lanz** lustig über die Präsenz der ARD. 58 Vertreter der öffentlich-rechtlichen Medien hätten sich angemeldet, fast aus jedem ARD-Sender waren Reporter vor Ort, zusätzlich von ZDF und Phoenix, wo der Parteitag in epischer Breite stundenlang übertragen wurde.

Was hätte wohl Herr Merz gesagt, wenn der ÖRR einen Pool gebildet hätte, aus dem Kurzmeldungen vom Parteitag von allen nicht anwesenden Sendern übernommen worden wären? Meines Erachtens hätte das ausgereicht, aber schließlich geht es um die CDU, ein Grundpfeiler der Deutschen Demokratie, da lohnt es sich, genauer hinzuschauen, auch regional.

Und was hätte wohl **Bernd Althusmann**, Vize-Regierungschef in Niedersachsen in einer Koalition mit der SPD gesagt, wenn sich das Landesfunkhaus Hannover aus einem Pool bei Phoenix bedient hätte? Althusmann will mal wieder Ministerpräsident werden. Die Wahl findet am 9. Oktober 2022 statt. Derzeit steht seine CDU bei 28 Prozent, die SPD bei 31, die Grünen bei 19, FDP sieben, Linke vier und AfD sieben Prozent. Es würde auch für Rot-Grün reichen.

Anstatt, was im Augenblick Mainstream ist, den ÖRR anzuzählen, sollte Merz zufrieden sein, dass ihm dieser diese große Plattform bietet. Der Parteitag war eine einzige Werbeveranstaltung für die CDU, die in dieser Form nicht inszeniert worden wäre, wenn sich kein Sender darum gekümmert hätte. Parteitage werden fernsehgerecht gestylt und designt.

Warum allerdings ARD und ZDF parallel den Trauermarsch zu Ehren der Queen aus London übertragen müssen, erschließt sich mir nicht. Auch wenn der Vergleich natürlich hinkt und auch respektlos erscheint, aber die Übertragung von bedeutenden Fußball-Events teilen sich ARD und ZDF. Auch Phoenix berichtete live, übernahm allerdings das Programm des ZDF. Ja, jeder Sender hat seine Königshausexperten, und die müssen schließlich auch mal eingesetzt werden. Dass das ZDF aber seinen Chefredakteur **Peter Frey** und den Leiter des Hauptstadtstudios **Theo Koll** eigens nach London entsenden musste, halte ich für übertrieben. Die ARD ist mit ihren Korrespondenten vor Ort zurechtgekommen. Dass die Zeremonie übertragen wurde, halte ich allerdings für richtig. Am Montag folgt der Trauergottesdienst, vermutlich live in ARD und ZDF.

Ed Koch

11) Scholz gegen Grundgesetz: Demonstrationsrecht nicht mehr für regierungskritische und besorgte Bürger

Von DAVID BERGER

15. 09. 2022



Nun sind die Masken endgültig gefallen: Bundeskanzler Olaf Scholz steckt Kritiker der Bundesregierung mit Gewalttätern in einen Sack, um ihnen dann das Demonstrationsrecht abzusprechen. Damit wird auch sein Versprechen, die Polizei und das Militär würden im Herbst nicht auf Demonstranten schießen, hinfällig.

Mit einigen wenigen Sätzen, die Olaf Scholz gestern twitterte, hat er gezeigt, wie schamlos er sich über unsere Verfassung und die Menschenrechte hinwegzusetzen bereit ist, wenn es seinem Machterhalt und der Durchsetzung der inhumanen Agenda seiner Regierungsclique dient. Im Hinblick auf den angesichts des katastrophalen Versagens der Bundesregierung zu erwartenden „Wutwinter“ lässt er wissen:

„Friedlich seine Meinung zu äußern, das ist eines der wichtigsten Rechte unserer Demokratie. Wenn Kundgebungen von Extremisten, Querdenkern und Verfassungsfeinden gekapert werden, nehmen wir das nicht hin. Denn unsere Demokratie ist wehrhaft. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind es, die diese Freiheit und Sicherheit täglich verteidigen. Ihre Arbeit verdient höchsten Respekt und gesellschaftliche Anerkennung.“

Grundrechte als Privilegien für Scholz-Fans

Der Bundeskanzler maßt sich also an, wer in Zukunft auf Demonstrationen seine Meinung äußern darf und droht indirekt mit dem Hinweis auf die Querdenker Gegner von Lockdowns und Impfpflicht (sog. „Querdenker“) mit „Wehrhaftigkeit“, also Gewalt.

Damit führt er nicht nur die perfide Lockdownpolitik von Spahn & Co fort, die wichtige Grundrechte zu Geschenken des Staates an besonders obsessive Bürger umdefinierten.

Er setzt auch seine Ankündigung in die Tat um, dass es für ihn keine roten Linien auf dem Weg zur Zerschlagung der freien offenen Gesellschaft und Demokratie gibt.

Erschütternde Polizeigewalt möglich

Die Regierenden haben uns bereits in den letzten zwei Jahren gezeigt, wie weit auch die Bereitschaft der Polizei geht, wenn es darum geht friedliche Demonstranten, die der Regierung nicht in ihre menschenverachtende Agenda passen, extreme Gewalt anzutun (siehe Video am Ende des Artikels):

Einige Menschen sind bereits im Zusammenhang mit dieser Polizeigewalt gestorben. Der Schritt hin zum Schießbefehl, dem vielleicht nicht alle, aber doch ein nicht unerheblicher Teil gerade der jungen Polizisten skrupellos und von den gleichgeschalteten Medien beklatscht, ausführen werden, ist nur noch ein sehr kleiner. Dass Olaf Scholz das Versprechen, so etwas sei undenkbar, ebenso schnell brechen würde wie die Grünen ihre gesamten Ideale und Versprechen innerhalb weniger Tage, nachdem sie an der Macht waren, über Bord warfen, war den weitsichtigeren Geistern ohnehin schon längst klar.

Ist Scholz der eigentliche Verfassungsfeind?

Ebenso klar ist aber auch, dass Scholz mit seiner Ankündigung, das Demonstrationsrecht willkürlich einzuschränken, den Boden unserer Verfassung endgültig verlassen hat. Eine Bundesregierung, die jeden der es wagt gegen ihre Politik zu demonstrieren, zum Verfassungsfeind erklärt oder über eine willfährig agierende Behörde erklären lässt, der kämpft nicht gegen Verfassungsfeinde, sondern ist selbst wahre Verfassungsfeind.

Etwas Trost spendet uns da der Journalist Manaf Hasan, der an Scholz gerichtet twittert:

„Ach, Olaf. Wir wissen alle, wie das ausgehen wird. Sobald eine große Menschenmenge auf der Straße ist, werdet ihr sie zu den aufgezählten Gruppen zählen, um sie zu diffamieren & anzugreifen. Aber ich verspreche dir eins: Sobald die Mehrheit auf der Straße ist, bist du weg.“

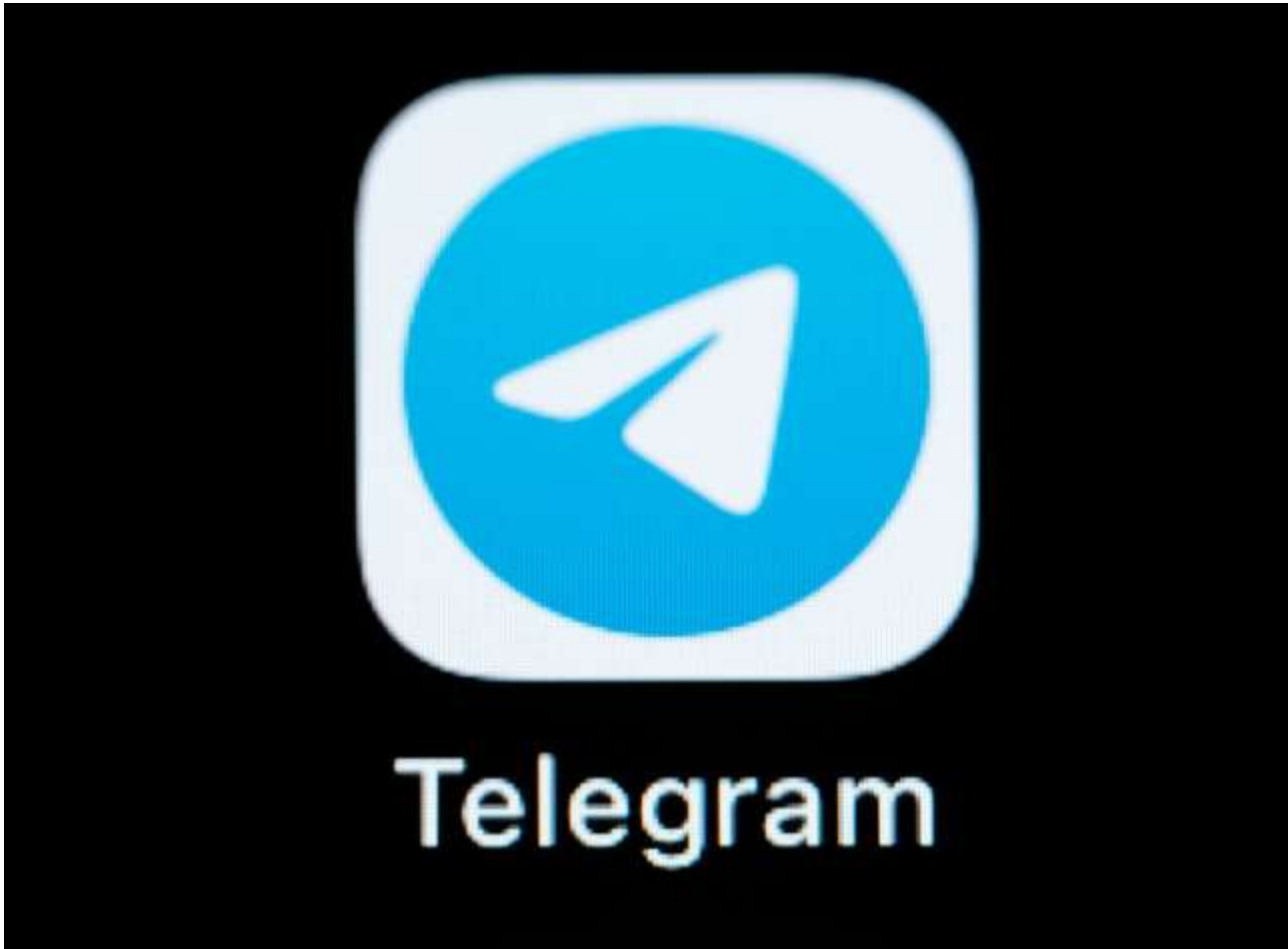
Video-Player

<https://unser-mittleuropa.com/scholz-gegen-grundgesetz-demonstrationsrecht-nicht-mehr-fuer-regierungskritische-und-besorgte-buerger/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Auch Telegram verrät nun seine Nutzer – Daten an deutsche Behörden weitergegeben

14. 09. 2022



Laut Angaben des deutschen Technikmagazin *Chip*, das seit 1978 in 14 Ländern Europas und Asiens herausgegeben wird und zu den ältesten Computerzeitschriftengehört, soll nun Telegram Nutzerdaten an deutsche Behörden weitergegeben haben.

Noch Anfang September wurde im *Spiegel* spekuliert, ob Telegram mit seiner Nutzerumfrage zur Datenweitergabe die angeblich gesetzliche Verpflichtung der Datenweitergabe torpedieren wolle.

Nutzerversprechen gebrochen

Der Nachrichtendienst Telegram hat wohl damit sein größtes Nutzerversprechen gebrochen, mutmaßte das Fachmagazin [CHIP in der Ausgabe vom 11.September](#). Dem Bericht zu Folge habe Telegram Nutzerdaten an deutsche Behörden weitergegeben. Es gebe Hinweise, so der Beitrag in *CHIP*, wonach das Bundeskriminalamt 202 Bestandsdaten Anfragen an den Messenger Kanal geschickt habe. Telegram habe demnach 64 der BKA-Anfragen beantwortet und in 25 Fällen Nutzerdaten an die Behörde gegeben.

Dabei heiße es laut *Spiegel* sogar auf dem Logo der Telegram Chat-App, „unter keinen Umständen darf Telegram Nutzerinformationen weitergeben“.

Genau wegen dieses Versprechens, keine Nutzerdaten an Behörden weiterzugeben, würde sich der Telegram-Nachrichtendienst, nicht nur laut *CHIP* bisher großer Beliebtheit erfreuen. Das Computermagazin bewertet das Versprechen mit dem mehrdeutigen Kommentar:

„Deshalb ist der Messenger-Dienst ja auch in bestimmten Kreisen so beliebt“.

Es gehe aber bei der Datenweitergabe darum, dass sich auch der Messenger-Dienst Telegram an das Gesetz halten müsse, kommentierte (staatskonform) *CHIP* die mutmaßliche Telegram-Datenweitergabe an das BKA.

Einknicken gegenüber „dem Staat“

„Doch man sieht, dass auch Telegram nicht über dem Gesetz steht und dann in einigen Fällen klein begeben muss“, versucht *CHIP* zu erläutern.

Auch bei Löschbitten seitens deutscher Behörden habe der Messenger „bei mehreren hundert Löschbitten dann am Ende nachgegeben“.

Schon am 2. September [berichtete der Spiegel](#) darüber, dass Telegram seine Nutzer Ende August sogar explizit darüber habe abstimmen lassen, was sie von einer Datenweitergabe an Behörden und Polizei hielten.

„Sie ließen sie vielmehr darüber abstimmen, wie die Daten der deutschen Telegram-Nutzer mit den deutschen Behörden, einschließlich der deutschen Polizei (BKA), geteilt werden können (oder nicht).“

Die Abstimmung wäre umso bemerkenswerter, als es doch gesetzlich festlegt sei, in welchem Umfang Telegram Daten an deutsche Behörden weiterleiten müsse, erläuterte der *Spiegel* die Gesetzeslage.

Schließlich hätte sich Telegram bereits zu Jahresbeginn „gegenüber der Bundesregierung bereit erklärt, bei der konsequenten Verfolgung von Straftaten auf der Plattform mitzuhelfen.“

Der *Spiegel* hatte in seiner Veröffentlichung Anfang September noch befürchtet, der Messenger-Dienst habe die Behördenkooperation mit seiner Umfrageaktion torpedieren wollen.

Dagegen konnte man im *CHIP*-Magazin lesen, dass die Kooperation zwischen Telegram und deutschen Behörden angeblich längst stattfinden würde.

Vielmehr muss man abseits von *Spiegel* und *CHIP* Mutmaßungen und „Hintergrundinformationen“ einmal mehr den Eindruck gewinnen, dass da abermals höchst fragwürdige Machenschaften im Hintergrund ablaufen würden um einst „widerstandstreue Weggefährten“ auf die eine oder andere Art gefügig zu machen oder „zu kaufen“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Zum Glück zwingen – Zur Frauenquote in den Parteien. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-08

10. September 2022

47. Jahrgang



Zum Glück zwingen

„Überall in Europa verdienen Frauen weniger als Männer. In Deutschland liegt die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern bei 18 Prozent. Selbst bei gleicher formaler Qualifikation und ansonsten gleichen Merkmalen beträgt der Entgeltunterschied immer noch sechs Prozent. Ein klarer Hinweis auf versteckte Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt.“, ist auf der Seite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu lesen.

Es gibt viele Gründe, warum das so ist, letztlich muss aber zählen, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt wird, nicht nur im Öffentlichen Dienst, sondern überall. Männer und Frauen haben immer noch unterschiedliche Karrierechancen verbunden mit einem geringeren Einkommen.

Wenn offenbar in diesem Land das Ziel nicht erreicht werden kann, Frauen und Männern das gleiche Gehalt zu bezahlen, müssen die Parteien wenigstens an anderer Stelle für einen Gleichstand sorgen. Stichwort Quote. In den Parteien SPD, Grüne und Linke gibt es längst die Quote. Auch wenn es nicht möglich scheint, beispielsweise im Bundestag Parität herzustellen, so ist die SPD auf einem guten Weg, sie hat 67 Frauen und 85 Männer in ihrer Fraktion. Linke (37-32) und Grüne (38-29) erfüllen die Quote mehr als erforderlich. Das wird sicherlich daran liegen, dass es mehr qualifizierte Frauen als Männer gibt.

Manchmal gibt es auch sehr merkwürdige Vorstellungen von der Quotenerfüllung. Die Rednerlisten bei Parteitagern wechseln sich zwischen Frauen und Männern ab. In Berlin endete bei einem SPD-Parteitag die Quotenliste und es blieben nur noch Männer übrig. Sofort kam der Vorschlag, die Rednerliste zu beenden. Das hätte bedeutet, dass die restlichen Männer nicht mehr zu Wort gekommen wären, ein zweifelhaftes Verständnis von Demokratie. Der Antrag wurde (nach meiner Erinnerung) abgelehnt.

In der FDP-Fraktion sitzen 19 Frauen und 61 Männer, und bei der Union 51 Frauen und 195 Männer. Von den 45 CSU-Abgeordneten sind nur zehn Frauen, also 22 Prozent. Einen schlechteren Wert hat die AfD mit neun Frauen von 79 Abgeordneten, elf Prozent. Aber mit der AfD will sich ja niemand vergleichen.

Es gibt also Nachholbedarf bei der Union. Die Frauenförderung ist in Bayern Chefsache des Ministerpräsidenten, ohne besonders spektakuläre Erfolge. 2020 saßen im bayerischen Kabinett genauso viele Ministerinnen wie Ministern. Nur ein Jahr später baute Söder sein Kabinett um, so dass jetzt wieder

deutlich mehr Männer als Frauen in der Staatsregierung sitzen.

Die große Schwester der CSU, die CDU, hat gestern mit 559 zu 409 Stimmen beschlossen, eine 50-prozentige Frauen-Quote einzuführen, nach und nach, versteht sich. Das ist eine Art Fünf-Jahres-Plan, der wieder in die Tonne getreten werden kann, wenn er den Parteitagsdelegierten nicht gefällt. Das sind wirklich epochale Beschlüsse.

Die Abstimmung kann nicht als großen Erfolg gefeiert werden. Interessant ist dabei, dass gerade junge Frauen von der Quote nichts halten. *„Bei einem Frauenanteil von 26 Prozent in der Mitgliedschaft sei eine Quote von 50 Prozent ein Angriff auf unsere innerparteiliche Demokratie“*, sagte **Sarah Beckhoff** (27) von der Jungen Union. **Wiebke Winter** (26), Mitglied im Bundesvorstand der Partei, erklärte, sie sei stolz, ihre Position erreicht zu haben, weil sie mit *Ideen überzeugt habe, „nicht, weil ich eine Frau bin“*.
Quelle: Berliner Morgenpost

Die 29-jährige Berliner CDU-Politikerin vom Prenzlauer Berg, **Franziska Dezember**, sagte: *„Die Quote helfe kein bisschen bei der Vereinbarkeit von Familie und politischem Engagement.“* Und die 31-jährige Paderborner CDU-Kreisvorsitzende, **Corinna Rotte**, sagte: *„Keine Frauenquote der Welt stellt sicher, dass meine Kinder mittags aus der Kita abgeholt werden.“* Quelle: Der Tagesspiegel

Warum, so fragt man sich, muss immer alles streng geregelt werden. Ist es wirklich nur mit der Zwangsmaßnahme einer Quote zu erreichen, dass in etwa so viele Frauen wie Männer politische Ämter bekleiden können?

So wie die Frauen zu ihrem Glück auf eine politische Karriere durch die Quote gezwungen werden sollen, soll auch die Bevölkerung, vornehmlich von den öffentlich-rechtlichen Sendern, zu einer Verhöhnung der deutschen Sprache gezwungen werden. **Friedrich Merz** griff das Thema auf: *„Die Sender hätten einen staatlichen Bildungs- und Informationsauftrag. Er forderte sie auf, sich an Regeln zu halten, die wir uns alle in diesem Land gegeben haben – auch für die Verwendung der deutschen Sprache“*. Tagesspiegel

In seiner letzten Sendung als Moderator des *rbb-Kleinkunstfestivals*, sagte **Dieter Nuhr** zum Schluss und wiederholte Male, dass er sich am Gendern nicht beteiligen werde. Und Sender, die das tun, würde er nicht einschalten. Welcher Sender bleibt da übrig? Am besten ein englischsprachiger.

Ed Koch

14) Renaissance der Atomkraft: Slowakei und Ungarn ignorieren grüne Panik-Öko-Ideologie

Von unserem Osteuropa-Korrespondenten ELMAR FORSTER

10. 09. 2022



Umdenken auch im Westen

Zwar setzt sich auch im Westen langsam ein Umdenken gegen die – v.a. aus grün-ideologischen Gründen – einzementierte Anti-AKW-Propaganda durch. So kündigte erst vor einigen Monaten der französische Staatspräsident Macron den Bau von 14 neuen Meilern an, auch um bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. ([SZ](#)) Selbst die EU nahm Atomkraft und Gas in die Taxonomie als klimafreundliche Energien auf. ([ORF](#))

Österreich und Deutschland gefangen in den späten Siebziger-Jahren

Reflexhaft kündigte dann die österreichische Grüne Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) eine Klagedrohung gegen die EU vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) an – flankiert von einem anderen europäischen Kleinstaat, nämlich Luxemburg. Und auch oberste österreichische Staatsvertreter outeten sich als Atom-Verweigerer: ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) kündigte seine „volle Unterstützung bei der Prüfung rechtlicher Schritte.“ an. ([ORF](#)) Vom grünen Alters-Bundespräsidenten war freilich nichts anderes zu erwarten gewesen: „Atomkraft ist weder nachhaltig noch sicher.“ – wie er meinte

Slowakei: Mochovce-Block 3 erreicht Energie-Autarkie

Während sich burgenländische Lokalpolitiker auf Sonntagsreden immer ganz stolz mit der Windmühlen-Energieautarkie abmühen (die freilich nur auf dem Papier besteht und ganze Landstriche in unansehnliche Windpark-Einöden verschandelt), zeigt sich die benachbarte Slowakei unbeeindruckt:

Heute, kurz nach Mitternacht bestückten die Slowakischen Elektrizitätswerke (SE) den Reaktor-Block 3 des Kernkraftwerks Mochovce mit Kernbrennstoff. Bis Anfang 2023 soll eine maximale Leistung von 471 Megawatt (entspricht 13 % des slowakischen Gesamt-Stromverbrauchs) ans Netz gehen. Damit wäre die Slowakei bei der Stromerzeugung völlig autark – wie [ujszo](#) berichtete. Der slowakische Premierminister Eduard Heger: *„Wir haben jahrelang auf diesen Moment gewartet. Einige Leute sahen das Projekt als eine fast endlose Geschichte, aber jetzt sind wir endlich an der Ziellinie angekommen.“* Der Anteil der Kernenergie an der slowakischen Stromerzeugung steigt somit von bisher 52 auf 65 %.

Jahrelange Verzögerung aufgrund Grüner Anti-AKW-Lobby

Mit dem Bau des dritten und vierten Blocks wurde zwar bereits 1987 begonnen... Doch wurde die Fertigstellung erst nach einer langen Unterbrechung im November 2008 angegangen, auch wegen internationalen Drucks. Geplant wäre für Block 3 das Jahre 2013 gewesen, für Block 4 rechnet man mit 2024. Wegen der Zeitverzögerung stiegen dann auch die Kosten von ursprünglich geschätzten 2,8 Mrd. nun bei auf 6 Mrd. EUR.

Bezüglich des Kernbrennstoffes soll man nicht mehr vollständig vom russischen Hersteller abhängig sein, sondern auch vom französischen „Framatome“ und dem amerikanischen „Westinghouse beziehen – wie Branislav Strýček, CEO von Slovak Electric Works, diplomatisch formulierte.

Ungarn: 2 Gigawatt-AKW mit russischer Beteiligung

Dasselbe Szenario, nach dem Prinzip „Die (grünen) Hunde bellen. Die Karawane zieht weiter“, spielt sich auch Ungarn ab: Indem der ungarische Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó auf Facebook die Baugenehmigung für das Reaktorgebäude von Paks II bekannt gab.

Schon bisher trägt das 2-Gigawatt-Kernkraftwerk Paks mit mehr als 50% zur gesamten inländischen Stromerzeugung bei, was etwa 1/3 des gesamten Stromverbrauchs im Land ausmacht. Paks II soll die bestehende Anlage bis 2037 vollständig mit einer erhöhten Gesamtkapazität von 2,4 GW ersetzen – den steigenden Stromverbrauch auszugleichen.

Obwohl das ungarische Parlament bereits im März 2009 (also noch unter der damaligen sozialistisch-liberalen Koalitionsregierung) die Zustimmung zum Bau gegeben hatte, verzögerte sich der endgültige Baubeginn (u.a. wegen Vereitelungs-Anträgen inländischer grüner Parteien und NGOs gegen die neue national-konservative Orban-Regierung) bis dato. Die erste Einheit soll bis 2025, die zweiten Einheit bis 2030 an Netz gehen.

Russische Beteiligung

Bereit im Januar 2014 unterzeichneten Russland und Ungarn ein Abkommen zur friedlichen Kernenergie-Nutzung: Paks II wird mit zwei russischen VVER-1200-Megawatt-Reaktoren ausgestattet. Finanziert wird das Projekt größtenteils durch einen russischen Kredit in Höhe

von 10 Mrd. EUR (11,7 Mrd. USD), was 80% entspricht. Der Rest wird von Ungarn übernommen. Die Rückzahlungsfrist (teils durch Lieferung von Strom-Kompensationsgeschäften) beträgt 21 Jahre.

Bisher nur drei ernste AKW-Unfälle weltweit

Dass es sich bei der Anti-AKW-Stimmung um veraltete Grün-Ideologie aus den späten Siebziger des letzten Jahrhunderts handelt, zeigt auch die Statistik: Denn seit Nutzung der Kernenergie gab es „nur“ drei ernste Zwischenfälle, wobei nur zwei einen Super-GAU erreichten (größter anzunehmender Unfall), also der Austritt großer Mengen radioaktiven Materials aufgrund einer Kernschmelze.

1979 kommt es im US-AKW „Three Mile Island“ aufgrund von Materialversagen und Bedienungsfehlern zu einer partiellen Kernschmelze und zur Freisetzung von 90 TBq an radioaktiven Gasen.

Am 25. April 1986 kommt es in Block 4 des KKW Tschernobyl (damalige Sowjetunion) aufgrund eines absurden Sicherheitstests (plötzliches Herunterfahren des Meilers) sowie Bedienungsfehlern und Konstruktionsmängeln zu einer überkritischen Reaktion des Reaktorkernes und zu dessen Explosion. Dabei kann es zu großflächiger Verstrahlung weiterer Teile Europas sowie der Einrichtung einer bis heute bestehenden Sperrzone.

Am 11. März 2011 kam es im japanische AKW-Fukushima aufgrund eines Erdbebens und dem dann ausgelösten Tsunami zu Schäden bei der Stromversorgung, was zum Ausfall der Kühlsysteme führte. Dabei kam es zu mehreren Explosionen und zur Evakuierung innerhalb einer 30km-Zone.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Grüne Meinungsfreiheit: 120 kritische Tweets einfach ausgeblendet

09. 09. 2022

•
—
“FREIHEIT IST DAS
RECHT, ANDEREN
ZU SAGEN,
WAS SIE NICHT
HÖREN WOLLEN.”
—
•

George Orwell



Von ELMAR FORSTER | Die vorwurfsvolle Frage der „Zeit“ an die Grünen mag schwer wiegen, verwundert aber nicht wirklich: „Lassen die Grünen etwa missliebige Tweets verschwinden.“ ([DieZeit](#)) Worum geht's? Unter einem Tweet von Grünen-Co-Parteichef Omid Nouripour (47, Grüne) sollen kritische Tweets einfach dem Zensurwolf zum Opfer gefallen, sprich: ausgeblendet worden sein.

Habeck mahnt „freundlicheren Umgangston“ ein

Und „[Bild](#)“ bringt es auf den Punkt: „Keine große Partei teilt so gern aus wie die Grünen – und reagiert derart dünnhäutig auf Kritik.“ Als besonderes Polit-Sensibelchen mausert sich gerade der sonst so cool inszenierte Drei-Tages-Barträger, der Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck: Indem er sich im Bundestag über die harsche Kritik an seiner Energie-Politik beleidigt fühlte, und wehleidig einen „freundlicheren Umgangston“ anmahnte.

„Freiheit bedeutet das Recht, dem anderen die Meinung zu sagen, die er nicht hören will.“ (George Orwell)

Damit haben die Grünen, wie alle Totalitaristen ein besonderes Problem. Denn die derzeitige kritische AKW-Debatte war den Grünen einfach zu viel. So wurden kurzerhand unter einem Post von Nouripour zu genau diesem Thema mehr als 120 (!) kritische Beiträge einfach ausgeblendet.

Kritik fällt Anti-Hass-Filter zum Opfer

Die lauwarne Entschuldigung auf Bildnachfrage: Ein Anti-Hass-Kommentar-Filter soll schuld daran sein. Was freilich alte Verschwörungstheoretiker bestätigt: Das nämlich die ganze Hate-speech-Debatte nur dazu diene, jegliche Kritik an politisch-korrekten Totalitarismen mundtot zu machen.

Der Kalmierungs-Versuch eines vorgeschickte Grünen Parteisprecher bestätigt das aber nur: Dass man nämlich aufgrund der Flut an beleidigenden und justiziablen Antworten auf Postings „gezwungen“ gewesen sei, „auf automatisierte Tools zurückzugreifen.“ Soll heißen: Die Grüne Wahrheitszensur erledigt ein anonymmer Computer-Alogrhithmus.

Peinlich nur: Selbst sachliche Kritik mit „Nein“ ließ Grüne Zensur nicht mehr zu. Deshalb wurde auch ein Tweet der AKW-Expertin Anna Veronika Wendland (56) einfach ins mediale Nirwana zensiert.

„Kommentare ausgeblendet, die nicht ausgeblendet gehören“

Der Grünen-Sprecher redete sich dann immer weiter um Kopf und Kragen: Es käme eben schon mal vor, „dass auch Kommentare ausgeblendet werden, die nicht ausgeblendet gehören.“ Aha ! Auf die Frage, warum selbst ein schlichtes „Nein“ ausgeblendet wurde, kam diese Antwort: „Grundlegend bitten wir um Verständnis, dass wir über die internen Details unserer Arbeitsabläufe selbstverständlich keine Auskunft geben können.“ – Da ist schnell Schluss-mit-lustig, was Transparenz betrifft.

Grüne unter Druck

Der wirkliche Grund ist freilich simpel: „Die Grünen fühlen sich in der Defensive, weil ihre Atompolitik auf Unverständnis in der Bevölkerung stößt und sie mit ihren Argumenten, die nicht besonders stark sind, nicht durchkommen. Deswegen reagieren sie überempfindlich.“ – wie Parteienforscher Prof. Falter (Uni Mainz) konstatierte (BILD)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Eigentlich ... Zu Bundestag und RBB. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-07

9. September 2022

47. Jahrgang

Eigentlich...

...hatte ich mir vorgenommen, unter der Überschrift „Schulduzuweisungen“ etwas zum Auftritt von **Olaf Scholz** im Stile **Gernot Hassknechts** (ab heute läuft übrigens wieder die heute-show im ZDF) zu schreiben...

Nur so viel: „Wer schreit, hat Unrecht.“, brachte mir schon meine Oma bei. Natürlich kann sich der Bundeskanzler darüber aufregen, dass ihn Oppositionsführer **Friedrich Merz**, trotz der vielen guten Taten, die diese Regierung glaubt, uns anzutun, aufregen. In den letzten 16 Jahren allerdings haben uns CDU/CSU und SPD (zwei von 16) und CDU/CSU und FDP (vier von 16) in die Energieabhängigkeit gebracht, in der wir uns jetzt befinden, unter gleichzeitiger Vernachlässigung des spürbaren Ausbaus der erneuerbaren Energien. Es klingt so, als habe die Union die SPD, die immer den Fortschritt im Auge hatte, gedeckelt, um mal ein modernes Wort einzufügen. Wenn es so unerträglich war, mit der Union zusammen zu sein, hätte man jederzeit aus der Regierung aussteigen können.

Über den atomaren Elertanz der Grünen kann man wirklich nur den Kopf schütteln. Das wirkt alles so unprofessionell, unkoordiniert und schlecht verhandelt. Das können wir uns in diesen Tagen nicht leisten. Apropos leisten: **Friedrich Merz** sagte im ARD-Sommerinterview, dass der Staat rund 50 Milliarden Euro an Steuern durch die höheren Energie- und Lebenshaltungskosten eingenommen habe. Wenn also 65 Milliarden in Entlastungsmaßnahmen an die Bürger zurückfließen, ist das nicht mehr als die Erstattung eines Übergewinns. Wir müssen uns nicht bedanken, sondern bekommen nur (teilweise) das zurück, was wir wegen der verfehlten Energiepolitik der letzten Jahre draufzahlen müssen.

Aus einem Interview mit **Angela Merkel** wissen wir, dass sie keinen Grund sieht, sich für Irgendetwas zu entschuldigen. Auch **Frank-Walter Steinmeier** hat sich bislang nicht entschuldigt und von **Gerhard Schröder** werden wir eine Entschuldigung ohnehin nicht erwarten können. Wenn alle glauben, alles richtig gemacht zu haben, warum sitzen wir dann jetzt in der Scheiße? Mit Schulduzuweisungen sind alle schnell dabei, selbst Schuld einzugestehen, geht dann aber doch zu weit.

Auch wollte ich unter der Überschrift „Schulduzuweisungen“ noch ein paar Worte über **Patricia Schlesinger** verlieren.

Nur so viel: In einem Interview mit der **Zeit**, punktgenau am Tage der Wahl ihrer Übergangsnachfolgerin veröffentlicht, ist kein Wort der Entschuldigung zu lesen, sondern nur Ausflüchte und Schulduzuweisungen. Wenn man auf das Foto von Schlesinger schaut, das über dem Interview prangt, sieht man eine selbstherrliche, geradezu royale Erscheinung. Was ist bloß aus der anerkannten Journalistin geworden? Nachzuschauen hier:

https://www.zeit.de/2022/37/patricia-schlesinger-affaere-rbb-intendantin?bezug=rd=CHP&utm_source=cp-kurzstreiche

Selbstzweifel, aber keine Entschuldigung, gibt es nur in kleiner Dosis. „Ich habe den großen Unmut, die Wut der Leute beim RBB unterschätzt.“ „Die ganze Aufregung um mich steht doch stellvertretend für die Wut mancher Menschen auf das System dahinter.“ „Ich habe über die Außenwirkung meines Handelns zu wenig nachgedacht.“ „Ich glaube, dass ich am Ende zu viel zu schnell gewollt habe, ich habe Menschen im Sender überfordert.“ „Die Anschuldigungen kommen aus meinem engsten Umfeld. Das hat mich besonders getroffen, es schmerzt mich bis heute.“ „Es fühlte sich an wie das Nachladen eines Gewehrs, das auf mich gerichtet war.“ Quelle: Checkpoint Tagesspiegel

Dass innerhalb eines Jahres die Übergangsintendantin **Katrin Vernau** die Aufräumarbeiten beim **rbb** hinkriegt, können wir nur ihr und dem Sender wünschen. Auch wenn es bestritten wird, es ist zu offensichtlich, dass ARD-Chef **Tom Buhrow** seine „rechte Hand“ nach Berlin schickte, um Ordnung zu schaffen. Daran gibt es m.E. nichts zu kritisieren, außer vom Sender und seinen Gremien selbst. Sie im ersten Wahlgang durchfallen zu lassen, ist schlechter Stil der Laiengruppe, die sich Rundfunkrat nennt.

Gleich drei Interviews musste Vernau nach ihrer Wahl geben, „Brandenburg aktuell“, der „Abendschau“ und dann noch in einem **rbb-spezial**. Bei „Brandenburg aktuell“ trat sie live auf, weil sie ohnehin schon in Potsdam war, die „Abendschau“ musste sich mit einem vorab aufgezeichneten Interview zufriedengeben, das dazu noch wegen technischer Probleme in zwei Teilen gesendet werden musste. Zurück in Berlin sprach **Volker Wieprecht** mit ihr. Das muss man den Moderatoren lassen, Wieprecht sowieso, aber auch **Gerald Meyer** und **Sarah Oswald** scheuten sich nicht, ihrer neuen Chefin unangenehme Fragen zu stellen, respektvoll, aber nicht unterwürfig. Und immer wieder schimmerte durch, dass sich doch einige eine „Ostdeutsche“ Personalentscheidung gewünscht hätten.



Ostdeutsch heißt natürlich, jemand aus dem Osten des Landes, dort geboren und sozialisiert. Die Minderwertigkeitskomplexe der Brandenburger Seite des rbb wurden deutlich. Die Hauptstadt dominierte, was ich nicht erkennen kann, wenn ich mir die Berichte aus Brandenburg anschauere.

Der Autor dieses Beitrages hat von Anfang an gegen die Fusion von SFB und ORB gewettert. Die Hauptstadt und ein Flächenland passen nicht zusammen. In der Hauptstadt geschieht so viel, dass es einen ganzen Sender mit Programm ausfüllen kann. Den ORB hätte man mit dem MDR zusammenlegen können, das würde passen.

Die Hauptstadt hingegen hat einen eigenen öffentlich-rechtlichen Sender verdient. Der historische Name „Sender Freies Berlin“ hätte nie aufgegeben werden dürfen, ist er doch Anspruch und Mahnung zugleich. Doch lassen sich Fehler der Vergangenheit leider nicht rückgängig machen.

Eigentlich wollte ich mich über diese beiden Themen heute auslassen, da ploppte am frühen gestrigen Abend die Nachricht auf dem hell erleuchteten Display meines Smartphones mit der Meldung auf, das **Queen Elizabeth** gestorben ist. Wie unwichtig sind plötzlich Scholz und Habeck, Schlesinger und der rbb? Mit dem Tod der Queen geht für mich eine parallel zu meinem Leben verlaufene Zeit zu Ende.

Elizabeth war etwas jünger als meine Mutter, Charles vier Monate älter als ich. Das führte immer wieder dazu, einen Blick auf die Royals in Great Britain und ihren Lebensweg zu werfen. Viele Deutsche pflegten eine besondere Beziehungen zur Königsfamilie und deren Glanz, der unserem Land nach dem Zweiten Weltkrieg so völlig verloren ging. Demütig nach dem (zum Glück) verlorenen Krieg übten wir uns (zu Recht) in Bescheidenheit, auch wenn diese manchmal so grau, dunkel und langweilig war, wie die Anzüge unserer Bundespräsidenten. Abgesehen von „Ewig-Gestrigen“ will niemand mehr „unseren alten Kaiser Wilhelm“, „aber den mit dem Bart, mit dem langen Bart“, wiederhaben.

Der Fehrbeiliner Reitermarsch, zu dessen Musik dieser Gassenhauer heute noch gesungen wird, bezieht sich auf **Kaiser Wilhelm I** (1797–1888), unter dessen Regentschaft 1871 das Deutsche Reich gegründet wurde, an dessen Zustandekommen vor allem **Otto von Bismarck** den größten Anteil hatte. **Wilhelm II** führte uns in den Ersten Weltkrieg, nach dessen Ende auch das royale Deutschland Geschichte war. Wie es danach ohne Kaiser weiterging, muss ich Ihnen nicht erzählen.

Die 70 Jahre der Regentschaft von **Elizabeth** sind deshalb so bedeutsam, weil es die längste Epoche in der Geschichte unseres Landes und Europas war, in der Frieden herrschte, sieht man von den Jugoslawien-Kriegen zwischen 1991 und 2001 ab. Seit Februar dieses Jahres findet in Europa wieder ein Krieg statt, ein Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, wie ihn die Welt seit 1939, als Deutschland Polen überfiel, nicht mehr erlebt hat.

Die guten Jahre sind vorbei. Wir haben sie gemeinsam mit unseren britischen Freunden erlebt und am KuDamm und in der Carnaby Street gefeiert. Dass **Margaret Thatcher** und **François Mitterrand** trotz längst vollzogener und gelungener Aussöhnung mit Großbritannien und Frankreich nach dem Fall der Mauer nicht die größten Fans einer Wiedervereinigung Deutschlands waren, kann man nachvollziehen. Dem Russen **Michail Gorbatschow** und dem US-Amerikaner **George Bush** haben wir letztlich die Wiedervereinigung zu verdanken.

Als **Königin Elizabeth** am 27. Mai 1965 erstmals Berlin besuchte und vor dem Rathaus Schöneberg eine Rede hielt, war ich natürlich ebenso dabei wie schon am 26. Juni 1963 bei **John F. Kennedy**. Auch wenn es an dem Mittwoch 1963 und dem Donnerstag 1965 kein schulfrei gegeben hätte, wäre ich dabei gewesen.

Im Mai 1996 hatte ich das große Vergnügen anlässlich eines Staatsbesuchs des französischen Präsidenten **Jacques Chirac** die Zeremonie des Staatsbesuchs zu seinen Ehren auf dem „**Horse Guards Parade**“, dort wo „**Trooping the Colour**“ stattfindet, miterleben zu dürfen. Das hatte was, da kann das Musikkorps der Bundeswehr nicht mithalten. Was für ein Bild, als die Königin und der Präsident in einer offenen Kutsche auf diesen berühmtesten Platz Londons vorfuhren.

Von den vielen in den Schubladen der Sender produzierten Nachrufen auf die Queen ist die von **Rolf Seelmann-Eggebert**, dem besten Kenner der europäischen Royals, die beste (ARD-Mediathek). Im September 1995 traf ich ihn, kurz vor der *Last Night of the Proms* im ARD-Studio London. Von 1981 bis 2015 moderierte er die *Last Night* aus der *Royal Albert Hall*. Morgen wäre es wieder so weit gewesen. Die BBC hat die *Last Night 2022 abgesagt*. Sicherlich hätte das Publikum noch einmal zum Abschied „*God save the Queen*“ gesungen, um dann auf den neuen Text „*God save the King*“ überzugehen.

Ed Koch

17) Nur Österreich und Dänemark würden Deutschland bei Gasausfall helfen

09. 09. 2022



Bild: shutterstock

Deutschland könnte bald auf Solidarität seiner Nachbarstaaten angewiesen sein. Doch mehrere wichtige Nachbarn wollen keine Abkommen mit Deutschland schließen. Die möglichen Folgen wären verheerend. Die Opposition sieht die Schuld auch bei der Regierung, schreibt die WELT.

Abkommen nur mit Österreich und Dänemark

Deutschlands Nachbarländer wollen offenbar keine Abkommen mit Deutschland über gegenseitige Gaslieferungen in Notsituationen abschließen. Das geht aus einem schriftlichen Bericht des Wirtschaftsministeriums für den Bundestagsausschuss für Klimaschutz und Energie hervor, der WELT vorliegt. „Bis dato hat Deutschland mit Dänemark und Österreich ein Solidaritätsabkommen abgeschlossen“, heißt es in dem Bericht. „Demgegenüber entziehen sich Belgien, Luxemburg, Niederlande sowie Polen den konstruktiven Verhandlungen und Abschlüssen der bilateralen Solidaritätsverträge mit uns.“

Grüne Energiewende-Politik verspielt Vertrauen bei Nachbarn

„Die Zurückhaltung der EU-Partner bei den Solidaritätsabkommen zeigt, wie sehr die Bundesregierung schon Vertrauen in Europa verspielt hat“, sagte Unionsfraktionsvize Jens Spahn der genannten Zeitung und begründet das Verhalten der „widerspenstigen“ Nachbarn so:

„Während wir beispielsweise Gas über die Niederlande und Belgien beziehen, schaltet die Ampel die deutschen Kernkraftwerke aus und mindert damit den deutschen Beitrag zur europäischen Energieversorgungssicherheit.“

Dieser „nationale Alleingang“ schade dem deutschen Ansehen. „Das Unverständnis mancher europäischer Partner in den Verhandlungen mit Deutschland ist nachvollziehbar“, so Spahn.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Alice Weidel rechnet in fulminanter Rede mit den Deutschland-Zerstörern ab

08. 09. 2022



Alice Weidel · Youtube Screenshot

Alice Weidel bringt das Versagen der Ampel auf den Punkt
 :

Das Erschütternde dabei: Laut Umfragen scheint ein Großteil der Wähler noch immer nicht begriffen zu haben, dass völlig unfähige Dilettanten drauf und dran sind Deutschland komplett gegen die Wand zu fahren! Die Leute werden erst aufwachen, wenn es zu spät ist

– kommende Demonstranten gegen diesen Wahnsinn werden jetzt schon als „Rechtsextremisten“ gebrandmarkt. Man wird sehen, ob sich die Bevölkerung diese Ungeheuerlichkeiten noch länger bieten lassen wird.

<https://www.youtube.com/watch?v=dT27FAzrKXE>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Skandalurteil: Michael Stürzenberger zu 6 Monaten Haft ohne Bewährung (!) verurteilt

08. 09. 2022



Von DAVID BERGER – Der Islamkritiker Michael Stürzenberger wurde AM Mittwoch von einem Hamburger Richter, mit der Begründung der Volksverhetzung, zu sechs Monaten Haft **ohne Bewährung** verurteilt.

Vorausgegangen ist diesem Urteil eine Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa am 8. Oktober 2020 in Hamburg. Stürzenberger kritisierte dort den „Politischen Islam“ und seine Gräueltaten. Er differenzierte dabei klar zwischen brutalen islamischen Tätern und friedlichen Moslems.

Seine Kritik richtete sich auch gegen sogenannte Flüchtlinge aus islamischen Ländern, die hier Straftaten begingen und belegte dies mit Fakten des Bundeskriminalamtes.

Hier schildert der mutige Aktivist den Prozess und verspricht – wir haben es nicht anders erwartet – weiter für die Menschenrechte und gegen Islamismus zu kämpfen.

<https://www.youtube.com/watch?v=cplgdiP-EQo>

Islamisten kommen mit Bewährungsstrafe davon

Ronai Chaker beurteilt das Urteil kurz, aber sehr zutreffend:

„Wir leben in einem Land in dem Islamisten, die hierzulande nichts verloren haben, Menschen ermorden, vergewaltigen und teilweise mit Bewährungsstrafe davonkommen. Währenddessen werden jene verhaftet, die diese Zustände kritisieren.“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Berlin und Brandenburg allein (Seiten E 78 – E 89)

20) Spandauer enttäuscht von Saleh.

Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-20

20. September 2022

47. Jahrgang



Spandauer enttäuscht von Saleh

Raed Saleh ist nicht nur Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, sondern auch Landesvorsitzender der Partei und Chef der Sozialdemokraten in Spandau, wo er als ungekrönter König gilt, und es relativ egal ist, wer unter ihm Bezirksbürgermeister ist.

Über eine sich anbahnende Entscheidung, zu der sich Saleh in der **Berliner Morgenpost** äußerte, ist seine Parteifreundin **Carola Brückner**, neue Bürgermeisterin der Havelstadt, not amused. Und auch nicht die anderen fünf Mitglieder des Bezirksamtes.

Die **Berliner Morgenpost** berichtete: „Eines der wichtigsten gesundheitspolitischen Vorhaben des Landes kam bisher nur im Schnecken tempo voran: Der Aufbau eines gemeinsamen Ausbildungscampus für die Pflegeschüler der landeseigenen Krankenhaus-träger Vivantes und Charité, verbunden mit einer Erweiterung der Ausbildungskapazitäten für die gesuchten Fachkräfte von derzeit 2.400 auf 3.700.“

Das Projekt sollte in Spandau realisiert werden. Es bewegte sich bislang aber wenig. Deshalb will die Rot-Grün-Rote Koalition, entgegen der Aussage im Koalitionsvertrag, „umdenken“. Der Pflegecampus soll nun im Wenckebach-Klinikum in Tempelhof verortet werden. Das Klinikum hat Vivantes gerade erst aufgegeben und Teile davon anderswo untergebracht.

Raed Saleh galt lange als Fürsprecher für den Standort in seinem Bezirk. „Man muss auch als Koalition umdenken, wenn sich neue Möglichkeiten ergeben“, sagte Saleh der **Morgenpost**: „Wir haben am Standort Wenckebach einen enormen Zeitvorteil und es drängt in der Pflege.“ Auch Gesundheitssenatorin **Ulrike Gote** (Grüne) hatte jüngst im **Morgenpost**-Interview erklärt, sie sei offen für Alternativen zum Standort Spandau.

„Bei Vivantes rennt der SPD-Chef mit seinem Kurswechsel offene Türen ein. Der Krankenhauskonzern denkt schon seit fast einem halben Jahr darüber nach, den Pflegecampus lieber auf dem eigenen Gelände in Tempelhof als in Spandau anzusiedeln. „Wir könnten die Pflegeazubis in den denkmalgeschützten Gebäuden unterbringen und hätten immer noch Platz für die vom Bezirk und vielen Nachbarn dort gewünschten Versorgungsangebote“, sagte Vivantes Chef **Johannes Danckert** der **Morgenpost**.

Vivantes-Chef **Danckert** hofft, dass die ersten Azubis in zwei, drei Jahren einziehen. Das Institut für Fort- und Weiterbildung sei schon auf dem Wenckebach-

Gelände. „Da kommt dann richtiges Campus-Feeling auf.“ Die Pflegeschule lasse sich dort viel schneller umsetzen als in Spandau. „Wenn dort in zwei, drei Jahren die ersten Auszubildenden einziehen, dann würde uns das sehr helfen.“ Zudem sei das Wenckebach verkehrlich sehr viel besser angebunden als der Standort der früheren Alexander Barracks im Westen der Stadt, schreibt die **Morgenpost**.

Das Spandauer Bezirksamt sieht den Vorgang anders und veröffentlichte ein Statement:

Statement der Bezirksbürgermeisterin Carola Brückner und aller Bezirksstadträte des Bezirksamtes Spandau zum Bericht der **Berliner Morgenpost**, dass der Pflegecampus von Vivantes und Charité nun nicht in Spandau realisiert werden soll:

„Das Bezirksamt Spandau hat Medienberichte, wonach SPD-Fraktionschef Raed Saleh plant, den Pflegecampus nicht in Spandau realisieren zu wollen, und sich Gesundheitssenatorin Gote alternativen Standorten offen gegenüber zeigt, mit großem Bedauern und Überraschung zur Kenntnis genommen, wo dieses Projekt in der Vergangenheit noch als eine Herzensangelegenheit dargestellt wurde. Sollte diese Entscheidung so getroffen werden, wäre dies eine große Enttäuschung für den Bezirk, die viele Fragen offenlässt.“

Mit dieser Entscheidung würde der Bezirk Spandau einen Potentia Standort für die Entwicklung eines Gesundheits- und Wirtschaftsstandortes verlieren. Neben der Schaffung von Ausbildungsplätzen im Bereich der Pflege im Bezirk Spandau steht damit auch die Entwicklung des Gesamtareals und damit insbesondere die Weiterentwicklung des Gewerbestandortes um den Campus in Frage.

Das Bezirksamt hat sich in den letzten Jahren mit Nachdruck für die Realisierung des Pflegecampus eingesetzt. In allen Vorgesprächen waren jedoch vor allem zwischen dem Bund und dem Senat die Finanzierungsfragen bis zu jetzt ungeklärt. Der Bezirk hätte den Pflegecampus gern umgesetzt und hatte entsprechende Vorbereitungen bereits vollzogen.

Diese Entscheidung würde den Krankenhausstandort Spandau perspektivisch stark schwächen, zwar würden an anderer Stelle schneller Pflegekräfte ausgebildet werden, aber die Chancen auf eine benötigte Erweiterung der Rettungsstelle des Vivantes Klinikums Spandau würden massiv sinken. In einem durch Neubau und Zuzug wachsenden Bezirk wäre dies eine gefährliche Entwicklung zur Sicherung von guten und ausreichenden bezirklichen Rettungsstellenkapazitäten und in der Notfallmedizin. Durch den Ankauf des Geländes durch das Land Berlin wäre es möglicherweise auch möglich gewesen, den dort verorteten jüdischen Friedhof einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Beide wichtige Projekte stehen nun in den Sternen.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

21) Drachen über Tempelhof. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-16

18. September 2022

47. Jahrgang



Drachen über Tempelhof

Was ist schon ein Flughafen wert, von dem aus nichts in die Lüfte steigt? Die „Mutter aller Flughäfen“ nannte der Architekt **Sir Norman Foster** den Airport Tempelhof. Der Flughafen mit Geschichte ist seit dem 30. Oktober 2008 selbst Geschichte. Eine Randbebauung mit Wohnungen ist nach wie vor nicht möglich, die Ideologie siegt weiterhin über die Vernunft.

Nun finden vor dem ehrwürdigen, 1.200 Meter langen Halbrund des Flughafenterminals alle nur undenkbar Veranstaltungen statt, unter anderem Rockkonzerte, die die Fenster nicht nur der direkt Anwohnenden zum Scheppern bringen. Damit die angrenzende Gartenstadt, das so genannte „Fliegerviertel“ nicht von Fahrzeugen der Besucher überrollt wird, werden die Zufahrten regelmäßig abgesperrt. Das „Fliegerviertel“ hat seinen Namen nicht direkt wegen des gegenüberliegenden Flughafens bekommen, sondern wegen der nach den „Helden“ des Ersten Weltkriegs benannten Piloten, wie Richthofen, Udet, Loewenhardt, Voß, Thuy, Rumey, Bäumer, Boelcke oder Gontermann.

Auch die ewig Gestrigen, die die Schließung Tempelhof bis heute schmerzlich bedauern, wie der Autor dieses Beitrages, erkennen kritiklos den Erholungswert des weiten Tempelhofer Feldes an, wozu Rockkonzerte nicht gehören. Erinnert sei nur an die jährlich stattfindende **HerzFahrt** der **PSD-Bank**, an der hunderte von Fahrradfahrenden zu Gunsten von Kindern mit Herzerkrankungen teilnehmen.



Der Publikumsrenner ist jedoch das **Festival der Riesendrachen** von **STADT UND LAND** und **Kultur Nord**. Über 100.000 Menschen jeden Alters strömten am 17. September auf das Flugfeld und schauten gen Himmel. Dort tummelten sich nicht nur die

Riesendrachen, sondern auch Dutzende von selbst mitgebrachten Flugobjekten. Da wurden Erinnerungen wach, als mein Vater mit mir einen Drachen bastelte, aus Holz und rotem Seidenpapier. Er drehte viele Runden in luftiger Höhe, stürzte aber eines Tages ab und zerbrach. Dieses Schicksal erlitten am Samstag zum Glück weder große noch kleine Drachen. Selten war der Veranstalter so froh darüber, dass die Wettervorhersagen nicht zutrafen. Dauerregen den ganzen Tag über war angekündigt worden. Bis auf ein paar kleine Tropfen für wenige Minuten, entwickelte sich der Tag zum idealen Drachenwetter, windig und trocken, und: auch die Sonne ließ sich sehen. Was will man mehr?



Auf der Aktionswiese wurden 80 internationale Drachenflieger, darunter zahlreiche Welt- und Europa-meister vorgestellt. Eine Lenkdrachenshow und das Aufsteigen von Europas längsten Octopus mit 47 Metern begeisterten das Publikum.

Auf der Vorführfläche zeigten Kinder- und Jugendgruppen der *Turngemeinde in Berlin*, was sie sportlich draufhaben, ebenso die *Artistenschule CONTRAIRE* oder die *Trommel Show VETTER*. Für gute Unterhaltung sorgten auch die *BLOSSOM Cheerleader Berlin* und das *Kinder- und Jugendensemble Neuenhagen*. Auf der Bühne ließen es *Robert & The Music Blend*, *Fairschärft* und *Right Now* krachen.

Die Regierende Bürgermeisterin und Schirmherrin des Drachenfestivals **Franziska Giffey** eröffnete die Veranstaltung. Sie bedankte sich bei der **STADT UND LAND** für das Festival und den gewählten Ort. Es sei gut, dass das Tempelhofer Feld ein Ort ist, an dem sich die Berlinerinnen und Berliner erholen können, so Giffey. Ein kleines Feuerwerk rundete am Abend die Veranstaltung ab. Auch Giffey's Vorgänger **Michael Müller**, der kein vorangegangenes Drachenfest versäumt hatte, war gekommen und erfreute



sich vor allem an dem fliegenden Elvis. Das diesjährige Drachenfestival trägt die laufende Nummer Neun. Eigentlich hätte das zehnte Festival 2020 stattfinden sollen, fiel aber dem bekannten Virus zum Opfer. Freuen wir uns also auf das Jubiläumsfest 2023.



Foto: Die Regierende Bürgermeisterin **Franziska Giffey** (Mitte), eingerahmt von der Geschäftsführung der STADT UND LAND, **Natascha Klimek** und **Ingo Malter**.

Wer nicht bis zum nächsten Jahr warten möchte und noch Resturlaub hat, kann diesen vielleicht vom 1. bis 3. Oktober im Nordseebad Dangast in Friesland, oder vom 7. bis 9. Oktober in Waabs bei Rendsburg-Eckernförde, oder auf der beliebten Ostseeinsel Fehmarn vom 14. bis 16. Oktober verbringen. Dort finden die nächsten Drachenfestivals statt.

Ed Koch

(Fotos STADT UND LAND/Nils Bornemann)

22) Berlin übt Bullerbü.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-15

17. September 2022

47. Jahrgang



Berlin übt Bullerbü

In letzter Zeit sprechen Politiker häufig davon, dass wir nicht Bullerbü werden sollten. Bullerbü? Tut mir leid, ich habe die Bücher von **Astrid Lindgren** nicht gelesen, sondern natürlich die von **Karl May**. „In Lindgrens Erzählungen besteht das Dorf aus nur drei Höfen, in denen insgesamt sieben Kinder mit ihren Eltern, deren Gesinde und einem Großvater wohnen.“ So einen Ort findet man nicht mal mehr in Brandenburg. Berlin ist eine Großstadt, und in einer Großstadt sind abgesehen von Bussen und Bahnen, auch Autos, Lieferfahrzeuge, Krankenwagen und vieles mehr, mit weichem Antrieb auch immer, unterwegs. Und damit diese Fahrzeuge vorwärtskommen, haben unsere Vorfahren Straßen erfunden und reichlich angelegt. Ohne Straßenverkehr hätte sich weltweit nichts entwickelt, kein Handel, kein Wohlstand, kein Leben.

Den Straßenverkehr kann man lenken, kanalisieren, die Geschwindigkeit einschränken, das Parken erschweren oder teuer machen, ihn aber nicht abschaffen. Mit jährlich zehn Milliarden Euro Kfz-Steuer beteiligen sich die Halter von Kraftfahrzeugen auch an dem rasant voranschreitenden Ausbau von Radwegen, während die Fahrradfahrenden keinen finanziellen Beitrag dazu leisten.

Für jedes nur denkbare Thema gibt es einen Gedenktag. So ist der 25. April der „Tag des Baumes“, oder der 4. September der „Tag der Currywurst“ und der 12. Juni der „Tag des Hundes.“ Bei der Fülle der Gedenktage hat man zum Glück die Kinder nicht vergessen. Ihnen wird gleich zweimal im Jahr gedacht, am 1. Juni weltweit und am 20. September in Deutschland und Österreich, also am kommenden Dienstag. Auf meinem Wandkalender erscheint das Datum 20.09. sogar in Rot, zurecht. Kinder sind schließlich die Zukunft und wir Älteren sind dafür verantwortlich, ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der sie gut leben können. Muss man sie deshalb aber vom Auto entwöhnen?

Nicht am 20., sondern am 22. September können die Berliner Kinder auf vielen Straßen spielen, ohne dass die Gefahr besteht, von einem Fahrzeug angefahren zu werden. Die Liste der in Frage kommenden Straßen finden Sie am Ende dieses Beitrages. Autofreie Sonntage gab es schon, weil das Benzin knapp wurde. Das kann uns demnächst wieder passieren. „Laut der Umweltorganisation Greenpeace würde ein autofreier Sonntag zweimal pro Monat den Kraftstoffabsatz um 1,3 Millionen Tonnen pro Jahr ver-

ringern. Wäre jeder Sonntag autofrei, ließen sich 2,9 Millionen Tonnen Kraftstoff vermeiden, was etwa 5,6 Prozent des gesamten Kraftstoffabsatzes entspricht.“

„2019 lag der Kraftstoffverbrauch im Personenverkehr in Deutschland bei 47 Milliarden Liter. Die aktuellen Berechnungen des Umweltbundesamts zeigen, dass bei einem generellen Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen jährlich ungefähr 600 Millionen Liter Sprit gespart werden können.“

Am 22. September feiern wir bereits zum dritten Male den „internationalen Autofreien Tag“. Von Mitternacht bis Mitternacht kann der ÖPNV in Berlin kostenlos, also ohne Fahrschein, genutzt werden. Die Kontrolleure haben frei. Das gilt aber mal wieder nur in den Tarifbereichen A und B. „Für Fahrten nach Brandenburg ist ein Fahrausweis Berlin BC oder Berlin ABC erforderlich (ein Anschlussfahrschein C reicht nicht).“ Tja, liebe Pendler, mal wieder Pech gehabt. Und wie wir den Senat kennen, gab es keine Absprache mit Brandenburg, warum auch?

„Zugleich ist der Autofreie Tag in Berlin auch in diesem Jahr wieder ein Tag der Spiel- und Nachbarschaftsstraßen.“, verkündet der Senat in einer Pressemitteilung. „In der Zeit von 15 bis 19 Uhr werden in allen zwölf Bezirken 37 Straßenabschnitte im Nebenstraßennetz für Spiel und Spaß, Kreidemalen, Kuchenessen, Zusammensitzen oder andere gemeinsame Aktivitäten freigegeben und für den Auto- und Radverkehr gesperrt.“ Das ist sehr gut, denn die größere Gefahr für kleine Kinder in kleinen Straßen geht von den Fahrradfahrenden aus, die schwerer zu bemerken sind als ein Auto und aus allen Richtungen, auch entgegen der Verkehrsführung unterwegs sind, vom Halt an roten Ampeln wollen wir erst gar nicht reden.

Und was sagt unsere **Mobility Betty** zu dem Thema? „Am Autofreien Tag können wir praktisch erleben, wie Berlin aussehen kann, wenn der Straßenraum für die Menschen geöffnet wird. Damit gibt es mehr Raum zum Verweilen, Spielen und zum Austausch in den Nachbarschaften.“, so **Bettina Jarasch**, Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz.

Berlin übt also Bullerbü. So leid es mir tut, aber ich muss die Überschrift des Newsletters von gestern noch einmal bemühen: Populistischer Unsinn. Viel wichtiger und sinnvoller, als Straßen zu sperren, wäre es, mehr geschützte Spielplätze für Kinder anzulegen und die vorhandenen besser auszustatten und zu betreuen.



Das ist möglich. Hinter der Häuserfront in Höhe Rosenthaler Straße 17 in Mitte befindet sich ein großer Spielplatz und nicht weit davon entfernt ein noch viel größerer. Wir reden hier über den dicht besiedelten Bezirk Mitte. Solche Anlagen brauchen die Kinder und ihre Familien. Spielen auf Sand und Wiese und nicht auf einem Straßenbelag.

Bei der Eröffnung von Spielplätzen können sich Politiker gern präsentieren, aber doch nicht, wenn für ein paar Stunden eine Straße gesperrt wird. Aber: „Mobilitätsstaatssekretärin **Dr. Meike Niedbal** wird an diesem Tag gemeinsam mit dem Bezirksstadtrat für Ordnung, Umwelt, Straßen und Grünflächen, **Oliver Schruoffeneger**, die Spiel- und Nachbarschaftsstraße in der Sigmaringer Straße zwischen Gasteiner- und Wegenerstraße vor der Comenius Schule in Wilmersdorf ab 16 Uhr besuchen. Medienvertreter*innen sind dazu herzlich eingeladen.“ Das ist sicherlich der Traumtermin jedes Lokalreporters.

Also, liebe Anwohnende, bitte am 22. September dem Amazon-, DHL- oder Bringmeister-Boten Bescheid geben, dass er nicht zwischen 15 und 19 Uhr vorbeikommen soll. Arzttermine, zu denen sich Menschen mit dem Taxi oder Privat-PkW eines Verwandten fahren lassen müssen, bitte auf den 23. September verschieben. Vor allem aber nicht im Keller oder Hausflur zündeln, damit die Feuerwehr das bunte Treiben auf der Straße nicht stören muss.

Folgende Straßenabschnitte werden am 22. September 2022 in der Zeit von 15 bis 19 Uhr als Spiel- und Nachbarschaftsstraßen genutzt (insgesamt etwa 4,3 Kilometer):

Charlottenburg-Wilmersdorf

- Rüdesheimer Straße, zwischen Wiesbadener- und Laubenheimer Straße
- Sigmaringer Straße, zwischen Gasteiner- und Wegenerstraße
- Windscheidstraße, zwischen Stuttgarter Platz und Gervinusstraße

Friedrichshain-Kreuzberg

- Blücherstraße, Hausnummer 37 bis 42
- Görlitzer Ufer
- Jessnerstraße, zwischen Oder- und Travestraße
- Niederbarnimstraße, Hausnummer 17 bis 20

Lichtenberg

- Baikalstraße, zwischen Sewan- und Baikalstraße
- Plonitzstraße, Hausnummer 21 bis Gotlindestraße

Marzahn-Hellersdorf

- Apfelwicklerstraße
- Friesacker Straße, zwischen Strauß- und Lortzingstraße

- Kastanienallee, Hausnummer 53 bis 59Maxie-Wander-Straße, zwischen Klingenthaler- und Schneeberger Straße

Mitte

- Freienwalder Straße, zwischen Soldiner Straße und Friedhof
- Plantagenstraße, Hausnummer 17 bis Antonstraße
- Pohlstraße, Hausnummer 79 bis Kluckstraße
- Tegeler Straße, zwischen Sprengel- und Triftstraße
- Ufnaustraße, Hausnummer 6 bis Sickingenstraße

Neukölln

- Jansastraße, Hausnummer 4 bis Weserstraße
- Kienitzer Straße, zwischen Hausnummer 3 und Bornsdorfer Straße
- Neckarstraße

Pankow

- Böttzowstraße, zwischen John-Schehr- und Danziger Straße
- Gneiststraße, zwischen Greifenhagener Straße und Schönhauser Allee
- Jacobsohnstraße, Hausnummer 1 bis 16
- Tassostraße, zwischen Pistorius- und Charlottenburger Straße

Reinickendorf

- Kamekestraße, zwischen Herbst- und Hoppestraße
- Tornower Weg, zwischen Birkenwerderstraße und Dannenwalder Weg

Spandau

- Lutherstraße, am Lutherplatz

Steglitz-Zehlendorf

- Kadettenweg, Hausnummer 44 bis Ringstraße
- Sprungschanzenweg, Hausnummer 1 bis 51
- Begasstraße (beim S-Bahnhof Friedenau)

Tempelhof-Schöneberg

- Barbarossastraße, zwischen Goltz- und Karl-Schrader-Straße
- Haeseler Straße, zwischen Goltz- und Zescher Straße
- Niedstraße, zwischen Lauter- und Handjerystraße
- Skarbinastraße, Hausnummer 77/79 bis Nahariyastraße
- Steinmetzstraße, zwischen Bülow- und Alvenslebenstraße

Treptow-Köpenick

- Isingstraße, Hausnummer 5 bis Schmollerplatz

Quelle: Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK)

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

23) Tempelhofer Feld: Festival der Riesendrachen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-14

16. September 2022

47. Jahrgang



Festival der Riesendrachen



Noch befinden sich die Riesendrachen an der kurzen Leine, morgen werden sie dann in die Lüfte steigen.



Frank Hadamczick (l.), Marketing-Chef von **STADT UND LAND**, und **Uwe Schwettmann** von **Kultur Nord** stellten heute Mittag bei einer Pressekonferenz auf dem Tempelhofer Feld das Programm des „Festivals der Riesendrachen“ vor. Es findet morgen, am **17. September, von 11 bis 20 Uhr** auf dem Areal des ehemaligen Flughafens Tempelhof statt.

Tintenfische mit meterlangen Beinen und riesige Geckos in bunten Farben: Beim neunten Festival der Riesendrachen in Berlin sorgen am Samstag bis zu 40 Meter lange Unikate für ein Flugspektakel über dem Tempelhofer Feld.

Neben den Vorführungen der Großdrachen wird es interessante Informationen rund um die Drachenfliegerei geben. Ein Bühnenprogramm mit Musik und Talk sorgt für Abwechslung, die kleineren Besucher werden durch Drachenbasteln, Bonbonabwürfen, Hüpfburgen und Kinderschminken unterhalten. Erwartet werden auch Sport- und Kulturvereine aus

den Bezirken Neukölln und Tempelhof-Schöneberg, die mit ihren Darbietungen einen Einblick in ihre Vereinsarbeit ermöglichen.

Sind die Riesendrachen auch das unbestrittene Highlight des Festivals, hat das Familienfest auf dem Tempelhofer Feld noch mehr zu bieten. Beliebte Programmpunkte sind etwa die verschiedenen Lenkdrachen-Vorführungen. Dabei stellen mitunter Welt- und Europameister ihr Können vor. Besonders beliebt bei Kindern sind zudem die riesigen Superhelden, die in den Himmel steigen. In diesem Jahr werden unter anderem Super Maria, Batman und Superman erwartet. Zum Abschluss des Tages gibt es ein kleines Feuerwerk. Quelle: berlin.de



Besonders spannend wird der Formationsflug dieser Drachen zu beobachten sein. Bei der heutigen Probe waren es vier, morgen werden es acht sein, die, ohne sich zu verheddern, ihre Kreise am Himmel über Tempelhof ziehen.

Erwartet werden bei freiem Eintritt ein paar Zehntausend Besucher. Der Wetterbericht für morgen sieht zwar nicht besonders gut aus, aber Vorhersagen müssen nicht immer richtig sein. Begrüßt werden die Gäste um 11 Uhr auf der Bühne von **Robert & The Music Blend**. Die offizielle Eröffnung erfolgt dann durch die Regierende Bürgermeisterin **Franziska Giffey** um 15 Uhr.

Neben den zahllosen Angeboten gibt es natürlich auch etwas zu Essen und zu Trinken an den Ständen.

Kultur Nord ist Spezialist für Drachenfeste. Schon seit März flogen die Drachen in Norddeutschland, unter anderem über Norddeich, Wangerooge und Langeoog. Sechs Drachenfeste fanden bereits statt, vier stehen noch auf der Agenda, einschließlich Berlin. Die Drachentournee endet vom 14. bis 16. Oktober 2022 auf Fehmarn. Dahin könnte man von Berlin aus ja noch einen Ausflug machen. Aber erst einmal morgen ab 11 Uhr auf dem Tempelhofer Feld. **Ed Koch**

24) Populistischer Unsinn. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-13

16. September 2022

47. Jahrgang

Populistischer Unsinn

Hauptstädte sind nicht die beliebtesten Orte in einem Land, weil sich die Aufmerksamkeit immer auf diese konzentriert und sich der Rest oft abgehängt fühlt. Es ist also wichtig, dass sich die Metropolen einen guten Ruf erarbeiten, der für Akzeptanz im ganzen Land bei allen Bürgern sorgt.

Nun, Berlin ist zwar als Reiseziel nach wie vor beliebt, ansonsten gibt es viel Spott aus dem Rest der Republik. Über den Flughafen müssen wir nicht reden, auch die Münchener haben ihren nicht termingerecht fertigbekommen, und die Hamburger hatten mit ihrer Elbphilharmonie auch eine Menge Probleme. Wahlen haben aber andere irgendwie ordentlicher hinbekommen. Berlin droht der Supergau, ob teilweise oder ganz neugewählt werden muss, entscheidet sich in den nächsten Wochen. Die Republik und die Welt schauen auf diese Stadt.

Dankenswerter Weise hat der NDR mit seinen Vernetzungsproblemen den rbb ein wenig aus der Schusslinie genommen, Frau Schiesinger ist aber nach wie vor Thema jeder Satiresendung. Also: Es wäre an der Zeit, dass Berlin mal wieder positive Schlagzeilen produziert. Was jedoch veranstaltet die „führende politische Kraft“ der Stadt? Chaos. Der Streit um eine regionale Fortsetzung des 9-Euro-Tickets ist unsäglich.



Dieser fröhlich dreinblickende Herr ist Berlins SPD-Chef **Raed Saleh**. Am 20. August meldete die Deutsche Presseagentur, dass Saleh eine „rasche Lösung für die Nachfolge des 9-Euro-Tickets“ anmahnt.

„Es ist fünf vor zwölf“, sagte er dpa. „Das Modell habe funktioniert, sich bewährt und sei eine konkrete Entlastung vieler Menschen. Und es leistet darüber hinaus einen Betrag zum Klimaschutz und zur Mobilitätswende.“ So weit so gut.

Finanzminister **Christian Lindner** wirft Saleh vor, eine Nachfolgelösung zu blockieren: „Herr Lindner fährt lieber Porsche als BVG. Er interessiert sich gar nicht für das Thema“, unterstellt Saleh Lindner. Großmülig, wie es Salehs Art ist, fährt er fort: „Ich gehe davon aus, dass unsere Mitglieder in der

Bundesregierung an einer Lösung arbeiten und Herrn Lindner klarmachen, dass er Juniorpartner ist und nicht die treibende Kraft in der Koalition.“ Dass die SPD treibende Kraft ist, wenn es um ein neues bundesweites Billigticket für den ÖPNV geht, ist nicht festzustellen.

Saleh ist mal wieder vorgeprescht und hat seine Ko-Vorsitzende **Franziska Giffey**, die auch Regierende Bürgermeisterin ist, unter Zugzwang gesetzt. Anstatt Giffey Salehs Vorstoß einkassierte, ließ sie sich vor den Karren spannen. Im folgenden Verlauf des Dramas war dann vom Urheber Saleh keine Rede mehr, nur Giffey stand im Fokus der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit dem Nachbarland Brandenburg.

Gegen alle Bedenken, vor allem auch des Grünen Koalitionspartners, wurde das Projekt, das nun 29-Euro-Ticket heißt, mit der Brechstange durchgedrückt. Völlig entnervt vom Berliner Alleingang hat der Aufsichtsrat des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) am 15. September grünes Licht gegeben.

Schaut man sich das Berliner 29-Euro-Ticket an, so kann man nur zu einem Ergebnis kommen: Populistischer Unsinn. Es soll ab dem 1. Oktober gelten, allerdings in Form eines Abonnements. Das heißt: Es kann nicht einfach wie sein Vorgänger am Automaten gezogen, sondern muss beantragt werden. Ein Abo für drei Monate, mit einem „Sonderkündigungsrecht“, wenn man es ab dem 1. Januar 2023 nicht mehr haben möchte. Man kann das Abo auch weiterlaufen lassen, dann allerdings zu dem regulären Preis für 63,42 Euro monatlich.

Das 29-Euro-Ticket ist nicht annähernd mit dem 9-Euro-Ticket vergleichbar, denn es gilt nur im Bereich AB in Berlin, unsere Punks kommen damit nicht nach Sylt. Pendler zwischen Berlin und Brandenburg, die den Tarifbereich C benötigen, haben Probleme. Wie soll das gehen? Zusatzstreckenticket kaufen? Das ist doch irre. Der Senat geht offenbar davon aus, dass es zum 1. Januar 2023 ein bundesweites Nachfolgeticket gibt. Bislang sind diesbezügliche Bestrebungen allerdings nicht erkennbar.

In Berlin und im Bundesgebiet schütteln die Menschen den Kopf über Berlins Alleingang. Und **Raed Saleh** schweigt, dafür lässt er **Franziska Giffey** jubeln. „Berlin liefert: Mit dem 29-Euro-Ticket geht Berlin als erstes Bundesland voran. Wir entlasten damit hunderttausende Berlinerinnen und Berliner ganz konkret. Das 29-Euro-Ticket setzt ein deutliches Zeichen für Klimaschutz, moderne Mobilität und soziale



Teilhabe in der Hauptstadt... Unser langfristiges Ziel bleibt ein dauerhaftes, gutes ÖPNV-Angebot, mit dem die Berlinerinnen und Berliner für nicht mehr als 1 Euro am Tag überall in der Stadt unterwegs sein können." Ein 365-Euro-Ticket wie in Wien, wollte schon Giffey's Vorgänger **Michael Müller** einführen. Bis heute ist daraus nichts geworden, warum wohl.

Zeigte sich anfangs die Grüne **Bettina Jarasch**, Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, sehr zurückhaltend und verwies darauf, dass man auf Signale vom Bund warten wolle, jubelt sie jetzt mit: „Das war keine einfache Geburt. Umso zufriedener können wir heute sein. Die Berlinerinnen und Berliner bekommen zum 1. Oktober die so dringend nötige finanzielle Entlastung durch ein 29-Euro-Ticket, die wir versprochen haben. Das werden viele Hunderttausend Menschen im Geldbeutel spüren und zugleich ermöglichen wir Mobilität... Ich mache mich jetzt an die nächste große Aufgabe: Mit dem Bund und den anderen Ländern ein dauerhaftes bezahlbares Nachfolgeticket zu verhandeln. Wir wollen, dass es im nächsten Jahr weitergeht.“

Und als wenn das nicht genug Grüner Jubel wäre, meldet sich auch noch Fraktionsvorsitzender **Werner Graf** zu Wort: „Die heutige Entscheidung für ein 29 Euro-Ticket in Berlin ist eine großartige Nachricht für die Bewohner*innen dieser Stadt. Wir freuen uns sehr, dass der VBB grünes Licht für einen Berliner **Pioniersentwurf** zur Fortsetzung des 9 Euro-Tickets gegeben hat. Mit dem 29 Euro-Ticket entlasten wir **schnell und unbürokratisch** viele Berliner*innen während der nächsten Monate.“

Es fällt schwer, auf dieser grünen Schleimspur nicht auszusrutschen. „Pioniersentwurf“? Nie gehört. Unbürokratisch? Ist ja wohl ein Witz. Viel Spaß beim Antragsausfüllen, und vergessen Sie nicht, Ihre IBAN zur Abbuchung anzugeben. An keiner Stelle habe ich bisher etwas darüber gelesen, wie mit den Bestandsabonnenten umgegangen wird. Wird denen, wie beim 9-Euro-Ticket, von Oktober bis Dezember nur 29 Euro vom Konto abgebucht?

In den Jubelchor stimmen auch die Linken Fraktionsvorsitzenden **Anne Helm** und **Carsten Schatz** ein. „Wir begrüßen die Zustimmung des VBB zur Einführung eines Berliner 29-Euro-Tickets ab dem 1. Oktober 2022. Damit werden viele Berlinerinnen und Berliner, die aktuell unter den stark steigenden Preisen für Energie und Grundversorgung leiden, wirksam entlastet... jetzt sind noch viele Fragen über die Ausgestaltung eines bundesweit gültigen Nahverkehrsticket ab dem 1. Januar 2023 offen. Deshalb ist gut,

dass Rot-Grün-Rot in Berlin nun voran geht, den Zeitraum bis zum nächsten Jahr überbrückt und zugleich Maßstäbe setzt. Weniger gut ist, dass die Senatsverwaltung für Mobilität bisher beim VBB noch keine Absenkung des Berlin-Tickets S (Sozialticket) beantragt hat. DIE LINKE erwartet, dass dies schnellstmöglich nachgeholt wird, so dass auch die Menschen, die besonders unter der Krise leiden, eine spürbare Entlastung erfahren.“

Schon am 26. August hat sich CDU-Chef **Kai Wegner** geäußert. „Der Vorschlag, das 9 Euro-Ticket regional bis Jahresende zu verlängern, ist ohne Beteiligung und Unterstützung des Verkehrsverbundes und des Landes Brandenburg eine Luftnummer. Wer zum BER fahren möchte oder in Potsdam studiert oder arbeitet, guckt in die Röhre. Die Spaltung des Verkehrsverbundes kann nicht die Lösung sein. Berlin und Brandenburg müssen Mobilität gemeinsam voranbringen.“

Berlin braucht kein 9-Euro-Strohfeuer, sondern dauerhaft ein attraktives 365-Euro-Ticket. So bleibt Mobilität verlässlich und bezahlbar, erst recht in Krisenzeiten. Entlastung in der Krise ist wichtig. Ein 9-Euro-Ticket hilft denjenigen, die nicht täglich den ÖPNV nutzen, aber überhaupt nicht. Rentner, Fahrradfahrer und Menschen, die aufs Auto angewiesen sind, haben nichts davon. Unser Vorschlag, das Energiegeld für alle Berlinerinnen und Berliner, ist viel besser, weil damit alle unmittelbar entlastet werden.“

Felix Reifschneider von der FDP teilte am 15. September mit: „Dass Franziska Giffey und Bettina Jarasch mit der Brechstange das 29-Euro-Abonnement erzwungen haben, wird sehr teuer für die Berlinerinnen und Berliner. Der Senat produziert somit Chaos, anstatt zielgenau diejenigen zu entlasten, die von der Inflation besonders stark betroffen sind. Die FDP-Fraktion fordert, den Preis für das Sozialticket von 27,50 Euro auf fünf Euro zu senken. Das ist eine effektive Entlastung für die Schwächsten der Gesellschaft. Die eigentliche Aufgabe des Senats wäre es gewesen - zusammen mit den anderen Bundesländern und dem Bund - ein neues Deutschlandticket für 2023 zu entwickeln und für einen sauberen und sicheren ÖPNV in der ganzen Stadt zu sorgen. Der Senat verpulvert knappe Ressourcen für kurzfristige Wahlgeschenke.“

Mit dem Blick auf mögliche Neuwahlen Anfang 2023 ist die Zeit gekommen, Wahlgeschenke zu schnüren. Der Wahlkampf wird vermutlich über Weihnachten stattfinden, das passt doch.

Ed Koch

25) Vor Ort: Lars Rauchfuß MdA (SPD) in seinem Wahlkreis unterwegs. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-11

13. September 2022

47. Jahrgang



Vor Ort

Es ist gut, wenn sich Politiker um ihren Wahlkreis kümmern, um zu wissen, was dort geschieht. **Lars Rauchfuß**, der am 26. September 2021 für die SPD ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurde, blickte sich heute in seinem Wahlkreis Mariendorf um. Zuerst stand er den Bürgern Rede und Antwort am U-Bahnhof Westphalweg, besichtigte dann den „Innovations Hub“ auf dem Schindler-Campus, besuchte die am 9. Juni neu eröffnete Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Beats 42“ und beschloss den Tag mit einer Feier in seinem Bürgerbüro.

Auch wenn es heute erst 352 Tage her ist, dass Rauchfuß zum Abgeordneten gewählt wurde, feierten er und seine Wähler schonmal 365 Tage für Mariendorf im Abgeordnetenhaus. Für Mariendorf politisch unterwegs ist er bereits seit seinem Parteieintritt 2005. Er war Vorsitzender der SPD-Mariendorf von 2010 bis 2018 und ist seitdem Kreisvorsitzender der SPD Tempelhof-Schöneberg. Von 2016 bis 2021 war Rauchfuß Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung und jugendpolitischer Sprecher. Somit interessiert ihn besonders, wie es um die Kinder- und Jugendarbeit im Ortsteil bestellt ist.

Am 15. Februar 1962 wurde das Jugendfreizeitheim Mariendorf an der Kurfürsten-/Ecke Rathausstraße eingeweiht. In die Jahre gekommen und nicht mehr allen Brandschutzanforderungen gerecht, wurde es zwischen 2017 und 2022 grundsanitiert, umgestaltet und teilweise neu gebaut. Warum das fünf Jahre dauerte, muss man in einer Stadt wie Berlin nicht versuchen zu erklären. Das Ergebnis zählt und das kann sich sehen lassen. Größer, schöner, besser als das Vorgängerhaus, behindertengerecht und mit einem Aufzug versehen. Und wie das so ist, war am 9. Juni zur Neueröffnung noch nicht alles ganz fertig. Voller Stolz berichteten die Leiterin der Einrichtung **Whitney Yurderi** und ihr Kollege **Andreas Hinz**, dass in der nächsten Woche nun endlich der lang ersehnte Herd geliefert werde und damit die Küche komplett sei.

Die ersten Wochen verbrachten die Mitarbeitenden der Einrichtung, die auf Wunsch der Jugendlichen nun „Beat 42“ heißt, mit dem Aufbau eines neuen Besucherstamms und der Regenerierung des alten, der durch die lange Zeit in einem Provisorium und der Pandemie arg gelitten hat. Vor allem das Sommerferienprogramm stieß auf großen Zuspruch, und jetzt plant man schon das Programm für die Herbstferien, die am 24. Oktober beginnen.

Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Schulen wurde wieder aufgenommen, schließlich kümmern sich beide Institutionen um dieselben Jugendlichen. Viel Zeit verbrachten die Pädagogen auch damit herauszufinden, welche Bedarfe die Kinder und Jugendlichen haben. Ein oft genannter Wunsch ist, etwas zu Essen zu bekommen. Über die Ursachen dieses Wunsches muss man sich wirklich Gedanken machen. Die Möglichkeiten, Kinder zu verpflegen, sind begrenzt, vor allem finanziell.



Das Freizeithaus zeichnet sich durch große helle Räume, aber auch gemütliche Ecken zum Chillen aus.



Hier fehlt nur noch die Quer-Stange und das Ballett könnte vor dem großen Spiegel mit seinen Übungen beginnen. Montag, Dienstag und Mittwoch ist das „Beats 42“ von 14:00 bis 19:30 Uhr geöffnet, am langen Donnerstag von 14:00 bis 21:00 Uhr, und besonders zielgruppengerecht am Sonntag von 15:00 bis 19:00 Uhr. Die Freizeiteinrichtung hat eine lange Tradition mit der Wochenendöffnung, schon zwischen 1980 und 2000 hatte das Haus regelmäßig am Wochenende geöffnet.



Natürlich wollte der Abgeordnete Rauchfuß wissen, wo es drückt. Keine Überraschung war die Antwort, natürlich beim Personal. Viereinhalb Stellen sind für ein derart großes Haus nicht gerade üppig, müssen doch Fehlzeiten durch Urlaub und Krankheit berücksichtigt werden.



Besonders schön ist die Außenanlage gelungen. Neben dem Sportplatz befindet sich eine Zuschauertribüne, auf der es sich die Mitarbeitende und Besucher gemütlich machen.



Foto v.l.: obere Reihe: Andreas Hinz vom „Beats 42“ und die Regionalleiterin des Jugendamtes für Mariendorf, Ina Dabronz, untere Reihe: der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Noah Triller, Lars Rauchfuß und seine Büroleiterin Rebekka Gabler sowie die Leiterin des „Beats 42“, Whitney Yurderi.



Eines der Schmuckstücke des Hauses: Das Tonstudio.

Wermutstropfen



So sah der Spielplatz am 9. Juni zur Eröffnung aus. Rechts im Bild schaukelt ein Kind.



Fällt Ihnen etwas auf? Heute könnte das Kind nicht mehr schaukeln. Eines der Lieblingsspielgeräte der Kinder wurde geklaut. Wer macht sowas? Und vor allem, was kann man mit einer Schaukel ohne Gestänge anfangen? Es ist widerwärtig, Kindern ihre Spielsachen wegzunehmen. Was geht bloß in den Köpfen dieser Leute vor?

Lars Rauchfuß versprach, sich der Sache anzunehmen und nach Möglichkeiten zu suchen, für Ersatz zu sorgen. Wünschen wir ihm viel Erfolg, denn die Schaukel kostete immerhin rund 1.000 Euro.



Lars Rauchfuß wird weiterhin in seinem Wahlkreis unterwegs sein und, wie dieses Foto von seinem Flyer zeigt, mit Bürgern im Gespräch zu bleiben und sich die Welt aus deren Sicht geduldig erklären zu lassen.

Alles Wissenswerte über das „Beats 42“ und die Angebote sind unter dem folgenden Link nachzulesen.

<https://www.berlin.de/ba-ts/jugendfreizeiteinrichtungen/einrichtungen/beats-42/angebote/>

Ed Koch

(auch Fotos)

Foto vom Flyer: Justin Sudbrak

26) Ungebremster Trend in der Elektromobilität. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-10

13. September 2022

47. Jahrgang

Ungebremster Trend in der Elektromobilität

Auf dem **EUREF-Campus** geht heute die zweitägige **Intercharge Network Conference** zu Ende. Die ICNC ist eine Initiative des Unternehmens **Hubject**, der treibende Kraft im Sektor eMobilität. Hubject blickt nicht nur auf zehn Jahre ICNC zurück, sondern auch auf zehn Jahre am Standort EUREF-Campus. Hubject entwickelt Lösungen, die der eMobilität auf der ganzen Welt zum Durchbruch verhelfen. Die ICNC gehört zu den bedeutendsten B2B- (Business to Business) Konferenzen für E-Mobility weltweit.

2.000 Menschen, die in den unterschiedlichsten Bereichen von Ladestationen über Energie bis zur Automobilindustrie tätig sind, nahmen an der Konferenz teil, darunter endlich wieder nach zwei Jahren Corona-Pause 1.200 in Präsenz vor Ort am Fuße des Gasometers.



Eröffnung der ICNC, v.l. Christian Hahn (Hubject), Erich van Voorden (Last Mile Solutions), Carsten Puhl (Hubject).

Erich van Voorden, Hauptgeschäftsführer von „Last Mile Solutions“, dem Kooperationspartner der Konferenz, sagte in seinem Eingangsstatement, dass der „Point of no return“ in der E-Mobility längst erreicht worden ist. Und der Hauptgeschäftsführer von Hubject, **Christian Hahn**, sprach im Gespräch mit uns von einem „ungebremsten Trend in der Elektromobilität.“ Inzwischen gebe es über zwei Millionen Elektrofahrzeuge und täglich werden es mehr. Die Anzahl der Ladestationen wachse langsam, aber stetig. Ziel der Konferenz, so **Christian Hahn**, sei es, zu besprechen, wie man die nächsten Schritte gehen könne.

Dazu fanden an beiden Tagen zahllose Vorträge in der Werkstatt 26 des EUREF-Campus statt. Auf dem weitläufigen Areal präsentierten sich viele der 50

Unterstützerunternehmen der Konferenz mit Infoständen und überall waren Gesprächssecken eingerichtet worden, an denen es einen frisch zubereiteten Kaffee gab.



Bei einer Umfrage unter den Teilnehmenden gaben 47 Prozent an, an der Konferenz teilzunehmen, um neue Verbindungen aufzubauen, 33 Prozent wollten ihr Wissen erweitern und 20 Prozent neue Ideen sammeln. Alle drei Kategorien schließen sich gegenseitig natürlich nicht aus, denn durch neue Verbindungen kann man sein Wissen ebenso erweitern wie neue Ideen zu sammeln. Das Netzwerken stand also im Vordergrund der Konferenz, die bei besten Spätsommerwetter stattfand.

Hubject beschreibt die Entwicklung der letzten zehn Jahre wie folgt: „Die ersten Ladesäulenbetreiber begannen mit dem Aufbau einer begrenzten, lokal ausgerichteten Infrastruktur. eMobility-Dienstleister entwickelten Softwarelösungen auf Basis von



Legacy-Technologie. Netzbetreiber sorgten sich nicht um den kostspieligen Energieverbrauch, da Electric Vehicle (EV)-Fahrer immer noch eine Seltenheit waren.



Aber mit ihrem unglaublichen Wachstum, das auf eine Massenakzeptanz bis 2025 ausgerichtet ist, steht die EV-Branche heute vor einer großen Herausforderung: die digitale Verbindung ihres EV-Ladeökosystems und die Skalierung ihres Betriebs über Dienste hinweg. Um allen EV-Fahrern eine dauerhafte Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die ein nahtloses Kundenerlebnis bietet, müssen wir technische Schulden überwinden, Änderungen der Vorschriften einhalten und den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im gesamten Ökosystem verbessern.

Wir müssen die digitale DNA der eMobilität enträtseln, um die verschiedenen Stränge zu verstehen, die zu einem kohärenten, funktionierenden, sich entwickelnden System miteinander verbunden sind.

Mit digitalen eMobility-Meilensteinen wie eRoaming und Plug&Charge haben wir bereits bewiesen, dass die Branche in der Lage ist, sich auf Konnektivität zu stützen und ein hohes Maß an Datenaustausch zwischen dem Ökosystem zu ermöglichen."

In der zehnten ICNC haben die Teilnehmenden die Anforderungen und Möglichkeiten der digitalen Vernetzung des EV-Ladeökosystems diskutiert und sind tief in die Herausforderungen eingetaucht, wie allen EV-Fahrern am besten ein nahtloses Kundenerlebnis geboten werden kann.

Wie groß und bedeutend die Branche inzwischen ist, zeigt, dass Hubject weltweit mit 1.200 Unternehmen zusammenarbeitet. 81 Mitarbeitende aus 25 Nationen sind weltweit für Hubject in den drei Niederlassungen in Shanghai, Los Angeles und auf dem EUREF-Campus Berlin tätig.



Historische Berliner Laterne mit modernster Technik, Lade säule von **ubitricity** auf dem EUREF-Campus.

An keinem anderen Ort in Berlin gibt es so viele Ladepunkte wie auf dem EUREF-Campus, über 200, plus zwölf V3-Supercharger von Tesla, die im September 2020 der damalige Wirtschaftsminister **Peter Altmaier** einweihte (Foto).



Alle Informationen über die Konferenz und Hubject unter:

<https://www.intercharge-network-conference.com/>

Ed Koch
(auch Fotos)

Quelle: Hubject ICNC

Österreich (Seiten E 90 – E 93)

27) Österreich – Bundespräsidenten-Wahl: Aufdeckerbuch über VdB erschienen

18. 09. 2022



Rechtzeitig zu Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes zum Bundespräsidenten in Österreich ist ein Aufdeckerbuch über den amtierenden Präsidenten van der Bellen erschienen

Alexander Van der Bellen macht als Bundespräsident konsequent grüne Politik. Er stellt seine linken Überzeugungen und die Interessen seines Milieus über die des Landes und seiner Bürger, unterstützt bedingungslos die europäischen Eliten und ihre Agenda. Seine Inszenierung als umsichtiger Staatsmann, als Präsident für alle Österreicher steht im krassen Widerspruch zu seiner tatsächlichen Amtsführung.

Die Autoren dieses Buches, allesamt profunde Kenner der österreichischen Innenpolitik, gewähren einen Blick hinter die bürgerliche Fassade Van der Bellens, zeigen anhand unzähliger Zitate und vieler Beispiele aus den vergangenen Jahren, dass sich Van der Bellen stets treu geblieben ist, seine linken Überzeugungen nie abgelegt hat. Er ist immer ein linker Parteipolitiker geblieben, der als Staatsoberhaupt selbst dann nicht eingreift, wenn grüne Ideologen mit ihrer Politik enorme Schäden in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft anrichten. Die grünen Genossen, sein soziales Umfeld und die Interessen des politmedialen Establishments waren und sind ihm wichtiger als die einfachen Bürger.

Buch-Info: Werner Reichel (Hg.) VAN DER BELLEN Der parteiische Präsident Verlag Frank&Frei 204 Seiten, € 19,90/eBook € 18,99 ISBN: 9783903236622
[Bestellungen hier direkt beim Verlag.](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) ZurZeit-Podcast Österreich: Mehr islamische „schutzsuchende“ junge Männer als im Rekordjahr 2015

15. 09. 2022



Österreich erlebt nach den Jahren 2015 und 2016 eine zweite Rekorderinwanderungswelle. Rund 100.000 Menschen werden in diesem Jahr in Österreich einen Asylantrag stellen – Ukrainer nicht mitgerechnet.

Diesmal schlägt der massenhafte Zustrom von Armutsmigranten aber keine Wellen in Politik und Medien. Sie haben dazugelernt, setzen nicht mehr auf (Willkommens-)Propaganda, sondern aufs Vertuschen.

<https://www.youtube.com/watch?v=16Rlzbexylk&t=5s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Österreich: Streit um 500 Euro Klimabonus auch für voll versorgte Asylwerber

10. 09. 2022



ÖSTERREICH – Ein Konflikt um die Gewährung des Klimabonus in der Höhe von 500 EURO, auch an Asylwerber belastet das Verhältnis zwischen ÖVP und Grünen in Österreich. Die Frage ist, warum auch Personen wie in Asylheimen untergebrachte zumeist illegal Eingereiste, für die hohen Energiepreise entschädigt werden, wo diese doch voll versorgt sind.

Deshalb belastet ein heftig geführter Streit über mögliche Einschränkungen des Klimabonus derzeit das Koalitionsklima zwischen den Regierungsparteien ÖVP und Grüne in Österreich. ÖVP-Generalsekretärin Laura Sachslehner hatte am Donnerstag (08.09.) gefordert, bei künftigen Auszahlungen der Leistung Asylwerber nicht zu beteiligen, wie [oe24.at](https://www.oe24.at) berichtet. Als weiterer Grund wird angeführt, dass die Auszahlung an diese Bevölkerungsgruppe einen Pull-Faktor darstellen könne, der weitere Einwanderung begünstige.

Für Grüne ist Ausklammerung von Asylwerbern „schäbig“

Im ersten Jahr beträgt der Bonus pauschal 500 Euro für Erwachsene und 250 Euro für Kinder. In den meisten Fällen erhalten die Begünstigten ihr Geld direkt von den Behörden aufs Konto, in manchen Konstellationen ist auch die Gewährung von Gutscheinen möglich. Dass die ÖVP den Klimabonus in der gegebenen Form mitbeschlossen hat, sei nicht ihr Fehler, so Sachslehner. Vielmehr sei der Bezieherkreis der Leistung, den die Klimaministerin Leonore Gewessler ausgewählt habe, „nicht gerecht und absolut zu hinterfragen“, weil den Grünen „hier das Problembewusstsein fehlt“. Hat man etwa was anderes von einer Partei erwarten können, die die Migration mit allen nur denkbaren Mittel befeuern möchte?

Gewessler reagierte mit der Äußerung, sie finde es „schäbig“, Menschen gegeneinander auszuspielen in einer Lage, in der viele Angst hätten, über die Runden zu kommen und erklärte im gestern im ORF-Radio:

„Was wir jetzt brauchen, ist Zusammenhalt. Mit dem Finger auf eine Gruppe von Menschen zu zeigen und zu sagen, nehmt denen was weg. Die haben noch nicht wenig genug, das halte ich für letztklassig“.

Jemanden etwas „wegnehmen“ mit nicht auszahlen zu verwechseln, zeigt, wie diese Leute demagogisch und verlogen die Bevölkerung zum Narren halten.

Auch Häftlinge werden für hohe Energiekosten mit 500 Euro „entschädigt“

Auch Häftlinge können sich nun ebenfalls über den 500 Euro Bonus der grünen Energie-Ministerin Leonore Gewessler freuen: Auch diese 8.436 in Österreichs Strafanstalten einsitzenden Personen erhalten

den Klimabonus. Einzige Voraussetzung: sie müssen mindestens sechs Monate in Österreich sein – Staatsbürgerschaft uninteressant – jeder kassiert. Seitens oberösterreichischen FPÖ hagelt es Kritik:

“Auch diese Personen sind so wie die Migranten in der Vollversorgung, sie haben keine Energiekosten zu tragen. Das ist der nächste Schlag ins Gesicht der arbeitenden Bevölkerung, zeigt aber entlarvend, wem die Bundesregierung wirklich wichtig ist. Ich verstehe den Unmut der Bevölkerung, das ist einfach nur noch unfassbar.”

Bleibt zu hoffen, dass bei den kommenden Wahlen in Österreich die Wähler den Grünen – auch dem grünen Bundespräsidenten – die Rote Karte zeigen.

+++

UPDATE

v.

12:00 Uhr +++

Gerade berichten österreichische Medien, dass ÖVP-Generalsekretärin Laura Sachslehner heute ihren Rücktritt bekanntgegeben hat. Sie könne den aktuellen Kurs der ÖVP in Asylfragen nicht mehr mittragen, begründete sie ihren Schritt in einer „persönlichen Erklärung“ am Samstagvormittag wie *krone.at* berichtet. Wiener ÖVP-Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete will sie bleiben. Am Freitagabend hatte Sachslehner einen Koalitionskrach um den Klimabonus für Asylwerber derart eskalieren lassen, dass sie von ÖVP-Klubchef August Wöginger zurückgepiffen wurde. Ihr nachfolgen soll laut Medienberichten ÖVP-Bundesgeschäftsführer Alexander Pröll.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seite E 94)

30) Buchpräsentation am 23. September in Bozen

Siehe Seite A xxx und Seiten C xxx bis C xxx

Tschechien (Seiten E 95 – E 96)

01) Neues Image: Traditionspartei will sich umbenennen

Eine der ältesten Parteien in der Tschechischen Republik steht möglicherweise vor einem Wandel. Die KDU-ČSL diskutiert innerhalb der Partei über eine Umbenennung und über eine Änderung ihres gesamten Erscheinungsbildes. Sollten sich die Erneuerer durchsetzen, werden die Christdemokraten zur „Volkspartei / Lidovci“. Die Führung will das Thema nach den Kommunalwahlen aufgreifen, es soll Teil einer breiteren internen Debatte über die Richtung der Partei sein. [Hier geht es zum ganzen „Powidl“-Beitrag.](https://www.powidl.info/politik/neues-image-traditionspartei-will-sich-umbenennen?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_17_2022&utm_term=2022-09-14)

https://www.powidl.info/politik/neues-image-traditionspartei-will-sich-umbenennen?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_17_2022&utm_term=2022-09-14

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.112, 2022

Wien, am 14. September 2022

Neues Image: Traditionspartei will sich umbenennen

07 Sep

Eine der ältesten Parteien in der Tschechischen Republik steht möglicherweise vor einem Wandel. Die KDU-ČSL diskutiert innerhalb der Partei über eine Umbenennung und über eine Änderung ihres gesamten Erscheinungsbildes. Sollten sich die Erneuerer durchsetzen, werden die Christdemokraten zur "Volkspartei (Lidovci)". Die Führung will das Thema nach den Kommunalwahlen aufgreifen, es soll Teil einer breiteren internen Debatte über die Richtung der Partei sein.



Die ČSL wurde 1919 gegründet.- Bild: KDU-ČSL

"Christdemokraten", "Volksdemokraten", Tschechoslowakische Volkspartei" und schließlich nach dem Zusammenschluß "Christlich-Demokratische Union - Tschechoslowakische Volkspartei." Dies sind die Namen, die mit einer der ältesten Parteien der Tschechischen Republik verbunden sind, die auf das Jahr 1919 zurückgeht.

Seitdem hat sie viele Veränderungen durchgemacht. Die jüngste datiert aus dem Jahr 2019, als die Volkspartei auf dem Jubiläums-Parteitag in Brünn nach 100 Jahren eine Namensänderung beschloss. Von der Christlich-Demokratischen Union - Tschechoslowakischen Volkspartei blieb "nur" das Buchstabenkürzel KDU-ČSL übrig. Der damalige Parteivorsitzende Marek Výborný sagte damals, der Grund für die Änderung sei die "Anpassung an die Standards der politischen Szene".

Jetzt denkt die Partei unter der Führung von Marian Jurečka über weitere Veränderungen nach. "Wir denken über eine Art Rebranding nach. Ob das nur das Erscheinungsbild betrifft, oder ob wir mehr ins Detail gehen werden, lässt sich im Moment nicht sagen", so die Parteisprecherin Lucie Ješátková.

"Wir sind eine der ältesten Parteien auf der tschechischen politischen Bühne, daher ist es nur natürlich, dass von Zeit zu Zeit Debatten über die Umbenennung aufkommen. Andererseits steht die KDU-ČSL für die Gewissheit konservativer Werte wie Familie und Respekt vor der Natur, die in jeder demokratischen Gesellschaft ihren festen Platz haben. Jede Umbenennung wird jedoch immer auf einer parteiinternen Diskussion beruhen, und es ist nicht möglich, zum jetzigen Zeitpunkt etwas vorauszusagen", fügte Ješátková hinzu.

Künftig "Volkspartei"?

Nach den Worten der Sprecherin diskutiert die Partei zunächst verschiedene Optionen und Varianten. Im Raum steht der seit langem bestehende Vorschlag der Umbenennung der Partei in "Lidovci (Volkspartei) trennen, um so die Abkürzung los zu werden, die daran erinnert, dass die KDU-ČSL eine Partei für Gläubige ist. Der erste Parteichef, Jan Šrámek, war römisch-katholischer Geistlicher und Vorsitzender der tschechoslowakischen Exilregierung in London.

Die Parteiführung will dieses Thema nach den bevorstehenden Kommunalwahlen im Oktober ansprechen. "Im Oktober werden wir schrittweise mit der Diskussion dieses Themas beginnen, wir werden verschiedene Sitzungen auf der Ebene des Präsidiums, des nationalen Ausschusses und der nationalen Konferenz abhalten", sagte die stellvertretende Parteivorsitzende und Senatorin Šárka Jelínková.

Sie persönlich wäre sehr dafür. "Ich würde eher zu einem Wechsel tendieren", sagte sie und fügte hinzu, dass es von Zeit zu Zeit notwendig sei, die Partei aus allen Blickwinkeln zu betrachten und ihr einen neuen Namen zu geben. "Ich denke, das Wort 'Basis' passt zu uns, denn wir sind wirklich eine Partei für normale Menschen, die versuchen, ihr Leben verantwortungsvoll zu gestalten", so Jelínková. Was das Wort "christlich" im Namen angeht, so wies sie darauf hin, dass die Partei in keiner Weise mit der Kirche verbunden ist. Es geht nur um die Werte, auf denen die Partei ihre Politik aufbaut, aber sie hat auch Nichtgläubige unter ihren Wählern.

Ungarn (Seiten E 97 – E 107)

02) Ungarische Justizministerin: „EU wird nicht zufrieden sein, bis es eine liberale Regierung in Ungarn gibt“

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

19. 09. 2022



„Unfug, dass Ungarn keine Demokratie, sondern Wahl-Autokratie mehr ist.“

Dies sagte die ungarische Justizministerin, aber auch zuständig für europäische Angelegenheiten, der portugiesischen Zeitung „[Diário de Notícias](#)“.

„EU arbeitet mit politisch-ideologischen Mehrheiten“

Denn schon vor vier Jahren hätte „es einen ähnlichen (Rechtstaatlichkeits)-Bericht“ gegeben: „Und jetzt, vier Jahre später, ist hier der nächste. Es ist ihre politische Mission eine Hexenjagd gegen ein Land zu führen, das nicht akzeptiert, dass seine Ideologie vom EU-Parlament bestimmt wird“ – wie Judit Varga weiter formulierte. Zwar „sind wir Mitglieder des europäischen Clubs, aber nationale Interessen sind prioritär für uns“.

„Echte Probleme müssen angegangen werden.“

Denn: „Schwierige Zeiten liegen vor uns. Die Energiepreise sind in die Höhe geschossen, in Ungarns Nachbarschaft herrscht Krieg, und eine Rezession ist am Horizont. Das Europäische Parlament sollte sich mit den wirklichen Problemen befassen.“ – so Varga weiter.

„Man kann nicht 12 Jahre lang ‚Wolf!‘ schreien.“

„Die jetzige ungarische Regierung kam 2010 an die Macht und arbeitet seitdem für das ungarische Volk“, sagte die Ministerin. Obwohl: Ungarns Gegner „werden nicht zufrieden

sein, bis es eine liberale Regierung in Ungarn gibt“. Auf diese Weise respektiere aber „das EU-Parlament weder die Freiheit, noch die Demokratie, noch die Menschenwürde. Und es verhält sich respektlos gegenüber den Ungarn.“

Konstruktive Verhandlungen mit der Europäischen Kommission

Sie befinde sich zwar „in sehr konstruktiven Gesprächen mit der EU-Kommission betreffend der wirklichen Probleme. Aber trotzdem wäre es nicht fair ist, die Sanierungsgelder von der Bewertung der Rechtsstaatlichkeit abhängig zu machen. Weil die europäische Haushaltsgebarung nichts damit zu tun habe, wie Erwachsene ihre Kinder erziehen oder was sie über Einwanderung denken – fügte sie hinzu. Deshalb könne „es keine Vorbedingungen geben, nur weil wir anders über Familienpolitik denken.“ – meinte sie.

„Wir wollen ein Europa sehen, das den Christen gehört.“

Und sie präzierte weiter: „Ein Kontinent, in welchem die Familien, die nationale Souveränität und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten geachtet werden.“

„Wir können Pipelines nicht über Nacht ersetzen“

Während ihres Aufenthaltes in Lissabon wies Varga darauf hin, dass sie am Freitag ein sehr gutes Gespräch mit dem portugiesischen Staatssekretär für EU-Angelegenheiten geführt habe. Diesem hatte sie erklärt, dass es für Ungarn viel schwieriger sei, russische fossile Energieträger zu ersetzen – nämlich aufgrund geografischer und historischer Gründe.“

„Bedauern mit dem ukrainischen Volk“

Denn „es sterben auch Ungarn in Transkarpatien im Kampf für die Ukraine, es gibt auch ungarische Opfer des Krieges.“ Und sie betonte: Dass Ungarn bisher mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen habe.

Allerdings stellt sich die Frage, „wie wir die russische Aggression verurteilen“ und „wie wir auf humanitärer Ebene helfen können.“ Trotzdem aber sei „die andere Sache die Realität der Energieversorgung“. Denn „der Bau der gesamten Gas- und Energieversorgungsinfrastruktur war keine ungarische Entscheidung“, sondern eine aus den 1960er Jahren, als Ungarn noch Teil der Sowjetunion war. „Jetzt haben wir eine Situation, die durch eine politische Entscheidung verursacht wurde. Wir können die Pipelines nicht über Nacht ersetzen“ – wie Varga ausführte.

Und weiter: „Es geht nicht darum, sich mit der Ukraine zu solidarisieren, denn das ist offensichtlich.“ Doch: „In diesem Moment brauchen wir russisches Gas. Das hat nichts mit Putin oder dem Krieg zu tun.“

„Die Visegrad-4-Staaten waren schon immer stark.“

Varga versichert allen, die „jetzt hämisch lachen, weil sie denken, dass die V4 nicht mehr stark sind“, dass dem nicht so sei. Denn Polen denkt genauso über Einwanderung oder Familienpolitik.“ Und: „Wir stehen in diesen Fragen weiterhin Seite an Seite“ – wie Varga ausführte. (MTI), [Vadhaitasok](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) 7 Jahre nach 2015: Flüchtlingskrise eskaliert erneut

Von ELMAR FORSTER

17. 09. 2022



„Flüchtlinge“ vor dem Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen (Österreich). Man beachte die vielen Frauen, Kinder und alte Menschen unter den „Schutzsuchenden“. | Bild: twitter

16.9.2022: Ungarn gewinnt die „Schlacht bei Röske“

Manchmal sind „Jubiläen“ unerbittlich und beängstigendes Menetekel zugleich. Der ungarische Ministerpräsident Orban erinnerte gestern auf [facebook](#) an den Höhepunkt der gewaltsamen Flüchtlings-Invasion an der serbisch-ungarischen Grenze – und an den Wendepunkt aus ungarischer Sicht: Am 16.09.2022, „vor sieben Jahren fand die Schlacht von Röske statt. Die Südgrenze unseres Landes wurde von Tausenden illegaler Einwanderer belagert. Wir haben die ungarischen Grenzen verteidigt und tun dies seither jeden Tag.“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=635065124657756&set=a.347694613394810>

Hier ein youtube-Video zum Grenzsturm... Und meine Analyse „[Fake-News und Flüchtlingskrise-Krise](#)“

<https://www.fischundfleisch.com/elmar-forster/fake-news-und-fluechtlings-krise-wie-die-luegenpresse-gegen-ungarn-mobil-machte-und-scheiterte-die-35518>

„Demnächst wird hier alles belegt sein, und was dann?“ (Spiegel)

Selbst das Pro-Flüchtlings-Blatt, der Spiegel, sorgt sich: „Rund eine Million Ukrainevertriebene wurden seit Kriegsausbruch in Deutschland registriert, zusätzlich

kommen wieder mehr Geflüchtete aus anderen Staaten. Insbesondere der Blick nach Österreich lässt die Behörden bangen. ([Spiegel](#)) Mit anderen Worten: „Die Länder warnen vor den Grenzen der Aufnahmefähigkeit.“

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-laender-warnen-vor-grenzen-der-aufnahmefaehigkeit-a-9856d13b-1702-4b02-8609-dce5a417d9b8>

„Die Lage hoffnungslos, aber nicht ernst.“

Aufgrund dieser geheimen österreichischen Staatsdoktrin ging einst schon das mächtige Habsburgerreich den Bach der Geschichte hinunter. Doch halten sich Mentalitäten hartnäckig... Denn seit 2015 gibt es von österreichischer Seite keinen Willen, etwas diesbezüglich zu ändern...

„Polizei schickt Asylsuchende quer durchs Land, viele stranden oder verschwinden“
(Standard)

Die Reaktion österreichischer Behörden auf den erneuten Flüchtlingsansturm, ist ein partielles Staatsversagen und erinnert an das berühmte Zitat des Journalisten Peter-Scholl-Latour: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, retten nicht Kalkutta. Sondern wird selbst Kalkutta.“ – Derzeit erlebt man das in Innsbruck, wo „Geflüchtete um Essen und warme Kleidung betteln. Sie wurden ohne Versorgung von Ostösterreich für ihre Erstbefragung in den Westen geschickt.“ ([Standard](#))

<https://www.derstandard.at/story/2000139070622/polizei-schickt-asylsuchende-quer-durchs-land-viele-stranden-oder-verschwinden>

Bekannt geworden ist aus der Habsburgermonarchie auch die typisch österreichisches Staats-Agenda des „Weiterwurschtelns“: „Eine Gruppe junger Männer ... aus Syrien, Afghanistan und Indien, wurden vor wenigen Tagen im Burgenland von der Polizei aufgegriffen, mit einem Zugticket ausgestattet“ und nach Innsbruck „zu einem Gebäude im Wald direkt hinter dem Gefängnis geschickt.“ (Standard) – Entgeistert fragt sich nun selbst das österreichischen Willkommens-Blatt, der Standard: „Aber wieso?“

Bundes-Asyl-Quartiere überfüllt

Aus einem einfachen Grund: Seit Anfang des Jahres explodieren die Asylantragszahlen mit mehr als 60.000. Die Entlastungs-Strategie der burgenländischen Behörden im Osten des Landes, mit seiner Grenze zu Ungarn, greift auf eine weitere altbekannte Habsburger-Agenda zurück: Für sogenannte Erstbefragungen kutschiert man die aufgegriffenen Flüchtlinge (per behördlichem Erlass von Anfang August) nun „nicht mehr mit Bussen zur Befragung“, sondern erlaubt ihnen die eigenständige Anreise“. (Standard) – Wohl weil es weniger Aufsehen um hässliche Bahnhofsbilder produziert.

„Wohltemperierte Unzufriedenheit“

Und so wie damals in der Habsburgermonarchie wird das Problem nun also einfach ignoriert und über das ganze Land verteilt. Damals lautete nämlich die offizielle Staatsdoktrin zur „Lösung“ des Nationalitätenkonfliktes: Man müsse diese Nationalitäten nur in einer „wohltemperierten Unzufriedenheit“ halten. Der Rest ist bekannt...

Bettelnde Flüchtlinge auf Innsbrucks Straßen

Benachbarte Wohlstandsbürger-Anrainer der Justizanstalt Innsbruck berichten Schauerliches: So seien Flüchtlinge „zu ihren Häusern gekommen und hätten um ein Stück Brot oder eine warme Jacke gebettelt...“ (Standard) Die umgehend alarmierte Polizei verhielt sich hilflos: Denn weil Campieren auf dem Gelände ja behördlich verboten ist, hätten die hoffnungslos Schutzsuchenden u.a. „in der Unterführung vor dem Gefängnis geschlafen und gegen die Kälte ein Feuer gemacht.“ – Ist verständlich...

Die Aussage des Chefs der Tiroler Fremdenpolizei, Harald Baumgartner, ist eine Mischung aus Zynismus und Resignation: Würden doch die „Menschen bei der Befragung mit Wasser versorgt“ und könnten „bei Bedarf auch ein Essen anfordern“ – es wäre aber „keine reguläre Verpflegung vorgesehen“. Denn bis zur Aufnahme in die Grundversorgung sind sie tagelang auf sich selbst verwiesen, welches sie in Eigenverantwortung mit Gratis-Zugticket ansteuern müssen. Fahren sie dann aber zum nächstgelegene Aufnahmезentrum in Salzburg, werden sie von dort wieder zurück in den Osten, nach Traiskirchen oder Baden, verschickt.

„Erstaufnahmезentrum Traiskirchen überfüllt“

Hier angekommen, erwarten dann die Schutzsuchenden „Riesenschlangen vor der Essenausgabe“, Befund: „Die Asylage in Österreich spitzt sich zu.“ ([oe24](https://www.oe24.at/oesterreich/chronik/wien/riesen-schlangen-vor-erstaufnahmезentrum-in-traiskirchen/530301255)) Somit freilich ist „Asylzentrum an der Kapazitätsgrenze“ angekommen: Flüchtlingshelfer sprechen mittlerweile von 2.500 Untergebrachten – laut halboffiziellen Zahlen sind es mindestens aber 1.800. ([ORF](https://noe.orf.at/stories/3173927/)) Mittlerweile soll es keine Schlafplätze mehr geben.

<https://www.oe24.at/oesterreich/chronik/wien/riesen-schlangen-vor-erstaufnahmезentrum-in-traiskirchen/530301255>
<https://noe.orf.at/stories/3173927/>

Der Traiskirchner Bürgermeister nimmt das hässliche Wort „Massenlager“ in den Mund: „Menschen werden wie Zahlen behandelt“, und: „Menschen müssen auf dem Gehsteig schlafen, und Kinder sind in der Früh am Schulweg mit Obdachlosigkeit konfrontiert.“ (ORF) Besonders skandalös seiner Meinung nach: „Neuankommende, die eigentlich Plätze in anderen Bundesländern hätten, werden mit Taxis nach Traiskirchen gebracht.“

Inder kommen per Flugzeug

Auffällig viele Inder sollen vor Ort sein. Der Grund: Per Flugzeug können sie visumsfrei nach Serbien einfliegen. Den Rest der Reise in den gelobten Westen organisieren Schlepper und rekrutieren gewaltige Profite (inklusive Flugticket kostet alles um die 10.000.- EUR)

Viele Refugees tauchen einfach unter

So wurden in den vergangenen zwei Wochen rund 7000 Asylanträge gestellt, aber nur etwas 500 zusätzliche Aufnahmen für Grundversorgungsbezieher registriert. Eine beunruhigende Zahl in Hinblick auf die öffentliche Sicherheit...: Sind die Chancen auf Asyl etwa für Migranten aus Nordafrika oder Indien gleich Null... Österreich hat also die Kontrolle über die Flüchtlinge einfach aufgegeben.

Hilflose Tiroler Behörden vor dem erwarteten ÖVP-Landtagswahl-Desaster

Ein Teufelskreis des jahrelangen Wegschauens schließt sich: Die Bundesquartiere sind überfüllt sind, die Länder kommen aber ihren Flüchtlings-Aufnahmeverpflichtungen aus populistischen Gründen nicht nach. Für die in Tirol (mit den Grünen regierende) ÖVP zeichnet sich ein Wahldesaster für der 25. September ab: Sie soll nunmehr auf 26 % zurückfallen (Minus 18%) fallen. Und auch der rege Revival-Willkommens-Aktivismus der Grünen ([Wahlumfrage](#): Minus 3% auf insgesamt 8%) ist längst gescheitert – nämlich am „Vorschrift-ist-Vorschrift“-Bürokratismus: Etwa die rührigen Samariter-Versuche des Grünen Innsbrucker Gemeinderats Mesut Onay, nämlich seine Schutzsuchenden in einem Flüchtlingsheim unterzubringen...: Diesen fehlt nämlich der offizielle Status. Dann bleibt nur noch die (überfüllte) Notschlafstelle.

<https://www.oe24.at/oesterreich/politik/parteien/aktuelle-umfrage-oevp-droht-in-tirol-wahl-desaster/530423862>

Staatliche Verschwörungstheorien machen die Runde

So streute Traiskirchen SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler auf Twitter in einem Video an ÖVP-Innenminister Karner den „Verdacht“, dass jener die Situation aus reinem parteipolitischen ÖVP-Kalkül heraus eskalieren“ gelassen hätte: Nämlich um das Thema Flucht und Migration in Österreich hoch zu treiben und von Regierungsversagen ... abzulenken.“ – So hilflos wie 2015 blieb dann auch des Bürgermeisters Forderung zur „bessere Umverteilung der Flüchtenden“ – und hilflos auch des Innenministers Begründung: Nämlich der „aktuell hohen Zahlen an illegaler Migration aus wirtschaftlichen Gründen“.

UM warnte seit Monaten

Immerhin ist sich der Innenminister aber mittlerweile des Ernstes der Lage bewusst: Dass nämlich doch derzeit „die Lage an der EU-Außengrenze Ungarn-Serbien besonders schlimm“ wäre. Von dort sickern nämlich beunruhigende Nachrichten durch: Weil „immer mehr Migranten aus Rumänien kommen, beschloss die rumänische Grenzpolizei, die operativen Einheiten zu verstärken.“ ([vadhajtasok](#))

<https://www.vadhajtasok.hu/2022/09/16/egyre-tobb-migrans-jon-romania-felol>

Die österreichischen Maßnahmen zur Eindämmung der erneuten Flüchtlings-Invasion muten freilich immer noch lächerlich-rührend an: Man habe – so Innenminister Karner – zusätzliche 20 Polizisten aus Österreich an die Grenze entsendet“. Grotesker Befund: „Weil wir sehen, dass das erfolgreich ist“. ([oe24](#))

<https://www.oe24.at/oesterreich/chronik/wien/riesen-schlangen-vor-erstaufnahmezentrum-in-traiskirchen/530301255>

Hier unsere Serie „Migrationsdruck an Österreichs Grenze eskaliert“ auf [UM](#).
<https://unser-mitteleuropa.com/migranten-an-ungarischer-grenze-immer-gewalttaetiger-bei-verdreifachung-der-zahlen-video/>

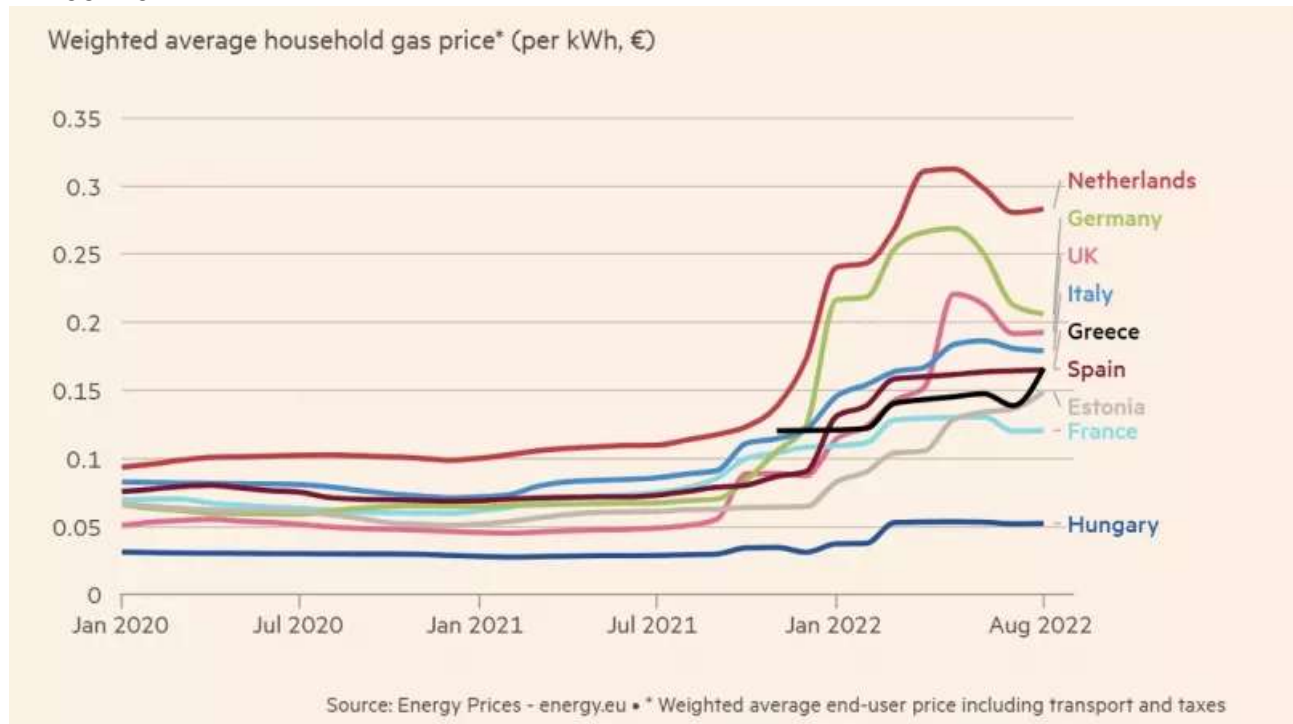
„Ungarn – Der Verteidiger der christlichen Zivilisation“ (Papst Pius II, 1456)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Financial Times: Trotz Kritik hat Orbán die niedrigsten Gaspreise in Europa erzielt

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

11. 09. 2022



Die britische Financial Times (FT) kommt zu folgendem Schluss: Trotz Kritik an seiner Politik habe Viktor Orbán die niedrigsten Gaspreise innerhalb Europas für Ungarn erzielt – wie [HírTv.hu](https://www.hirtv.hu) und [Index](https://www.index.hu) unter Berufung auf die FT berichtet.

Freundschaft mit Moskau

Dabei verglich FT die europäischen Gaspreise, und Ungarn schnitt dabei am besten ab. Und zwar trotz aller Kritik an Orban und an seiner Freundschaft mit Moskau: Somit hat es Orban „geschafft, die Gaspreise für die Haushalte in Ungarn auf dem niedrigsten Stand (in der EU) zu halten, egal wie viel Kritik er einstecken musste“ – schrieb HírTv.hu am Mittwoch.

In einer längeren Analyse kommt FT zum Schluss, dass der durchschnittliche Strompreis für britische Haushalte mindestens 30 Prozent höher liegt vieler seiner Nachbarländer. Der Grund: sei Großbritannien sei bei der Energieerzeugung stärker auf Erdgas angewiesen sei, was die Verbraucher hart treffe. Ungarn hingegen habe bei weitem die niedrigsten Gaskosten für Haushalte. Dies sei wohl darauf zurückzuführen: Dass nämlich Ministerpräsident Orbán trotz Kritik anderer EU-Mitglieder an seinen Beziehungen zu Moskau festgehalten haben. Und so eine Reihe von Abkommen mit Russland unterzeichnen konnte, die niedrigere Gaspreise gewährleisten.

Europa geht es nicht gut

Derzeit erlebe der gesamte Kontinent eine Energiekrise erlebt, die durch einen Rückgang der russischen Öl- und Gaslieferungen verursacht wird. Laut FT-Analyse wären allerdings

die direkten Auswirkungen auf die Haushalte je nach Energiemix in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind – wie Index.hu erwähnt. Allerdings dürften wohl diesen Winter die Strompreise in ganz Europa steigen, da die hohen Gaspreise weiterhin auf den Energiemarkt übergreifen, während das Energieangebot aus anderen Quellen zurückgeht. Dies ist zum Beispiel auf weit verbreitete Wartungsprobleme bei Kernkraftwerken in Frankreich sowie die trockene Wetterbedingungen zurückzuführen, die die Wasserkraft beeinträchtigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Orban: Europa geht die Energie wegen Grün-Fundamentalisten und Bürokraten aus

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

11. 09. 2022



Viktor Orbán · Bildquelle: Magyar Nemzet

Laut Ansicht des ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán verzichte Europa aus rein politischen Gründen auf Energiequellen. Und die einzelnen EU-Länder würden so ihre eigene Situation noch verschlimmern: „Wenn wir den Problemen auf den Grund gehen wollen, landen wir immer an der gleichen Stelle: der Energiefrage. Und die Situation ist, dass Europa die Energie ausgeht“, schrieb Ministerpräsident Viktor Orbán auf [Facebook](#) am 10.9.2022.

Europa ist auf Energie-Import angewiesen

Orbán meinte außerdem: Dass die Energie, über die Europa verfügt, von außen herbei transportiert werden muss. Ohne Energie könnten wir aber nicht funktionieren. Doch Energie ist das A und O der Innovation“.

Kampf gegen Grüne Fundamentalisten

Weiters wäre die nach Europa importierte Energie teuer. Trotzdem aber müssen wir gegen die fundamentalistischen Grünen und die Bürokraten kämpfen, die in geopolitische Spiele verwickelt sind – sagte der Premierminister. Diese beiden Kräfte „müssen überzeugt werden. Und diese Argumente sind ein echter Kampf. Um verschiedene Energiequellen – Kohle, Kernkraft, Gas – nicht von den möglichen Quellen auszuschließen“.

Orbán schrieb weiter: Europa gebe jetzt „aus politischen Gründen die Nutzung verschiedener Energiequellen nacheinander auf. Was aber das Leben für uns teurer und für unsere eigene Industrie im globalen Wettbewerb schwieriger macht“.

Nur Europa schadet sich selbst

Zwar befänden sich nur wenige Kontinente sich in einer so schwierigen Situation wie Europa. Aber nur unser Kontinent macht sich das Leben selbst so schwer – wie Orbán hinzufügte

„Was kann Ungarn in dieser Situation tun?“

Ungarn und die ungarische Regierung werden das tun werden, was das Land verlangt. Dies sei keine Vision, sondern ein Tatsachenbericht. Ungarn wird Gas haben, und es wird genug Strom haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Deutscher öffentlich-rechtlicher Rundfunk mobbt unabhängiges deutschsprachiges Nachrichtenportal in Budapest

[Dániel Deme](#) 2022.09.05.



Ein auf dem ungarischen Nachrichtenportal [Hirado.hu](#) veröffentlichtes Interview zeigt, wie weit die deutschen öffentlich-rechtlichen Sender in ihrem Aktivismus gegen die ungarische Regierung, gegen diejenigen, die sie als Sympathisanten der Regierung betrachten, und neuerdings auch gegen Unternehmen, die in Ungarn investieren, gehen.

Jan Mainka, Gründer und Chefredakteur der Budapester Zeitung, einer Nachrichtenseite, die deutsche Unternehmen, die in Ungarn tätig sind, mit aktuellen Informationen versorgen soll, erzählte Hirado.hu, dass einige seiner Werbekunden vor kurzem einen Brief vom öffentlich-rechtlichen, der ARD angegliederten Nachrichtensender RBB erhalten haben, in dem sie suggestiv gefragt wurden, warum sie eine Zeitung sponsern, die sie als „rechtsextrem“ bezeichneten. Nach Ansicht des Chefredakteurs hatten sie vielleicht gar nicht vor, die Ergebnisse ihrer Untersuchung auszustrahlen, sondern sie nur als Vorwand zu benutzen, um die kleine, unabhängige Zeitung einzuschüchtern.

In dem Schreiben an die Unternehmen stellt der Mitarbeiter des deutschen Senders fest, dass es sich bei der Budapester Zeitung um ein regierungsfreundliches Blatt handelt, das rechtsradikalen Stimmen Raum gibt. Mainka wies die Behauptung zurück, dass seine Zeitung als regierungsfreundlich einzustufen sei: „Wir sind im Wesentlichen eine Wirtschaftszeitung. Wir wollen vor allem deutsche Investoren, die in Ungarn leben, mit seriösem, glaubwürdigem und wirklich relevantem Material informieren. Diese

Informationen werden von Ministern wie Mihály Varga, László Palkovics oder Péter Szijjártó geliefert. Das ist es, was unsere Leser interessiert, und deshalb erscheinen Artikel wie dieser in der Budapester Zeitung“.

Der Chefredakteur stellte seinerseits das Verhalten des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Frage: „Dass der RBB solche Vorwürfe erhebt, ist doppelt lächerlich. Als staatlich finanzierte Medien sind sie vertraglich zu einer neutralen Information der Öffentlichkeit verpflichtet. Zum Vergleich: Eine kürzlich veröffentlichte Analyse deutscher Talkshows zeichnet ein anderes Bild. Untersucht wurde der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Sitze im Parlament und dem Anteil der Fernsehauftritte von Politikern. Sie zeigt, dass die linken Grünen bei den Medienauftritten völlig überrepräsentiert sind: Bei einem Stimmenanteil von nur 14,8 % treten sie in jeder fünften Talkshow auf. Die nationalkonservative AfD hingegen hat mit 10,3 Prozent noch nie eine einzige Einladung erhalten. Niemals. Das nennt man dann neutrale Information“.

Auf die Frage nach den möglichen Gründen für den Angriff auf seine Publikation erklärte Mainka, dass seine unabhängige Berichterstattung „nicht nur dem RBB, sondern den gesamten deutschen Mainstream-Medien ein Dorn im Auge ist, die alle möglichen Lügen über Ungarn berichten. Sie malen zum Beispiel ein Bild davon, wie groß der Antisemitismus hier ist, während wir schreiben, was (Rabbiner) Slomo Köves zu diesem Thema sagt, dass es nur wenige europäische Länder gibt, in denen jüdische Gemeinden so sicher leben können wie in Ungarn. Die deutschen Medien berichten, dass die Grenzen nicht verteidigt werden können, und dann berichten wir über den Bau des ungarischen Grenzzauns und die erfolgreiche Grenzverteidigung“.

Mainka bestätigte, dass er sich mit seinem Anwaltsteam beraten und eine Antwort an den RBB geschickt habe. Er fordert Schadensersatz von dem deutschen Senderriesen. „Wenn sie dachten, wir würden uns nicht wehren, ist ihre Rechnung nicht aufgegangen“, fügte er hinzu. Er glaubt, dass der Zeitpunkt dieses hinterhältigen Angriffs mit dem Beginn eines sehr schwierigen Winters in Deutschland zusammenfällt, in dem die Menschen immer unzufriedener werden. Aus diesem Grund wird allgemein gegen protestierende Stimmen und unabhängige Medien im In- und Ausland vorgegangen.

Aus: Ungarn heute

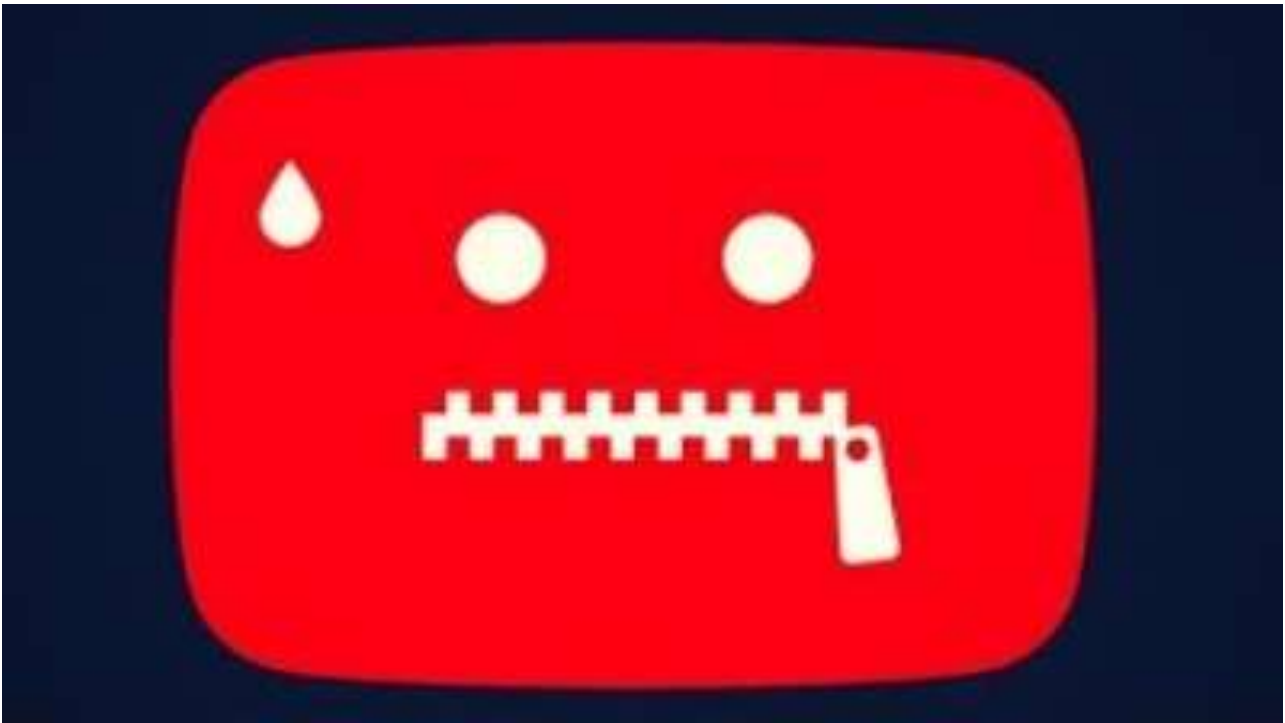
<https://ungarnheute.hu/news/deutscher-oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-mobbt-unabhaengiges-deutschsprachiges-nachrichtenportal-in-budapest-64824/>

Slowenien (Seiten E 108 - E 110)

07) Slowenien: Ex-Herausgeber der Zeitschrift Demokracija und externer Mitarbeiter wegen satirischer Schriften verurteilt!

Von PETER TRUDEN

14. 09. 2022



Keine Meinungsfreiheit mehr in Slowenien! Ehemaliger Herausgeber der Zeitschrift Demokracija Biščak und externer Mitarbeiter Škorc wegen satirischer Schriften verurteilt!

Die Anhörung im Fall des Škorc-Kommentars (Glosse) wurde vor dem Bezirksgericht Ljubljana (Slowenien) abgeschlossen. Der ehemalige Chefredakteur von Demokracija Jože Biščak und der ehemalige externe Mitarbeiter von Demokracija, Aleksander Škorc, wurden in erster Instanz wegen satirischer Schriften zu Bewährungsstrafen verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da eine Berufung angekündigt wurde.

Aleksandar Škorcs Eintrag vom Dezember 2020 mit dem Titel Überschüsse 5 war eine Glosse, eine bissige und satirische Notiz darüber, dass, wenn die Regierung mit der illegalen Migration nicht fertig wird, Gott es tun wird. Gott wird nicht bei illegalen Einwanderern Halt machen, sondern sich mit allen schlechten Menschen auf der Erde befassen, unabhängig von ihrer Rasse. Richter Primož Štancar empfand dies als einen Affront gegen die Menschenwürde. Seiner Meinung nach spielte es keine Rolle, ob es sich um eine satirische Darstellung handelte oder nicht; es handelte sich um eine Straftat nach Artikel 297 des Strafgesetzbuches der Republik Slowenien.

Aleksander Škorc wurde zu einer Freiheitsstrafe von fünf Monaten verurteilt, die für eine Bewährungszeit von zwei Jahren ausgesetzt wurde, während Jože Biščak zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt wurde, die für eine Bewährungszeit von zwei Jahren ausgesetzt wurde. Die Tatsache, dass der ehemalige Chefredakteur Biščak eine höhere Strafe erhielt als der Verfasser der Glosse, deutet darauf hin, dass der Prozess selbst wegen der satirischen Note politisch und ideologisch motiviert war. Die Hauptziele des Pogroms waren die Zeitschrift Demokracija und die Partei SDS (Miteigentümerin der Zeitschrift), die eine klare Ablehnung der illegalen Migration vertreten, schrieb Jože Biščak auf Twitter.

Hier ist die Abschlussrede von Jože Biščak:

„Sehr geehrter Herr Richter, Staatsanwaltschaft, mein Anwalt Herr Cerjak, Herr Škorc.

Mitte Dezember 2020, auf dem Höhepunkt des Medienpogroms gegen die Zeitschrift Demokracija, Herrn Škorc und mich, schrieb ich einen Kommentar. Der Titel lautete: „Gott sei Dank für das, was geschehen ist“. Ich schrieb, dass ich Gott dankbar bin, dass ich gesehen und erlebt habe, was ich nie für möglich gehalten hätte. Dann kamen die Denunziationen. Dann klopfte die Polizei an meine Haustür. Dann kam die Anklageschrift. Dann kam der Prozess, der heute zu Ende geht.

Ich möchte mein Erstaunen über zwei Dinge zum Ausdruck bringen. Erstens, dass es wirklich so weit gekommen ist. Ich habe wirklich gedacht, dass die Staatsanwaltschaft uns nicht anklagen würde. Aber so ein kleines Pogrom habe ich schon einmal erlebt. Herr Branimir Štrukelj hat mich zivilrechtlich verklagt, weil ich in einem Kommentar geschrieben habe, ich würde die Gewerkschafter mit Insektenspray besprühen. Das war natürlich eine Metapher, es war keineswegs so gemeint, dass ich eine wirklich große Spraydose nehmen und auf Herrn Štrukelj losgehen würde. Herr Škorc hat auch mit Worten gespielt, was für die Kolumne, für die er schrieb, eine Notwendigkeit ist (aber natürlich nicht die Regel). Und es war schon damals klar, dass es sich um eine Glosse handelte, und sie war auch deutlich als solche gekennzeichnet. Aber es blieb, wie es begonnen hatte. Wenn ich mich recht erinnere, wurde Škorcs Text zuerst im sozialen Netzwerk Twitter veröffentlicht. Und wenn ich mich richtig erinnere, wurde er von einem Mitarbeiter von RTV Slovenia gepostet. Bestimmte Teile waren rot unterstrichen, und dieser Beitrag verbreitete sich dann in Windeseile. Natürlich hat niemand geschrieben, in welchem Teil des Magazins er veröffentlicht wurde. Das erinnerte mich an einen Fall in den USA, als eine Website berichtete, dass CNN-Moderatoren eine Waschmaschinentrommel statt eines Teleprompters benutzen. Was folgte, war komisch. Eine Reihe von Websites zur Überprüfung von Fakten haben die Information als falsch bezeichnet. Sogar Facebook meldete sich und drohte, die Website zu sperren. Später entschuldigten sie sich und sagten, sie hätten wissen müssen, dass die Informationen von der satirischen Website BabylonBee veröffentlicht worden waren. In meinem Fall war es so: Bevor ich erklären konnte, dass es sich um eine Glosse handelte, dass es der fünfte Teil eines Ganzen war, war die Kampagne bereits so groß, dass sie nicht mehr aufzuhalten war. Es war ein Pogrom direkt aus dem Lehrbuch von Saul Alinsky.

Der zweite Punkt, der mir auffällt, ist die Haltung der Medien zu dieser Angelegenheit. Wenn man bedenkt, wie viel darüber geschrieben wurde, ist es äußerst merkwürdig, dass sich niemand für den Prozess interessiert. Bei keiner der Anhörungen war auch nur ein einziges Medienunternehmen anwesend, und sie hatten so viel zu sagen, dass sie buchstäblich live dabei waren. Ich habe keine andere Erklärung als die, dass die Zeitschrift Demokracija ein Instrument des politischen Kampfes gegen die Mitte-Rechts-Option war, die damals die Regierung führte. Zumal die SDS Miteigentümerin der Medien ist. Und das wurde immer

wieder behauptet. Auch die von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagenen Zeugen, die Anklage erhoben haben, waren meines Wissens entweder aktiv an den regierungsfeindlichen Protesten beteiligt oder haben die Proteste öffentlich unterstützt. Einer von ihnen war bei der Verhandlung nicht anwesend, weil wir uns darauf geeinigt haben, dass es nicht notwendig ist, sie alle zu hören. Es handelt sich um den Bürgermeister von Ljubljana, Zoran Janković, der einst den Satiriker und Karikaturisten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seite E 111 – E 125)

01) Grenze zu Rumänien Wo Männer aus der Ukraine fliehen

Reportage von Florian Barth und Ahmet Şenyurt, SWR
mit Zuarbeit von Anca Titorov

Nach acht Kriegsmonaten fliehen offenbar immer mehr ukrainische Männer im wehrfähigen Alter über die grüne Grenze nach Rumänien. Anwohner berichten der ARD: Manche Männer riskierten dabei ihr Leben.

Stand: 11.09.2022 08:22 Uhr

https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-rumaenien-grenze-101.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE



In den rumänischen Karpaten bildet der Fluss Theiß die Grenze zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine gilt das Kriegsrecht, Männer zwischen 18 und 60 Jahren dürfen seitdem das Land nicht mehr verlassen. Doch immer mehr ukrainische Männer im wehrfähigen Alter nutzen die Route, um vor einer möglichen Einberufung zum Kriegsdienst in die EU zu fliehen - so berichten es übereinstimmend Anwohner und rumänische Grenzbeamte.

Die ukrainische Grenzpolizei meldet regelmäßig auf ihrer Internetseite Festnahmen Fahnenflüchtiger entlang der grünen Grenze zu Rumänien und stellt bei ihren Kontrollen aber auch Zigaretten, Drogen und Waffen sicher.

Die Routen über die Karpaten sind bei den Fahnenflüchtigen beliebt, weil das dicht bewaldete Gebiet schwer zu überwachen ist. Dabei müssen sie den Grenzfluss Theiß überwinden - einige ertrinken, andere schaffen es mit schweren Verletzungen auf die rumänische Seite, so berichten Anwohner und Grenzbeamte in der Region.



[22.08.2022](#)

[Krieg gegen die Ukraine Fast ein Drittel der Bevölkerung auf der Flucht](#)

[Der UNHCR spricht von der "größten Fluchtbewegung seit Ende des Zweiten Weltkriegs".](#)

"Eingesammelt und in den Krieg geschickt"

Der 30-jährige Igor, mit dem ein Reporterteam des SWR sprechen konnte, hat einen anderen Weg gewählt: Er erzählt, er habe einem ukrainischen Grenzer mit 4000 Dollar bestochen und habe so den offiziellen Grenzübergang nutzen können. Igor, der seinen Klarnamen nicht veröffentlicht sehen will, lebt heute gemeinsam mit seiner Frau und zwei Kindern in der rumänischen Grenzstadt Sighetu Marmatiei und will weiter nach Westeuropa reisen. Zurück in die Ukraine will er nicht mehr.

Igor berichtet, viele Männer seien verzweifelt und verließen wie er das Land, um vor der Armut und dem Kriegsdienst zu fliehen: "Sie kommen jeden Tag,

denn die Leute haben kein Geld, viele haben nichts mehr zu essen. Wenn das Militär Männer auf der Straße findet, werden sie eingesammelt und in den Krieg geschickt."

Er zeigt ein Video auf seinem Handy. Die Aufnahmen sollen von einer Überwachungskamera stammen und wenige Wochen alt sein. Sie zeigen offenbar einen jungen Ukrainer auf der Straße, neben dem plötzlich ein ziviles Fahrzeug hält. Männer springen aus dem Pkw und nehmen den jungen Mann mit. "Sie nehmen dich einfach mit und bringen dich in den Krieg, wo die Schlachten sind", sagt Igor mit leiser Stimme. Er habe keinen Wehrdienst abgeleistet und wisse deshalb nicht mit einer Waffe umzugehen und beklagt: "Ob du weißt, wie man ein Gewehr benutzt oder nicht - ob du das kannst oder nicht kannst, das ist ihnen egal." Nach einer zehntägigen Ausbildung würde man an die Front gebracht. So sei es seinem Cousin ergangen.



[28.06.2022](#)

[EU-Bilanz für 2021 Rund ein Drittel mehr Asylanträge](#)

[Die meisten kamen wieder aus Syrien. Der Ukraine-Krieg schlägt sich in den Zahlen noch nicht nieder.](#)

Immer wieder ertrinken Flüchtende

Normalerweise ist die Theiß ein reißender Fluss, bis zu dreißig Meter breit und sechs Meter tief. Nach wochenlanger Dürre ist er jetzt nur wenige Meter breit und auch für Nichtschwimmer gut zu überqueren. Doch immer wieder stürben Männer bei ihrer Flucht über den Grenzfluss Theiß, erzählt Roman, der seinen Familiennamen nicht nennen möchte.

Er lebt in dem Dorf Lunca la Tisa auf der rumänischen Seite der Grenze. "Es hat Fälle gegeben, in denen Männer ertrunken sind. Der Krieg hat in diesem Frühjahr begonnen und damals war der Fluss viel tiefer. Die Zeitung 'Stiripesurse' habe über solche Todesfälle immer wieder berichtet", sagt Roman. Die Ukrainer hätten ihr Leben riskiert, obwohl sie offenbar nicht schwimmen konnten.



Roman berichtet im Gespräch mit dem ARD-Team von ukrainischen Männern, die durchnässt in der Stadt ankommen und Hilfe suchen. Bild: Florian Barth und Ahmet Şenyurt

Roman zeigt ein Foto auf seinem Handy von dem Mann, der seit fünf Monaten von seiner Familie gesucht wird. Es ist der 36-jährige Jurij. Im Frühjahr soll er hier eine Überquerung versucht haben und gilt seitdem als verschollen. "Zwei Frauen aus der Ukraine gingen durch unser Dorf und sprachen jeden an. Zeigten jedem das Bild von Jurii, der vor Armut und Krieg flüchten wollte und versuchte, die Theiß zu überqueren. Danach haben sie nie wieder etwas von ihm gehört", berichtet Roman.

Igors Grenzüberquerung hat funktioniert, weil er, wie er sagt, Grenzsoldaten bestochen habe. Ob Jurii wiederum tot ist, ist unbekannt, seine Leiche wurde bis heute nicht gefunden. Ebenso unbekannt ist, wie viele Männer diese illegale Grenzüberquerung versuchen, dabei scheitern und umkommen.

Ukrainische Deserteure willkommen

Der 35-jährige Roman berichtet auch von einem Mann in seinem Alter, der kürzlich völlig durchnässt und mit einem Rucksack auf dem Rücken im Dorf um Hilfe gebeten habe. "Innerhalb von zwei oder drei Minuten tauchte die

rumänische Polizei auf und nahm ihn mit." In Rumänien hätten die Männer nichts mehr zu befürchten, erzählt Roman, ein Pushback zurück in die Ukraine sei ihm bisher nicht bekannt. Die Männer würden später Papiere erhalten, die ihren Aufenthalt in Rumänien und der EU legalisieren. "Viele bleiben nicht hier, sondern machen sich in Richtung Westeuropa auf", sagt der Grenzbewohner. Das hätten die Männer ihm erzählt.

13 Kilometer östlich von Lunca la Tisa lebt der 71-jährige Sacalos, der seinen Familiennamen nicht nennen will. Er lebt in der Grenzgemeinde Valea Vișeuului und berichtet, dass auf ukrainischer Seite in den vergangenen Monaten der Grenzraum auf drei Meter erhöht worden sei: NATO-Draht soll das Ufer absichern. Auf rumänischer Seite habe die Regierung diesen Grenzverlauf mit Überwachungstechnologie aufgerüstet.

Mehr Flüchtende seit Gegenoffensive

Die Grenzpolizei sei in dem Gebiet sehr aktiv und habe erst vor wenigen Tagen zwei Männer entdeckt, berichten zwei Grenzbeamte, die anonym bleiben wollen. Die Männer hätten sich schwer am Stacheldraht auf ukrainischer Seite verletzt und sich mit blutenden Wunden an Armen und Beinen über den Grenzfluss retten können.

Dr. Christian Brad, leitender Chefarzt im einzigen Krankenhaus in Sighetu Marmatiei, bestätigt, dass verletzte Männer aus der Ukraine in seinem Krankenhaus behandelt werden.

Seit der Gegenoffensive der ukrainischen Armee im Donbass sei die Zahl der Männer, die aus der Ukraine fliehen wollen, noch gestiegen, berichten die Grenzbeamten. Sie gehen davon aus, dass die meisten Männer Deserteure der ukrainischen Armee sind. Ob sich darunter womöglich auch Angehörige der russischen Streitkräfte befinden, wissen sie nicht.

02) Verteidigungsminister Resnikow "Gebt uns die Werkzeuge, wir erledigen den Job".

Interview

Stand: 24.08.2022 12:56 Uhr

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-resnikow-interview-101.html>



Die Ukraine fordert Deutschland dazu auf, Lieferungen von Leopard-Panzern aus anderen Ländern zu genehmigen. Im Interview mit den *tagesthemen* sagt Verteidigungsminister Resnikow, die Ukraine könne dann "den Job erledigen".

Caren Miosga: Wir reisen gerade durch die Ukraine. Vor ungefähr drei Tagen kam eine ältere Frau auf mich zu und sagte: "Sind Sie Deutsche? Gebt uns Waffen oder verzieht Euch!" Ich denke, Sie würden sich diplomatischer ausdrücken, oder?

Resnikow: Sie wissen, dass wir Ukrainer unsere deutschen Freunde um mehr Waffen bitten. Wenn man einen Krieg im eigenen Land hat, hat man nie genug. Ich denke, das ist absolut verständlich und liegt in der Natur der Sache. Wir danken ihnen zum Beispiel für den Gepard-Panzer und bald das Luftabwehrsystem Iris oder das Artillerieradar Cobra.

Aber wir wissen ja, dass sie auch Leopard-Panzer haben - und zwar viele. Und dass unsere gemeinsamen Partner in verschiedenen Ländern auch Leopard-Panzer haben. Sie könnten ihnen die Erlaubnis erteilen, uns die Panzer zu geben. Darum bitten wir die Deutschen. Gebt uns die Werkzeuge und wir erledigen den Job.



Zur Person

Oleksij Resnikow ist ein ukrainischer Anwalt und Politiker. Seit November 2021 bekleidet er das Amt des Verteidigungsministers.

"Beziehung enger und freundschaftlicher als früher"

Miosga: Wie ist das Verhältnis zwischen unseren Ländern im Moment?

Resnikow: Sehr gut. Ich habe eine sehr freundschaftliche Beziehung zu meiner Kollegin, Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Ich denke, die Beziehung ist enger und freundschaftlicher als früher, aber wir hätten gerne mehr als nur Freundschaft und Lippenbekenntnisse.

Wir hätten gerne mehr echte Waffen, wie zum Beispiel den MARS-II-Raketenwerfer. Wir haben drei Stück, die sind sehr gut und leisten tolle Dienste, aber wenn wir zwölf hätten, wäre es noch besser.



Der Mehrfachraketenwerfer Mars 2 - eines der Waffensysteme, von denen die Ukraine gerne mehr hätte. *Bild: dpa*

"Ihre Gesellschaft ist süchtig nach russischem Gas"

Miosga: In Deutschland sind die Menschen mehr und mehr besorgt wegen der Gaspreise und der Lebenshaltungskosten. Können Sie nachvollziehen, dass die Menschen sich mehr Sorgen um ihr eigenes Leben machen und immer kriegsmüder werden?

Resnikow: Ich kann das voll und ganz nachvollziehen. Ich bin der Sohn einer Ärztin und ich war einmal Rechtsanwalt. Deswegen weiß ich, was Sucht bedeutet. Genauso wie bei einer Drogensucht gibt es auch eine Gasabhängigkeit von den Russen. Ihre Gesellschaft ist süchtig nach russischem Gas. Ihr braucht Medizin. Eure Medizin ist Unabhängigkeit und Freiheit.

Miosga: Wie wollen Sie die Aufmerksamkeit für die Ukraine aufrechterhalten? Die Unterstützung scheint nachzulassen.

Resnikow: Durch Gespräche, mehr Kommunikation, so wie wir es gerade tun.



24.08.2022

Krieg gegen die Ukraine Scholz kündigt neue Waffenlieferung an

Das Paket im Wert von über 500 Millionen Euro umfasst unter anderem Flugabwehrsysteme und Bergepanzer.

"Schwierig, mit Terroristen zu verhandeln"

Miosga: Präsident Erdogan bietet an, direkte Verhandlungen zwischen Putin und Selenskyj anzustoßen. Ist Ihr Präsident dazu bereit?

Resnikow: Mein Präsident sagte während der Pressekonferenz sehr klar und deutlich: Zu diesem Zeitpunkt sehen wir keinen Grund, an einem Tisch mit den Russen zu sitzen, weil sie zunächst aus unserem Territorium abziehen müssen und mindestens zum Status des 24. Februar dieses Jahres zurückkehren müssen.

Sie müssen damit aufhören, die Kriegsgefangenen von Mariupol zu demütigen. Und vieles Weitere: Sie müssen zum Beispiel damit aufhören, zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser in Charkiw, Odessa, Mykolajiw mit Marschflugkörpern und ballistischen Raketen zu beschießen und zu bombardieren. Es ist ein Terroristenland. Mit Terroristen zu verhandeln, ist ein sehr schwieriges und hartes Unterfangen.



Interview 24.08.2022

Sechs Monate nach Russlands Angriff "Wir können diesen Konflikt mitgestalten"

Sechs Monate nach dem Angriff auf die Ukraine hat Russland nichts von seinen Zielen zurückgenommen.

Verhandlungen - "im Moment kein Traum der Ukraine"

Miosga: Wenn das komplette Zurückdrängen der Russen von ukrainischem Boden die Voraussetzung für Verhandlungen bleibt, erreicht man vielleicht nie eine diplomatische Lösung.

Resnikow: Lassen Sie mich offen sprechen: Das Ziel von Verhandlungen ist ein Traum unserer Partner. Im Moment ist das kein Traum der Ukraine. Der Traum der Ukraine, unser Wunsch und unser Plan ist es, sämtliche vorübergehend besetzte Gebiete in der Ukraine zu befreien und zum Status des Jahres 1991 zurückzukehren.



tagesthemen live aus Kiew

Ein halbes Jahr nach Russlands Angriff auf die Ukraine: Wie leben die Menschen im Krieg und mit seinen Folgen? *tagesthemen*-Moderatorin Caren Miosga ist mit *WDR*-Reporter Vassili Golod eine Woche durch das Land gereist und hat mit Ukrainerinnen und Ukrainern über Leben und Überleben im Krieg gesprochen. Die Reise endete am 24. August - dem Unabhängigkeitstag der Ukraine und dem Tag, an dem vor sechs Monaten die russische Invasion begann. Zu diesem Anlass wurden die *tagesthemen* live aus Kiew gesendet, moderiert von Caren Miosga.

03) "Anfangen, alles Ukrainische zu unterdrücken"

Stand: 24.08.2022 17:11 Uhr

Seit Monaten steht Cherson unter russischer Besatzung. Eine Bewohnerin, der die Flucht gelang, berichtet im *tagesthemen*-Interview von dem Regime, das Russland dort errichtet hat und der Russifizierung des Lebens.

ARD: Sie sind vor zwei Wochen aus Cherson nach Kiew gekommen, gemeinsam mit Ihrem Mann und mit Ihrem siebenjährigen Sohn Kyrill. Wie haben Sie es geschafft, aus Cherson herauszukommen?

Olga: Das ist eher zufällig gelungen. Es gibt spezielle Telegram-Kanäle mit Evakuierungs-Chats. Nach sieben Tagen wurde mir plötzlich in einem solchen Chat geschrieben: Sind Sie bereit zu fahren? Sie haben 24 Stunden zum Packen, nur 24 Stunden! An diesem einen Tag habe ich haufenweise Dinge erledigt, viele Sachen gepackt und sie irgendwohin gebracht... Und so haben wir alles zusammengepackt. An einem Tag. Wir haben alles stehen und liegen lassen. Wir hatten ja eine Mietwohnung. Viele Sachen sind einfach da geblieben. Wir haben nur zwei Taschen mitgenommen, sind in den Bus gestiegen und gefahren. Die Fahrt hat zwei Tage und zwei Nächte gedauert.



tagesthemen live aus Kiew

Ein halbes Jahr nach Russlands Angriff auf die Ukraine: Wie leben die Menschen im Krieg und mit seinen Folgen? *tagesthemen*-Moderatorin Caren Miosga ist mit *WDR*-Reporter Vassili Golod eine Woche durch das Land gereist und hat mit Ukrainerinnen und Ukrainern über Leben und Überleben im Krieg gesprochen. Die Reise endete am 24. August - dem Unabhängigkeitstag der Ukraine und dem Tag, an dem vor sechs Monaten die russische Invasion begann. Zu diesem Anlass wurden die *tagesthemen* live aus Kiew gesendet, moderiert von Caren Miosga.

ARD: Und wie ist es Ihnen auf der Fahrt ergangen?

Olga: Donner, Gewitter, Schlagregen - und dann: Raketen in der Nähe, Flugabwehr über unseren Köpfen. Ich wusste nicht, ob wir es überleben würden. Das war die schlimmste Zeit, von zwei Uhr nachts bis fünf Uhr morgens. Wir saßen alle so im Bus - mit den Händen über dem Kopf (*macht die Haltung vor, Anmerkung der Redaktion*). Nur die Kinder haben geschlafen - erstaunlicherweise. Einige von uns haben gebetet... Mir zittern immer noch die Hände, wenn ich daran denke.

Ich dachte: Mein Gott, wo bleibt diese Dämmerung? Wann können wir endlich weiterfahren? Man muss durch diesen Korridor zwischen den Fronten eigentlich schnell durchfahren. Aber wir sind da stecken geblieben. Und als es endlich fünf Uhr morgens war, ging es wieder los... Wir sind mitten in ein Feuergefecht geraten. Sie haben uns gar nicht beachtet. Zwei-, dreihundert Meter von uns entfernt ist etwas explodiert, das hat den Bus in die Luft gehoben - es war schrecklich. Das ist nicht in Worte zu fassen. Man dachte: "Oh Gott, gleich trifft etwas den Bus." Es hat ganz in der Nähe geknallt.

-
-
-
-
-



10 Min

[Caren Miosga im Interview mit Olga aus Cherson](#)

[tagesschau24 10:00 Uhr, 24.8.2022](#)

"Manch einer kam zurück, andere nicht"

ARD: Ich habe das Video gesehen, das Sie während dieser letzten Minuten, kurz vor dem ukrainischen Checkpoint gedreht und auf TikTok veröffentlicht haben. Man sieht Sie da, es ducken sich alle; Sie und der ganze Bus haben Angst. Für uns unvorstellbar. Können Sie ein bisschen beschreiben, wie es Ihnen ging?

Olga: Sehr schwer, ich kann es nicht beschreiben, das lässt sich nicht erklären. Fünf Monate unter Besatzung... Als dieser "russische Frieden" gekommen ist mit seinen Regeln und allem, da habe ich so eine Sehnsucht bekommen, so eine Sehnsucht - fünf Monate lang! Ich habe verstanden, was die Ukraine, was die Heimat ist. Sie ist hier. Man darf es nicht unterdrücken, auch wenn man unter Besatzung lebt. Das hat einem Halt gegeben.

Als ich den ersten Checkpoint unserer Armee gesehen habe, dieses riesige ukrainische Schild... Ich kann es nicht beschreiben. Es waren Tränen, Freudentränen, es war ein Nachhausekommen in die Freiheit. Du spürst die Freiheit. Die Ukraine ist schon seit vielen Jahren ein demokratischer Staat. Hier gibt es nicht solche Repressalien wie in Russland. Man darf dort das Wort Krieg nicht aussprechen. Wie kann das sein, was ist das? Das ist erlaubt, das nicht... Dieses Wort ist abgeschafft, das darf man nicht sagen... Dafür wird man verhaftet... Daher ist es ein besonderes Gefühl, in Freiheit zu sein, bei den eigenen Leuten. Als die Kinder aus dem Bus gestiegen sind, wurden alle umarmt und geküsst. Einem Soldaten ist sogar eine Träne runtergekullert. Das war so ein besonderer Moment.

"Es hat sich alles komplett verändert"

ARD: Wir haben wenig Einblick in die von den russischen Truppen besetzten Gebieten. Können Sie uns ein bisschen schildern, wie der Alltag da aussieht? Wie hat sich das Leben dort verändert?

Olga: Es hat sich alles komplett verändert. Wir können jede beliebige Kleinigkeit nehmen, alles hat sich um 180 Grad gedreht. Ich fange mit den kleineren Sachen an: Sie haben uns in den ersten Tagen russisches Fernsehen aufgedrückt, deren Propaganda. Ich habe das maximal fünf Minuten ausgehalten. Ich habe mir deren Nachrichten angesehen - genau fünf Minuten. Und habe verstanden, was für einen Unsinn sie von sich geben. Wir haben dann nur die beiden Unterhaltungskanäle geschaut und den Trickfilm-Kanal für meinen Sohn. Was anderes haben wir nicht geguckt.

Die Atmosphäre in der Stadt war erdrückend. Die Geschichten der Menschen, wenn du in der Schlange wartest. Die Schlangen für die Lebensmittel waren sehr lang, die Preise sind in die Höhe geschneilt. Sie haben angefangen, alles Ukrainische zu unterdrücken. Ukrainische Symbole durften nicht getragen werden. Es war nicht erwünscht Ukrainisch zu sprechen. Telefone wurden kontrolliert. Wenn man in einem Minibus unterwegs war, konnten sie den Bus anhalten und die Telefone kontrollieren. Gott bewahre, wenn da was Ukrainisches drauf war oder etwas Kritisches gegen sie. Es reichten schon irgendwelche Chats bei Facebook oder anderen sozialen Medien. Die Menschen wurden mitgenommen. Manch einer kam zurück, andere nicht. Und man weiß nicht, wo sie geblieben sind. Manche sind immer noch verschwunden.



Hintergrund 16.08.2022

Krieg gegen die Ukraine Partisanenkampf gegen russische Truppen

Vor allem im besetzten Süden der Ukraine nimmt die Aktivität von Partisanen zu. Welche Rolle spielen sie?

"Sie hatten keine Wahl"

ARD: Es gab von Anfang an Spekulationen darüber, dass es Kollaborateure gibt, Leute, die sich nicht wehren wollten. Gab es die auch in Cherson?

Olga: Viele wurden dazu gezwungen. In erster Linie waren es besonders verletzte Menschen. Diejenigen, die nichts mehr zu essen hatten. Sehr viele Betriebe wurden ja geschlossen und Menschen hatten keine Arbeit mehr. Die Lebensmittelvorräte reichten vielleicht für drei Wochen oder einen Monat. Bei uns hat es für zwei Monate gereicht, auch das Geld. Danach mussten wir uns auch irgendwie durchschlagen. Aber viele Menschen waren einfach gezwungen, sich humanitäre Hilfe bei den Russen zu holen.

Und dann die Rentner: Im März und April hat die Ukraine die Rente noch gezahlt - sei es per Post oder Überweisung. Danach war Schluss. Im Mai und Juni haben sie (*gemeint sind die russischen Besatzer, Anmerkung der Redaktion*) ihr Rentensystem eingeführt. Du willst essen? Willkommen, komm und hol deine Rente. Und die Menschen waren gezwungen, hinzugehen, um Hilfe und Rente zu bekommen. Sich eben anzupassen. Was blieb ihnen auch übrig? Entweder sterben oder... Sie hatten keine Wahl.

Ich sagte es bereits, sehr viele wollten das nicht. Die jungen Menschen sind schnell geflohen. Aber diejenigen, die nicht weg konnten und immer noch nicht können, haben keine andere Wahl. Hauptsache sie bekommen jetzt nicht so schnell russische Pässe, das wäre furchtbar.

"Wir müssen alles befreien"

ARD: Glauben Sie, es ist realistisch, dass Cherson zurückerobert werden kann?

Olga: Natürlich glaube ich daran. Wir müssen alles befreien, alles zurückholen. Die Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischja, Cherson und die Krim - das ist alles Ukraine. Unsere Souveränität ist doch schon seit langem weltweit anerkannt. Es ist an der Zeit, solche Kriege zu beenden und diese "grünen Männchen" zu vertreiben.

Ich glaube daran: Die ganze Welt schaut endlich darauf, was hier passiert. Es ist nicht einmal ein Krieg, sondern ein Völkermord. Sie sind Terroristen. Russland ist ein Terrorstaat. Wohnhäuser beschießen, Städte, Geburtshäuser, Krankenhäuser - was ist das? Ist das ein Krieg? Das ist kein Krieg. Die ganze Welt schaut zu. Die ganze Welt hilft. Wir bekommen nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Waffen.



[27.07.2022](#)

[Krieg in der Ukraine Wie Cherson den Kriegsverlauf beeinflusst](#)

[Der Kampf um Cherson ist für die Ukraine eine Entscheidungsschlacht: Bis September soll das Gebiet wieder unter Regierungskontrolle sein.](#)

"Die Welt muss sich vereinen"

ARD: Damit die Ukraine diese Gebiete zurückerobern kann, braucht sie viel Unterstützung vom Westen, auch von Deutschland. Und auch in unserem Land lässt das Interesse der Öffentlichkeit nach. Welche Botschaft haben Sie an die Deutschen, an unsere Zuschauer?

Olga: Ohje. Das ist schwer in Worte zu fassen. Weil Menschen, die in ihrem eigenen Haus sind, in ihrem eigenen Bett schlafen, zur Arbeit gehen, im eigenen Land leben, denen niemand etwas tut - die werden das nicht verstehen. Es gibt hier ein Sprichwort: Der Satte versteht den Hungrigen nicht. Vielleicht passt es nicht ganz... Was ich damit sagen möchte: Es ist wichtig zu verstehen, dass Russland nicht aufhören wird. Man muss es aufhalten. Jetzt sind sie in die Ukraine gekommen, aber sie werden wie eine Horde weiterziehen. Sie sprechen schon offen darüber, erklären das ganz direkt.

Solange keine Raketen bei Euch einschlagen, in Euer Haus, ist es besser, das jetzt hier aufzuhalten. In Keim zu ersticken - obwohl man es ja schon gar nicht mehr als Keim bezeichnen kann. Denn Millionen Menschen haben schon so viel Leid erfahren! Das muss beendet werden. Wir müssen das verstehen. Die ganze Welt muss sich vereinen, um das Böse zu besiegen.

Aus Sicherheitsgründen möchte Olga ihren Nachnamen nicht veröffentlicht sehen.

Das Gespräch führte Caren Miosga, tages Themen.

R u s s l a n d (Seiten E 126 – E 171)

04) Stellungnahme von Putin zur Teilmobilisierung und Lage in der Ukraine

21. 09. 2022



screenshot twitter

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in TV-Rede festgestellt:

„Nur Bürger, die derzeit in Reserve sind und vor allem diejenigen, die in den Streitkräften gedient haben, bestimmte militärische Spezialaufgaben und entsprechende Erfahrung haben, werden zum Militärdienst einberufen. Diejenigen, die zum Militärdienst einberufen werden, bevor sie zu den Einheiten geschickt werden, werden auf jeden Fall eine zusätzliche militärische Ausbildung absolvieren, wobei die Erfahrung einer speziellen militärischen Operation berücksichtigt wird.“

https://twitter.com/BedeZsolt2/status/1572468026225659905?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1572468026225659905%7Ctwgr%5E876c1b53e2f810d5cc36f47c03e150b30580da8c%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fstellungnahme-von-putin-zur-teilmobilisierung-und-lage-in-der-ukraine%2F

„Ziel des Westens: Russland zerstören.“

„Diese Pläne sind seit langem gewoben, indem sie unser Land in viele unzusammenhängende und feindliche Regionen verwandeln wollen. Und die Ukraine ist zu einer antirussischen Hochburg geworden.“ – so Putin.

Wir dürfen nicht zulassen: Dass Menschen, die uns nahe stehen, vom Henker in Stücke gerissen werden. Wir können nicht anders, als auf ihren aufrichtigen Wunsch zu reagieren, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.“ – fügte Putin hinzu.

„Abhaltung von Unabhängigkeits-Referenden“ in von „Neonazis befreiten gebieten“

Außerdem versprach er, sichere Bedingungen zur Abhaltung der bereits angekündigten Unabhängigkeits-Referenden in den entsprechenden Regionen zu schaffen:

„Wir wissen, dass die Mehrheit der Menschen, die in den von Neonazis befreiten Gebieten leben – und das sind in erster Linie die historischen Länder von Novorossia – nicht unter das Joch des Neonazi-Regimes fallen wollen. In Saporoschja, der Region Herson, Lugansk und Donezk „haben jene Menschen die Gräueltaten gesehen, und sie sehen sie gerade jetzt, wie die Neonazis in den besetzten Gebieten, im Oblast Charkiw, vorgehen. Bandera und die Erben der Nazi-Straftäter töten Menschen, foltern sie, werfen sie ins Gefängnis, gehen hart gegen Zivilisten vor und verspotten sie“ – erklärte Putin weiter.

„Alle verfügbaren Mittel können eingesetzt werden.“

„Die Mobilisierten erhalten den Status von Vertragssoldaten und das entsprechende Gehalt.“ Putin warnte: „Wenn Russlands territoriale Integrität bedroht ist, wird Russland alle verfügbaren Mittel einsetzen, dies ist kein Bluff.“ Putin drohte diejenigen, die versuchten, Russland mit einer Atomwaffe zu erpressen: Denn der Wind kann sich in ihre Richtung drehen.“

Seiner Meinung nach würden „westliche Länder Kiew, Feindseligkeiten nach Russland zu tragen“. Der Westen hätte die nun überschritten: „Unverantwortliche Politiker reden über die Lieferung von Offensivwaffen an die Ukraine, die Ausrüstung wird verwendet, um Russland anzugreifen.“ – so Putin. ([vadhajtasok](#))

Informationen zur Teilmobilmachung finden Sie in unseren [BREAKING NEWS](#) von heute

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Putin kündigt Teilmobilisierung an - Warnung an Westen vor „nuklearer Erpressung“

21. 09. 2022

+++ UPDATE v. 12:00 +++

Eine Analyse zur Rede Putins finden Sie in unserem aktuell erschienenen Artikel [„Stellungnahme von Putin zu Teilmobilisierung und Lage der Ukraine“](#)

Putin kündigt Teilmobilisierung an und Warnung an Westen vor „nuklearer Erpressung“

MOSKAU |Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte, er habe ein Dekret über eine am Mittwoch beginnende Teilmobilisierung unterzeichnet und behauptete, er verteidige russische Gebiete und der Westen wolle das Land zerstören.

In einer Fernsehansprache sagte Putin heute Morgen, sein Ziel sei es, die ostukrainische Region Donbas zu „befreien“, und die meisten Menschen in der Region wollten nicht in das, wie er es nannte, „Joch“ der Ukraine zurückkehren.

Erste Mobilisierung seit dem Zweiten Weltkrieg

Als er die erste Mobilisierung Russlands seit dem Zweiten Weltkrieg anordnete, warnte Putin den Westen, dass Moskau mit der ganzen Macht seines riesigen Arsenalts antworten werde, wenn er seine „nukleare Erpressung“ fortsetze. In seiner Rede warf Putin insbesondere den USA vor, militärische Schritte auf russischen Boden zu planen.

„das ist kein Bluff“

„Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir alle verfügbaren Mittel einsetzen, um unser Volk zu schützen – das ist kein Bluff“, sagte Putin in der im Fernsehen übertragenen Ansprache an die Nation.

„in Krieg gezwungen“

Putin sagte auch, der Westen habe die „Ukraine zum Kanonenfutter gemacht“, die westlichen Länder würden Russland bis zum Tode bekämpfen und hätten die Ukraine in den Krieg mit Russland gezwungen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Russlands Krieg in der Ukraine Was ist eine Mobilmachung?

https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-teilmobilmachung-in-russland-was-heisst-das-was-bedeutet-generalmobilmachung-JQ4UBGKHEND5RFHAA7NSVCPFKA.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE



Kremlchef Wladimir Putin hat am Mittwoch die Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte angeordnet. Im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine war immer wieder von einer Mobilmachung in Russland die Rede. Doch was genau bedeutet der militärische Begriff?

21.09.2022, 09:04 Uhr

Am Mittwoch hat der russische Präsident Wladimir Putin die Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte angekündigt. Bereits zum russischen „Tag des Sieges“ im Mai hatten Experten und Expertinnen über einen entsprechenden Schritt spekuliert, wegen der ukrainischen Gegenoffensive forderten zuletzt nationalistische Politiker in Russland zu einer Generalmobilmachung auf. Der Kreml schloss das bisher allerdings aus. Doch was versteht man darunter? Und was sind die Folgen einer Mobilmachung in Russland?

Was ist eine Mobilmachung?

Allgemein ist unter einer Mobilmachung die Vorbereitung der Streitkräfte eines Staats für einen bevorstehenden Krieg oder die Verteidigung beziehungsweise den Angriff während kriegerischer Auseinandersetzungen gemeint. „Die Soldaten werden in Bereitschaft oder in Bewegung gesetzt, um jeden Augenblick angreifen oder sich verteidigen zu können“, heißt es auf der [Website der Bundeszentrale für politische Bildung](#). „Truppen werden zusammengezogen und an wichtigen Orten positioniert.“ Das bedeutet, dass etwa aktive und teilaktive Soldaten und Soldatinnen neue Befehle erhalten, um Truppen an bestimmten Einsatzorten personell und materiell zu unterstützen.

Bei einer Generalmobilmachung oder allgemeinen Mobilmachung werden alle Streitkräfte mobilisiert, bei einer Teilmobilmachung nur ein Teil der Streitkräfte. Im Falle der aktuellen russischen Maßnahme sollen nur die Reservisten eingezogen werden, teilte Kremlchef Putin in einer TV-Ansprache mit.

Mehr zum Thema



[Fünf Optionen im Expertencheck
Was nun, Putin?](#)



[„Nur wenig effektive Kampfkraft“
Ukraine: Putin rekrutiert offenbar schlecht vorbereitete Freiwillige](#)



[Durch mehr Grausamkeit zum Sieg?](#)

[„Fürchtet uns, Leute!“ Russland diskutiert über Kriegsverbrechen – aber anders als wir](#)

Generalmobilmachung in der Ukraine

Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ostukraine hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Ende Februar 2022 eine allgemeine Mobilmachung angeordnet. Die Anordnung, die zunächst für 90 Tage galt und später verlängert wurde, sieht die Einberufung von Wehrpflichtigen und Reservisten vor. Zudem durften männliche Staatsbürger im Alter von 18 bis 60 Jahren das Land nicht verlassen.

Was eine Generalmobilmachung in Russland bedeuten würde

Eine Generalmobilmachung für den seit mehr als einem halben Jahr dauernden Krieg in der Ukraine gibt es in Russland bisher nicht. Spekulationen, der russische Präsident Wladimir Putin könnte die allgemeine Mobilmachung von Soldaten und Reservisten ausrufen, um die stockende Offensive in der Ukraine voranzutreiben, wies der Kreml in der Vergangenheit immer wieder zurück. Am Mittwoch erklärte Putin dann die Teilmobilmachung.

[+++ Alle aktuellen Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine im Liveblog +++](#)

Die Armee kann daher nun alle Reservisten einziehen, ist aber dennoch weiterhin auch auf Freiwillige angewiesen. Die russischen Streitkräfte rekrutierten zudem zunehmend Strafgefangene, setzten Elemente der russischen Sicherheitsdienste ein und mobilisierten verdeckt Männer aus den teilweise besetzten Gebieten Donezk und Luhansk.

Eine Mobilmachung würde alle russischen Staatsbürger betreffen, die eine Grundausbildung absolviert haben. Dies könnten bis zu zwei Millionen Russen sein. [Experten](#) gehen davon aus, dass Russland aus diesem Pool noch viele junge und fitte Soldaten rekrutieren kann. Betroffen sind auch Russen, die sich im Ausland aufhalten. Wenn russische Staatsbürger sich zum Beispiel in Belarus oder Kasachstan aufhalten, müssen sie nach Russland zurückkehren, trainieren und dann in den Krieg ziehen.

[+++ Alle aktuellen Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine im Liveblog +++](#)

Die Armee kann daher nun alle Reservisten einziehen, ist aber dennoch weiterhin auch auf Freiwillige angewiesen. Die russischen Streitkräfte rekrutierten zudem zunehmend Strafgefangene, setzten Elemente der russischen Sicherheitsdienste ein und mobilisierten verdeckt Männer aus den teilweise besetzten Gebieten Donezk und Luhansk.

Eine Mobilmachung würde alle russischen Staatsbürger betreffen, die eine Grundausbildung absolviert haben. Dies könnten bis zu zwei Millionen Russen sein. [Experten](#) gehen davon aus, dass Russland aus diesem Pool noch viele junge und fitte

Soldaten rekrutieren kann. Betroffen sind auch Russen, die sich im Ausland aufhalten. Wenn russische Staatsbürger sich zum Beispiel in Belarus oder Kasachstan aufhalten, müssen sie nach Russland zurückkehren, trainieren und dann in den Krieg ziehen.

07) Medwedew droht mit apokalyptischer militärischer Reaktion

14. 09. 2022



<http://photos.lv99.de/frankfurt-apokalypse/116>

Adressaten: Westliche Länder, die Ukraine aufrüsten

Der stellvertretende Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, Ex-Präsident Dmitri Medwedew verschickte seine bisher schwerwiegendste Drohung seit Ausbruch des Ukraine-Konflikts.

Auftakt zum Dritten Weltkrieg

Auf seinem Telegram-Kanal schreibt Medwedew: Mit dem Projekt der sogenannten Sicherheitsgarantien hätte Kiwe im Wesentlichen den Auftakt zum Dritten Weltkrieg gelegt. Die russische Position sei aber bekannt: Dass nämlich niemand den ukrainischen Nazis „Garantien“ geben werde. Wäre das doch fast dasselbe, als würde man Artikel 5 der NATO (Washingtoner Vertrag) auf die Ukraine anwenden.

„Hybride Kriegsführung verliert Berechenbarkeit“

Medwedews Warnung an die westlichen Führer stünde in direktem Zusammenhang mit der hybriden NATO-Kriegsführung gegen Russland. Würden „diese Idioten weiterhin ungezügelt das Kiewer Regime mit gefährlichen Waffen vollstopfen“, dann werde „die Militärkampagne früher oder später eine andere Ebene erreichen“. Und diese „verliert dann ihre sichtbaren Grenzen und ihre Berechenbarkeit. Sie wird ihrem eigenen militärischen Szenario folgen und neue Akteure einbeziehen. Das ist schon immer so gewesen.“

Medwedew fuhr fort: „Die westlichen Länder werden nicht in der Lage sein, sich in ihren aufgeräumten Häusern und Wohnungen zurückzulehnen und darüber zu lachen, dass sie Russland mit den Händen anderer sanft schwächen.“

Apokalyptische Drohung

„Alles um sie herum wird in Flammen aufgehen. Ihr Volk wird sehr leiden. Die Erde wird buchstäblich brennen und der Beton wird schmelzen. Auch wir werden davon hart getroffen werden. Es wird wirklich, wirklich schlimm für alle.“

Dann zitierte Medwedew aus der Apokalypse des Johannes: „Diese drei Plagen – das Feuer, der Rauch und der Schwefel, die aus ihren Mündern kamen – töteten ein Drittel der Menschen.“ (Offenbarung 9,18).

„Kurzsichtige Politiker mit dummen Thinktanks“

Aber währenddessen würden „kurzsichtige Politiker und ihre dummen Think Tanks überlegen, Weingläser in ihren Händen drehen und darüber spekulieren, wie sie mit uns umgehen können, ohne sich selbst in einen direkten Krieg zu ziehen. Langweilige Idioten mit klassischer Kultur.“ so Medwedew weiter.

Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit [MANDINER](#), unserem Partner der Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Russland vor Generalmobilmachung?

13. 09. 2022



Staatsduma für Generalmobilmachung

Die russische Staatsduma, das Unterhaus der russischen Föderationsversammlung, schlägt eine vollständige Mobilisierung in Russland vor. Das würde „helfen, die richtigen Ergebnisse zu erzielen“ – wie das russische Internetzeitung [redovka](#) gestern bekannt gab. [r](#)

In einem Interview mit [ura.news](#) schlug Michail Scheremet, Mitglied des Sicherheitskomitees der Staatsduma, eine vollständige Mobilisierung in Russland vor.

Außerdem sagte Scheremet gegenüber „Central Asia Online“: „Ohne vollständige Mobilisierung, welche die Wirtschaft und alles andere auf eine Kriegsbasis stellt, werden wir nicht die notwendigen Ergebnisse erzielen.“ Scheremet zeigte sich zuversichtlich, dass die heutige Gesellschaft Konsolidierung und Entschlossenheit braucht, um zu gewinnen.

Zuvor hatte noch Senator Andrej Klimow gesagt, dass es in Russland keine Notwendigkeit für eine Mobilisierung gebe. Bisher hatte auch Wladimir Putin den Vorsitzenden des Ausschusses zum Schutz der staatlichen Souveränität Russlands des Föderationsrates unterstützt. Putin weigerte sich auch, das Thema auf dem Östlichen Wirtschaftsforum in Waldiwostok zu diskutieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Putin mit Rede und Antwort am Eastern Economic Forum in Wladiwostok

09. 09. 2022



Wladimir Putin mit Regierungsvertretern von Myanmar, Armenien, Mongolei und China

Teil I: Putins Rede: „Auf dem Weg in eine multipolare Welt“

am 7. September 2022 12:40 auf der Russky Insel, Primorje Territorium, Wladiwostok

An der Veranstaltung nahmen teil:

- Vorsitzender des Staatsverwaltungsrats, der Premierminister der Interimsregierung und Oberbefehlshaber der Streitkräfte von Myanmar, Min Aung Hlaing – links neben Putin
- Premierminister von Armenien, Nikol Pashinyan – rechts neben Putin
- Premierminister der Mongolei, Oyun-Erdene Luvsannamsrain -zweiter von links im Bild
- Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses von China
Li Zhanshu – rechts im Bild

per Videoverbindung zugeschaltet wurden:

- Indische Premierminister Narendra Modi
- Malaysische Premierminister Ismail Sabri Yaakob
- Vietnamesische Premierminister Pham Minh Chinh



Der Indische Premierminister Narendra Modi in seiner Botschaft an das Forum

Auszüge aus der [Niederschrift der EEF-Plenarsitzung](#)

**Ilya Doronov, Moderator der EEF-Plenarsitzung
Geschäftsführer des RBC-Fernsehsenders – links im Bild oben**

Guten Tag an alle,
wir freuen uns, Sie hier zu haben. Der Taifun hat uns überhaupt nicht gestört, obwohl der Himmel nicht ganz klar ist, aber es ist grossartig, dass wir alle hier sind.

Als ich mich darauf vorbereitete, diese Plenarsitzung zu moderieren, ging ich die vorherigen Plenarsitzungen noch einmal durch und stellte dabei Erstaunliches fest: 2019 gab es vor der Pandemie weniger Plenarsitzungsteilnehmer als heute. Wir haben fünf Leute hier auf der Bühne, und drei weitere werden Videoansprachen halten. Zu Ihrer Information: Die Personen, die auf der Bühne stehen, und jene, die ihre Videoadressen halten werden, **vertreten die Interessen von über 3 Milliarden Menschen unserer Erdbevölkerung.**

Wir sind uns jedoch alle vollkommen bewusst, dass sich die Welt verändert hat und die Welt im Jahr 2022 anders ist als die Welt im Jahr 2021. Damals sprachen wir über die Pandemie und das Coronavirus, während wir jetzt über die Feindseligkeiten in der Ukraine sprechen und die drohende Weltwirtschaftskrise. Viele Länder erfahren zweistellige Inflationsraten, die sie noch nie zuvor erlebt hatten, und in anderen Ländern hat ein Regierungswechsel stattgefunden. Einige Länder bereiten sich auf eine Energiekrise vor, während andere sich auf die Bewältigung einer Wirtschaftskrise vorbereiten.

Russland hat erlebt, wie sich die Welt in freundliche und unfreundliche Nationen aufspaltete. Zufällig gibt es im Osten viel mehr befreundete Länder, und der Ferne Osten spielt jetzt eine wichtigere Rolle. Wir sollten wahrscheinlich seine Bedeutung revidieren. Der Ferne Osten

ist jetzt für alle östlichen Länder ein Tor nach Russland. Heute werden wir untersuchen, ob die Region für die schnellen Veränderungen bereit – ganz im Sinne des Titels unseres Forums: Auf dem Weg in eine multipolare Welt.

Nochmals Grüße an alle im Publikum und an alle auf der Bühne.

Damit, Herr Präsident, übergebe ich jetzt an Sie.



Wladimir Putin bei seiner Rede an der Plenarsitzung des Eastern Economic Forums. Foto: Bobylev Sergei, Gastgeber der Fotoagentur TASS

Rede des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin

Freunde,

Herr Min Aung Hlaing,
Herr Pashinyan,
Herr Oyun-Erdene,
Herr Li Zhanshu,
meine Damen und Herren,

ich freue mich, alle Teilnehmer und Gäste des Eastern Economic Forum begrüßen zu dürfen. Russland und Wladiwostok veranstalten erneut ein Forum von Wirtschaftsführern, Experten, Politikern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Regierungsmitgliedern aus Dutzenden von Ländern auf der ganzen Welt.

Videoansprachen wurden uns zugesandt von:

- Indischen Premierminister Narendra Modi,
- Malaysischen Premierminister Ismail Sabri Yaakob und dem
- Vietnamesischen Premierminister Pham Minh Chinh

Ich freue mich, dass sie sich die Zeit genommen haben, an dieser Plenarsitzung teilzunehmen.

Traditionell umfasst das Programm des Östlichen Wirtschaftsforums Diskussionen über Projekte und Initiativen, die für die Entwicklung der Regionen im Fernen Osten Russlands und für die Stärkung der Kooperations- und Produktionsbeziehungen Russlands mit den asiatisch-pazifischen Ländern, extrem wichtig sind: Für beide – unsere alten, traditionellen Partner sowie den Länder, die mit Russland erst im Dialog stehen eine breite Palette von Bereichen und Geschäftsprojekten zu entwickeln.

Natürlich ist dieses Treffen in Wladiwostok eine gute Gelegenheit, die Situation der Weltwirtschaft noch einmal zu überprüfen und sich über ihre wichtigsten Trends und Risiken auszutauschen.

Sanktionswahn & Versuche westliche Verhaltensweisen aufzuzwingen

Im vergangenen Jahr fand das Eastern Economic Forum nach langer Corona-bedingter Pause statt. Damals war sich die Mehrheit der Experten einig, dass sich die globale Geschäftstätigkeit zu erholen beginnt und sich bald nach Aufhebung der Corona-Beschränkungen wieder normalisieren würde. Die Pandemie ist jedoch neuen Herausforderungen gewichen, globalen, die die Welt als Ganzes bedrohen. Ich meine den westlichen Sanktionswahn und die offenen und aggressiven Versuche, anderen Ländern die westliche Verhaltensweise aufzuzwingen, ihre Souveränität auszulöschen und sie ihrem Willen zu unterwerfen. Eigentlich ist das nichts Ungewöhnliches: Diese Politik wird seit Jahrzehnten vom „kollektiven Westen“ weiterverfolgt.

Die schwindende Dominanz der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft und Globalpolitik sowie der hartnäckige Widerwille oder aber die Unfähigkeit der westlichen Eliten, objektive Fakten zu sehen, geschweige denn anzuerkennen, wirkten als Katalysator für diese Prozesse.

Ich habe bereits erwähnt, dass das gesamte System der internationalen Beziehungen in letzter Zeit irreversible, oder sollte ich sagen, tektonische Verschiebungen erfahren hat. Aufstrebende Staaten und Regionen weltweit, vor allem natürlich im asiatisch-pazifischen Raum, spielen mittlerweile eine wesentlich größere Rolle. Länder im asiatisch-pazifischen Raum haben sich zu neuen Zentren des wirtschaftlichen und technologischen Wachstums entwickelt, die Humanressourcen, Kapital und Fertigungsunternehmen anziehen.

Trotz alledem versuchen die westlichen Länder, die gestrige Weltordnung zu konservieren und alle zu zwingen, nach den berüchtigten „Regeln“ zu leben, die sie selbst ausgeheckt haben. Sie sind auch diejenigen, die regelmäßig gegen diese Regeln verstoßen und sie an ihre Agenda anpassen, je nachdem, wie die Dinge gerade laufen. Zugleich waren andere Länder nicht bereit, sich diesem Diktat und solcher Willkürherrschaft zu unterwerfen, indem sie westliche Eliten, um es unverblümt auszudrücken, nötigten, Zugriff zu verlieren und kurzsichtige, irrationale Entscheidungen zur globalen Sicherheit, Politik sowie Ökonomie zu treffen. All diese Entscheidungen laufen den Interessen der Länder und ihrer Menschen entgegen, übrigens auch der Menschen in diesen westlichen Ländern. Die Kluft, die westliche Eliten von ihren eigenen Bürgern trennt, wird größer.

Europa ist bereit sich für US Dominanz zu opfern

Europa ist dabei, seine Errungenschaften beim Aufbau seiner Produktionskapazitäten, der Lebensqualität seiner Bevölkerung und der sozioökonomischen Stabilität in den Sanktionsofen zu werfen und sein Potenzial zu erschöpfen, wie von Washington zum Wohle

der berüchtigten euro-atlantischen Einheit angeordnet. Tatsächlich gleicht dies Opfern im Namen der Aufrechterhaltung der Dominanz der Vereinigten Staaten in globalen Angelegenheiten.

Im Frühjahr noch eilten viele ausländische Unternehmen, um ihren Rückzug aus Russland anzukündigen, weil sie glaubten, dass unser Land mehr leiden wird als andere. Heute sehen wir, wie in Europa selbst eine Produktionsstätte nach der anderen geschlossen wird. Einer der Hauptgründe liegt natürlich in den abgebrochenen Geschäftsbeziehungen mit Russland.

Die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen nimmt ab, denn die EU-Beamten selbst schneiden sie im Wesentlichen von erschwinglichen Rohstoffen und Energie sowie Handelsmärkten ab. Es wird nicht überraschen, wenn die Nischen, die derzeit von europäischen Unternehmen besetzt sind, sowohl auf dem Kontinent als auch auf dem globalen Markt im Allgemeinen, von ihren amerikanischen Gönnern übernommen werden, die keine Grenzen oder Zögern kennen, wenn es darauf ankommt, ihre Interessen zu verfolgen und ihre Ziele zu erreichen.

Mehr noch: In dem Versuch, den Lauf der Geschichte aufzuhalten, haben die westlichen Länder die über Jahrhunderte aufgebauten Säulen des globalen Wirtschaftssystems untergraben. Vor unseren Augen haben der Dollar, der Euro und das Pfund Sterling das Vertrauen als Währungen verloren, die geeignet sind, Transaktionen durchzuführen, Reserven aufzubewahren und Vermögenswerte zu bewerten. Wir unternehmen Schritte, um diese Abhängigkeit von unzuverlässigen und gefährdeten Fremdwährungen zu beseitigen. Übrigens reduzieren auch Verbündete der Vereinigten Staaten nach und nach ihr Dollar-Guthaben, wie wir der Statistik entnehmen können. Schritt für Schritt nimmt das Transaktions- und Guthaben in Dollar ab.

Russland und China haben Transaktionen auf Rubel/Yuan umgestellt

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass Gazprom und seine chinesischen Partner gestern beschlossen haben, Gas-Transaktionen auf Basis von 50/50 in Rubel und Yuan umzustellen.

Ich möchte hinzufügen, dass westliche Offizielle mit ihrem kurzsichtigen Handeln eine globale Inflation ausgelöst haben. In vielen entwickelten Volkswirtschaften hat die Inflationsrate ein Rekordniveau, wie schon seit vielen Jahren nicht mehr erreicht.

Jeder ist sich dessen bewusst, aber ich möchte wiederholen: Ende Juli erreichte die Inflation in den Vereinigten Staaten 8,5 Prozent. In Russland erreichte sie etwas mehr als 14 Prozent (darüber werde ich noch sprechen), aber sie ist rückläufig, anders als in den westlichen Volkswirtschaften. Dort steigt die Inflation, bei uns geht sie zurück. Ich glaube, dass wir zum Jahresende bei etwa 12 Prozent liegen werden und, wie viele unserer Experten meinen, im ersten Quartal oder im zweiten Quartal 2023 höchstwahrscheinlich die angestrebte Inflationsrate erreichen sollten. Einige sagen, es werden 5–6 Prozent sein. Andere sagen, sie wird auf 4 Prozent sinken. Wir werden sehen. Die Tendenz ist jedenfalls positiv. Was passiert in der Zwischenzeit mit unseren Nachbarn? Die Inflation in Deutschland hat 7,9 Prozent erreicht, in Belgien 9,9 Prozent, in den Niederlanden 12 Prozent, Lettland 20,8 Prozent, Litauen 21,1 Prozent und Estland 25,2 Prozent. Und sie ist immer noch am Steigen.

Steigende Preise auf den Weltmärkten können für die meisten der ärmsten Länder, die mit Knappheit an Nahrungsmittel, Energie und anderen lebenswichtigen Gütern konfrontiert sind, zur echten Tragödie werden. Ich nenne ein paar Zahlen, welche die Gefahr unterstreichen: Während 2019 laut UN 135 Millionen Menschen weltweit von akuter

Ernährungsunsicherheit betroffen waren, ist ihre Zahl inzwischen um das 2,5-fache auf 345 Millionen gestiegen – das ist einfach erschreckend. Darüber hinaus haben die ärmsten Staaten den Zugang zu den wichtigsten Nahrungsmitteln vollständig verloren, da die entwickelten Länder den gesamten Vorrat aufkaufen, was zu einem starken Preisanstieg führt.

Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben. Die meisten Schiffe – Sie alle wissen sehr gut, wie die Leidenschaften hoch gingen, wie viel über die Notwendigkeit gesprochen wurde, den Export von ukrainischem Getreide um jeden Preis zu ermöglichen, um die ärmsten Länder zu unterstützen. Und wir hatten sicherlich keine andere Wahl, als zu reagieren, trotz all der komplizierten Entwicklungen rund um die Ukraine. Wir haben alles getan, um sicherzustellen, dass ukrainisches Getreide exportiert würde, und wir sind natürlich davon ausgegangen. Ich habe mich mit den Führern der Afrikanischen Union getroffen, mit den Führern der afrikanischen Staaten, und ich habe ihnen versprochen, dass wir uns nach Kräften bemühen werden, ihre Interessen zu wahren und den Export von ukrainischem Getreide ermöglichen würden.

Westliche Kolonialherren haben Entwicklungsländer einmal mehr betrogen

Russland hat es zusammen mit Turkiye (vormals Türkei) getan. Wir haben es gemacht. Und das Ergebnis möchte ich Ihnen, Kollegen mitteilen: Wenn wir Turkiye als Zwischenhändler ausschließen, ging fast das gesamte aus der Ukraine exportierte Getreide in die Europäische Union, nicht in die Entwicklungs- und ärmsten Länder. Nur zwei Schiffe Getreide im Rahmen des UN-Welternährungsprogramms – genau das Programm, das den Ländern helfen soll, die am meisten Hilfe benötigen – nur zwei von 87 gelieferten Schiffen – ich betone – transportierten 60.000 Tonnen von 2 Millionen Tonnen Nahrungsmitteln. Das sind nur 3 Prozent, und die gingen zu den Entwicklungsländern.



Was ich sagen will, ist, dass viele europäische Länder heute weiterhin als Kolonialherren agieren, genau wie sie es in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten getan haben. Entwicklungsländer wurden einfach wieder einmal betrogen und werden weiterhin betrogen.

Es ist offensichtlich, dass mit diesem Vorgehen das Ausmaß der Ernährungsprobleme in der Welt nur noch ansteigen wird. Leider und zu unserem großen Bedauern könnte dies zu einer beispiellosen humanitären Katastrophe führen, und Exporteure sollten vielleicht darüber nachdenken, ihre Ausfuhren von Getreide und anderen Lebensmitteln an diese Destinationen zu begrenzen. Ich werde mich auf jeden Fall mit dem Präsidenten von Turkiye, Herrn Erdogan, beraten, denn gemeinsam mit ihm, waren wir es, die einen Mechanismus für den Export ukrainischen Getreides entwickelten, doch in erster Linie, ich wiederhole, um den ärmsten Ländern zu helfen. Aber was ist aus der Praxis geworden?

Ich möchte noch einmal betonen, dass diese Situation durch die rücksichtslosen Schritte der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Europäischen Union verursacht wurde, die von illusorischen politischen Ideen besessen sind. Was das Wohlergehen ihrer eigenen Bürger betrifft, ganz zu schweigen von Menschen außerhalb der sogenannten goldenen Milliarde, haben sie es weit zurückgestellt. Dies wird die westlichen Länder unweigerlich in eine Sackgasse, eine wirtschaftliche und soziale Krise führen und unabsehbare Folgen für die ganze Welt haben.

Kollegen,

Russland kommt mit der wirtschaftlichen, finanziellen und technologischen Aggression des Westens gut zurecht. Ich spreche von einer echten Aggression; es gibt kein anderes Wort dafür. Russlands Währungs- und Finanzmarkt hat sich stabilisiert, die Inflation geht zurück, wie ich bereits erwähnt habe, und die Arbeitslosenquote liegt auf einem historischen Tiefstand von weniger als 4 Prozent. Die Einschätzungen und Prognosen unserer Wirtschaftsleistung, auch von Geschäftsleuten, sind jetzt optimistischer als noch im Frühjahr.

Ich möchte sagen, dass sich unsere wirtschaftliche Lage insgesamt stabilisiert hat, aber wir sehen auch eine Reihe von Problemen in einigen Branchen, Regionen und einzelnen Unternehmen, insbesondere denen, die auf Lieferungen aus Europa angewiesen sind oder ihre Produkte dorthin geliefert haben.

Es ist wichtig, weiterhin mit Unternehmen zusammenzuarbeiten, um schnelle Entscheidungen zu treffen und gezielte wirksame Unterstützungsmechanismen zu starten. Ich möchte die *Regierungskommission zur Steigerung der Nachhaltigkeit der russischen Wirtschaft unter Sanktionen* ersuchen, die Situation beobachten. Es ist wahr, dass wir dies fast täglich tun. Aber trotz der erwähnten Anzeichen einer Stabilisierung sind wir uns auch der Risiken bewusst und müssen sie daher im Auge behalten.

Absolute Mehrheit asiatisch-pazifischer Staaten lehnen Sanktionen ab

Russland ist ein souveräner Staat. Wir werden unsere nationalen Interessen stets wahren und gleichzeitig eine unabhängige Politik verfolgen, und wir schätzen diese Qualität auch bei unseren Partnern, die ihre Zuverlässigkeit und verantwortungsbewusste Haltung im Rahmen unserer Handels-, Investitions- und anderen Arten der Zusammenarbeit über viele Jahre bewiesen haben. Ich beziehe mich, wie Sie wissen, auf unsere Kollegen aus den Ländern des asiatisch-pazifischen Raums.

Eine absolute Mehrheit der asiatisch-pazifischen Länder lehnt die destruktive Logik von Sanktionen ab. Ihre Geschäftsbeziehungen sind auf gegenseitigem Vorteil, Zusammenarbeit und die gemeinsame Nutzung unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Vorteil der Bürger unserer Länder ausgerichtet. Dies führt zu einem enormen Wettbewerbsvorteil der Länder der Region und zum Garanten für ihre dynamische langfristige Entwicklung, die seit langem stärker als der weltweite Durchschnitt wächst.

Sie sind sich dessen bewusst, aber ich möchte jeden daran erinnern, dass das BIP der asiatischen Länder in den letzten 10 Jahren jedes Jahr um etwa 5 Prozent gestiegen ist, während es weltweit bei 3 Prozent, in den USA bei 2 Prozent und in der EU bei 1.2 Prozent liegt. Aber noch wichtiger ist, dass dieser Trend anhält. Wozu soll das letztendlich führen? Dadurch wird der Anteil der asiatischen Volkswirtschaften am globalen BIP von 37,1 Prozent im Jahr 2015 auf 45 Prozent im Jahr 2027 wachsen, und ich bin mir sicher, dass dieser Trend anhält.

Für Russland ist es wichtig, dass die Wirtschaft des russischen Fernen Ostens mit den asiatisch-pazifischen Volkswirtschaften zusammenwächst, dass diese Region moderne Lebensbedingungen bietet, das die Einkommen sowie Wohlstand der Menschen gesteigert und hochwertige Arbeitsplätze und kostengünstige Produktionsanlagen geschaffen werden.

Wir haben bereits einzigartige nationale Steuer-, Verwaltungs- und Zollprivilegien in Fernost getestet. Sie helfen bei der Umsetzung wegweisender Projekte, auch nach globalen Maßstäben, in Bereichen wie Erdgasumwandlung und Schiffsbau, Bioengineering-Technologien und saubere Energie.

Industrieproduktion Fernost übertrifft landesweite Wachstumsraten

In den vergangenen sieben Jahren ist das industrielle Produktionsvolumen in Fernost um rund 25 Prozent gestiegen. Damit wird das nationenweite Niveau um ein Drittel übertroffen. Ich möchte dies betonen: Die Wachstumsraten der Industrieproduktion in Fernost übertreffen bei weitem ähnliche landesweite Wachstumsraten.

Wir werden weiterhin die vorrangige Entwicklung der fernöstlichen Regionen fördern, indem wir neue fortschrittliche staatliche Unterstützungsmaßnahmen nutzen und das beste und wettbewerbsfähigste Geschäftsumfeld schaffen. Zum Beispiel beabsichtigen wir, den Mechanismus der vorrangigen Entwicklungsbereiche für moderne und gemeinsame Projekte mit anderen Ländern weiter anzupassen, um das bestmögliche Geschäftsklima zu schaffen, um die fortschrittlichsten Technologien nach Russland zu bringen und Güter mit hoher Wertschöpfung im Fernen Osten herzustellen .

Die Ereignisse dieses Jahres bestätigen die besondere Bedeutung eines Faktors wie zugänglicher und erschwinglicher Rohstoffe, ohne die es unmöglich ist, einen Produktionsprozess zu organisieren oder Koproduktionsketten aufzubauen. Russland ist nahezu das einzige Land, das in Bezug auf natürliche Ressourcen vollständig autark ist, und Fernost spielt hier eine wesentliche Rolle. Diese Region ist ein äußerst wichtiger Lieferant von Rohöl und Erdgas, Kohle, Metallen, Holz und biologischen Meeresressourcen für den heimischen Markt und unsere ausländischen Partner.

Wir setzen auf eine umsichtige und rationelle Entwicklung der natürlichen Reichtümer Russlands unter strengsten Umweltstandards. Zunächst werden wir alle geförderten Rohstoffe so weit wie möglich im Inland veredeln. Wir werden diese Rohstoffe auch nutzen, um die Souveränität dieses Landes zu stärken, die industrielle Sicherheit zu gewährleisten, die Einkommen zu steigern und die Regionen zu entwickeln.

Nur Unternehmen russischer Jurisdiktion haben künftig das Recht

Wir haben die Ressourcen-Gewinnungs-Industrie bereits vor unfreundlichen Handlungen geschützt. Von nun an haben nur noch Unternehmen russischer Jurisdiktion das Recht, natürliche Ressourcen in Russland zu erschließen.

Das Ministerium für natürliche Ressourcen und Umwelt hat zusammen mit dem Ministerium für Industrie und Handel und führenden Wirtschaftsverbänden den Bedarf der nationalen Wirtschaft an strategischen Rohstoffen ermittelt. Diese Informationen werden die Grundlage der überarbeiteten Strategie für die Entwicklung der russischen Mineral-Ressourcenbasis mit einem erweiterten Planungshorizont bis 2050 bilden.

Gleichzeitig sollte ein besonderes Augenmerk auf die geologische Erkundung und Verarbeitung seltener Rohstoffe (wie Titan, Mangan, Lithium und Niob) gelegt werden, die in der Metallurgie, Medizin- und Chemieindustrie, Mikroelektronik, Flugzeugbau und anderen Industrien Verwendung finden, sowie in neuen Energiespeicher- und Übertragungs-Technologien.

Ich möchte die Regierung separat bitten, einen Blick auf den Bereich der Ernte von Bioressourcen zu werfen, wo wir einen Mechanismus von Investitionsquoten haben. Dabei gilt es, ein ausgewogenes Wachstum und eine Vollauslastung der Produktionskapazitäten zu erreichen sowie eine harmonische Entwicklung der Infrastruktur der Regionen zu gewährleisten.

Ich möchte betonen, dass die Mittel, die der Staat aus der Nutzung der Wasserbioressourcen erhält, vor allem für die Entwicklung der Infrastruktur des ländlichen Raums, die Beschäftigungsförderung und die Einkommenssteigerung der Anwohner eingesetzt werden müssen. Ich fordere die Regierung auf, diesbezüglich konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben das oft diskutiert.

Als nächstes hat Russland in den letzten Jahren große Pläne für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, Eisenbahnen und Straßen, Seehäfen und Pipelines umgesetzt. Diese zeitgerechten Entscheidungen haben es den Unternehmen ermöglicht, die Logistik unter den heutigen Bedingungen schnell wieder umzubauen und die Frachtströme in die Länder umzuleiten, die bereit und willens sind, mit Russland Handel zu treiben und zivilisierte und vorhersehbare Geschäftsbeziehungen bevorzugen.



Ein Blick auf die Karte genügt

Es ist bemerkenswert, dass die Gesamtfracht der russischen Seehäfen trotz äußerer Druckversuche in den sieben Monaten dieses Jahres nur geringfügig zurückgegangen ist. Sie ist auf dem gleichen Niveau wie im Jahr zuvor geblieben, was etwa 482 Millionen Tonnen Fracht entspricht. Letztes Jahr waren es 483 Millionen, also ist die Zahl praktisch gleichgeblieben.

Gleichzeitig erleben fernöstliche Häfen einen wahren Logistikboom. Das Volumen des Frachtumschlags und des Containerumschlags ist so groß, dass Spezialisten rund um die Uhr arbeiten, um die Arbeitsbelastung zu bewältigen. Mit einem Wort, egal wie sehr jemand Russland isolieren möchte, es ist unmöglich, dies zu tun, wie wir immer gesagt haben. **Ein Blick auf die Karte genügt.**

Wir werden natürliche Wettbewerbsvorteile nutzen, um unsere Transportkapazitäten weiter auszubauen, das Straßen- und Schienennetz auszudehnen, neue Zufahrtsstraßen zu Seeterminals zu errichten und deren Kapazität zu erweitern.

Ich habe bereits erwähnt, dass wir uns auf den Aufbau der östlichen Infrastruktur und die Entwicklung des internationalen Nord-Süd-Korridors und der Häfen des Asowschen-Schwarzmeer-Beckens konzentrieren, an denen wir weiterarbeiten werden. Sie werden russischen Unternehmen mehr Möglichkeiten für den Eintritt in die Märkte des Iran, Indiens, des Nahen Ostens und Afrikas und natürlich für gegenseitige Lieferungen aus diesen Ländern eröffnen.

Bis 2030 wird das gesamte Güter- und Frachtaufkommen auf diesen Strecken und Verkehrsadern um etwa 60 Prozent wachsen können. Wir liegen mit unseren Prognosen absolut realistisch, und so wird es auch sein. Um diese Zahlen zu erreichen, hat die Regierung spezifische „Strategiepläne“ in den drei Bereichen entworfen, die ich zuvor skizziert habe, die es uns ermöglichen werden, diese Arbeit stimmig zu gestalten, unsere Bemühungen in Bezug auf Fristen und Kapazitäten zu konsolidieren und koordinieren, um Engpässe zu beseitigen und Grenz-Kontrollpunkte und die dazugehörige Infrastruktur zu verbessern.

Neben unseren Plänen zur Erweiterung der Transportkorridore ist es wichtig, neue Schienen- und Triebfahrzeuge anzuschaffen und russische Werften mit Aufträgen für moderne hochwertige Tanker, Trockenfrachtschiffe und Containerschiffe, einschließlich Schiffe der Eisklasse, zu versorgen – dies, für den weiteren Ausbau des Nördlichen Seewegs als wichtiger Transportkorridor von nationaler und globaler Bedeutung mit – das möchte ich betonen – ganzjähriger Schifffahrt. Die hochmodernen Eisbrecher, die wir konstruieren und bauen, machen es uns schon jetzt möglich.

Über die Bedeutung der Nordseeroute

In diesem Jahr unternahm ein Containerschiff seine erste Fahrt zwischen Murmansk und Kamtschatka entlang der Nordseeroute, um die Zuverlässigkeit und Sicherheit des Schiffsbetriebs in der Arktis unter Beweis zu stellen.

Insbesondere geht es nicht nur darum, die Durchfahrt von Schiffen in der Arktis zu autorisieren oder nur zwei Zieldestinationen zu verbinden. Was wir tun müssen, ist sicherzustellen, dass die Schiffe ordnungsgemäß überholt und die Fracht in jedem Hafen

entlang der Route ordnungsgemäß umgeschlagen würde, sodass der Verkehrsplan nachhaltig, vorhersehbar und zuverlässig ist. Dann wird jeder Wegpunkt und jede Region der Nordseeroute von dem Logistikkorridor profitieren. Das sollten wir anstreben.

Die Regierung hat einen Entwicklungsplan für die nördliche Seeroute bis 2035 genehmigt, mit Plänen, 1,8 Billionen Rubel aus verschiedenen Quellen für seine Umsetzung bereitzustellen. Wie prognostiziert, wird der Frachtverkehr entlang dieses Korridors von derzeit 35 Millionen Tonnen pro Jahr auf die angestrebten 220 Millionen Tonnen pro Jahr steigen.

Die Verfügbarkeit von Frachtfahrzeugen ist sicherlich ein Schlüsselfaktor beim Transport von Waren nach und aus dem russischen Fernen Osten. Das bedeutet, dass wir wirtschaftlich gerechtfertigte und wettbewerbsfähige Frachtraten anbieten müssen. Ich fordere die Regierung auf, alle diese Fragen sorgfältig zu prüfen.

Über die Bedeutung einer eigenen Luftfahrt

Die Luftfahrt ist ein besonderes Thema für Fernost. Dabei geht es nicht nur um die Verfügbarkeit von Flügen aus dem europäischen Teil Russlands in den Fernen Osten, sondern auch um die Verbindungen zwischen den fernöstlichen Regionen selbst – die Fluggesellschaften sollten so viele Ziele, Städte und Regionen des Fernen Ostens wie möglich abdecken.

Deshalb haben wir eine individuelle Fernost-Airline gegründet. Sie bietet knapp 390 zum Teil staatlich subventionierte Flugziele an. In den nächsten drei Jahren sollte der Verkehr dieser Fluggesellschaft zunehmen und die Zahl der Ziele wird 530 übersteigen. Und wie wir nach der Eröffnung dieser Flüge sehen konnten, sind diese Ziele sehr gefragt.

Um diese Pläne umzusetzen, müssen wir die Flotte des Unternehmens erweitern, um sicherzustellen, dass sie über moderne Flugzeuge, einschließlich kleiner Flugzeuge, verfügt. Diesbezüglich wurde die Entscheidung getroffen, und ich fordere die Regierung auf, diese strikt umzusetzen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die russischen Luftfahrtunternehmen im Allgemeinen bald gründlich umgerüstet werden. Unsere Fluggesellschaften, einschließlich Aeroflot, haben das größte Auftragspaket in der modernen Geschichte für etwa 500 in Russland hergestellte Hauptstreckenflugzeuge platziert. Übrigens haben, soweit ich weiß, United Aircraft Corporation und Aeroflot am Rande dieses Eastern Economic Forum eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet, und die Zahlen darin sind ziemlich beeindruckend – über eine Billion, meine ich.

Diese hohe Nachfrage sollte einen starken Anreiz für Flugzeugfabriken und Konstruktionsbüros und für viele verwandte Branchen, einschließlich Elektronik und Flugzeugkomponenten, sowie natürlich auch für die Schulen bieten, um Fachpersonal auszubilden, darunter Ingenieure und Facharbeiter der Luftfahrtindustrie.

Ich möchte hinzufügen, dass eine Entscheidung zu einem anderen sensiblen Thema für den Fernen Osten getroffen wurde. Ich beziehe mich auf die Entwicklung flugmedizinischer Dienste und die Verbesserung der Verfügbarkeit medizinischer Versorgung für Menschen, die in abgelegenen Gebieten leben. Ab dem kommenden Jahr werden wir die Bundesmittel für diese Zwecke mehr als verdoppeln, was bedeutet, dass auch die Zahl der Flüge steigen wird und die Gesundheitsversorgung in der Region schneller und besser werden wird.



Freunde, Kollegen,

Alle unsere Entscheidungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, alle Mechanismen, die wir in Fernost umsetzen, haben den gleichen wichtigen Zweck – diese Region zu einem wirklich attraktiven Ort zum Leben, Studieren, Arbeiten, zum Gründen von Familien zu machen und sicherzustellen, dass mehr Kinder geboren werden.

Mehrere wichtige Initiativen in dieser Hinsicht wurden in das Maßnahmenpaket aufgenommen, welches die Regierung gerade prüft. Eine davon ist es, ein zeitgemäßes Lebensumfeld zu schaffen, um die lokalen Städte und Gemeinden zu verbessern.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir uns beim letzten Forum die Aufgabe gestellt haben, Masterpläne für die Entwicklung der größten fernöstlichen Städte zu entwickeln. Dazu gehören alle Verwaltungszentren der Regionen und Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern sowie Tynda und Sewerobaikalsk, die wichtigsten Stationen der Baikal-Amur-Magistrale.

Uns schwebte ein integrierter Ansatz zur Entwicklung von Kommunen vor, bei dem Pläne zur Modernisierung von Infrastruktur, sozialen Einrichtungen, Schaffung öffentlicher Räume usw. kompetent und komfortabel kombiniert würden und Wirtschafts- und Industrieprojekte auf sorgfältig kalkulierten Geschäftsmodellen beruhten.

Über die Bedeutung strategischer Entwicklungspläne

In allen Städten bestand die erste Aufgabe darin, strategische Entwicklungspläne zu erstellen. Masterpläne werden bereits in 17 Städten und Ballungsräumen aktiv auf der Grundlage dieser strategischen Pläne entwickelt. Eines davon hat mit der Entwicklung des Stadtgebiets Petropawlowsk-Kamtschatski zu tun, und vorgestern haben wir dieses Thema mit unseren Kollegen vor Ort besprochen. Noch einmal bitte ich die Regierung um größtmögliche Unterstützung bei der Umsetzung dieses und anderer Masterpläne, damit sie bedingungslos umgesetzt werden.

Hier gilt es unter anderem Instrumente wie die Fernost-Konzession, die staatlichen Infrastrukturkredite und Infrastrukturanleihen zu nutzen. In diesen Programmen müssen Zielgrenzen für Fernost festgelegt werden. Die Mittel sollten für die Stadtentwicklung und Stadtverbesserung und natürlich für die Infrastruktur verwendet werden, einschließlich der Modernisierung bestehender Netze und Anschlüsse an Versorgungsbetriebe.

Ich möchte hinzufügen, dass ich auf dem letzten St. Petersburger Wirtschaftsforum die Regierung angewiesen habe, jährlich weitere 10 Milliarden Rubel für Verbesserungsprojekte in russischen Städten bereitzustellen. Ich denke, es wäre richtig, die Hälfte dieser Finanzierung, also 5 Milliarden pro Jahr, in die Modernisierung fernöstlicher Städte und Städte mit weniger als 250.000 Einwohnern zu leiten.

Außerdem sollten im Rahmen aller unserer wichtigsten Infrastrukturentwicklungsprogramme getrennte Ressourcen für Projekte zur Modernisierung fernöstlicher Städte bereitgestellt werden. Eine solche Weisung habe ich bereits erlassen, und ich bitte Sie, schnellstmöglich für deren Umsetzung zu sorgen. Im Bundeshaushalt sollen für die nächsten drei Jahre Zielgrenzen festgelegt werden.

Etwas anderes möchte ich betonen – wir müssen den Wohnungsbau in Fernost steigern und gleichzeitig die fortschrittlichsten „grünen“ und energieeffizienten Bautechnologien umfassend anwenden.

In diesem Jahr wurde das Far Eastern Quartier-Programm gestartet. Im Rahmen dieses Programms können Erschließungsunternehmen vorrangige Prioritäts-Entwicklungs-Zonen nutzen, einschließlich Steuer- und Infrastrukturvorteile, wodurch die Kosten für Wohnungen und der Preis für fertiggestellte Wohnungen gesenkt würden. Dadurch wird die Verfügbarkeit von Wohnraum für die Menschen erhöht. Mit diesem Kostensenkungsmechanismus sollen bis 2030 rund 2,5 Millionen Quadratmeter Wohnraum gebaut werden. Ich fordere die regionalen Behörden und das Ministerium für Entwicklung des russischen Fernen Ostens auf, bis Ende des Jahres die ersten Ausschreibungen durchzuführen, die Bauträger auszuwählen und mit der Planung und Entwicklung der Wohngebäude zu beginnen.

Als nächstes haben die Bewohner des Fernen Ostens Anspruch auf spezielle, vergünstigte Hypothekarkonditionen. Bis zu 48.000 Familien haben bereits neue Wohnungen mit Hypotheken mit einem Zinssatz von 2 Prozent erworben. In diesem Jahr haben wir das Fernost-Hypothekarprogramm so erweitert, dass sich neben jungen Fernost-Bewohnern auch Ärzte und Lehrer jeden Alters dafür bewerben können.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Programm bis 2024 geplant ist. Aber angesichts der Nachfrage und Wirksamkeit – und dieses Programm funktioniert effektiv – schlage ich vor, es bis mindestens 2030 zu verlängern. Ich hoffe, dass die Bewohner des Fernen Ostens dies auch zu schätzen wissen.

(Beifall)



Eine separate Entscheidung betrifft die Unterstützung junger Berufstätiger, die in den Fernen Osten kommen oder örtliche Bildungseinrichtungen absolvieren, einen Job finden und eine Unterkunft vor Ort in Betracht ziehen. Bis zu 10.000 Mietwohnungen werden für sie gebaut. Der Mietpreis wird aufgrund von Zuschüssen aus den Landes- und Bundeshaushalten deutlich unter dem Marktniveau liegen. Die Regierung hat eine solche Maßnahme bereits ins Auge gefasst. Ich bitte Sie, alle Details auszuarbeiten, um unverzüglich mit dem Bau von Mietwohnungen für Young Professionals zu beginnen. Und ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Lage dieser Wohnungen in den Bebauungsleitplänen für fernöstliche Städte enthalten sein sollte, das heißt, die gesamte notwendige Infrastruktur sollte vorhanden sein, kurz gesagt, solche Wohnungen sollten bequem sein und sich der Nachfrage erfreuen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die fernöstlichen Regionen, wie viele andere Regionen der Russischen Föderation, heute einen Mangel an Arbeitskräften erleben. Darüber hinaus werden wir einige wichtige Schritte unternehmen, um Personalschulungen für Schlüsselkompetenzen zu intensivieren. Bis 2030 werden über 900 moderne Werkstätten in fernöstlichen Hochschulen eröffnet, und in naher Zukunft, bis Ende 2025, werden wir 29 Produktions- und Bildungscluster eröffnen. Darüber hinaus erhalten Unternehmen eine Entschädigung für die Beschäftigung junger Arbeitnehmer.

Über die Bedeutung der humanen Ressourcen

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung im russischen Fernen Osten. Das Ziel besteht darin, qualifizierte Auszubildende zu gewinnen, Einrichtungen und Ausrüstungen von Hochschuleinrichtungen zu verbessern und Stipendien bereitzustellen, um die akademische Forschung und zukünftige Entwicklungen in den entscheidenden Bereichen der technologischen Agenda zu stimulieren.

Es gibt Netzwerkprogramme für fernöstliche Universitäten, die Bildungseinrichtungen in der Region mit den führenden Universitäten des Landes wie der St. Petersburg State Marine

Technical University, dem Moscow Aviation Institute und anderen verbinden. Wir werden diesen Bereich der Zusammenarbeit zweifellos unterstützen.

Schließlich werden 2025 Zweigstellen des Russischen Instituts für Theaterkunst (GITIS), des National-Staats-Gerasimow-Instituts der Cinematography (VGIK) und des Boris Shchukin Theater Instituts im russischen Fernen Osten eröffnet, um Kultur- und Kunstschaaffende auszubilden. Ich möchte die Regierung bitten, alle notwendige Unterstützung bereitzustellen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die fernöstlichen Regionen ihre eigenen beruflichen Entwicklungsinitiativen anbieten. Beispielsweise unterstützt die Agentur für strategische Initiativen in der Region Sachalin ein Pilotprojekt namens *Gemeinsam-Geld-Verdienen*. Die Teilnehmer des Projekts können sich kostenlos weiterbilden, Karriereberatung erhalten und Unterstützung bei der Unternehmensgründung erhalten. Basierend auf den Ergebnissen dieser Pilotprojekte werden wir über eine Ausweitung nachdenken.

Erwähnen möchte ich auch ein Trainingsprogramm für eine neue Generation von Führungskräften in Fernost. Schwerpunkte des Programms sind der Aufbau eines lokalen Talentpools sowie die Integration von Studiengängen und Praktika in Ämtern und Entwicklungseinrichtungen. Dieses Programm läuft bereits und ich schlage vor, dass sich die Leiter aller Regionen im Fernöstlichen Bundesdistrikt daran beteiligen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meine Bemerkungen abschließen, indem ich noch einmal betone, dass der modernen globalen Wirtschaft und dem gesamten System der internationalen Beziehungen Herausforderungen gegenüberstehen. Ich glaube jedoch, dass die Logik der Zusammenarbeit, die Angleichung der Potenziale und gegenseitigen Vorteile, an denen unsere Länder und unsere Freunde in der Region festhalten, sich auf jeden Fall durchsetzen werden. Indem wir die Wettbewerbsvorteile und Stärken der Länder im asiatisch-pazifischen Raum sinnvoll nutzen und konstruktive Partnerschaften aufbauen, werden wir unseren Völkern neue kolossale Möglichkeiten eröffnen. Wir sind bereit, gemeinsam für eine erfolgreiche Zukunft zu arbeiten. Und wir danken unseren Partnern für die Teilnahme an dieser Arbeit.

Danke.

Teil 2 – Antworten aus Wladiwostok von Präsident Wladimir Putin auf brennende Fragen

Übersetzung aus dem Russischen: Unser-Mitteuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Antworten aus Wladiwostok von Präsident Wladimir Putin auf brennende Fragen

11. 09. 2022



Wladimir Putin, Gastgeber des Eastern Economic Forums am 7. Sept. 2022

Teil II: Der Präsident der Russischen Föderation im Interview



Ilya Doronov, Moderator & Geschäftsführer von RBC TV stellt die Fragen

Zum Konflikt in der Ukraine

Ilya Doronov: Herr Präsident, vielen Dank.

Liegt es an mir oder haben Sie in Ihrer Rede wirklich kein einziges Mal die Ukraine erwähnt?



Wladimir Putin: Gehört dieses Land zum asiatisch-pazifischen Raum? Ich glaube nicht. Und hier auf dieser Konferenz diskutieren wir regionale Fragen, nachdem wir in den Fernen Osten Russlands gereist sind. Aber wenn Sie an irgendwelchen Entwicklungen in dieser Region interessiert sind, bin ich bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Ilya Doronov: Aber natürlich gibt die Situation Anlass zur Sorge, denn obwohl wir hier – ich habe es konkret ausgerechnet – etwa 7.000 Kilometer vom Kampfgebiet entfernt sind, sind die Auswirkungen dessen, was dort passiert, auch hier zu spüren, auch in Fernost.

Wladimir Putin: Ich verstehe!

Ilya Doronov: Man kann wahrscheinlich zwei Arten von Auswirkungen feststellen. In wirtschaftlicher Hinsicht haben wir gesehen, dass sich unsere gewohnte Lebensweise ändert, nachdem wir Bankensysteme, Autohersteller und andere Erzeuger hatten und jene Russland plötzlich verließen. Und darüber gibt es den menschlichen Aspekt, zumal Familien darüber gespalten sind, wenn Verwandte auf verschiedenen Seiten der Grenze aufhören miteinander zu reden – solche Dinge.

Ich habe eine Frage zu unserem Land – was haben wir Ihrer Meinung nach als Staat seit dem 24. Februar gewonnen und was verloren?

Wladimir Putin: Ich denke – ich bin mir sicher – dass wir nichts verloren haben und auch nichts verlieren werden. Zu unseren Errungenschaften kann ich sagen, dass wir in erster Linie unsere Souveränität gestärkt haben, was die unvermeidliche Folge dessen ist, was gerade geschieht.

Tatsächlich findet eine gewisse Polarisierung statt – sowohl draussen in der Welt als auch innerhalb Russlands. Ich glaube, das wird uns, wenn überhaupt nur zugutekommen, weil wir alles Unnötige oder Schädliche und alles, was unseren Fortschritt behindert, loswerden. Wir werden Fahrt aufnehmen, das Entwicklungstempo beschleunigen, denn moderne Entwicklung kann nur auf Souveränität beruhen. Alle unsere Schritte in diese Richtung zielen darauf ab, unsere Souveränität zu stärken. Das ist der erste Punkt.

Zweitens und am wichtigsten – ich möchte dies noch einmal betonen, obwohl es bereits erwähnt wurde, sehe ich es, und möchte betonen, dass dies ein absolut richtiger Punkt ist: Wir haben nichts in Bezug auf Feindseligkeiten begonnen; wir versuchen nur, sie zu beenden.

Tatsächlich begannen die Feindseligkeiten im Jahr 2014 nach dem Putsch in der Ukraine, der von Leuten durchgeführt wurde, die keine normale friedliche Entwicklung wollten und die versuchten, ihr eigenes Volk zu unterdrücken, indem sie eine Militäroperation nach der anderen starteten und die im Donbass lebenden Menschen über acht Jahre einem Völkermord aussetzten.

Nach wiederholten Anstrengungen das Problem friedlich zu lösen traf Russland diese Entscheidung, nachdem wir die Aktionen unseres potenziellen Gegners spiegelten unter Einsatz von militärischer Gewalt. Wir haben dies wissentlich getan, und alle unsere Aktionen zielen darauf ab, den Menschen zu helfen, die im Donbass leben. Das ist unsere Pflicht, und wir werden sie bis zum Ende erfüllen. Letztlich stärkt dies unser Land – von innen her und vom aussenpolitischen Standpunkt.

<...>

Zu den Besonderheiten westlicher Sanktionspolitik



Ilya Doronov: Herr Präsident, gerade hat der Premierminister von Myanmar in seiner Rede davon gesprochen, sowohl Land- als auch Seerouten ausfindig zu machen. Myanmar ist sehr daran interessiert, unsere Düngemittel zu importieren. Aber ich möchte Sie nach dem Getreideabkommen befragen, das diesen Sommer ausgehandelt wurde.

Es sieht so aus, als hätten wir eine Einigung mit gewissen Zugeständnissen, erzielt und jetzt stellt sich heraus, dass wir erstens kein Getreide selbst exportieren dürfen und zweitens nur zwei Schiffe mit Getreide es tatsächlich nach Afrika geschafft haben. Unser Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen sagte heute, dass Russland sogar erwägen könnte, sich aus dem Abkommen zurückzuziehen. Der Deal soll im November enden.

Wladimir Putin: Was meinen Sie mit dem Deal?

Ilya Doronov: Das Getreideabkommen, die Vereinbarung mit der Ukraine, die in Turkiye über Getreideexporte erzielt wurde.

Wladimir Putin: Offiziell wurden die Sanktionen für unsere Düngemittel und Lebensmittel aufgehoben, aber in Wirklichkeit bleiben bestimmte Einschränkungen bestehen. Dies ist eine komplizierte und hinterfotzige Situation. Es scheint, dass es keine direkten Sanktionen für unsere Produkte gibt, aber es gibt Einschränkungen in Bezug auf Logistik, Schiffs-Charter, Geldtransfers und Versicherungen. Viele dieser Beschränkungen bestehen fort, obwohl den Bemühungen des UN-Generalsekretärs und der Vereinten Nationen im Allgemeinen Anerkennung gezollt werden sollte: Wenn es um das Chartern von Schiffen geht, wurden viele Beschränkungen aufgehoben, trotz der Sanktionen, die gegen die Häfen verhängt wurden, aus denen wir Frachten verschiffen. Dennoch wurde dieser Sektor von den Restriktionen befreit und die Schiffe können bereits unsere Häfen anlaufen. Die Lage verbessert sich also.

Doch gibt es immer noch bestimmte Einschränkungen, die uns daran hindern, sicherzustellen, dass die Interessen aller Verbraucher auf den globalen Märkten für Lebensmittel erfüllt würden. In Folge steigen die Preise auf den Weltmärkten. Jedoch hoffen wir, dass die verbleibenden Beschränkungen aufgehoben werden. Dies ist der erste Punkt.

Zweitens: Sie erinnern sich vielleicht an meine Treffen mit unseren Freunden in Afrika und afrikanischen Organisationen. Wie ich in meiner Rede erwähnte, haben wir versprochen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um den Interessen der Entwicklungsländer zu dienen – insbesondere durch die Sicherstellung der Versorgung ihrer Märkte, einschließlich der Versorgung mit ukrainischem Getreide. Als wir darüber diskutierten, war dies das Verständnis.

Was wir herausfanden, ist eine noch dreistere Täuschung. Doch sie haben nicht *uns* getäuscht: Sie haben die internationale Gemeinschaft, ihre Partner in Afrika und andere Länder, die dringend Lebensmittel benötigten, getäuscht. Es ist ein Betrugsschwindel, Unverfrorenheit und infames Vorgehen gegenüber den Partnern, denen das Geschäft zugutekommen sollte. Es war ein Reinleger, nicht wahr?

Zur multipolaren Weltordnung



Ilya Doronov: Herr Präsident, es gibt eine Frage nach der Rede von Herrn Pashinyan. Er sagte, jeder wolle Frieden, aber jeder habe seine eigenen Vorstellungen von der Welt und seine eigenen Vorstellungen von Multipolarität. Das ist das besondere Thema unseres Forums. Was ist Russlands Vorstellung von der Welt und Multipolarität?

Wladimir Putin: Das haben wir schon oft dargelegt, und ich kann es bekräftigen. Unsere Vorstellung von Multipolarität und der Welt ist, dass die Welt viel gerechter sein und die Welt nicht auf dem Diktat eines Landes beruhen sollte, welches sich als Repräsentant Gottes auf Erden, und vielleicht noch darüber, versteht und all seine Politik von seiner angeblichen Aussergewöhnlichkeit ableitet.

Wir müssen die Interessen anderer Länder respektieren und sie gleichbehandeln, unabhängig von der Größe ihres Territoriums, ihres BIP oder ob ihre Armee über moderne Waffen verfügt. Die Grundlagen müssen die Grundsätze des Völkerrechts sein und nicht irgendwelche Regeln, die sich irgendwer ausdenkt.

So erreicht man Gerechtigkeit, so erzielt man eine stabile Weltordnung. Dies ist und wird immer unserer Grundlage bleiben, und wir werden für unsere Souveränität kämpfen. Lassen Sie niemanden daran zweifeln, dass wir bereit sind, unter diesen Bedingungen mit jedem Staat zusammenzuarbeiten, der dies wünscht, und wir dies so tun werden. Ich glaube, dass am Ende sich alles in eine solche Richtung entwickeln und alles wieder zur Normalität zurückkehren wird.

Zu Fragen des Völkerrechts und Rechts auf Selbstbestimmung



Ilya Doronov: Wenn ich das jetzt klarstellen darf: Sie sagten, dass jeder alles frei wählen könne und internationales Recht wertvoll sei. Warum gelingt es uns dann nicht, gewisse Probleme friedlich zu lösen?

Wladimir Putin: Weil internationales Recht immer verletzt wird. Heute sagen viele, Russland verstoße gegen das Völkerrecht. Ich glaube, dass dies in keiner Weise der Realität entspricht.

Wer hat den Krieg im Irak ohne Erlaubnis der Vereinten Nationen begonnen? Wer hat Jugoslawien unter fadenscheinigen Vorwänden zerstört? Wer war das? Wer hat mit der Bombardierung von Belgrad einen Krieg im Zentrum Europas entfesselt? Niemand wollte sich damals an die Grundsätze des Völkerrechts erinnern.

Ich werde eine einfache, auf das Völkerrecht bezogene Argumentation vortragen, um die Gültigkeit unserer Handlungen zu beweisen:

Die UN-Charta enthält eine Bestimmung über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung. Während der Kosovo-Krise entschied der Internationale Gerichtshof, dass, wenn ein Teil eines Territoriums – ein Teil eines Landes die Unabhängigkeit erklärt, er die Zentralregierung dieses Landes nicht um Erlaubnis fragen muss. Dies war der Fall mit dem Kosovo.

Ist die Situation mit der Republik Donezk und der Republik Lugansk nicht das Gleiche? Es ist das Gleiche. Da sie dieses Recht haben – und sie haben es gemäß der UN-Charta und dem Recht auf Selbstbestimmung – haben sie davon Gebrauch gemacht und ihre Unabhängigkeit erklärt. Haben sie dieses Recht nach internationalem Recht und UN-Charta? Das haben sie, und dieses Recht wird durch das entsprechende Urteil des UN-Gerichtshofs in Bezug auf den Kosovo bestätigt. Es ist ein Präzedenzfall.

Wenn sie dieses Recht haben, das sie anwandten, haben wir oder irgendein anderes Land dann das Recht sie anzuerkennen? Wir haben es. Also haben wir sie erkannt. Wenn wir sie anerkennen, können wir mit ihnen einen internationalen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand abschließen? Natürlich können wir das. Und wir haben es getan. Dieser Vertrag wurde vom Parlament der Russischen Föderation und ihren jeweiligen Parlamenten ratifiziert, und Russland hat darin bestimmte Verpflichtungen, wie zum Beispiel ihnen Hilfe, auch im Falle einer Aggression, zukommen zu lassen.

In diesem Fall kam die Aggression vom Kiewer Regime, das eigentlich illegitim ist, weil es auf einem Putsch beruht, der heute die ultimative Quelle der Macht in der Ukraine darstellt.

Das ist es, was wir machen. Ist das mit der UN-Charta vereinbar? Es ist. Es gibt Artikel 51 der UN-Charta, der Verteidigung und Selbstverteidigung abdeckt. Als Vertragspartei dieses Vertrags und in Übereinstimmung mit dieser Klausel und diesem Artikel der UN-Charta sind wir verpflichtet, unseren Verbündeten Hilfe zu leisten. Das tun wir.

Hier ist eine einfache Argumentation, die vollständig mit dem Völkerrecht übereinstimmt. Das ist alles, was dazu gehört. War die Situation beispielsweise im Irak dieselbe? Sie bombardierten dieses Land und zerschmetterten es. Dasselbe geschah in Libyen, das ebenfalls zertrümmert wurde. Wo blieb da das Völkerrecht? Es war dort nirgendwo zu sehen.

Jeder, der solches tat, ist sich voll und ganz bewusst, dass dies nicht mit internationalem Recht vereinbar ist. Deshalb sprechen sie immer wieder von einigen weit hergeholten Regeln. Welche Regeln? Was haben sie sich ausgedacht? Von wo haben sie diese Regeln hervorgeholt? Sollen Sie doch selbst nach diesen Regeln leben.

Ilya Doronov: Vielen Dank.

Zu Fragen geänderter Energieversorgung



Ilya Doronov: Herr Präsident, zumal wir über Themen mit Bezug zu Gas diskutieren, geht es nach den letzten Nachrichten um ein Deckeln für Gas- und Ölpreise, was von den G7 oder der EU verabschiedet werden soll. Wie denken Sie darüber, und was werden wir in dieser Hinsicht tun?

Falls die westliche Richtung geschlossen bliebe, wird der Ferne Osten dann in der Lage sein, alle unsere Bedürfnisse zu befriedigen, und werden wir in der Lage sein, alle unsere Ressourcenexporte nach Osten umzulenken?



Wladimir Putin: Zunächst einmal sollten unsere Energieressourcen genutzt werden, um unser Land voranzubringen. Dazu gehören alle Primärenergieträger und alle Bodenschätze. Aber wir haben diese in Hülle und Fülle und können die wachsende Nachfrage aller erfüllen, die bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten. Das ist eine gute und lukrative Zusammenarbeit für unsere Partner und sehr vorteilhaft, auch für die europäischen Länder, denn unser Gas via Pipelines ist um viele Größenordnungen wettbewerbsfähiger als das verflüssigte Erdgas, das über den Ozean gebracht würde. Das ist eindeutig so.

Durch die jahrzehntelange Nutzung von Erdgas aus der Russischen Föderation hatten die führenden europäischen Volkswirtschaften eindeutig Vorteile globaler Tragweite. Wenn sie glauben, diese Vorteile nicht nutzen zu wollen, ist das ok für uns und stört uns nicht in geringster Weise, denn der Energiebedarf weltweit bleibt hoch. Es geht nicht nur um unsere Freunde aus der Volksrepublik China, deren Wirtschaft schnell wächst und wie ich sagte und jeder weltweit sehr wohl weiß, dass der Energiebedarf weiter steigt. Wir sind bereit, mit jedem Land zusammenzuarbeiten. Es gibt viele solcher Länder rund um die Erde.

Natürlich galt der europäische Markt schon immer als erstklassiger Markt, aber die internationale Situation hat sich schnell verändert und hat jüngst mit dem Ausbruch der Ukraine-Krise seinen erstklassigen Status verloren. Sogar die US-Partner der Europäer haben ihre LNG-Tanker in asiatische Länder umgeleitet.

Ilya Doronov: Weil es dort mit einem Aufschlag verkauft werden kann.

Wladimir Putin: Inklusive nach China. Nur weil sie es dort für mehr Geld verkaufen können, so einfach ist das. Amerikaner sind sehr pragmatische Leute.

Sie führten einen Krieg gegen eines unserer LNG-Projekte in der Arktis – und ich werde nicht auf die Führungskräfte dieses Unternehmens eingehen – aber der erste Tanker, der LNG aus diesem Feld und dieser Förderung abtransportierte, fuhr in die Vereinigten Staaten, weil es ein profitabler Handel war.

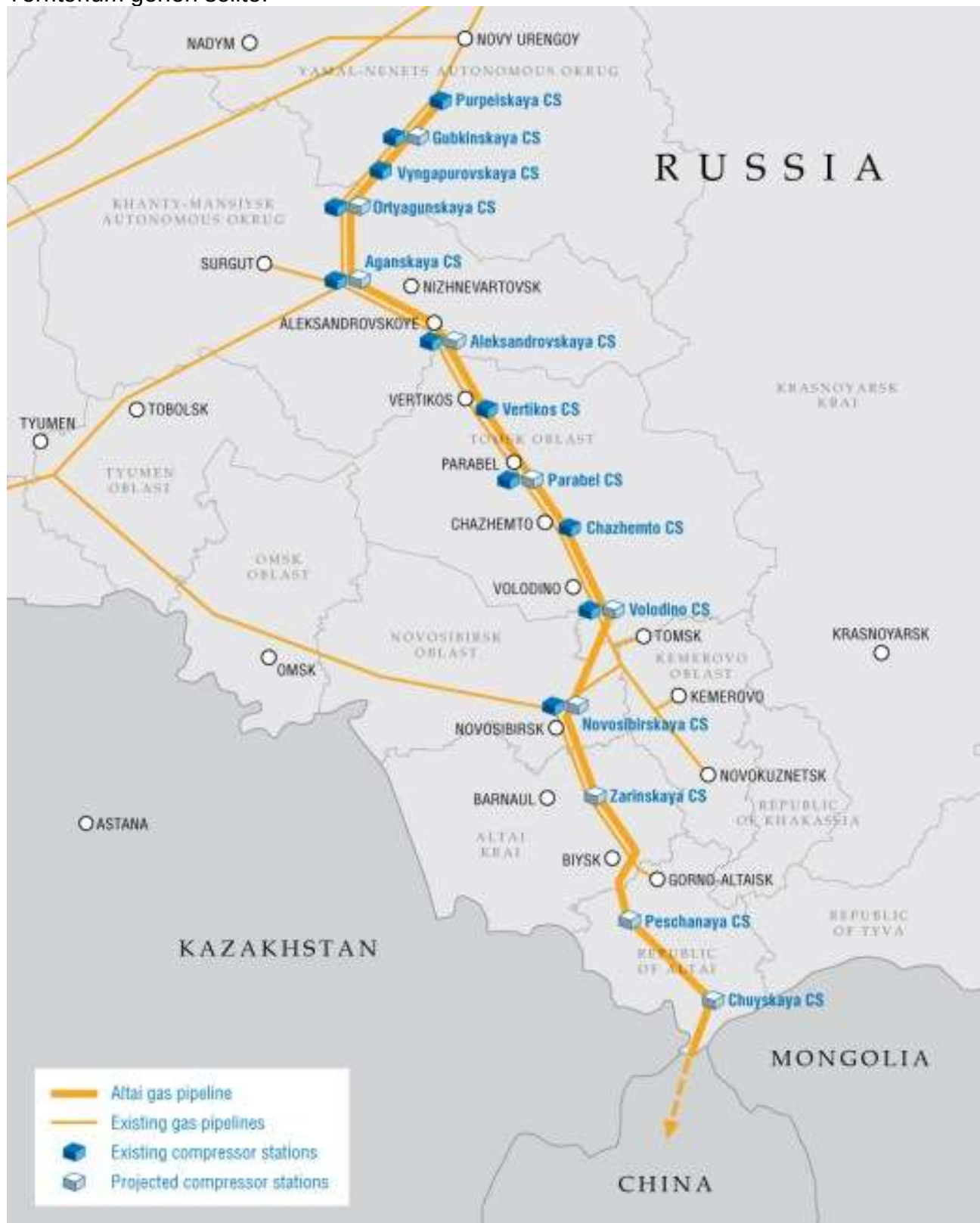
Als Herr Leonid Michelson (CEO der russischen Gaskonzerns Novatek) mir diese Begebenheit erzählte, war meine erste Reaktion Ungläubigkeit. Ich sagte: „Komm schon, das doch kann nicht wahr sein?“ Doch er sagte, es sei wahr. Ich fragte ihn warum und die Antwort war, weil es ein gutes Geschäft war und sie schlugen sofort ein. Sie sind pragmatische Leute, und wir können in dieser Hinsicht von ihnen lernen.

Was unsere Ressourcen angeht – wissen Sie – ist die Nachfrage auf den Weltmärkten so hoch, dass wir kein Problem haben, sie zu verkaufen, insbesondere wenn wir es mit einer so großen Wirtschaft, wie mit China zu tun haben. In der Tat ist China heute nach Kaufkraftparität die größte Volkswirtschaft der Welt. Die chinesische Wirtschaft ist größer als die amerikanische. Ihr Bedarf ist am steigen, wir haben stabile Vereinbarungen und unsere Beziehungen haben beispiellose Höhen erreicht: Die „Power of Siberia (Kraft von Sibirien)“ Pipeline (Sila Sibiri) arbeitet auf Hochtouren.



Sila Sibiri oder Kraft von Sibirien Pipeline: China-Russland-Ost-Routen Gas-Pipeline
Quelle: Khu'hamgaba Kitap, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>;
via Wikimedia Commons

Wir studieren auch andere Routen. Übrigens gibt es eine mögliche Route über das Primorje-Territorium oder über die Mongolei. Solche Entscheidungen werden nicht über Nacht getroffen, weil nicht jeder will es – viele wollen es, aber es hängt stark von den wirtschaftlichen und geologischen Bedingungen ab. Soweit ich weiß, haben sich die Wirtschaftsunternehmer geeinigt. Alle meinen, dass eine der Routen durch das mongolische Territorium gehen sollte.



Mögliche Route der Altai Gas Pipeline oder Power of Siberia II
 Quelle: www.gazprom.com/f/posts/59/990512/map_altai_eng.jpg

Die Mongolei ist ein freundliches Land. Es ist politisch stabil, und wir sehen hier keine Probleme. Soweit ich weiß, obwohl wir Herrn Miller (Alexei Miller, CEO von Gazprom) später noch fragen können, hat man im Allgemeinen alle Parameter dieses Geschäfts genehmigt. Sie einigten sich sogar mit unseren chinesischen Freunden auf Preisparameter, was nie so ganz einfach ist. Unsere chinesischen Freunde sind harte Verhandler. Natürlich gehen sie bei jedem Deal von ihren nationalen Interessen aus, und das ist der einzige Weg. Aber sie sind stabile und verlässliche Partner und der Markt ist riesig.

Aber es steckt noch mehr dahinter. Wir werden uns auch mit Flüssiggas und dem Verkauf von LNG auf der ganzen Welt befassen. Wie Sie sehen, habe ich bereits ein Beispiel für den ersten arktischen LNG-1-Tanker genannt – aus einer Lagerstätte in der Arktis natürlich. Jeder kauft es. Man wird es kaufen, es wird für sie rentabel sein. Also wir haben überhaupt keine Probleme. Wenn die europäischen Länder darauf verzichten und ihre Wettbewerbsvorteile aufgeben wollten, ist das deren Sache. Lass sie dies machen.

Ilya Doronov: Würden uns Preisobergrenzen für Gas schwer treffen?

Wladimir Putin: Nun, das ist nur eine weitere Dummheit – noch eine nicht marktwirtschaftliche Entscheidung ohne Perspektive. Alle administrativen Restriktionen im Welthandel führen nur zu Disproportionen und Preissprüngen. Was jetzt auf den europäischen Märkten passiert, ist das Ergebnis vollbracht von europäischen Spezialisten und der Europäischen Kommission. Wir haben immer darauf gepocht, dass die Preise auf Grundlage langfristiger Verträge basiert und an dieselbe Marktkategorie gebunden würden, wie die Preise für Öl und Ölprodukte, an denselben Warenkorb. Die Preise für Öl und Ölprodukte werden vom Markt gebildet und der Gaspreis gemäss langfristigen Verträgen ist an diesen Preis gekoppelt. Wieso das? Weil die Förderung große Investitionen erfordert und diejenigen, die in die Produktion investieren, wollen sicher gehen, dass das Produkt verkauft würde. Deshalb ist Gazprom generell an langfristigen Verträgen interessiert.

Sie (die EU-Europäer) sagten uns immer wieder: „Nein, das ist nicht marktbasiert...“ und wir sollten die Preise vom Spotmarkt als Benchmark verwenden. Wir haben versucht, sie umzustimmen – ich persönlich habe das in Brüssel getan. Ich sagte: „Tun Sie das nicht, denn der Erdgashandel ist ein besonderes Segment des Weltmarktes. Diejenigen, die es produzieren und verkaufen, und diejenigen, die es kaufen, müssen darauf vertrauen können, dass ihre Beziehung zuverlässig ist.“ „Nein“, sagten sie, weil sie glaubten, der damalige Preis wäre zu hoch gelegen. Hundert Dollar für 1.000 Kubikmeter schien ihnen damals ein extrem hoher Preis zu sein und später sagten sie dasselbe über den Preis von 300 Dollar. Dort lagen die Preise damals. Heute, mal sehen, hat der Preis 3.000 Euro überschritten. Wir sagten immer wieder: „Machen Sie das nicht!“ Dennoch haben sie ihre Unternehmen praktisch dazu gezwungen, sich für eine Bindung an die Spot [Marktpreise] zu entscheiden, und haben uns dasselbe auferlegt bzw. aufgezwungen!

Wir haben das nicht gefordert – die Europäer haben es uns aufgezwungen. Zuerst haben sie diese wirklich idiotischen Entscheidungen in Bezug auf den Gashandel durchgesetzt, und nachdem sie gesehen haben, was jetzt passiert, haben sie angefangen, darüber nachzudenken, wie sie da rauskommen. Also, wie? Sie wollen den Preis begrenzen und greifen auf administrative Maßnahmen zurück. Noch mehr an Absurdität und Unsinn, was die Preise auf den Weltmärkten, einschließlich des europäischen Marktes, in die Höhe schießen lassen würde. Mit administrativen Maßnahmen ist in Wirtschaft und Welthandel nichts zu erreichen.

Ilya Doronov: Haben wir die Nord Stream 2-Pipeline ohne Grund gebaut?

Wladimir Putin: Nein, wir bauen nichts ohne Grund. Wir haben die nötige Technik bekommen und unsere Arbeit ordentlich erledigt. Bei Bedarf nehmen wir Nord Stream 2 in Betrieb. Falls dieses Thema für Sie von Interesse wäre, kann ich noch ausführlicher darauf eingehen, aber ich würde es vorziehen, keine Zeit darauf zu verschwenden.

Ilya Doronov: Nein – Sie haben viel zu diesem Thema gesagt, Sie sagten, wir seien bereit und die Pipeline sei gebaut.

Wladimir Putin: Nord Stream 1 ist praktisch geschlossen, und alle sagen: „Russland setzt dies jetzt als Energiewaffe ein.“ Noch mehr Unsinn und Quatsch. Welche Waffe benutzen wir? Wir liefern so viel Gas, wie unsere Partner benötigen, so viel, wie sie bestellten. Wir pumpen kein Gas in die Luft, sondern liefern die bestellte Menge. Wir führen die Bestellungen aus, die wir erhalten.

Was ist passiert? Der Betrieb einer der beiden quer durch die Ukraine verlaufenden Gaspipelines wurde von der Ukraine aus erfundenen Gründen eingestellt, indem sie behaupten, es gebe keine Kontrolle darüber. Sie haben sie selbst still gelegt. Nicht wir haben sie abgeschaltet, die Ukraine hat es getan. Das ist mein erster Punkt.

Eine weitere Pipeline, Jamal–Europa, verläuft durch Polen. Polen verhängte Sanktionen gegen diese Gaspipeline und stellte ihren Betrieb ein. Waren wir es, die das getan haben? Nein, die Polen haben es getan. Die Ukrainer haben es getan und die Polen.

In Bezug auf Nord Stream 1 haben sich unsere deutschen Partner darauf verständigt, dass alle technischen Aspekte von Nord Stream 1, einschließlich der Wartung von Gaspump-Turbineneinheiten, britischem Recht unterliegen sollen. Das war mir erst selbst nicht bekannt und ich habe es erst über Herrn Miller erfahren: Gazprom musste einen Vertrag über die Wartung dieser von Siemens hergestellten Einheiten nicht mit der Siemens-Zentrale, sondern mit ihrer in Großbritannien ansässigen Tochtergesellschaft unterzeichnen, die Gazprom mit Sanktionen belegte, und sich bereit erklärten, die Turbinen in einem Siemens-Werk in Kanada reparieren zu lassen.

Was haben wir mit all dem zu tun? Kanada nahm den Auftrag schließlich an, gab aber zahlreichen Anfragen aus Deutschland nach und gab es an Deutschland weiter, während die Turbinen gemäß der Vereinbarung mit der Siemens-Tochter in Großbritannien direkt nach St. Petersburg verschifft werden sollten. Logistikvereinbarungen hatten sich geändert und der Vertrag müsste überarbeitet werden. Doch die britische Siemens-Tochter antwortet nicht einmal auf Anfragen von Gazprom.

Sie können so viele Fotos mit der Turbine machen, wie Sie möchten, aber geben Sie uns die Dokumente – es ist zum Schreien. Es ist unser Eigentum. Wir müssen den rechtlichen Status dieses Gegenstands und seinen technischen Zustand in Erfahrung bringen. Sie geben uns nichts ausser Geschwätz.

Die letzte Turbine ist jetzt außer Betrieb, also kamen Siemens-Vertreter, um sich das anzusehen. Es gibt ein Ölleck, das eine Explosions- und Brandgefahr darstellt. Es gibt keine Möglichkeit, die Turbine in ihrem derzeitigen Zustand im Betrieb zu belassen. Gäben Sie uns die Turbinen, und wir würden Nord Stream 1 über Nacht in Betrieb setzen. Sie geben uns nichts. Sie sagen, wir hätten eine Waffe daraus gemacht. Worüber reden sie? Sie haben selbst alles vermässelt und sind sich jetzt nicht sicher, was sie dagegen machen sollen. Sie manövrierten sich selbst in die Sackgasse ihrer Sanktionen.

Es gibt nur einen Ausweg. Die Menschen in Deutschland machten eine Kundgebung, um Nord Stream 2 in Betrieb zu setzen. Wir unterstützen die Forderungen der deutschen Verbraucher und sind bereit, dies bereits morgen zu tun. Wir müssen nur auf den Knopf drücken, aber wir sind nicht diejenigen, die Nord Stream 2 mit Sanktionen belegt hatten. Dies geschah auf Druck der Vereinigten Staaten. Warum üben sie Druck aus? Weil sie ihr Gas zu einem stattlichen Preis verkaufen möchten. Wir kennen auch die Position der ehemaligen US-Regierung. Sie sagten: „Ja, wir verkaufen zu einem höheren Preis, aber Sie sollen unser Gas kaufen, weil wir ihnen Schutz bieten.“ Lassen wir sie eben kaufen, falls sie sich so entscheiden wollten. Wir werden unsere Produkte verkaufen.

Ilya Doronov: Da wir über Großbritannien sprachen, habe ich eine Anschlussfrage an Sie. Liz Truss ist die neue Premierministerin und Nachfolgerin von Boris Johnson. Welche Erwartungen haben Sie an den neuen Ministerpräsidenten? Habe ich recht mit der Annahme, dass es keine Hoffnung auf eine Verbesserung unserer Beziehungen gibt, nach all dem, was sie zu sagen hatte?

Wladimir Putin: Beachten Sie, dass das britische Verfahren zur Wahl des Staatsoberhauptes weit entfernt von den Grundsätzen einer Demokratie ist. Es ist auf die Partei beschränkt, die die vorangegangene Parlamentswahl gewonnen hat. Die Menschen in Großbritannien haben beim Regierungswechsel kein Mitspracherecht. Die herrschende Elite hält sich an ihre Regeln. Wir wissen, wie die Tories zu diesen Fragen stehen, auch in Bezug auf Russland. Es liegt an ihnen zu entscheiden, wie sie die Beziehungen zur Russischen Föderation gestalten mögen. Unsere Aufgabe ist es, unsere Interessen zu vertreten. Das werden wir konsequent tun, daran besteht kein Zweifel.

Ilya Doronov: Vielen Dank.

<...>

Zur wachsenden Bedeutung der Geschäfte in Richtung Fernost

Ilya Doronov: Herr Präsident, wir haben gerade gehört, dass wir Grenzübergänge öffnen, eine Eisenbahnbrücke in Betrieb nehmen, aber wir stießen buchstäblich auf Engpässe. Sie haben im September vergangenen Jahres eingeräumt, dass das Land einen Vorteil vergab, weil es die BAM (Baikal Amur Haupteisenbahnlinie) und Transib (Transsibirische Eisenbahn) nicht rechtzeitig modernisiert hat. Zehn Monate sind vergangen, und Herr Yury Trutnev (Vize Premier Minister & Gesandter für den Fernost Distrikt Russlands) sagt, dass die nationale Wirtschaft dieses Jahr 1,5 Billionen Rubel aufgrund von Engpässen im östlichen Betriebsbereich verlieren würde. Können wir uns solche Kosten jetzt leisten? Wann wird sich die Situation ändern?

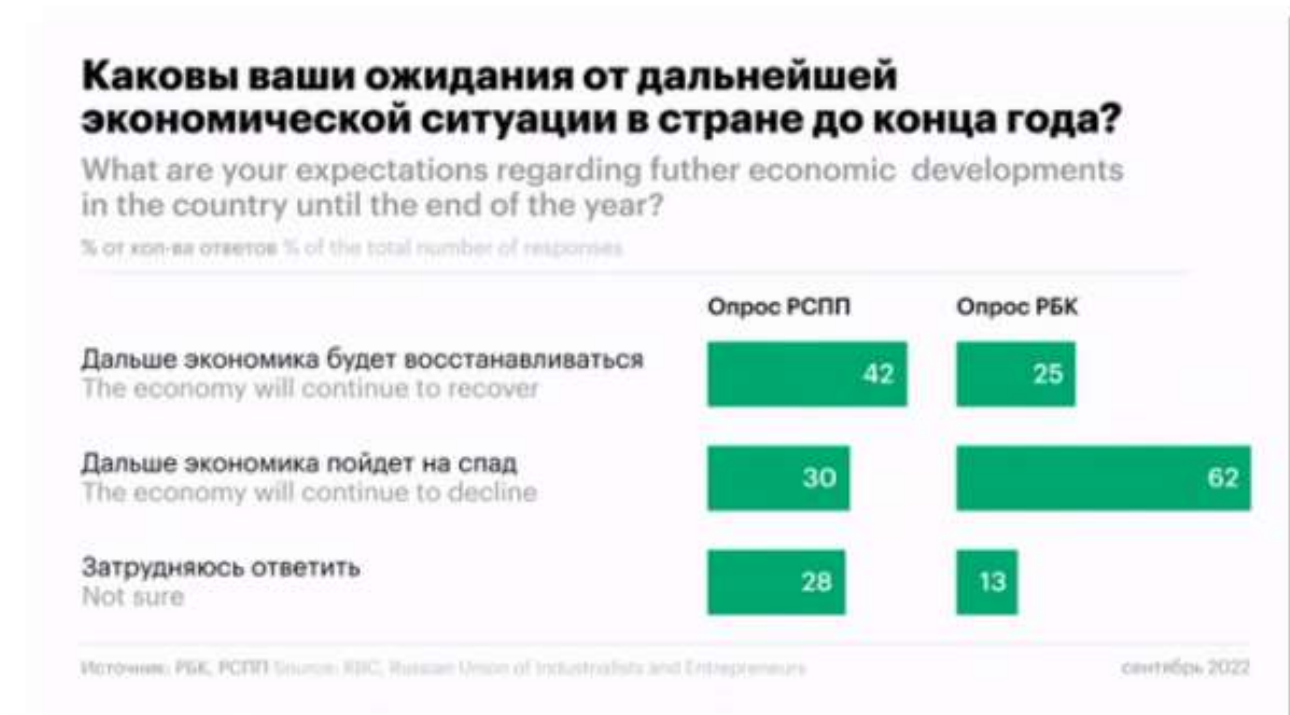
Wladimir Putin: Das ist nichts, was wir verloren haben. Das haben wir aufgrund dieser Engpässe verabsäumt zu verdienen. Das hätte man natürlich früher machen müssen. Und die damit verbundenen Entscheidungen wurden zum Teil während meiner Reise nach Kusbass (Kusnezker Becken, Sibirien) getroffen. Daran erinnere ich mich sehr gut. Aber damals setzte sich ein anderer Ansatz durch, der besagte, dass es wenig Hoffnung auf große Frachtwachse, hauptsächlich Kohle, nach Osten gäbe. Jetzt sehen wir, dass diese Position falsch lag. Aber daran ist nichts Katastrophales – das Verkehrsaufkommen nimmt zu. Es wächst in Richtung Osten und wird weiterwachsen. Unsere Pläne zum Kapazitätsausbau des östlichen Einsatzdistrikts – BAM und Transsib – setzen wir bereits um und werden es weiter umsetzen, und zwar nicht nur durch die Verbesserung des

Dispositionssystems, sondern auch durch die Erweiterung der Durchsatzkapazität. Unser Ziel für die nächsten Jahre ist es, die Kapazität um rund 40 Millionen Tonnen zu erhöhen. Ich bin mir sicher, dass dies erreicht wird.

<...>

Ilya Doronov: Jetzt werde ich meinen Assistenten bitten, die Ergebnisse einer Umfrage am Bildschirm einzublenden. Wir haben diese Umfrage selbst – via RBC TV – unter unseren Zusehern und RSPP-Mitgliedern – dem Russischen Verband der Industriellen und Unternehmer – gemacht. Die Ergebnisse von RSPP stehen links und die unserer Zuseher rechts daneben.

Die Hauptfrage lautete: «Wie sind Ihre Erwartungen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung bis Jahresende?»



Wir haben dazu drei Zusatz-Fragen gestellt:

1. „Die Wirtschaft wird sich weiter erholen?“ RSPP: 42% sagten, ja.
2. „Die Wirtschaft wird sich weiter verschlechtern?“ RSPP: 30 % sagten, ja.
3. „Schwer zu sagen?“: RSPP: 28% sagten, ja.

Unsere Leser zeigten ein anderes Bild:

62% der Zuseher meinten, dass die Wirtschaft weiter schrumpfen würde, 25%, dass es nach oben ginge und 13% wüssten es nicht.

Ich persönlich habe Bekannte befragt, die in verschiedenen Gegenden des Fernen Ostens leben und sagten: „Preiserhöhungen sind unser größtes Problem!“

Herr Präsident, glauben Sie, dass wir den Tiefpunkt erreicht haben oder noch weiter absinken könnten, oder befinden wir uns im Gegenteil auf dem Weg einer Erholung? Wie kritisch ist die Inflation für uns und das Land?



Wladimir Putin: Preiserhöhungen sind immer eine gewisse Bedrohung. Die Inflation wirkt sich natürlich nachteilig auf unsere Bürger, ihr reales Einkommen und ihren Lebensstandard aus. Sie wirkt sich auch negativ auf die Wirtschaft aus, indem sie die makroökonomische Stabilität erschüttert.

Ich möchte jedoch betonen, wie ich schon in meiner Rede versuchte, darüber zu sprechen: Wir glauben – sowohl die Regierung als auch das Präsidialamt und auch unsere Experten –, dass wir den Höhepunkt der sehr komplizierten Situation überwunden haben, und sich die Lage normalisiert, was sich an den makroökonomischen Indikatoren ablesen lässt. Einige davon habe ich erwähnt.

Erstens sinkt die Inflation. Sie wird eine jährliche Rate von 12 Prozent mit einer Abwärtstendenz bis etwa 5 bis 6 Prozent erreichen, vielleicht sogar das geplante Ziel von 4 Prozent bis zum Ende des ersten Quartals. Ich hoffe, dass wir das im zweiten Quartal sehen werden. Wir haben einen Rekord mit einem Tiefstand der Arbeitslosigkeit von 3,9 Prozent – ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Lage des Landes. In den entwickelten Volkswirtschaften liegt dieser viel höher.

Unsere Staatsfinanzen haben sich stabilisiert. Ich möchte betonen, dass der diesjährige Haushalt mit einem Überschuss von fast einer halben Billion Rubel, etwa 485 Milliarden, abschliessen wird.

Ilya Doronov: Das widerspricht allen düsteren Prognosen, oder?

Wladimir Putin: Trotz der düsteren Prognosen.

Es mag geplant gewesen sein oder nicht, aber es gab Vorhersagen, dass wir einen starken Rückgang der Wirtschaft und des BIP erleben würden. Es wird zwar einen Rückgang geben, aber er wird unbedeutend sein, etwa 2 oder etwas mehr als 2 Prozent. Ich denke also, dass es der Regierung gelungen ist, diese negativen Entwicklungen durch effektive, energische und sorgfältig bemessene Schritte entgegenzuwirken. Auch die konsolidierten Haushalte der Teilstaaten der Russischen Föderation werden sehr positiv ausfallen, ich erwarte einen Überschuss von 1,5 Billionen Rubel.

Wir implementieren alle unsere Programme, alle Entwicklungsprogramme. Darüber hinaus werden die Ausgaben des Bundeshaushalts in diesem Jahr die des Vorjahres um 20 Prozent übertreffen. Dies zeigt, dass wir alle Bereiche unterstützen, die wir zuvor als Prioritäten festgelegt hatten. Dies wirkt sich sicherlich auf die gesamte russische Wirtschaft aus.

Ich gehe also wirklich davon aus, dass diese Trends und Indikatoren, einschließlich der Preise, sich demgemäß fortsetzen werden. Auf jeden Fall werden wir alles tun, um sie einzudämmen, und wir werden die Inflation kontrollieren.

<...>

Über den Bumerang Effekt und eingefrorenen Wolfsschwanz

Ilya Doronov: Kann man überhaupt nur mit Begriffen wie „profitabel“ oder „unrentabel“ operieren, wenn wir über Fernost sprechen?

Wladimir Putin: Wissen Sie, aus der Perspektive des Staates und seiner zugrunde liegenden Handlungslogik müssen wir uns in erster Linie von den strategischen Zielen der Entwicklung des Territoriums, der Verhinderung der Entvölkerung und der Schaffung günstiger Lebensbedingungen leiten lassen. Daher unsere Unterstützungsmaßnahmen. Ich kann sie später durchgehen, wenn es Fragen gibt.

Worauf reagieren Unternehmen? Unternehmen reagieren auf wirtschaftliche Entwicklungen. Sie haben mich nach Gas und unseren Beziehungen zu den europäischen Verbrauchern gefragt. Polen ging voran und verhängte Sanktionen gegen Jamal-Europa und beendete damit seine Operation. Wurde es aus politischen Gründen getan? Ja, aber nicht nur das.

Es stellte sich heraus, dass die Polen bei uns Gas zu höheren Preisen kauften als die Deutschen. Sie schlossen die Jamal-Europa-Gaspipeline und begannen, unser Gas in umgekehrter Richtung aus Deutschland zu etwas niedrigeren Preisen zu kaufen, als sie Gazprom zahlten. Die Deutschen bekamen das Gas am billigsten, verkaufen es aber gegen einen geringen Aufschlag an die Polen weiter. Das ist alles, und darum geht es in dieser Entscheidung.

Um ehrlich zu sein, haben die betreffenden Unternehmen ihre eigenen Verbraucher getroffen, als sie ihre pragmatischen Interessen verfolgten. Wieso denn? Denn, unsere Gaslieferungen nach Europa gingen zurück, die Preise schossen sofort in die Höhe, und alles war wieder verloren. Sehen Sie? Und das passiert überall, wo man hinschaut. Aber in der Wirtschaft führt kein Weg daran vorbei. Man kann nicht objektive Wirtschaftsgesetze brechen und damit durchkommen. **Es kommt auf Sie zurück im Bumerang-Effekt.**

Sie haben Abnehmer erwähnt, die Möglichkeiten andachten, um die Preise für unser Öl und Gas zu begrenzen, was absolut einfältig wäre. Würde man dies versuchen umzusetzen, würde es den Entscheidern nichts Gutes bringen.

Denn, es bestehen vertragliche Verpflichtungen und Lieferverträge. Würde es politische Entscheidungen geben, die gegen Vertragsklauseln verstoßen? Wir würden sie ignorieren und Lieferungen einstellen, wenn diese Entscheidungen nicht mit unseren Interessen, in diesem Fall unseren wirtschaftlichen Interessen, vereinbar sind. Wir würden dann die Lieferung von Gas, Öl, Kohle oder Heizöl einstellen, alle unsere Lieferungen einstellen

gemäss unseren vertraglichen Verpflichtungen. Vor allem die Leute, die versuchen, uns Dinge aufzuzwingen, werden nicht in der Lage sein, uns ihren Willen aufzuzwingen. Lassen wir sie zur Besinnung kommen. So funktioniert die Wirtschaft, inklusive Binnenwirtschaft.

In Anlehnung an diejenigen, über die wir zuvor gesprochen haben, würden wir nichts außerhalb von Verträgen liefern. Wir werden nichts tun, was sie uns aufzuzwingen versuchen. Stattdessen sitzen wir einfach da und sagen eine berühmte Zeile aus einem russischen Märchen: „**Friere, friere, Wolfsschwanz.**“ Anmerkung der Redaktion: *Es geht in diesem Märchen um einen schlauen Fuchs (hier: Russland), der einen dummen Wolf (hier: EU) stets überlistet, sodass dieser verzweifelt. Schliesslich überredet der Fuchs den Wolf, dass er im Winter mit seinem Schwanz durch Eisloch Fische fangen könnte. Nachdem der Wolf seinen Schwanz in das Eisloch steckte, sagt der Fuchs: „Friere, friere, Wolfsschwanz“. Der Schwanz des Wolfs friert fest, während der Fuchs davonläuft.*

Übrigens haben sie mehr als eine Option. Wir sehen, was dort passiert. Sie können entweder hohe Preise subventionieren, was ihnen schadet, weil das Konsumverhalten dadurch nicht geändert wird und die Haushalte weiterhin so viel konsumieren wie zuvor, doch die Preise bei grassierender Verknappung steigen, oder sie den Konsum drosseln, was aus wirtschaftlicher Gründen richtig wäre, aber aus sozialen Gründen ein gefährliches Unterfangen darstellt, da es zu einem Bruch führen kann. Die Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen, die Einhaltung der Regeln und die Aufrechterhaltung zivilisierter Beziehungen ist der beste Weg nach vorne.

Wir müssen in unserem Land auf zivilisierte Weise handeln und Anreize schaffen. Wir müssen mit Vorsicht vorgehen, stetig und schrittweise unsere Handlungen setzen und uns stetig unserem Ziel ohne Sprünge nähern. Das ist es, was wir tun, und wir planen, genau das weiterhin zu tun.

<...>

Zum Risiko des Kernkraftwerkes Zaporoshye in der Ukraine



Ralf1969, CC BY-SA 3.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>;
via Wikimedia Commons

Ilya Doronov: Kommen wir zur internationalen Agenda, zur Energiesicherheit und ganz allgemein zu einer neuen Sicherheitsstruktur.

Am Tag zuvor veröffentlichte die IAEA (Internationale Atomenergie Behörde) einen Bericht über die Vorgänge im Kernkraftwerk Zaporozhye. Der Bericht gibt nicht an, wer die Anlage beschießt. Er beschreibt den Schaden, den die Sachverständigen feststellten.

Wie würden Sie dies kommentieren? Vertrauen Sie diesem Bericht?

Wladimir Putin: Ja, natürlich vertraue ich diesem Bericht. Die IAEA ist eine verantwortungsbewusste internationale Organisation und ihr Leiter ist ein echter Profi. Sie stehen eindeutig unter dem Druck der Länder, in denen sie arbeiten, einschließlich der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder, und können nicht direkt sagen, dass die Anlage vom Territorium der Ukraine aus beschossen wird, aber es ist eine offensichtliche Sache. Wir üben die Kontrolle über das Werk aus und haben unser Militärpersonal dort. Ist es möglich, dass wir auf uns selbst beschießen? Es ist totaler Unfug, man kann es nicht anders nennen. Ich sage meinen westlichen Partnern: „Ist es möglich, dass wir auf uns selbst schießen?“ [Sie antworten]: „Nun, ja, das scheint dem gesunden Menschenverstand zu widersprechen.“ Das ist mein erster Punkt.

Zweitens gibt es dort eine ganze Menge an Trümmern und Teilen des HIMARS (US Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem) und anderer westlicher Waffensysteme. Stellen sie eine Bedrohung dar? Natürlich sind sie es.

Ich habe in dem Bericht gelesen, dass die IAEA es für notwendig erachtet, militärische Ausrüstung aus dem Gebiet um das Werk herum zu entfernen. Auf dem Territorium des Werks gibt es jedoch keine militärische Ausrüstung. IAEA-Experten hätten das sehen sollen und können es jetzt noch sehen, da zwei Experten sich noch vor Ort befinden. Es gibt Kräfte der Rosgwardija [Nationalgarde der Russischen Föderation], die das Gebiet entlang der Werks Grenzen und das Innere des Werks bewachen – das ist alles.

Ilya Doronov: Ja, sie haben dort ein paar Fahrzeuge aufgenommen.

Wladimir Putin: Das sind Tigrs [gepanzerte Fahrzeuge], mit denen Rosgwardija das Werk bewacht und für Sicherheit in der Gegend sorgt. Wenn Sie möchten, können wir morgen jeden, den Sie wollen, dorthin bringen, einschließlich einer großen Gruppe europäischer oder amerikanischer Journalisten und diese einen Blick darauf werfen lassen. Es ist leicht zu erkennen, woher die Granaten kommen, um die Stadt Enerhodar zu treffen – direkt von der gegenüberliegenden Seite des Wasserspeichers. Wir wissen, woher sie kommen, und dennoch haben wir im Werk keine Ausrüstung, einschließlich militärischer Ausrüstung, um Gegenfeuer zu erwidern. All dies wird weit entfernt vom Umkreis der Anlage stationiert.

Die ukrainische Seite bedroht jedoch die nukleare Sicherheit. Ehrlich gesagt verstehe ich nicht ganz, warum sie das tut. Ist es einfach, weil sie auf ihre Situation aufmerksam machen und mehr Krisen schaffen wollen?

Übrigens sprechen wir nicht oft darüber, aber wir verbergen auch nicht ihre Versuche, Terroranschläge in der Russischen Föderation zu verüben, indem sie Hochspannungsleitungen in der Nähe unserer Atomkraftwerke sprengen. Das heißt, sie arbeiten konsequent an diesem Ziel. Ehrlich gesagt ist mir nicht ganz klar, warum sie Dinge tun, die ganz Europa bedrohen. Aber genau das tun sie.

Gestern habe ich Herrn Alexey Likhachev, den Leiter von Rosatom [der staatlichen Atomenergiegesellschaft] gebeten, zusätzliche Vorschläge von Rosatom zur Gewährleistung der Sicherheit [der Anlage] vorzulegen, da die Hauptbedrohung nicht vom Reaktor, sondern von den abgebrannten Brennelementen und der Lagerung dafür, ausgeht.

Zur Rolle des Chefdiplomaten der EU und faschistischer Politik



Asow Regiment bis 2015 mit NS Insignien Wolfsangel & Schwarzer Sonne im Einsatz | Quelle: MrPenguin20, Public domain, via Wikimedia Commons

Ilya Doronov: In der Zwischenzeit sagte EU-Chefdiplomat Josep Borrell ... Wenn ich darf, würde ich gerne zitieren, was er gesagt hat. Dies ist die Übersetzung, die ich gefunden habe: „Heute treffen wir uns im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit Vertretern der Ukraine. Wir haben noch keinen konkreten Plan, wie wir das faschistische Russland und sein faschistisches Regime besiegen können.“ Was heisst das?

Wladimir Putin: Hat das etwas mit dem Kernkraftwerk Zaporozhye zu tun? Nichts, oder?

Ilya Doronov: Das hat nichts mit dem Kernkraftwerk zu tun. So hat er unser Land einfach beschrieben.

Wladimir Putin: Darin ist er ein großer Spezialist.

Wir haben vom Leiter der EU-Diplomatie und Aufrufen gehört, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen. Das ist ein seltsamer diplomatischer Ansatz. Wenn er Verteidigungsminister eines Landes wäre, könnte man diese Rhetorik verstehen, aber es klingt sehr seltsam, wenn es vom Chefdiplomaten der EU kommt. Lass ihn machen, lass Gott sein Richter sein, lass ihn sagen, was er will.

Was kann ich zu faschistischen Regimen sagen? Sie wissen, ob er in den 1930er Jahren gelebt hat ... Er ist Spanier, richtig?

Ilya Doronov: Ja, ein Spanier.

Wladimir Putin: Hätte er in den 1930er Jahren in Spanien gelebt und in einem Wetterbericht einen sakramentalen Satz gehört: „Ein wolkenloser Himmel über ganz Spanien“ – ein Signal für den Beginn des Staatsstreichs von General Franco –, hätte er zu den Waffen gegriffen. Aber auf wessen Seite würde er gestanden haben? Auf der von der damaligen demokratisch gewählten Linksregierung Spaniens oder auf der der Putschisten? Meiner Meinung nach wäre er auf der Seite der Putschisten gestanden, weil er heute die gleiche Art von Putschisten in der Ukraine unterstützt. Die Hauptquelle der heutigen Macht im ukrainischen Staat ist der Staatsstreich von 2014. Er unterstützt diesen und hätte sich sicher auf die Seite der Faschisten gestellt. Das sagt aus, wer auf der Seite der Faschisten steht. Das ist mein erster Punkt.

Nun mein zweiter Punkt. Heute unterstützt er zusammen mit ganz Europa und Nachdruck die ukrainische Regierung. Ich habe diese Themen wiederholt mit unseren europäischen Partnern diskutiert, und wir haben immer wieder auf die Zeichen von Neonazismus in der derzeitigen Regierung in Kiew hingewiesen. Und die Antwort war immer: „Komm schon! Wir alle haben alle Arten von Neonazis.“ Ja, wir haben sie. Aber weder Russland noch irgendein anderes zivilisiertes Land befördert Nazis oder radikale Nazi-ähnliche Nationalisten in einen Nationalheldenstatus. Das ist der Unterschied. Und genau das tut die Ukraine.

Wenn dieser Mann, den Sie erwähnten – Gott segne sein Herz – eine Ahnung hätte, wer Bandera, Schuchewitsch und dergleichen waren (Neonazis, die Russen, Juden und Polen erschossen haben – und auf welche die deutschen Besatzer diese Drecksarbeit größtenteils abgewälzt haben, und sie haben Menschen ausgerottet), wenn er von diesen Überlegungen ausginge, würde er verstehen, wo der echte Nazismus gedeiht und wo er auf Regierungsebene unterstützt wird.

Er sollte Gelegenheit bekommen, der Realität ins Auge zu sehen, und dann würden wir ihm zuhören. Wenn er auch nur einen Quäntchen Gewissen hätte, würde er die richtigen Schlüsse ziehen.

Ilya Doronov: Die damaligen Ereignisse in der Ukraine, das Massaker von Wolhynien, waren auch die persönlichen Tragödien vieler Familien. Jetzt stehen wir auch vor Tragödien.

Anfang März hörte ich auf, mit meinem Freund zu kommunizieren, der in Kiew lebt. Er hat aufgehört mit mir zu kommunizieren. Dimitri Peskow erzählte uns in einem Interview, dass seine Frau auch alle Verbindungen zu ihren Jugendfreunden abgebrochen habe.

Wie können wir mit diesen Tragödien umgehen, wie können wir die Beziehungen zu einfachen Menschen, einfachen Ukrainern wiederaufbauen?

Wladimir Putin: Sehen Sie, die Macht in der Ukraine liegt eigentlich schon seit geraumer Zeit in den Händen von extremen Nationalisten und Neonazis, die dort einfach totalen Terror betreiben. Viele Menschen haben einfach Angst davor, den Mund aufzumachen und zu sagen, was sie wirklich denken.

Schauen Sie einfach, was da los ist. Manchmal kritisieren wir einige unserer Bürger, die ihren eigenen Standpunkt zu unseren Maßnahmen zum Schutz des Donbass haben. Und dort schießen sie auf der Straße und töten ohne Gerichtsverfahren diejenigen, die eine andere Meinung haben als die Machthaber. Sie zerstören sie einfach physisch. Ist da ein Unterschied? Verstehen wir, was dort passiert, oder nicht? Wir müssen es verstehen.

Deshalb versichere ich Ihnen, dass es in der Ukraine eine große Anzahl von Menschen gibt, die dieses Regime hassen, und natürlich müssen wir uns auf diese Menschen verlassen,

die verstehen, was passiert, und bereit sind, dagegen anzukämpfen, sie können es einfach nicht. Sie stehen dort unter der Unterdrückung des Neonazi-Regimes. Was können Sie tun? Aber ich versichere Ihnen, es gibt viele solcher Leute, und wir müssen die Beziehungen zu ihnen pflegen, das werden wir tun. Und ich bin sicher, dass die Zukunft der russisch-ukrainischen Beziehungen diesem Teil der ukrainischen Gesellschaft gehört.

Ilya Doronov: Dann müssen wir ihnen erklären, was wir bringen, welche Werte.

Wladimir Putin: Sie können es Ihnen selbst erklären. Gehen Sie nach Donbass und fragen Sie die dort lebenden Ukrainer nach den Werten, die sie verteidigen. Sie verteidigen ihr Vaterland, ihre Identität, ihre Geschichte und ihr Volk.

<...>

Zur strategischen Bedeutung des Fernen Ostens

Ilya Doronov: Ich werde die letzte Frage stellen, und wir werden zum Abschluss kommen. Ich würde es vorziehen, wenn wir mit dem Fernen Osten abschließen. Sie wurden letztes Jahr auch nach Ihrer Meinung zu Russlands Fernem Osten gefragt, aber die Situation hat sich jetzt geändert. Haben Sie Ihre Einstellung zu Fernost und den hier lebenden Menschen überdacht? Was halten Sie jetzt von ihnen?



Wladimir Putin: Nein, daran hat sich nichts geändert. Im Gegenteil – und unser chinesischer Freund sprach darüber, er sagte, dass der Ferne Osten für Russland und seine Nachbarn im asiatischen Raum von großem Interesse sei. Wir sind sehr froh, dass sich unsere Positionen überschneiden. Darüber sprachen auch unser Kollege aus Myanmar, Herr Pashinyan, und unser Kollege aus der Mongolei.

Aber das Wichtigste für uns ist, dass der Ferne Osten und die Arktis die Regionen sind, in denen Russlands Zukunft liegt. Hier gibt es nicht nur Ressourcen, sondern auch Zugang zu

einer Region der Welt, die sich aktiv und in einem sehr guten Tempo entwickelt. Wir haben nicht begonnen, den Fernen Osten zu stärken, weil wir eine spezielle Militäroperation im Donbass vorbereitet haben. Das war lange vorher. Es war eine strategische Wahl, die auf Trends in der Entwicklung der Weltwirtschaft und dementsprechend auf der Entstehung neuer Machtzentren in der Welt basiert, basierend auf der Tatsache, dass wir im Allgemeinen sehr gute, freundliche und freundschaftliche Beziehungen und ein hohes Maß an Vertrauen haben in die Beziehungen zu China und zu unseren Nachbarn hier in der Region. Hier ist alles auf dem Vormarsch. Warum sollten wir also abseitsstehen? Im Gegenteil, wir müssen Teil des Trends sein.

Wir haben diese Wahl vor vielen Jahren getroffen, und wir sind sehr froh, dass wir das gemacht haben, und wir sind mit den Ergebnissen zufrieden. Sie mögen bisher bescheiden sein, aber sie sind da. Schließlich besteht die wichtigste Aufgabe hier, wie ich bereits sagte, die Entvölkerung zu verhindern; hingegen diese Region zu einem attraktiven Ort für die Bürger zu machen.

Und sehen Sie, zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte sehen wir einen Migrationsstrom in den Fernen Osten. Es ist das erste Mal, dass dies im Jahr 2021 passierte. Es gibt sogar einen natürlichen Bevölkerungsrückgang, der jedoch geringer ist als der nationale Durchschnitt. Dies ist der Hauptfokus dessen, was getan wird, und im Prinzip scheint es die Dinge in die richtige Richtung zu bewegen.

Wir haben noch viel zu tun, wir haben noch nicht viel geschafft, aber wir werden auf jeden Fall an diesem Weg festhalten.

Ilya Doronov: Vielen Dank. Ich möchte allen unseren Gästen danken.

Herr Präsident, würden Sie als Gastgeber bitte die Schlussworte sagen.



Wladimir Putin: Ich habe keine Schlussnote vorbereitet. Ich möchte nur dem aufmerksamen Publikum und unseren Freunden danken, die die Zeit gefunden haben, Russland zu besuchen, obwohl sie in ihren eigenen Ländern Geschäfte zu erledigen haben.

Natürlich habe ich keinen Zweifel, dass weitere bilaterale Treffen bevorstehen, ich habe mich bereits mit einigen Kollegen getroffen, und ich werde jetzt weitere treffen. Wir werden die jüngsten Ergebnisse der bilateralen Beziehungen zusammenfassen und Schritte für die Zukunft entwickeln.

Unsere bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit hier im Fernen Osten, einer für Russland strategisch wichtigen Region, werden davon auf jeden Fall profitieren.

Vielen Dank!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Keine Berichte

F r a n k r e i c h (Seiten E 174 - E 176)

01) Testläufe im Gange – Frankreichs Steuerfahndung mit Hilfe von KI

11. 09. 2022



Satellitenüberwachung zur Unterstützung der Steuerfahndung in Frankreich

KI-Bildererkennung wird in Frankreich von den Steuerbehörden neuerdings vermehrt genutzt. Sie lassen Satelliten-Fotos von einem KI-System auswerten, um etwa nicht registrierte Pools auf Grundstücken zu finden.

Das brachte dem Fiskus bereits mehrere Millionen Euro neuer Einnahmen.

Utopisch – nein lukrativ, Steuerfahndung 2.0

Es heißt ja bekanntlich, die einzigen zwei Gewissheiten im Leben sind der Tod und die Steuern. So auch in Frankreich, wo die Steuerbehörden mit Hilfe eines gemeinsam von Google und der französischen IT-Firma Capgemini entwickelten Bildverarbeitungssystems mit künstlicher Intelligenz (KI), Berichten zufolge mehr als 20.000 bisher un versteuerte Swimmingpools in Wohngebäuden ausfindig gemacht haben sollen.

Wie die französische Zeitung *Le Parisien* berichtete, hat die KI-Analyse für den französischen Fiskus demnach zu zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 10 Millionen Euro geführt und diesem darüber hinaus den Weg für die Besteuerung anderer, nicht angemeldeter architektonischer Elemente, wie Anbauten oder Veranden geebnet.

Um nicht angemeldete Pools zu finden, erkennt die Software von Capgemini, mit Hilfe der Cloud-Verarbeitung von Google, automatisch Pools auf Luftaufnahmen und vergleicht die Ergebnisse mit Datensätzen in Immobilien- und Steuerdatenbanken. Stellt das Programm trotz Bildbeweises jedoch fest, dass an der betreffenden Adresse kein Pool eingetragen ist, meldet es den Finanzbeamten entsprechend einen Verstoß gegen das Steuerrecht.

Eingeführt wurde das KI-Analyse-Tool dem Bericht zufolge im vergangenen Oktober. Allerdings deckte es bislang lediglich neun der insgesamt 96 Verwaltungsbezirke ab, darunter die Départements Alpes-Maritimes, Bouches-du-Rhône, Ardèche, Rhône, Haute-Savoie, Vendée sowie Maine-et-Loire und Morbihan.

Pools verursachen höhere Grundsteuer

Französische Hausbesitzer sind verpflichtet, Swimmingpools zu melden, da sie sich auf die Grundsteuer auswirken können. Diese Steuern würden normalerweise steigen, wenn ein Hausbesitzer einen Pool einbaut oder eine ähnliche Veränderung an seinem Haus vornimmt, aber nur, wenn das Finanzamt davon weiß. Bis dato konnte man so seine Investition ins private kühle Nass also quasi „steuerfrei“ genießen.

Die Anwendung der Software soll nun auf das gesamte Land ausgeweitet werden, was dem Fiskus bis zu 40 Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen einbringen könnte, da ein angemeldeter Pool in Frankreich, je nach Größe, mit rund 200 Euro pro Jahr zu Buche schlägt, wie ein Finanzexperte gegenüber *Le Parisien* erklärte. Pools können zu höheren Grundsteuern führen, da sie den Immobilienwert steigern, und müssen nach französischem Recht deklariert werden.

Laut der Datenwebseite Statista gab es im Jahr 2020 in Frankreich mehr als 3,2 Millionen private Pools, deren Verkäufe bereits vor der COVID-19-Pandemie boomten. Durch die zweijährigen Corona-Beschränkungen sollen noch mehr Franzosen ins private Schwimmbad investiert haben. Ziel des KI-basierten Pilotprojekts sei es nach Angaben der französischen Finanzbehörden demnach, „wirksamer gegen nicht registrierte Bauten vorzugehen und den Forderungen der Bürger nach mehr Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit nachzukommen“.

Hohe Fehlerquote zum Unmut der Finanz

Jedoch deuteten frühere Berichte über das Projekt darauf hin, dass die maschinelle Lernsoftware bisweilen eine ungewöhnlich hohe Fehlerquote aufwies und die Swimmingpools regelmäßig auch mit anderen architektonischen Merkmalen, wie etwa Solarpaneelen, verwechselte. Ein Problem, das nach Angaben des französischen Finanzministeriums nun jedoch angeblich gelöst sein soll.

Nachdem die französischen Behörden Millionen an nicht eingezogenen Steuern eingenommen haben, wollen sie das Programm nun landesweit ausrollen. Angesichts des Erfolgs soll die Software künftig zudem auch dafür verwendet werden, andere nicht deklarierte Anbauten, wie Terrassen oder Pavillons, zu finden, die auch bei der Grundsteuer eine Rolle spielen.

„Wir zielen vor allem auf Hauserweiterungen wie Veranden ab, aber wir müssen sicher sein, dass die Software Gebäude mit einer großen Grundfläche findet und nicht die Hundehütte oder das Spielhaus der Kinder“, sagte Antoine Magnant, der stellvertretende Generaldirektor für öffentliche Finanzen, gegenüber *Le Parisien*. Das wird ja dann wohl kaum lange auf sich warten lassen, bis auch Hundehütte und Kinderspielhaus „steuerpflichtig“ sind.

Frankreich hat unter der Präsidentschaft von Emmanuel Macron mehr als 1,5 Milliarden Euro in KI-Projekte gesteckt, um mit den USA und China gleichzuziehen und das Land zu einer „Start-Up-Nation“ zu machen. In diesem Zusammenhang sagte der französische

Präsident einem *Reuters*-Bericht zufolge im Jahr 2018, „es gibt keine Chance, die Auswirkungen dieser Technologien zu kontrollieren oder ein Mitspracherecht bei negativen Auswirkungen zu haben, wenn wir den Beginn des Krieges verpasst haben.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten E 177 -- E 182)**01) Finalerr Abschied.** Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch**paperpress**

seit 1976



Nr. 605-17

19. September 2022

47. Jahrgang

Finaler Abschied

Dass es in Großbritannien eine vernehmbare Bewegung gibt, die für die Abschaffung der Monarchie ist, war in den letzten Tagen nicht erkennbar. Ganz im Gegenteil. Die Schlange der Menschen, die sich von Queen Elizabeth II. verabschieden wollten, wurde immer länger. Um 7:30 Uhr unserer Zeit endet die viertägige Aufbahrung des Sargs mit der Gelegenheit für die Öffentlichkeit, Abschied zu nehmen.

Nicht nur in Großbritannien, sondern vor allem auch in Deutschland, liefen in den letzten Tagen zahllose Sondersendungen und Dokumentationen über das lange Leben der Queen. Schön, dass 3sat die „Last Night of the Proms“ aus dem Jahre 2021 noch einmal mit der Hymne „Good save the Queen“ sendete, zum vermutlich letzten Male. Elizabeth war, auch wegen ihrer familiären Verbindungen zu Deutschland immer auch unsere Queen. Kaum ein anderes Land nahm und nimmt so großen Anteil an dem Leben der britischen Royals.

Und deshalb ist es heute fast unmöglich, etwas anderes im Fernsehen zu sehen als den Abschied der Queen:

09:00 bis 17:00 Uhr – ARD
 09:03 bis 18:05 Uhr – ZDF
 09:00 bis 15:00 Uhr – RTL
 11:50 bis 18:00 Uhr – Sat 1
 10:30 bis 18:00 Uhr – n-tv
 10:45 bis 16:45 Uhr – Phoenix
 11:00 bis 17:00 Uhr – tagesschau24

Das bedeutet einen Großeinsatz der Adelsexperten und Korrespondenten. Von den abendlichen Zusammenfassungen wollen wir hier gar nicht reden. Natürlich beschäftigt sich auch „hart aber fair“ mit dem Thema. Als Ausgleich ist nur die Lieblingsskriemserie der Queen ab 20:15 Uhr in ZDFneo, „Inspector Barnaby“, anzubieten.

Bei aller Wertschätzung für die Queen, ist nicht nachzuvollziehen, warum gleich vier öffentlich-rechtliche Sender die Trauerfeierlichkeiten übertragen. Für Veranstaltungen dieser Art gibt es doch den gemeinsamen Ereigniskanal von ARD und ZDF, Phoenix. Warum müssen die beiden Hauptprogramme eigene Sendungen anbieten?

Zum Ablauf. Das ZDF hat den Zeitplan veröffentlicht. Auf die Minute genau ist er durchgetaktet:

Der Sarg wird um 11:44 Uhr in einer Prozession auf einer von 98 Marinesoldaten gezogenen Lafette von der Westminster Hall des Parlaments in die nahe

Westminster Abbey gebracht und dabei von Mitgliedern des royalen Haushalts begleitet - darunter die vier Kinder der Queen um King Charles III. sowie die Prinzen William und Harry.

Um 11:52 Uhr trifft der Sarg an der Westminster Abbey ein. Die Trauerfeier in der Westminster Abbey soll um 12 Uhr beginnen.

Um 12:55 Uhr ertönt das Hornsignal „Last Post“. Dem folgt ein zweiminütiges Schweigen in der Kirche und dem ganzen Land. Um 13 Uhr wird die Nationalhymne angestimmt. Der Sarg wird anschließend aus der Kirche getragen und per Prozession zum Wellington Arch gebracht - erneut begleitet von Royals. Per Auto fahren Königsgemahlin Camilla, Prinzessin Kate, Herzogin Meghan und Gräfin Sophie, die Frau Prinz Edwards. Während der gesamten Prozession schlägt Big Ben, im Hyde-Park werden Salutschüsse abgefeuert.

Um 14 Uhr trifft der Sarg am Wellington Arch ein und wird dort in einen Leichenwagen umgebettet für den Transport nach Windsor. Die Soldaten verabschieden die Queen mit militärischem Gruß und der Nationalhymne. Anschließend macht sich auch die Royal Family auf den Weg nach Windsor.

Wie ist der Ablauf in Windsor?

Der Aussegnungs-Gottesdienst in der St.-Georges-Kapelle beginnt um 17 Uhr. Daran nehmen neben der Royal Family die Mitglieder des königlichen Haushalts sowie die Regierungschefs der Länder teil, deren Staatsoberhaupt Elizabeth II. war, sowie die Generalgouverneurinnen und -gouverneure, die sie dort vertraten.

Ihre letzte Ruhestätte findet die Queen um 20:30 Uhr bei einer privaten Beisetzung in der König-George-VI.-Seitenkapelle, an der Seite ihres im vergangenen Jahr gestorbenen Mannes Prinz Philip.

Wer ist zum Staatsbegräbnis eingeladen?

Erwartet werden laut Medienberichten etwa 2.000 Gäste, darunter unter anderem US-Präsident Joe Biden, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der japanische Kaiser Naruhito sowie viele weitere gekrönte Häupter, Staats- und Regierungschefs aus aller Welt. Hinzu kommen Vertreter aus den Commonwealth-Nationen und Träger verschiedener Orden.

Explizit nicht eingeladen sind Vertreter Syriens, Myanmars, Afghanistans, Venezuelas, Nordkoreas, Russlands und aus Belarus. Quelle: ZDF

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

02) Royaler Glanz - europäische Königshäuser. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 605-09

11. September 2022

47. Jahrgang



Royaler Glanz

Die europäischen Königshäuser haben eine lange Ahnengalerie. Aber mit denen, die auf den Gemälden abgebildet sind, nicht mehr viel zu tun. Die absolute Macht, die die früheren Kaiser und Könige hatten, und die sie schamlos zu Lasten ihrer Untertanen ausnutzten, ist ihnen zum Glück abhandengekommen.

Unbestritten hat sich die Französische Revolution von 1789 bis 1799 große Verdienste um ein demokratisches Gemeinwesen in Europa erworben. Andererseits haben sich die Revolutionäre, nachdem sie König **Ludwig XVI** auf der Guillotine einen Kopf kürzer machten, gegenseitig umgebracht. Der bürgerliche **Napoleon Bonaparte** übernahm das Land, krönte sich zum Kaiser und legte Europa in Schutt und Asche. Ja, Napoleon hat sich auch Verdienste erworben durch seine Reformen in der Justiz und Verwaltung, die bis heute wirken. Den vielen getöteten Menschen in seinen zahllosen Kriegen haben sie nichts genutzt.

Ansonsten waren die Königshäuser vor allem damit beschäftigt, sich Kolonien anzueignen, diese zum eigenen Vorteil auszubeuten und die Menschen, die dort lebten, zu unterdrücken. Die Belgier beispielsweise, haben schwer an der Last zu tragen, die ihr König **Leopold II.** (1835-1909) an Gräueltaten (Zehn Millionen Tote) im Kongo angerichtet hat. Erst im Juni war der aktuelle belgische König **Philippe** im Kongo, um sich zu entschuldigen.

Der *Commonwealth* von damals ist nicht der *Commonwealth of Nations* von heute, einer freien Vereinigung von Staaten. In ihm sammelte das British Empire Kolonien, die über die ganze Welt verstreut waren. Auch wenn *Commonwealth* übersetzt, so viel wie „öffentliches Wohl“ oder „Gemeinwesen“, bedeutet, wurden die Kolonien ebenfalls ausgebeutet und die Menschen unterdrückt.

Die Ahnengalerien in den Schlössern der europäischen Königreiche zeigen viele Personen, die sich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Es gab auch die Gutmütigen, die nach dem Prinzip leben und leben lassen regierten. Dennoch: es waren keine Demokratien, wie wir sie heute verstehen.

Sollten aus den historischen Erfahrungen mit Kaisern und Königen alle Paläste abgerissen und überall Präsidenten stattdessen eingesetzt werden? Diese wären wenigstens vom Volk beziehungsweise vom durch das Volk eingesetzte Parlamente gewählt,

anstatt die Funktion des Staatsoberhauptes innerhalb einer Familie von Generation zu Generation weitergegeben wird.



Charles III. wurde ohne das Zutun, aber mit relativ hoher Begeisterung des Volkes, gestern zum neuen König ausgerufen. Ein Ritual, das nicht nur mittelalterlich anmutet, sondern auch daher stammt. Aber eine beeindruckende Show liefert, die ZDF und Phoenix parallel übertrugen.

Natürlich gibt es Gegner der Königshäuser in allen Ländern, die sich eine Königin oder einen König als Staatsoberhaupt leisten. Bloß, was ist die Alternative? Einen Präsidenten, der immer wieder zwischen die parteipolitischen Mühlsteine geraten wird? Königinnen und Könige, ob in Dänemark, Schweden oder den Niederlanden, sorgen für eine politisch und von Wahlen unabhängige Kontinuität.

Das finanzielle Argument ist scheinheilig, weil auch Präsidenten Geld kosten und in Schlössern residieren. Die Erträge beispielsweise aus den Ländereien, die dem britischen Königshaus gehören, gehen, so musste es Charles gestern bestätigen, an den Staat.

Die familiären Probleme der Königshäuser nerven zwar manchmal ein wenig, aber insgesamt ist der royale Glanz doch sehr unterhaltsam. Was haben denn Präsidenten zu bieten? Das spektakulärste private Ereignis bei unserem Bundespräsidenten war die Nierenspende an seine Frau. Ansonsten tragen Präsidenten, deren Machtfülle sich auf die der Könige beschränkt, wenig zum Programm von „Brisant“ und „Leute heute“ bei. Auch wenn Präsidenten mehr Macht haben, wie zum Beispiel in den USA oder Frankreich, sind sie doch meist ebenso langweilig. Insgesamt betrachtet, schadet keinem der royale Glanz, ganz im Gegenteil. Diejenigen, die sich als Republikaner verstehen und deshalb die Königshäuser abschaffen wollen, sollten sich überlegen, was sie verlieren. Gewinnen können sie nur glanzlose Langeweile.



Am 19. September wird Queen **Elizabeth II.** in einer großen, ihr angemessenen Zeremonie zu Grabe getragen. Unzählige Staats- und Regierungschefs werden in London dabei sein. 70 Jahre Staatsoberhaupt gewesen zu sein, ist mehr als eine Epoche. Wie oft hätten wir von Großbritannien Notiz genommen ohne die Queen und ihre Familie? Unternehmen berechnen die Erwähnung ihres Namens, ohne eigene bezahlte Werbeleistung, in Euro um, also, was hätte es gekostet, den Firmennamen beispielsweise in den Medien zu platzieren. Da kämen für Großbritannien enorme Summen zusammen.

Am Ende dieses Artikels wollen wir noch kurz klären, wer Charles I. und II. waren. Angeblich haben Charles Eltern keinen Bezug zu den Namensvorgängern genommen, was gut ist. Sie fanden den Namen einfach nur schön.

Charles I. aus dem Hause Stuart regierte zwischen 1625 und 1649 in England, Schottland und Irland. Die Komiker-Crew **Monty Python** scherzte einmal etwas pietätlos: Das Interessanteste an ihm sei, dass er zu Beginn seiner Herrschaft rund 1,68 Meter groß war, am Ende aber nur noch etwa 1,42 Meter. Denn wegen eines Streits mit dem Parlament und der anschließenden beiden Bürgerkriege wurde er geköpft. Grund: Hochverrat. Als Tyrann, Verräter, Staatsfeind und Mörder wurde er im Alter von 48 Jahren hingerichtet. Danach gelangte die Macht in die Hände der Republik-Anhänger unter **Oliver Cromwell**.

Dieses Drama behandelt ein Film aus dem Jahre 1970 mit dem Titel „Cromwell“. **Oliver Cromwell** beherrschte Mitte des 17ten Jahrhunderts als Lordprotektor England, Schottland und Irland. **Richard Harris** ist in der Rolle Cromwells zu sehen, **Alec Guinness** spielte Charles I. Die republikanische Periode, die auch nicht viel besser war als unter der Herrschaft des Königs, war kurz. Nach Cromwells Tod und dem Scheitern seines Sohnes als Nachfolger, übernahm 1660 Charles II., der Sohn von Charles I. Und dieser hatte nichts Besseres zu tun, als Rache an Cromwell zu nehmen. Er ließ Cromwell exhumieren und köpfen.

Charles II. wurde auch „The Merry Monarch“ (Vergnügter Monarch) genannt, er hatte mindestens 14 Nachkommen von Mätressen. Er starb mit 54 Jahren. **Charles III.** steht zum Glück nur namentlich in der Tradition seiner Vorgänger. „God save the King!“

Ed Koch

Quellen: Brisant MDR, Wikipedia

03) Charles III.: König des „Great Reset“ und Verfechter der „Neuen Weltordnung“

10. 09. 2022



Bild: House of Lords 2022 / Photography by Annabel Moeller Lizenz: CC BY 2.0

Neuer britischer Monarch Charles III. ist Verfechter des „Great Reset“ und der „Neuen Weltordnung“

Nach dem Tod der britischen Königin Elizabeth II. ist ihr ältester Sohn Charles neues Staatsoberhaupt. Anders als seine Mutter, die sich in ihrem langen Leben nie politisch äußerte, hat sich der neue König, der den Namen Charles III. tragen wird, wiederholt eindeutig positioniert. Vor allem ist er eine der führenden Personen hinter dem „Great Reset“, also des von oben angeordneten grundlegenden Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft.

Corona-„Krise“ als Türöffner für „Neue Weltordnung“

Bei einer virtuellen Konferenz des „Weltwirtschaftsforums“ am 3. Juni 2020 sagte der damalige Thronfolger, „wir haben die goldene Möglichkeit, etwas Gutes aus dieser Krise mitzunehmen – ihre beispiellosen Schockwellen empfänglicher für die großen Visionen des Wandels machen“. Mit Krise war die Coronakrise gemeint. Und weiter:

„Auf dem Weg von der Rettung zum Aufschwung bietet sich uns also eine einzigartige, aber schnell verschwindende Gelegenheit, Lehren zu ziehen und uns auf einen nachhaltigeren

Weg zu begeben. Diese Gelegenheit hatten wir noch nie und werden sie vielleicht auch nie wieder haben. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, die uns zur Verfügung stehen, denn wir wissen, dass jeder Einzelne von uns eine wichtige Rolle zu spielen hat.“

„Great Reset“ soll Welt „neu gestalten“

Zudem ließ der Prinz von Wales auf seiner Internetseite wissen:

„Der Great Reset, der heute im Rahmen eines virtuellen Rundtischgesprächs ins Leben gerufen wurde, zielt darauf ab, unsere Welt wieder aufzubauen, neu zu gestalten, zu beleben und ins Gleichgewicht zu bringen. Er wurde entwickelt, um sicherzustellen, dass Unternehmen und Gemeinschaften ‚besser wieder aufbauen‘, indem sie nachhaltige Geschäftspraktiken in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeiten stellen.“

Der Schlüsselbegriff ist „nachhaltig“ und klingt auf den ersten Blick vernünftig und unauffällig. Tatsächlich aber ist der Begriff „nachhaltig“ der Vorwand, um im Namen der Zivilreligion des angeblich ausschließlich vom Menschen verursachten Klimawandels Steuern zu erhöhen bzw. neue einzuführen, die Lebensgewohnheiten der Menschen zu verändern, die Massen zu manipulieren oder Grundrechte einzuschränken. Und das alles natürlich ohne demokratische Mitbestimmung der Bürger.

Dieser Beitrag erschien zuvor auf [ZURZEIT](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) BREAKING NEWS: Queen Elizabeth II. ist tot

08. 09. 2022

Die britische Monarchin Queen Elizabeth II. ist heute im Alter von 96 Jahren verstorben. Das teilte der Buckingham-Palast am Donnerstagabend mit.

Die Queen litt seit längerem unter gesundheitlichen Problemen und hatte die Zahl ihrer öffentlichen Auftritte stark reduziert. Immer häufiger ließ sie sich im vergangenen Jahr durch ihren Sohn Prinz Charles vertreten. Dieser ersetzte sie erstmals auch bei der Parlamentseröffnung im Mai und verlas an ihrer Stelle das Programm der Regierung für die kommende Sitzungsperiode.

Noch heute, Donnerstag, hatten Mediziner nach einer Untersuchung empfohlen, dass die Queen „weiter unter ärztlicher Aufsicht bleibt“.

+++ UPDATE v. 20:30 Uhr +++

Mitteilung vom Tod der Queen am Tor des Buckingham-Palasts angebracht

Mitarbeiter des Buckingham-Palasts haben am Abend die offizielle Mitteilung vom Tod der Queen am Tor des Buckingham-Palasts angebracht. Vor der offiziellen Residenz der Queen

in London hatten sich bereits vor der Bekanntgabe Hunderte Menschen versammelt. Viele stimmten die Nationalhymne an und brachen in Tränen aus, als die Flagge auf halbmast gesetzt wurde.

+++ UPDATE v. 20:10 Uhr +++

So geht es weiter:

- Innerhalb von 10 Minuten nach Bekanntwerden der Nachricht werden im Regierungsviertel in London alle **Flaggen auf Halbmast** gehängt werden.
- Die Parlamente in England, Schottland, Wales und Nordirland kommen zu einer **Sondersitzung** zusammen
- Die Premierministerin wird dann das Wort ergreifen und ein erstes Statement abgeben.
- Es werden **Salutschüsse** vom Verteidigungsministerium vorbereitet und ausgeführt. In dieser Zeit gibt es eine **nationale Schweigeminute**.
- Die Premierministerin fährt dann zu einer Audienz mit dem neuen **König Charles**.
- Um 18 Uhr am Tag ihres Todes wird König Charles zum Volk sprechen. Zeitgleich gibt es eine **Gedenkveranstaltung** in der Londoner St. Paul's Cathedral, an der auch die Premierministerin teilnimmt.

Damit beginnt eine rund 10-tägige Trauerphase in Großbritannien. Die **Beerdigung** der Queen soll diese Phase abschließen.

</div

+++ UPDATE v. 19:50 Uhr +++

Statement von Premierministerin Liz Truss erwartet

Die Downing Street hat sich bereits auf ein Statement vorbereitet. Der Union Jack wurde auf Halbmast gesetzt, Liz Truss wird in Kürze erwartet.

+++ UPDATE v. 19:30 Uhr +++

Weißes Haus: US-Präsident und First Lady in Gedanken bei Queen

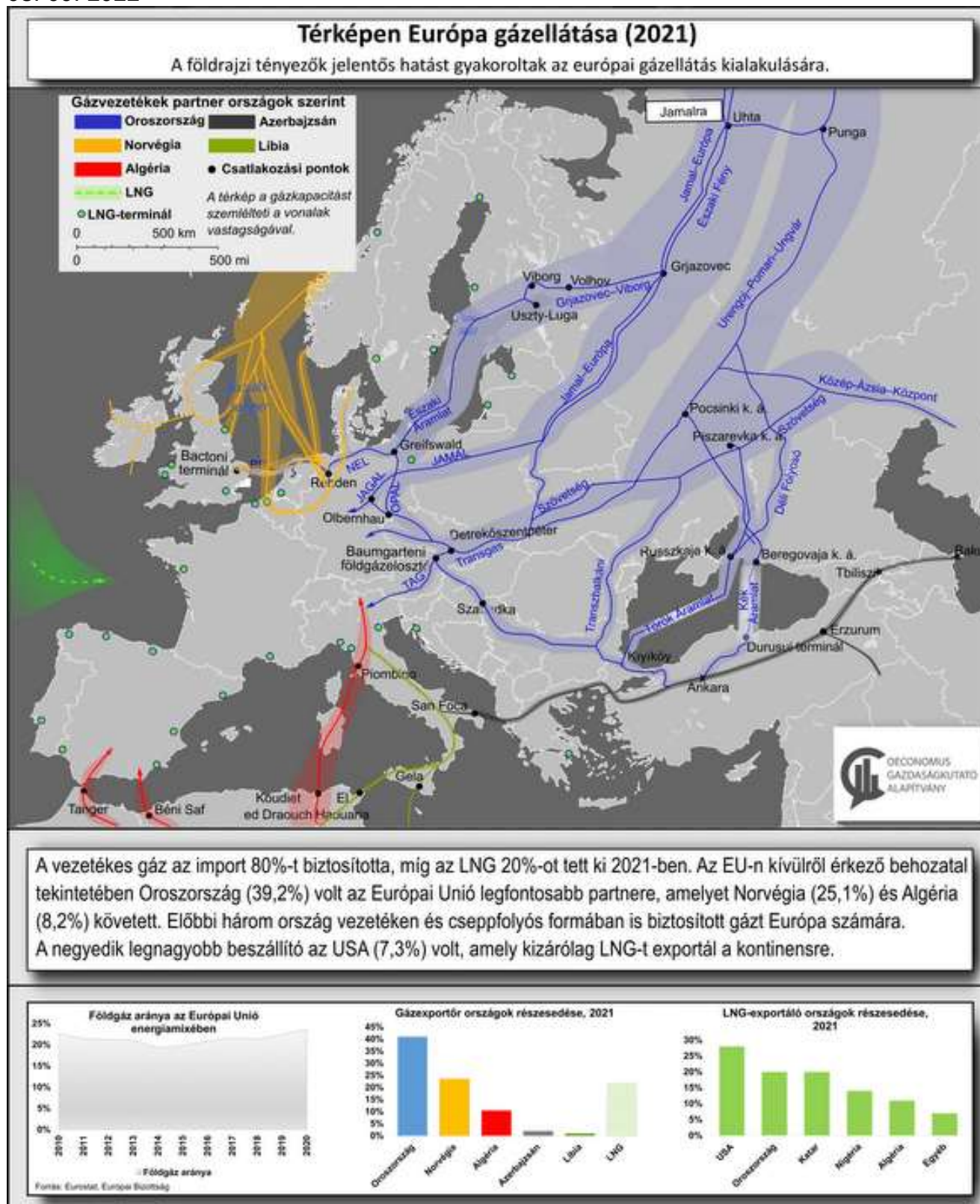
US-Präsident Joe Biden und seine Ehefrau sind nach Angaben des Weißen Hauses in Gedanken bei der Queen. „Der Präsident ist natürlich heute Morgen informiert worden und wird im Laufe des Tages über die Nachrichten aus dem Vereinigten Königreich auf dem Laufenden gehalten. Seine Gedanken und die der First Lady sind heute ganz bei der Queen und ihrer Familie“, sagte der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrates, John Kirby, in Washington.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Finnland (Seiten E 183 - E 184)

05) Finnische Studie: Anti-Russland-Embargo kontraproduktiv

08. 09. 2022



158 Milliarden Einnahmen – 100 Milliarden Ausgaben

Trotz gegenteiliger Westpropaganda zur Notwendigkeit des Anti-Russland-Gas-Embargos beweist eine finnische Studie, vom unabhängigen „Zentrum für Energieforschung und saubere Luft“ (Crea), das Gegenteil: So erhält Russland weiterhin Milliarden durch den Öl-, Gas- und Kohle-Export.

Allein aufgrund des starken Preisanstiegs erzielte Russland in den ersten sechs Kriegsmonaten, Einnahmen in Höhe von 158 Milliarden Euro aus dem Verkauf fossiler Brennstoffe – so Crea weiter. Dies übersteigt bei Weitem die Kriegsausgaben von schätzungsweise 100 Milliarden Euro. Allein der Export fossiler Brennstoffe könnte 43 Milliarden Euro zum russischen Haushalt und zur Finanzierung des Ukrainekrieges beitragen.

EU bezahlt 85 Milliarden EUR

Und selbst die EU bezahlt – trotz erheblicher Importreduktion – immer noch um etwa 85 Milliarden Dollar für russische Energie. Den Bärenanteil beim Einkauf von russischen Energieträgern berappt übrigens nach wie vor Deutschland mit 19 Milliarden Euro.

Weltweit liegt allerdings China im fraglichen Zeitraum mit 34,9 Milliarden Euro an erster Stelle. Was auch beweist, dass die Umstrukturierung der russischen Exporte nach Fernost erfolgreich ist. Interessant auch: Die liberale Niederlande sind mit 11,1 Milliarden Euro der drittgrößte Abnehmer.

Studienzeitraum: 6 Monate seit Kriegsbeginn

Die Studie deckt den Zeitraum vom 24. Februar 2022, dem Kriegsbeginn, bis zum 24. August 2022 ab. Das Forschungszentrum erstellte seinen Bericht auf der Grundlage von Daten aus dem Festnetz- und Seehandel mit Energieträgern. (MIT, [vadhaitasok](#))

Detaillierte Erdgas-Pipelinekarte beweist

So entfielen im Jahr 2021 nach wie vor 80 % der EU-Gasimporte-Importe auf Pipelines – und nur 20 % auf Flüssiggas. Bei den Gas-Einfuhren von außerhalb der EU war Russland mit 39,2% der wichtigste Partner, gefolgt von Norwegen (25,1%) und Algerien (8,2%). Diese drei Länder lieferten auch Flüssiggas (LNG) nach Europa. Erst an vierter Stelle folgten die USA mit 7,3 %. Die USA liefert Gas ausschließlich in Form von LNG. Dieses ist aber in der Herstellung (1/3 der Energie verschlingt die Verflüssigung) sowie durch den Transport auf Tankern sowohl sehr teuer als auch ökologisch schädlich.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturell-räumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



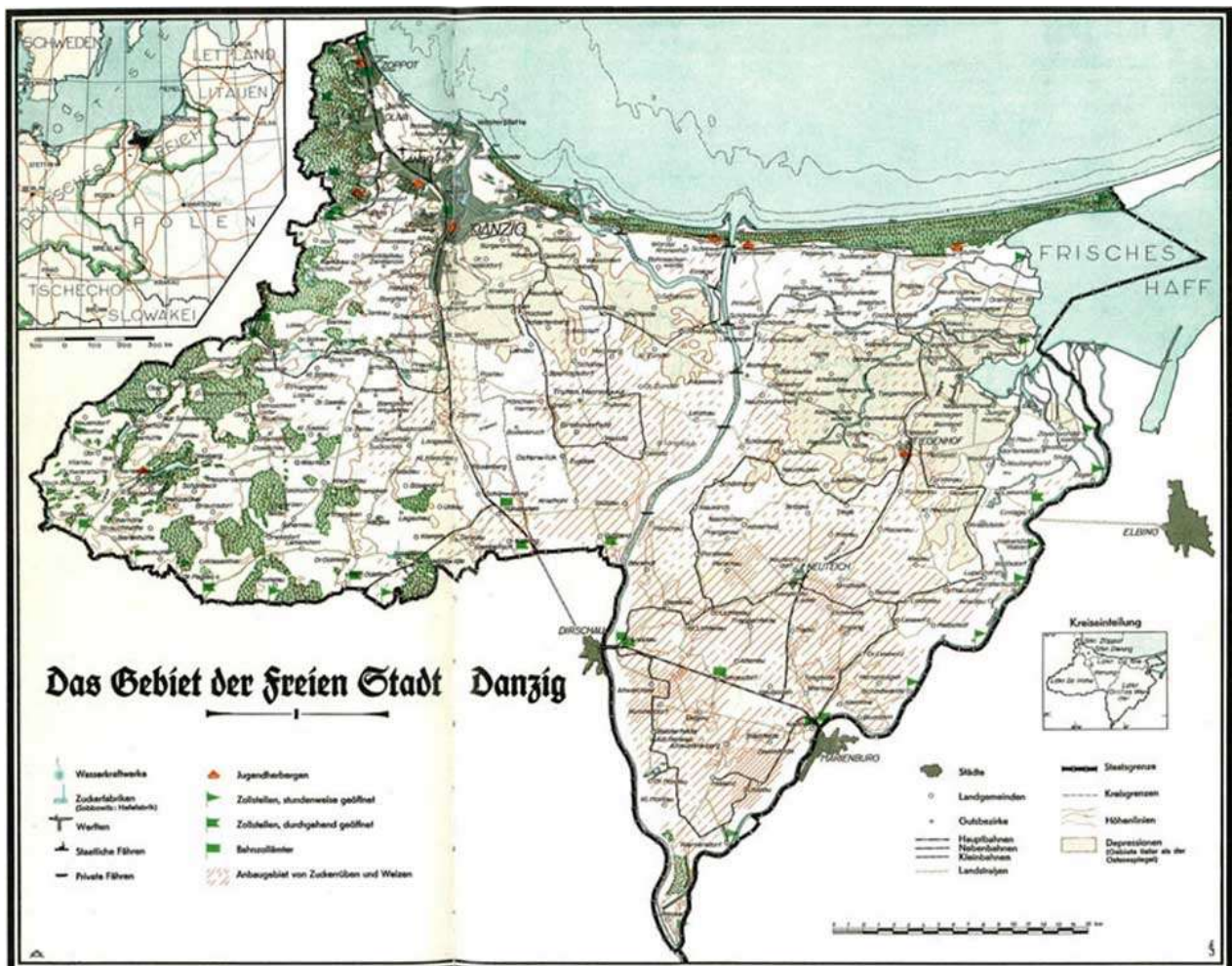
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

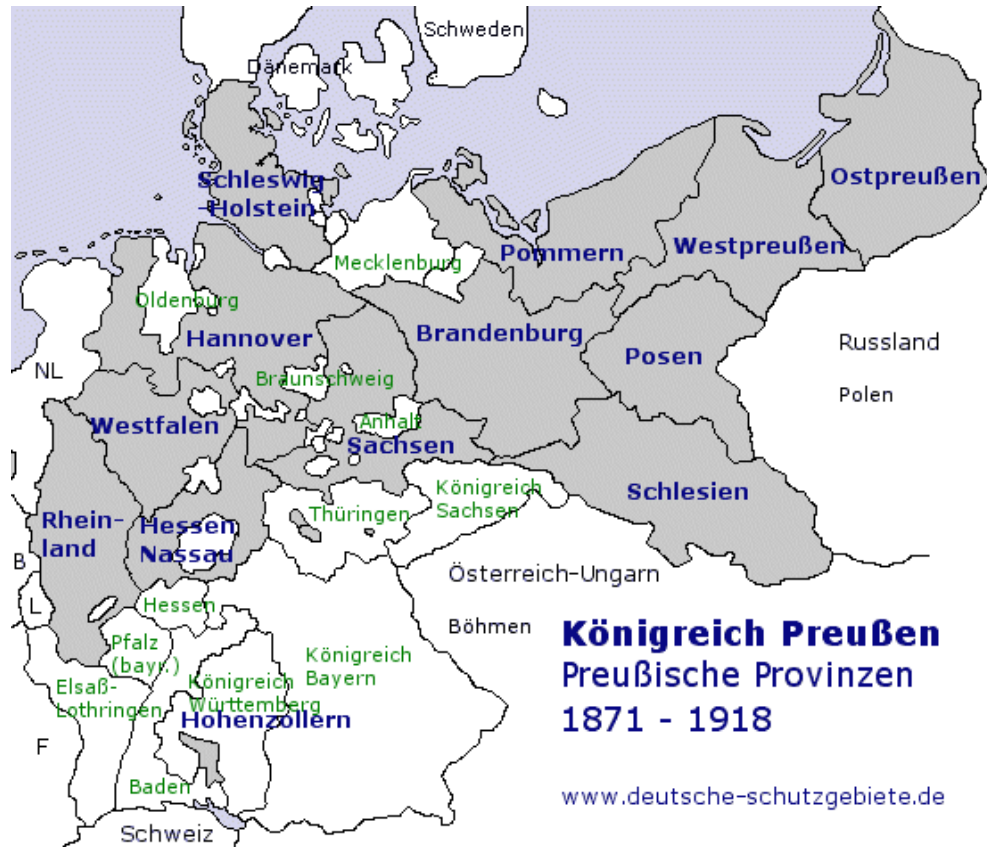




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 824 vom 22.09.2022:
20.09.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 825 erscheint) voraussichtlich, am 06.10.2022.

Redaktionsschluss für AWR-825: Dienstag, 04.10.2022, 12:00 Uhr